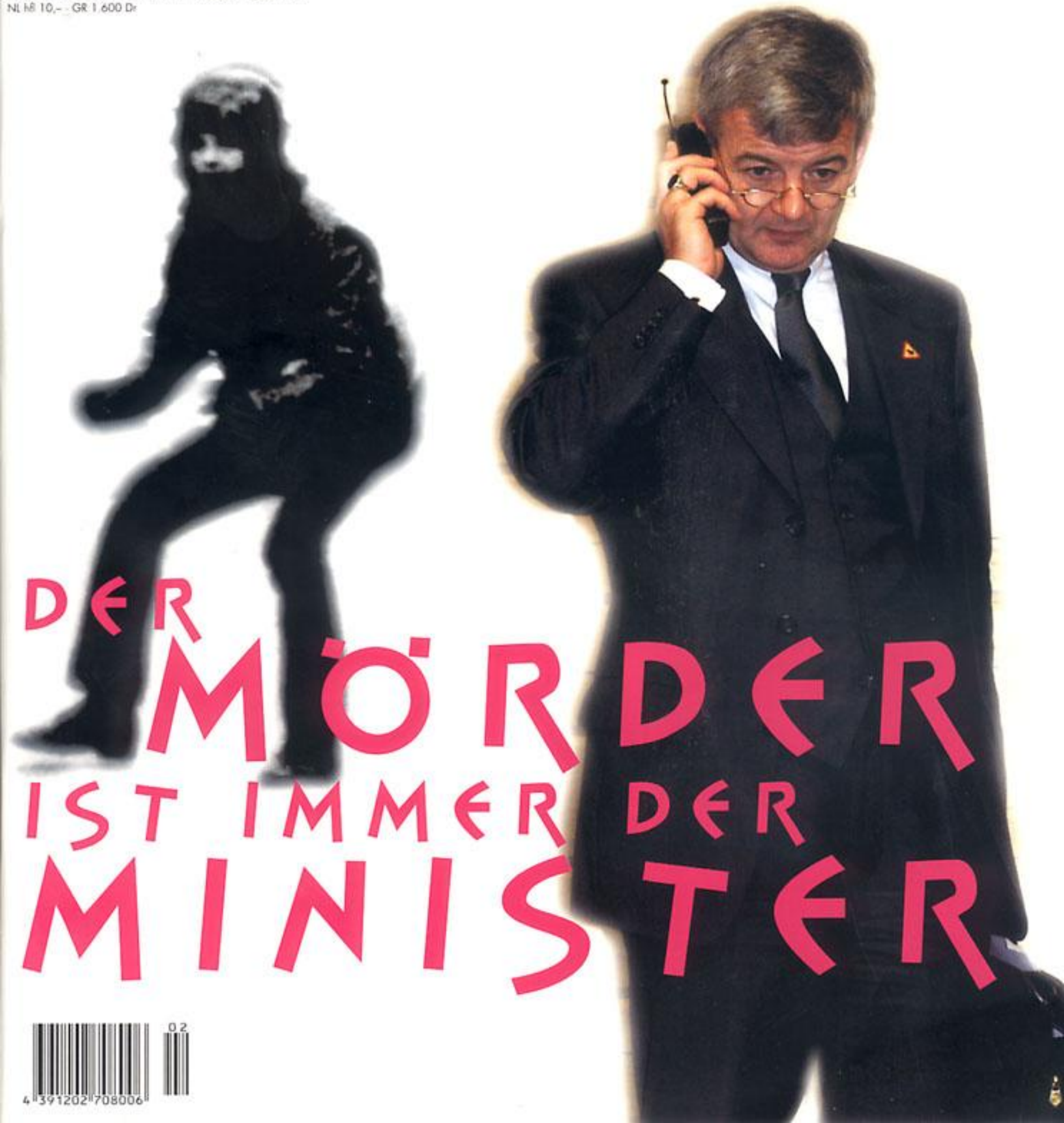
Heft 2 Februar 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

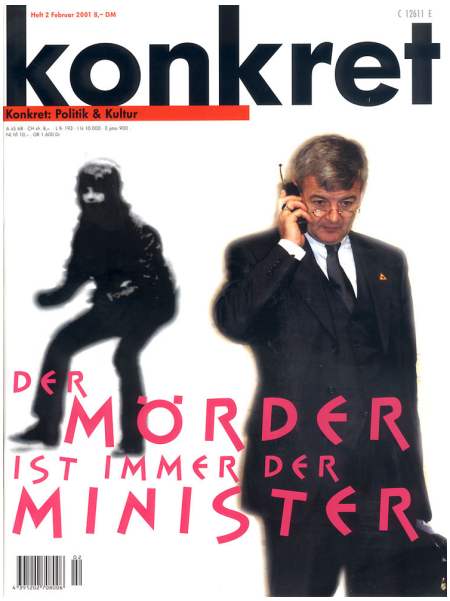
A oS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 ·
NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr



DER MÖRDER IST IMMER DER MINISTER

4 391202 708006 02

in konkret Februar 2001



hier konkret von Asher Ben-Natan

Asher Ben-Natan wurde 1965 zum ersten Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Zuvor war er »an führender Stelle Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes« (Avi Primor) gewesen und hatte sich an der Fahndung nach Adolf Eichmann beteiligt. Während des Sechstagekrieges und danach wurden seine Auftritte häufig durch SDS- und K-Gruppen gestört. – Ben-Natan lebt heute als Publizist in Tel Aviv

von Konkret

an konkret

Der Mörder ist immer der Minister von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Es hat funktioniert von Oliver Tolmein

Die öffenltiche Behandlung der Sponti-Vergangenheit des deutschen Außenministers dient der Erledigung jeder militanten linken Opposition

Die Ängste sind berechtigt von Abdallah Frangi, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer

Gespräch mit Abdallah Frangi, dem Leiter der offiziellen PLO-Vertretung in Deutschland, über die Ziele der palästinensischen Politik, die Zukunft des Friedensprozesses, die Probleme des religiösen Fundamentalismus und die deutsch-palästinensischen Beziehungen

Strahlende Heuchler von Jürgen Elsässer

Die Diskussion um die Uranmunition ist verlogen und zielt auf eine Effektivierung der Kriegführung

In dubio contra von Tjark Kunstreich

Der kollektive Freispruch für Sebnitz markiert das Ende der staatlichen Antifa-Kampagne – und ist durch Fakten nicht gedeckt

Propagandakompanie von Georg Fülberth

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 3. Folge: der DGB

Die sanfte Vormacht von Matthias Küntzel

Deutschland – Frankreich 4:0. Wie die Deutschen auf dem EU-Gipfel in Nizza von der indirekten zur direkten Hegemonialpolitik übergingen

Westwärts rücken von Hannes Hofbauer

Wettlauf unter Verlierern: Osteuropas Staaten konkurrieren um einen Platz in der EU

Buch des Monats von Lars Quadfasel

Michael Hardt/Toni Negri: Empire. Harvard University Press, Cambridge (USA)/London 2000, 512 Seiten, 35 Dollar

Das Gutsein der Guten von Peter Decker

Seattle, Melbourne, Prag:Zur Kritik der Global action gegen das Phantom »Globalisierung«

In diesem Sinne - Prager Fernsehsturz von Lutz Eichler

In diesem Sinne - Die Soldatenpuffmutter von Gerhard Henschel

In diesem Sinne - Deutschland darf sterben müssen von Heinz-Jürgen Schneider

Alle für keinen von Rolf Surmann
Über die Ehre von Säumigen und die Schamlosigkeit ihrer Kritiker: Wie die deutsche Wirtschaft ihre Verantwortung für die NS-Zwangsarbeit pulverisiert

Lachen mit dem MfS von Michael Rudolf
Das »Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur« macht die friedlichen deutschen Revolutionäre hinreißend – wenn auch unfreiwillig – hin

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Brock toppt Jauch

kunst & gewerbe von Michael Rudolf
Tote Onkelz

Kunst & Gewerbe von Fritz Tietz
Führers Hunde

Kunst & Gewerbe von Albert Warnke
Kummer ante portas

Kunst & Gewerbe von Michael Ringel
Rätsel Schmidt

Kunst & Gewerbe von Oliver Maria Schmitt
Pop & Plünnen

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland
Lebendes Inventar

Die Leitkultur der Zukunft von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Oscar Wilde und der Sozialismus von Richard Schuberth
Als das Feuilleton vor einigen Wochen Oscar Wildes 100. Todestag zum Anlaß ausgiebiger Würdigungen nahm, hat es den Schriftsteller glatt halbiert:Der politische Autor fiel unter den Tisch

Millennium, Kriegswinter von Peter O. Chotjewitz
Die achtzehnjährige Leonie aus Peter O. Chotjewitz' neuem Roman »Als würdet ihr leben« (Rotbuch Verlag) durchschaut den Zustand der Gesellschaft besser als so mancher Erwachsene. Ihre messerscharfe Folgerung:Eine gute Tat muß vollbracht werden – und zwar mit Hilfe einer Schußwaffe. KONKRET präsentiert als Kostprobe ein Kapitel aus dem Ende Februar erscheinenden Buch

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl
Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Espresso, Berlin 2000, 220 Seiten, 29,90 Mark

Buch & Deckel von Frank Schäfer
Wiglaf Droste/Gerhard Henschel: Der Mullah von Bullerbü. Mit Zeichnungen von Ernst Kahl. Edition Nautilus, Hamburg 2000, 156 Seiten, 28 Mark

Buch & Deckel von Mark-Stefan Tietze
Philip Roth: The Great American Novel. Aus dem Amerikanischen von Werner Schmitz. Carl Hanser Verlag, München 2000, 447 Seiten, 49,80 Mark

»Die Verlumpung des Ideellen« von Marit Hofmann
18 Jahre lang haben die Herausgeber Bernhard Echte und Werner Morlang den wohl eigentümlichsten Schriftstellernachlaß dieses Jahrhunderts, die sogenannten Mikrogramme des Schweizers Robert Walser, entziffert – gut 40 Jahre nach seinem Tod liegt damit eine vollständige Ausgabe seiner Werke vor. Vorstellung eines Unvorstellbaren

Melodie & Rhythmus von Marc Fabian Erdl, Armin Nassauer
Flashbacks. Herausgegeben von Werner Pieper. Vol. 1: high & low. Drug Songs 1917-1944; Vol. 2: crazy & obscure. Novelty Songs 1914-1946; Vol. 3: hot & sexy. Copulation Blues 1926-1940; Vol. 4: blue & lonely. Heartbreakers 1927-1946; Vol. 5: gospel & prayers. Halleluja 1926-1946; Vol. 6: hitler & hell. American War Songs 1933-1947; Trikont

Alles auf Sendung von Gert Ockert
Er hat es nicht gewollt, aber er hat es uns eingebrockt: Mit »Big Brother und »Ich heirate einen Millionär« ist Helmut Kohls »geistig-moralische Wende« am Ziel

Anfang und Ende von Georg Seeßlen
Eine Ausstellung im Münchner Instituto Cervantes zeigt Fotografien des späteren Filmemachers Carlos Saura aus dem francistischen Spanien der 50er Jahre

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

FilmTheater von Marit Hofmann
Dr. T and the Women

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Die innere Sicherheit - Ein todsicheres Geschäft

Sept zero von Georg Seeßlen
Die fünf Kino-Leben des Jean-Luc Godard oder: Gute Arbeit wird immer im Exil gemacht

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/01, S. 3

Asher Ben-Natan

hier konkret

Asher Ben-Natan wurde 1965 zum ersten Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Zuvor war er »an führender Stelle Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes« (Avi Primor) gewesen und hatte sich an der Fahndung nach Adolf Eichmann beteiligt. Während des Sechstagekrieges und danach wurden seine Auftritte häufig durch SDS- und K-Gruppen gestört. – Ben-Natan lebt heute als Publizist in Tel Aviv

konkret: Sehen Sie noch eine Chance für den Friedensprozeß in Israel?

Ben-Natan: Frieden ist im Augenblick unmöglich, aber letztlich unvermeidlich.

konkret: Was sind die Probleme?

Ben-Natan: Wir sind uns diesmal sehr nahe gekommen. Aber ich habe den Eindruck, die Palästinenser begehen jetzt denselben Fehler wie schon in der Vergangenheit. Sie haben eben nie verpaßt, ihre Chancen zu verpassen. Und nun nutzten sie die Gelegenheit von Camp David wieder nicht. Oft aber auch waren ihre Forderungen so maximal, daß von vornherein gar keine Chance zur Annahme bestand. Zum Beispiel würde das Recht auf Rückkehr aller 3,5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge die Aufhebung des Staates Israel bedeuten. Im Oslo-Abkommen wurde auch gar nicht über das Recht auf Rückkehr gesprochen. Nehmen Sie an, die Sudetendeutschen wollten alle in die Tschechische Republik zurückkehren, das wäre völlig unannehmbar und undenkbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es 100 Millionen Flüchtlinge. Keiner von ihnen lebt heute noch in einem Flüchtlingslager. Dagegen müssen die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 immer noch in Lagern leben, denn so sind sie ein Werkzeug für die Politik der arabischen Staaten gegenüber Israel.

konkret: Der israelische Schriftsteller Amos Oz hat vorgeschlagen, Israel solle sich einseitig aus einem Großteil der Westbank und dem Gazastreifen zurückziehen.

Ben-Natan: Dies würde so ähnlich ausgehen wie unser einseitiger Rückzug aus dem Südlibanon. Wenn der Rückzug aus der Westbank bedeuten würde, daß die verschiedenen Intifadas aufhörten, dann wäre das annehmbar. Aber wenn es zu neuen Angriffen an der neuen Grenze kommt, was haben wir dann damit gewonnen? Eigentlich bin ich durchaus für einen Rückzug. Die Siedlungen im Gazastreifen hätten erst gar nicht gegründet werden sollen, und sie sollten auch wieder zurückgezogen werden. Die Frage bleibt aber eben, unter welchen Bedingungen.

konkret: Zöge sich Israel einseitig zurück, wäre der neue Palästinenser-Staat frei von den Pflichten eines Friedensabkommens.

Ben-Natan: Genau. Wenn es ein einseitiger Rückzug Israels wäre, bedeutet das eben nicht, daß die Palästinenser erklären werden, sie würden nun mit uns in Frieden leben.

konkret: Würde der neue Staat sich dann nicht sofort von arabischen Hardliner-Staaten aufrüsten lassen?

Ben-Natan: Eine der israelischen Bedingungen wäre, daß der Palästinenser-Staat demilitarisiert ist. Wir könnten sicher nicht zulassen, daß es in diesem Staat Haubitzen und Kanonen gibt, so daß er eine ständige Bedrohung Israels wäre. Dies wäre eine Einladung zu einem weiteren Krieg.

konkret: Bundestagspräsident Thierse gab Israel die Schuld an den aktuellen Unruhen. Israels »Mangel an Kompromißabsichten« habe die Palästinenser radikalisiert. Überraschen Sie solch einseitige Schuldzuweisungen aus Deutschland?

Ben-Natan: Vor allem ist diese Feststellung völlig falsch. Arafat lief aus Camp David weg, nachdem ihm Barak große Konzessionen gemacht hatte. Und bei seiner Rückkehr war Arafat schon fest entschlossen, eine neue Intifada zu beginnen. Ich habe damals in der »Welt« einen Artikel geschrieben, in dem ich annahm, daß der Abreise Arafats aus Camp David eine neue Intifada folgen würde. Was später geschah, daß Ariel Scharon den Tempelberg besuchte, lieferte nur den Titel für die Unruhen: Al Aksa Intifada.

konkret: Sie teilen also nicht die vor allem auch in Deutschland verbreitete Ansicht, Ariel Scharon trage die Schuld an den Palästinenser-Unruhen?

Ben-Natan: Nicht in dieser Art. Zweifellos haben die Palästinenser Scharons Besuch als Provokation angesehen und für ihre Zwecke ausgenützt, aber die Intifada hätte auch begonnen, wenn Scharon nicht auf den Tempelberg gegangen wäre. Zwei Wochen vorher hat bei einem Verhandlungstreffen ein palästinensischer Polizist plötzlich einen israelischen Soldaten erschossen und ist weggelaufen. Da sagten die Palästinenser, der Mann sei verrückt gewesen. Aber es ist möglich, daß sie hier schon einen Anlaß für einen Schußwechsel schaffen wollten. Der fand dann nicht statt. Jedenfalls hatte Arafat schon beschlossen, die Intifada zu beginnen, als er Camp David verließ. Er sah die Intifada als ein Mittel, Druck auf Israel auszuüben und vielleicht sogar bei anhaltenden Zusammenstößen und scharfen israelischen Reaktionen zu erreichen, daß

internationale Militärkräfte nach Israel entsandt werden. Das war ja auch eine seiner Forderungen, die aber glücklicherweise international nicht akzeptiert wurde.

konkret: Müßten in Israel nicht sämtliche antideutschen Alarmglocken schrillen, wenn der mögliche nächste Regierungschef, Ariel Scharon, in der deutschen Journaille reihenweise als »Brandstifter« (»Spiegel«), »Trampeltier« (»Junge Welt«), »Terrorist« (»Zeit«) und als »Kriegstreiber« (»ND«) beschimpft wird?

Ben-Natan: Die Zeitungen in Deutschland haben es heute ganz leicht, sie müssen nur die Wahlpropaganda von hier ins Deutsche übersetzen, denn das sind alles Vorwürfe, die man hier Ariel Scharon macht. Manches daran ist vielleicht auch wahr. Scharon hat in seiner Vergangenheit vieles angezettelt; den Libanonkrieg selbst nicht, aber seine Fortsetzung bis nach Beirut. Scharon ist zweifellos ein Aktivist, aber zugleich auch Pragmatiker. Wenn er gewählt wird, dann würde er sich auf eine rechte Regierung stützen, und das würde den Friedensprozeß sicherlich bremsen, aber nicht endgültig beenden.

Konkret 02/01, S. 4

von Konkret

Gegen die Beiträge, die in den letzten Ausgaben dieser Zeitschrift zum sogenannten Nahostkonflikt erschienen sind, läßt sich einiges einwenden, auch Vernünftiges, und in manchem Ton, auch in bösem. Nun erweist sich aber die Qualität jeder Kritik und jedes Kritikers zuerst daran, ob er seinen Gegner zu Wort kommen lassen kann, ohne ihn sich vorher zurechtzufälschen. Schwache Polemiker (Broder Droste ist der Mohr) mästen sich daran, schwächere leben davon. Wie der als Spion »Topas« bekanntgewordene Rainer Rupp, der in der Zeitung der DKP schreibt, Horst Pankow habe in KONKRET (12/2000)

allen Ernstes behauptet, daß weder Muhammed al-Durreh noch andere Palästinenserkinder von israelischen Scharfschützen erschossen wurden, sondern von »palästinensischen Schützen« zwecks - so wörtlich in KONKRET - »zynischer Märtyrerproduktion«.

Das ist nicht wahr. Pankow hat erstens nicht behauptet, daß der kleine Muhammed von palästinensischen Schützen erschossen worden sei (das weiß er nämlich so wenig wie Rupp und seine Kollegen von der »Jungen Welt« bis zu »FAZ« und »TaZ«, die das Gegenteil ganz genau wissen), sondern den Untersuchungsbericht der israelischen Militärstaatsanwaltschaft referiert und gefragt, warum dieser in der deutschen Presse nicht einmal erwähnt wurde; Pankowhat zweitens nicht behauptet, die anderen getöteten Palästinenserkinder seien nicht von israelischen Scharfschützen erschossen worden.

Wie Rupp mußte auch der DDR-Historiker Werner Röhr um seiner Wahrheit willen erst einmal die Quelle fälschen. Zum Beweis, daß Gremliza unter die Rubrik »Kolonialherrenkommunismus« bzw. »Herrenrassenkommunismus«gehöre behaupteter in der »Jungen Welt«, KONKRET unterstelle »den Judenhaß der Palästinenser« als »genetisch bedingt« und finde »jüdische Israelis per se genetisch höherwertig«.Frei erfunden auch das, und wer in Gremlizas Schriften aus dreißig Jahren auch ein einzige Stelle findet, in der dieser mit der Qualität von Genen politisch argumentiert hat, darf eine ganze KONKRET Ausgabe allein vollschreiben. Aber es macht durchaus keinen Spaß, Rupp und Röhr in dieser Sache als Lügner zu überführen. Sie haben beide ihre Verdienste um vernünftige Sachen und könnten sich weitere erwerben, wenn sie ihrer erlernten Arbeit nachgingen und die Lösung der Deutschanfrage vor Ramallah und Sebnitz dem Herrenrassenkommunistenvon KONKRET und seinen Komplizen überließen, ungefälscht.

»Hamburger Abendblatt« vom 9. Januar 2001:

Rußland leidet l Im Jahr 2003, so schrieb die Putin nahestehende Parlamentsfraktion »Jedinstwoo (»Eintracht«) in einer Untersuchung zur Lage der Nation, werden die Infrastruktur und die Industrieanlagen so verrottet sein, daß Rußland auf das Niveau eines Dritte – Welt-Staates abzusinken droht.

Statt die knappe Zeit bis dahin mit einer Untersuchung zu verplempern, hätte Jedinstwo einfach mal in ein altes KONKRET Heft gucken können, in das vom April 1990 beispielsweise, wo es hieß:

Die realsozialistischen Staaten Osteuropas, früher auch Zweite Welt genannt, werden nicht, wie sie hoffen, Teil der Ersten, sondern der Dritten Welt werden, deren Grenze zur Ersten (bis auf weiteres) an Oder und Neiße verlaufen wird. Ein Stück weit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat: ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland ... vielleicht erreicht Rußland durch billige Rohstoffexporte das Niveau Brasiliens. vielleicht.

Aber die Denker von Jedinstwo lesen gewiß lieber den »Spiegel« und wissen von nichts.

Jürgen Elsässers Untersuchung *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo – Konflikt* **(konkret texte** 27) bringt die Intimfeinde des Autors in Verlegenheit. Was ist zu tun, wenn man ein Buch partout nicht ignorieren kann? Die rechtsradikale »Junge Freiheit« versucht es so: »Man könnte dieses von Deutschenhaß verdunkelte Werk ... getrost beiseite legen, enthielte es nicht eine Vielzahl von Argumenten und Fakten, die eine Lektüre trotz der aufdringlichen >antifaschistischen< Positionierung Elsässers allemal lohnen ...« Die linksliberale »Jungte World«

arbeitet sich eine Seite lang an ihrem Mitbegründer ab, nur um doch einräumen zu müssen: »Das Meisterstück rot-grüner Propaganda zerlegt er, daß es ein Genuß ist.« Der »Tagesspiegel« berichtet jovial von einer Lesung des Autors, immunisiert seine Leserschaft aber vorsichtshalber durch die Überschrift: »KONKRET Redakteur Jürgen Elsässer bei serbischen Nationalisten«. Immerhin gibt es noch so vorurteilslose Zeitschriften wie die Kölner »Stadtrevue«: »Wer nicht nur scharfsinnige Analysen, sondern auch provokante Theoriebildung zu schätzen weiß, wer gerne debattiert oder auch nur zwei gutaussehenden Männern beim Vorlesen zusehen will, dem oder der sei dieser Abend ... ausdrücklich ans Herz gelegt«, heißt es in der Ankündigung eines Abends, an dem neben dem KONKRET-Redakteur auch der Kölner Publizist Kurt Hell sein jüngstes Werk vorstellte. »Das Pogrom – 650 Jahre Roma-Kultur im Kosovo und ihre Vernichtung« heißt die vom Rom e.V herausgegebene und außerordentlich lesenswerte Broschüre (Bezug über Rom e.V., Tel. 0221-242536).

Elsässers Lese-Rundreise vor Deutschenhassern, serbischen Nationalisten, Zigeunern und anderem Gesindel geht weiter: Am 26. Januar in Wien (19 Uhr, Kulturzentrum Siebenstern, Siebensterngasse 31), am 27. Januar in Linz (18 Uhr, Friedenswerkstatt, Waltherstraße 15 b), am 28. Januar in Innsbruck (19 Uhr, Kulturzentrum Reibhaus, Angerzellgasse 8), am 8. Februar in Ulm (20.30 Uhr, Volkshochschule, Kornhausplatz).

Hermann L. Gremliza liest aus seinem jüngsten Buch *Gegen Deutschland. 48 Nestbeschmutzungen* am 7. Februar in Koblenz (20 Uhr, Circus Maximus, Stegemannstr. 30), am 8. Februar in Bad Nauheim (20 Uhr, Brasserie Überflieger, Ernst-Ludwig-Ring 1) und am 14. Februar in Bremen (20 Uhr, Paradox, Bernhardstr. 12).

Konkret 02/01, S. 6

an konkret

So nicht

KONKRET 1/2001: zu Protokoll; KONKRET 12/2000: Titelthema »Wir sind alle Palästinenser«

Besonders originell finde ich es nicht, einen Todesfall durch einen möglichen Täter aufklären zu lassen, das kennen wir in anderem Zusammenhang von Scharping und Fischer. Was ist neuerdings mit KONKRET los, die ich seit vielen Jahren wegen der klaren, kritischen Analysen und ihrer sorgfältigen Recherchen schätze? Wenn es um Israel geht, werden der Staat und die Handlungen seiner derzeitigen Regierung als nicht kritisierbar dargestellt. Wem etwas nicht gefällt, der wird ganz einfach zum Antisemiten erklärt. Was ist eigentlich mit israelischen Kritikern der dortigen Regierungspolitik? Auch alles Antisemiten? Ich finde, so geht es nicht. Auch die Regierung von Israel besteht aus Menschen. Menschen aber sind gut oder böse oder mal so, mal so. Jedenfalls sind Menschen fehlbar und unterliegen der Kritik. Ich mag es nicht mehr hören, daß tödliche Schüsse auf Steinewerfer dann angemessen sein sollen, wenn die Schüsse von israelischen Soldaten abgegeben werden. Ich finde das menschenverachtend, und ich fühle mich beleidigt, wenn jemand versucht, mich als Leser für dumm zu verkaufen.

Klaus Fichter

Frankfurt a. M.

Als in Deutschland lebender Araber habe ich immer versucht, in den linken deutschen Medien eine differenzierte Meinung zum Nahostkonflikt zu finden. Ich mußte mich damit abfinden, daß die Deutschen von ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit eingeschüchtert sind und über den Nahost-Konflikt nie neutral, sondern immer nur proisraelisch berichten können. So zieht Jürgen Elsässer in seinem Beitrag undifferenziert historische Parallelen, die nur einer bestimmten Argumentationslinie dienen, nämlich der israelischen Besatzungspolitik. Die sogenannten Linken in Deutschland lassen keine Gelegenheit aus, die Araber kollektiv als Terroristen zu diffamieren – egal, ob es nun die Befreiungsbewegung im Südlibanon ist oder die palästinensische Befreiungsbewegung im In- oder Ausland. In dem Beitrag von Horst Pankow wird sogar behauptet, die Palästinenser (auch die israelischen Palästinenser) provozierten die israelischen Soldaten, damit ihre Kinder als Tote die Weltöffentlichkeit schockieren sollten. Diese Behauptung wird aufgestellt, obwohl einige israelische Medien sowie unabhängige Beobachter bereits den Israelis unverhältnismäßige Waffenanwendung gegen die Palästinenser aufgezeigt haben.Wenn die sogenannten deutschen Linken nicht auf Linke wie Israel Shahak und Moshe Zimmermann o. a. hören wollen, dann wären sie gut bedient, wenn sie BBC oder CNN schauen würden, wo *beide* Seiten des israelisch-palästinensischen Konfliktes angehört werden. Antiarabismus darf nicht der verzweifelte Versuch in den linken Medien sein zu beweisen, daß man kein Antisemit ist.

Muhammad Mallah

per E-Mail

So doch

KONKRET 12/2000: Leserbriefe zum Titelthema

Nun lebt zwar selbst der geneigte Leser in der Erwartung, daß KONKRET schlußendlich auch die israelische Friedensbewegung als antisemitisch entlarven wird, weil diese mit ihrem Beharren auf der Universalität der Menschenrechte letztlich nur arabischen Despoten zuarbeite. Versteht man die entsprechenden Ausführungen in KONKRET aber weniger als Analyse der israelischen und palästinensischen, sondern der deutschen Gesellschaft, so gelingt die Beweisführung erschreckend leicht. Ein Blick in die eigenen Leserbriefseiten genügt: Leser Strang sieht KONKRET als »jüdisch/semitisch/zionistisches Kampforgan« und »könnte meinen«, hierfür sei finanzielle Unterstützung von »jüdischer Seite« verantwortlich, was dazu paßt, daß »Juden an den ... Schaltstellen des internationalen Finanzkapitals« das Unglück der Welt zu verantworten haben. Mit ihm sieht ebenso Leser Suerbier deshalb die »materielle Unabhängigkeit dieses Blattes« angezweifelt und stellt sich die konsequente Frage, ob nicht eigentlich wieder einmal die Juden am Antisemitismus Schuld sind, weil zu befürchten sei, daß sich »Antisemiten ... hierdurch bestätigt fühlen«. Als Teil der jüdischen Weltverschwörung im Sinne einer »fünften Kolonne Israels« erkennt auch Leser Dr. Hintze KONKRET

und weiß, daß »gerade wir Deutschen« »die Untaten Israels« nicht zulassen dürfen, denn diese – nicht etwa Herr Dr. Hintze in seinem Leserbrief – relativieren »den Holocaust am jüdischen Volk«. Q. e. d.

Kai Naumann

per E-Mail

So oder so

KONKRET 1/01: »Verrückte Kühe« von Jürgen Elsässer

Einigermaßen erstaunt las ich Jürgen Elsässers Text »Verrückte Kühe«. Für wen oder was hat der sonst so gescheite Journalist das nur geschrieben? Die Anrede am Schluß zielt eindeutig auf unverbesserliche Tierleichenverwerter. Damit korrespondiert die verwegene These, das aufgeregte Mediengeschnatter sei nichts als »Massenhysterie«.

Wenn das man kein Pfeifen im Wald ist! Man kann's ja mal versuchen mit Autosuggestion und reichlich ›positivem Denken‹. Wem das Abheben nicht gleich gelingt, dem kann nachgeholfen werden mit »Fakten«. 170.000 britische und gerade mal sechs deutsche BSE-Fälle (Stand: Anfang Dezember 2000). Und im Kernland der Krise gerade mal »60 Creutzfeldt-Jacob-Erkrankungen«. (Nota bene: Nicht 60 Tote oder qualvoll Gestorbene! Auch nicht 81 (»SZ«)! Oder eine noch höhere Dunkelziffer! Kein Wort über die Notfallpläne im britischen Gesundheitsministerium für weit mehr als 60.000 Todkranke!) Der Autor und Redakteur betätigt sich als Verschwörungsposaunist und Haudrauf. Den »BSE-Wahn« haben (na, wer wohl?) die »Achtundsechziger« natürlich angezettelt. Im Eifer des Gefechts hat der Konspirationsaugur den Aufmarsch der Windmühlenflügel vergessen, gegen die zu Felde zu ziehen noch immer Ehrensache ist. Verbündete erhofft sich der edle Ritter von (raten Sie mal!) »deutschen Polizisten«, »deutschen Ärzten« und »deutschen Bauern« (deutsch hoch drei – verglatzt ist fast schon normal). Deren »Realitätsbezug« weiß er zu schätzen. Kein Wunder. Ihm ist derselbe abhanden gekommen. Nie was gehört von Bullen und Schweinen und globalisierter Agrarindustrie. Macht nichts. Auch Schludrian und Wahn erhöhen das Bruttosozialprodukt.

Jürgen Grosz

Wettringen

Ich beglückwünsche Euch zu dem BSE-Artikel von Jürgen Elsässer, der den Mut fand, gegen das hysterische Pflichtgejaule auch sogenannter Linker anzuschreiben, wie er sich auch schon mit deren aktuell wieder zur Geltung kommendem Antisemitismus auseinandergesetzt hat. Belege dafür, daß es sich bei dem »Rinderwahn« überhaupt um eine Seuche handelt, existieren ohnehin nicht. Ganze Bestände gesunder Tiere werden aufgrund der Ergebnisse dubioser, für die Patentinhaber jedoch zur Goldgrube gewordener Tests weggeschlachtet. Bezeichnend ist, wie eine einst erklärte »Öko-Partei« Indizien dafür, daß es sich bei BSE um eine Vergiftungserscheinung vor allem infolge von Insektizideinsatz handelt, ignoriert. Indizien, wie sie vor allem der britische Öko-Landwirt Mark Purdey zusammengetragen hat.

Klaus Blees

Trier

Na, junger Mann? Was ist das denn? Man kann ja mal die Nase voll haben, aber dann bitte rotzt man nicht in KONKRET, und dann gleich in zwei Seiten. Dafür gibt's andere Materialien, ich lege Ihnen mal ein Taschentuch bei.

Ja, wenn da nicht ihre stinkige Überheblichkeit wäre, mit deren Du-du-Finger Sie auf unkonkrete Lohnschreiber zeigen, würde ich Sie nicht fragen, ob Sie doch gar nicht mehr so jung sind und ihr Pamphlet nichts anderes ist als ein klimakterischer Wix, obwohl Sie den knabigen Eindruck eines Amokläufers hinterlassen, der aus einer Enttäuschung heraus einer Dotterblume den Kopf abschlägt.

Dörthe Kunkel

Mülheim

Unter dem Einfluß der andauernden BSE-Horror-Propaganda war ich fast schon versucht, alte Konsumgewohnheiten aufzugeben. Dank Deines aufklärerischen Artikels werde ich jetzt beim Einkehren während meiner Schwarzwaldwanderungen doch nicht auf den geliebten Elsässer Wurstsalat verzichten müssen.

Thomas Schmid

Freiburg

Unsägliche Analogien (Rindviecher – Stammheim), miese Recherche (Inkubationszeit), Verhöhnung der Opfer (nicht nur von BSE, sondern via Anspielung auch von Aids): Was hat der Mann eigentlich gelernt?

Ralf Koch

per E-Mail

Konkret 02/01, S. 8

Hermann L. Gremliza

Der Mörder ist immer der Minister

Er ist das Symbol, unter dem eine übermütige Generation zu jenem Kreuze gekrochen ist, das die Verdienste um das Land lohnt. Unter ihm und hinter ihm und mit ihm ist zusammengewachsen, was zusammengehört, und wenn der Kanzler heute eine Ministerin für das Gesundheitswesen sucht, kommt er an einer Genossin, die einst dem Volke im Kommunistischen Bund Westdeutschlands zu dienen sich bemüht hat, nicht vorbei. Zum glücklichen Ende ist auch die jüngste Vergangenheit geworden, was der jüngeren im März 1995 auf dieser Seite vorhergesagt worden ist: eine Zeit, »in der alle allen und nicht zuletzt sich selber Schreckliches angetan haben, was allen nachträglich furchtbar leid tut, aber keiner keinem nachträgt und vor allem sich selber nicht«.

»Ja«, sagt der Minister, »ich war' militant. Kämpfen hieß damals demonstrieren gegen die Staatsgewalt, die wir stürzen wollten. Es sind Steine geflogen, man wurde verprügelt. Wir wollten den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung - so verrückt das heute klingen mag.« Nein, das läßt sich mit Zuversicht sagen, der Minister wird keine Steine auf seinen Dienstwagen werfen. Und beim milden Licht der Designerlampe betrachtet, die seinen Schreibtisch ziert, war es schon damals eigentlich nicht er, der Scherben gemacht hat. Er kann es beweisen: »Ich bin ein schlechter Werfer. Zu kurze Hebel.«

Wahrlich, er stand, mit seinen kurzen Hebeln und Hosen, »am Abgrund revolutionärer Gewalt«, die »in der mörderischen Tragödie des deutschen Herbstes endete, im Verbrechen«, und im Eifer des geborenen Oberkellners merkt er nicht, daß das Wort vom »deutschen Herbst« gar nicht den Taten der RAF galt, sondern dem Verfolgungswahn des Staates, dessen Exzesse er - wie einst, nach dem Tod in Stammheim, noch einmal, wenn auch nur aus Versehen -Verbrechen nennt. Er stand am Abgrund, aber er ist »zurückgewichen«, was aber nicht nötig gewesen wäre, denn er hat ja »den bewaffneten Kampf immer abgelehnt«. Gewalt akzeptiert er, »gerade auf Grund meiner eigenen Erfahrung«, das heißt: seiner eigenen Erfahrung mit der Gewalt, die andere geübt haben, nicht einmal als ultima ratio, sondern nur noch »als äußerste ultima ratio«, und nicht einmal als solche, denn sein Schwur heißt: »Ich lehne sie ab.«

Des Ministers Damaskus liegt irgendwo zwischen Bockenheim und Westend, wo er und seine Genossen begannen, Nazis zu werden, respektive, in seinen eigenen Worten: »als wir gemerkt haben, daß die eigentliche Gefahr darin bestand, genau das aufzunehmen, was wir der Elterngeneration vorgeworfen haben«. Da entschloß er sich, kurz bevor die Streetfighter die ersten Konzentrationslager errichteten, Juden vergasten und Rußland überfielen, Demokrat zu werden, vom putzmachenden zum nützlichen Glied der Gesellschaft sich zu verändern. »Gewaltausübung«, das habe er nun gelernt, »muß begrenzt sein auf das staatliche Gewaltmonopol.«

Der Fall ist unerhört. Die Republik hat Minister gekannt, die in Polen einige tausend Juden hatten niedermetzeln lassen, einen Kanzler, der für Ribbentrop und Goebbels geworben, oder einen Staatssekretär, der sich um die juristische Definition der Rassenschande verdient gemacht hatte. Aber einen Minister, der mit erhobener Faust auf einen deutschen Polizisten losgegangen war? Das denn doch nicht. Sollte nun der Tag der Sühne kommen? Immerhin gehört der Minister einer Regierung an, die als irgendwie links gilt oder sich doch dafür hält, und man weiß ja, was einem Friedhofswärter geschieht, der als »IM Thanatos« dem Ministerium behilflich gewesen ist, des Staates Sicherheit durch Zählung der Hinterbliebenen zu mehren. Durfte man da den Großen laufen lassen?

»Bild« fragte bei der höchsten Instanz nach: »Was würde Jesus dazu sagen?« Weihbischof Hans-Jochen Jaschke antwortete i.V: »Leider können wir Jesus nicht direkt fragen. Er hat immer Freude an der Umkehr eines reuigen Sünders.« Bischöfin Maria Jepsen schloß im Vergebungsgeschäft ruckzuck zur Konkurrenz auf: »Alle Menschen leben davon, neu anfangen zu dürfen, wenn sie sich von ihren Unrechtstaten der Vergangenheit distanziert haben.« Die höchste der Weltreligionen, das Kapital, gab durch Hans-Olaf Henkel ihren Segen: »Eine Wende vom militanten zum friedfertigen Außenminister ist mir lieber als umgekehrt.« (Er hatte den Militanten sich groß geschrieben gedacht, aber der Henkel denkt und der Setzer lenkt.) Für die irdischen Heerscharen stimmte Wolfgang Kehl, Berliner Polizist mit dreißig Dienstjahren, ein Hosianna an: »Fischer muß Außenminister bleiben. Er ist unser bester Politiker.« Auch der von Fischer einst gehauene Kollege erwies sich als Bulle aus echt deutscher Zucht, mit Stolz in der Brust: »Wer kann schon von sich sagen, daß er von einem Außenminister geschlagen wurde?«

Ein einiger Vaterland war Deutschland nie, und als Daniel Cohn-Bendit die Meinung meinte: »Ich teile voll und ganz die Meinung von Peter Boenisch«, fragte man sich allenfalls, wann der Frankfurter Maulheldentenor zum letzten Mal Peter Boenischs Meinung nicht geteilt hat. Dennoch blieb, nachdem alle Blätter zwischen Bremerhaven und Passau, Whyl und Gorleben, Solingen und Hoyerswerda zu ihrem Bundesaußenminister sich bekannt hatten, ein letzter Rest von Ungewißheit: Was würde wohl jenes Verlagshaus meinen, aus dem, einem damals viel gesungenen Lied zufolge, eine der drei Kugeln auf Rudi Dutschke gekommen war (nebst tausend Vorschlägen, was man mit den Demonstranten, den

»langbehaarten Affen«, anstellen solle)? Peter Boenisch ließ seine Leser, von denen inzwischen bekannt war, daß sie zu siebzig Prozent und mehr ihren Joschka behalten wollten, nicht lang bangen:

Fischer ist unser Außenminister ... Ihn mitten in schwierigen Verhandlungen (Gipfel in Nizza) mit seiner wilden Zeit zu konfrontieren, das liegt nicht im deutschen Interesse ... Heute entscheiden allein seine diplomatischen Ergebnisse und nicht die Bilder aus einer beiderseits gewalttätigen und haßerfüllten Vergangenheit. Und ich weiß, worüber ich rede: »Bild« und ich standen in jener Zeit auf der anderen Seite der Barrikade.

Er hat einen Kameraden. Und der hat einen Beichtvater, den Joachim Gauck, der ihm vor ein paar Millionen Gläubigen die Ohrenbeichte abnahm, wobei der Pfarrer zu Ehren seines prominenten Sünders das Procedere umkehrte, indem er das Ego te absolvo schon in der Programmzeitschrift sprach (»Mir persönlich gefällt dieser Wandel in seinem Leben«), bevor dieser sein Vater, ich habe gesündigt, vom Beichtspiegel las: Bis heute müsse er sich vorwerfen, daß er die Grenze zur Gewalt überschritten habe. Hast du, mein Sohn, also auch einen Molotow-Cocktail geworfen wider deines Nächsten Peterwagen? Nein, mein Vater, nie!

Kurz darauf gab der Verlag Kiepenheuer und Witsch bekannt, das Buch der Meinhof-Tochter Bettina Röhl über die wilde Zeit des Ministers, das zuvor schon vom Econ-Verlag abgelehnt worden war, werde auch bei ihm nicht erscheinen, weil die Autorin einen »öffentlichen Vernichtungsfeldzug« gegen Fischer führe. Nichts, aber schon gar nichts fiel dem Autor, dem Verlag und der informierten Öffentlichkeit auf, als da in einem Satz der Vernichtungsfeldzug und der Außenminister auf engstem Raum beieinander waren, keine zwanzig Monate nach dem Überfall auf Jugoslawien, den Fischer kommandiert hatte. Keiner wollte bemerken, daß Fischer zwanzig Jahre nach seinem undeutlichen Nein zum »bewaffneten Kampf« mit Pistolen sein klares Ja gesprochen hat zum Abschuß von Nuklearmunition und zum Abwurf von hunderttausend Splitterbomben; daß es ungewiß ist, ob er einst eine schwere Körperverletzung begangen bzw., im Jargon seiner Putzgruppe zu sprechen, einem Frankfurter Bullen das Fell versengt hat, aber unbestreitbar, daß er für die Ermordung von mehreren tausend Jugoslawen mitverantwortlich ist; daß also Fischer nicht möglicherweise und vor, sondern mit Gewißheit und nach seiner Bekehrung ein tödlicher Gewalttäter geworden ist.

Über den »Choque der Erkenntnis, daß dieser Motorrad-Prügler zwanzig Jahre später als deutscher Außenminister einen Krieg mitbefehligen wird«, hat sich (außer mir, zwei Jahre früher und genauer) allein Frank Schirrmacher Gedanken gemacht. Der Herausgeber der »FAZ«, der seinem Publikum zumuten kann, was die politischen oder gewöhnlichen Analphabeten, die »Taz« oder »Bild« lesen, heftig verwirren müßte: Der Kosovo-Krieg sei »eine äußere militärische Intervention« gewesen, die ohne Fischer und seine Geschichte »vermutlich zu einem bürgerkriegsähnlichen Notstand im Innern geführt hätte«. Und weil das vielleicht auch für die klugen Köpfe ein bißchen zuviel war, noch einmal: »Es war doch gerade das Spezifische dieser Biographie, die dazu verhalf, den inneren Frieden zu bewahren, als im Kosovo militärisch eingegriffen wurde.«

Sie hat beileibe nicht nur dazu verholfen. Aus Auschwitz die Wunderwaffe deutscher Weltmachtpolitik zu machen, brauchte es einen, der mit den Nazi-Eltern gebrochen hatte (die anwesenden eigenen natürlich ausgenommen). Und Fischer, dies ein Gemeinplatz nicht nur von »Spiegel«-Essayisten, ist heute die Partei, ohne ihn sind die Grünen nichts. Der neue Rekord deutscher Rüstungsexporte wäre ohne die Grünen, also ohne Fischer und seine Biographie (Abschnitt: Der Rüstungsgegner) nicht oder nicht so anstandslos möglich gewesen. Keiner konnte längere Restlaufzeiten für die Atomwirtschaft herausholen als der legendäre Atomkraftgegner, keiner die kleinen sozialen Errungenschaften der revisionistischen Arbeiterbewegung überzeugender abräumen, keiner die Klassengesellschaft leichter in eine Volksgemeinschaft neuen Typs, genannt Konsensgesellschaft, überführen als der gewesene Revolutionär.

Denn in ihm ist eins, was in der bürgerlichen Demokratie, also in der Klassengesellschaft, von rechts und links wegen entzwei gehört: der Wille der Herrschaft und die Renitenz der Beherrschten. Fischer ist Anwalt des Staates und Kronzeuge in einer Person. Seine Geschichte ist der lebende Beweis, daß der Staat besser ist als sein Ruf.

Anpassung ist machbar, Herr Nachbar, und nicht ohne Lohn. Wer sich aber wehrt, und gar auf militante Weise, ist auf dem Weg, »genau das aufzunehmen, was wir der Elterngeneration vorgeworfen haben«. Fischer ist zum bösen Ende auch noch der Endsieg der Lehre vom Totalitarismus: Der Nazi beginnt nun nicht erst bei Stalin, nicht bei Honecker, nicht bei Milosevic; er beginnt in der Tat bei der Blockade des Fabriktors und in Gedanken bei der Verachtung grüner Minister, wovon zur Not einer genügt. Weshalb er den Anfängen wehren und gegen den Mann, der ihm zwar keinen Stein oder Molotow-Cocktail, aber einen Farbbeutel an den Kopf geworfen hat, Strafantrag stellen muß. In Tucholskys Lied, das mit der Zeile »Et jibt Karrieren, die jehen durch'n Hintern« beginnt, heißen die entsprechenden Verse: »Denn komm' se raus / Denn sin' se plötzlich wat / Denn sin' se plötzlich feine Herrn jeworden / Denn kenn' se de Kollejen jahnich mehr / Vor

Eifer wolln se jeden jleich ermorden / Ick bin ihr Vorjesetzter, bittesehr...«

Den Hautgout, den die Biographie des Ministers ausströmt, vermag seltsamerweise auch der Weihrauch nicht zu übertönen, mit dem die Ministranten Gauck und Boenisch ihn umnebeln. Sie lieben den Verrat, und sie lieben den Verräter, solange er was zu verraten hat. Opportunismus ist die Religion, zu der sie sich bekennen. Das kann der Szenephilosoph nicht. Er muß die Wandlungen des Ministers auch den früheren Weggefährten plausibel machen, die nichts geworden sind, weil für sie an der Sonne, nämlich im Ministerium, im Parlament, bei der Böll-Stiftung, im Ausschuß, in der Pressestelle, im Hausblatt etc., einfach kein Platz mehr frei war.

Wie schwer es ist, deren Liebe zu ihrem Minister vor Schaden zu bewahren, war der »Tageszeitung« zu entnehmen, die mit der Ankündigung lockte: »Nur als Stehender bleibt er aufrecht, auch wenn er einmal gefallen ist. Außenminister Fischer hat die bekannten Brüche in seiner Biographie das ist durch und durch modern. Warum wird ihm nun so ein ödes und integres Menschenbild vorgehalten?« Der dazugehörige Barde hat die Generalamnestie aller Arschkriecher nicht so gewunden formuliert:

»Nur wer sich ändert, bleibt sich die treu.« Und ein Fünkchen eines Gedankens ist ja an beidem dran: Der wäre schon ein Kerl, der auf dem Weg zu Dutschkes Beerdigung sich um ein Volontariat bei Springer beworben hätte oder am Tag, da die Mauer fiel, in die DKP eingetreten wäre. Die Artikel und die Lieder, die zur Verteidigung der »Brüche« verfaßt werden, rechtfertigen immer nur das Gegenteil - die Unterwerfung unter die Meinung, die gerade in Mode ist: den Steinwurf, wenn Hausbesetzung der letzte Schrei ist, die Krampe, wenn alle zum Bauzaun gehen, den Ekel vor der Gewalt, wenn ein Dezernentenposten vakant wird, Nie wieder Krieg!, wenn Lindenberg und Niedecken und Joan Baez und 300.000 auf den Rheinwiesen singen, und Feuer frei, wenn der Posten des Außenministers vergeben wird.

Brüche? Ja, Brüche des Kreuzes infolge tiefer Rumpfbeugen. Das Bild, das dieser Mensch uns vorhält, ist wirklich nicht öde und integer. Es ist nur öde.

Konkret 02/01, S. 10

herrschaftszeiten

Halli, hallo, hallöchen. Hier ist Verona. Ich wollte bloß mal Bescheid sagen. Bescheiheid!

Weckruf der Telefonfirma Telegate

Frieden (endlich geschafft)

6. November, »Bild«:

Unsere Regierung genehmigte im vergangenen Jahr Rüstungsexporte im Wert von 5,9 Milliarden Mark.

Ein ganz privater Hufeisenplan?

11. Dezember, »Tagesspiegel« (Berlin):

Ein rätselhafter Überfall/ Sechs Monate nach der Attacke auf die Politikerin Beer wird kein politisches Motiv mehr vermutet/ Direkt nach der Attacke in der Nacht des 6. Juni war darüber spekuliert worden, daß möglicherweise linke Kriegsgegner oder Neonazis hinter dem Überfall stehen könnten. Inzwischen halten die Ermittler ein privates Motiv für wesentlich wahrscheinlicher. Wortlos sei der Überfall gewesen, sagte Frau Beer später. Auch Flugblätter oder ähnliches fanden die Ermittler nicht. Auch die Tatwaffe ist bislang nicht aufgetaucht. Genaugenommen wissen die Ermittler nicht einmal sicher, ob es sich um ein Messer oder einen anderen scharfen Gegenstand handelte. »Wir haben keinerlei nachvollziehbare Beweismittel«, sagt ein Ermittler. Nichts – außer der Schilderung von Angelika Beer. Den Ermittlern ist der Fall deshalb »völlig rätselhaft ... Das paßt alles nicht richtig zusammen«, sagt ein Fahnder. »Da gibt es viele Merkwürdigkeiten.«

Kriegsverbrecher 1

15. Dezember, »Frankfurter Allgemeine«:

Unbemerkt von den Medien hat die Parlamentarische Versammlung der Nato – ein von der Nato unabhängiges Gremium, das als Bindeglied zwischen dem Bündnis und den nationalen Parlamenten fungiert – einen »Generalbericht« verabschiedet. Eigentlich hätte er einen Aufschrei provozieren müssen. Denn in diesem Bericht über »Die Folgen des Kosovo-Konfliktes und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement« wird erstmals das Versagen der westlichen Politiker im Kosovo-Konflikt offiziell eingeräumt. Mit Blick auf die »Befreiungsorganisation« UCK der Kosovo-Albaner wird unverblümt zugegeben, die UCK habe im Kosovo eine Verschärfung der Notlage angestrebt, um die Bevölkerung zum Aufstand für die Unabhängigkeit zu bewegen: »So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu verstärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluß der KVM in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa – insbesondere Deutschland und der Schweiz – Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die Nato zur Intervention bewegen würde.« Mit anderen Worten: Nach dem aktuellen Generalbericht und entgegen offiziellen Nato-Darstellungen, insbesondere vor dem Krieg, waren also nicht die Serben, sondern war die UCK verantwortlich für die Konflikteskalation und die Erzeugung der Krise im Kosovo. Eine späte, eine zu späte Einsicht ... Wer hätte sich auszumalen gewagt, daß deutsche Demokraten dazu beitragen, Menschenleben zu vernichten, ohne die Fakten und Daten wirklich zu kennen, und dafür noch Applaus bekommen von Journalisten, Philosophen, Dichtern, Juristen, Friedensforschern?

Kriegsverbrecher 2

20. Dezember, »Hamburger Abendblatt«:

Zu lange hat die Nato zugelassen, daß sich die albanischen Guerilleros nach ihren Anschlägen in Serbien ins Kosovo und damit unter den Schutz der Friedenstruppe Kfor zurückziehen konnten. Zu lange haben die Uno-Verwaltung und die Kfor weggeschaut, als die Ex-Kämpfer der Kosovo-Befreiungsarmee UCK ihre mafiose Anarchie in der Krisenprovinz etablierten.

Wer wen?

2. Januar, dpa:

Die USA und Israel sind kurz vor Ende der vereinbarten Frist dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) beigetreten. Er soll weltweit Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgen. Die USA befürchten, daß Amerikaner wegen ihrer Einsätze als Weltpolizisten vor das Gericht gestellt werden könnten.

Ich würde mich als einen liberalen Kommunisten bezeichnen

Otto Schily, 1974

Sag's noch mal, Julius

2. Januar, dpa:

Der Oscar-Preisträger und »Casablanca«-Drehbuch-Autor Julius Epstein ist im Alter von 91 Jahren in Los Angeles gestorben. Wegen seiner geistreichen Drehbücher geriet er in der McCarthy-Zeit in den Verdacht, »links« zu sein. Epstein, ein erklärter Gegner des Kommunismus, antwortete damals auf die Frage, ob er jemals einer subversiven Organisation angehört habe: »Ja, Warner Bros.«

Ausländer: draußen

4. Januar, »Bild«:

Rund 80.000 Menschen stellten im vergangenen Jahr ei-nen Asylantrag in Deutschland.

So wenig wie zuletzt vor 13 Jah-ren.

Cottbuser Energie

4. Januar, »Neues Deutschland«:

Am frühen Morgen des Neujahrstages wurde ein betagtes jüdisches Ehepaar von Jugendlichen bedroht. Nach Angaben des Cottbuser Bürgermeisters Bernhard Neisener (SPD) hatten die bislang von der Polizei noch nicht gefaßten Täter das Gartentor der Familie H. demoliert. Dabei sollen sie gerufen haben: »Kommt raus, ihr Schweine, wir schlagen euch tot.« Das Verhalten der von den Eheleuten gerufenen Beamten ist inzwischen selbst Anlaß heftiger Empörung und Kritik. Einer der Polizisten soll den Eheleuten erklärt haben, falls sie sich bedroht fühlten, könnten sie in »Schutzhaft« genommen werden. Ein Vater der Familie war von den Nazis in »Schutzhaft« genommen worden und schließlich im KZ ums Leben gekommen. Die Vokabel »Schutzhaft« sei tatsächlich gefallen, bestätigte der Cottbuser Polizeipräsident Jürgen Lüth. In Cottbus sei bisher keine organisierte rechtsradikale Szene festgestellt worden, sagte der Integrationsbeauftragte der Stadt, Michael Wegener. Gleichwohl gebe es Szenetreffs, darunter auch in der entfernten Nachbarschaft der Eheleute.

High Society

4. Januar, ADN:

Die Zahl der Ecstasy-Erstkonsumenten ist im vergangenen Jahr dramatisch gestiegen. Laut Bundeskriminalamt wurden in den ersten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahr 70 Prozent mehr Einsteiger registriert. Trotz aller Bemühungen, den Handel und Konsum zu bekämpfen, müsse das BKA feststellen: »Deutschland hat sich zu einem der größten Absatzmärkte für diese Drogen entwickelt.«

Zwischen den Zoten

4. Januar, »Bild«:

Der Pfadfinder der Nation! TV-Lästermaul Harald Schmidt (43) macht Werbung für die katholischen Pfadfinder. Ein Ja zur Jugend.

Wehrmachts-Einstellung

5. Januar, »Frankfurter Allgemeine«:

Anpassung an den neuen Auftrag/ Wie Inspekteur Willmann das Heer auf Auslandseinsätze vorbereitet/ Verteidigungsminister Scharping sah sich schon kurz nach seiner Amtsübernahme dazu gezwungen, Willmann anzuweisen,

die KRK-Verbände (»Krisenreaktionskräfte« – KONKRET) von 36.700 auf 50.000 zu erweitern – und zwar rasch. Der andere Teil der Aufgabe bestand darin, einer von Friedensdienst und Friedenserhaltungsauftrag geprägten Armee bewußt zu machen, daß sich ihr Auftrag verändert hatte. Zum Erhalt des Friedens für das eigene Land war die Intervention zugunsten des Friedens in anderen Ländern gekommen – etwas, was die Bundeswehr vor 1990 nicht einmal hatte denken dürfen. Der Wandel der Bundeswehr von einer »Friedens- in eine Einsatzarmee« – wie Willmann das beschreibt – erfordert aber mehr, vor allem die Stärkung der Fähigkeiten, die in der einstigen deutschen Armee einen weitaus höheren Rang gehabt hatten als in der Bundeswehr ... Die unmittelbare Landesverteidigung rückt dabei an den Rand. Das künftige Heer kann anderes besser. So, wie es nun entsteht,

ist es für Auslandseinsätze konzipiert.

Zivilgesellschaft, arisch

5. Januar, Evangelischer Pressedienst:

»Der antisemitische Wind weht uns eiskalt ins Gesicht.« Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrats der Juden, zieht eine traurige Bilanz seines ersten Amtsjahres. So erzählt er etwa von einem festlichen Empfang einer Großbank für Düsseldorfer Honoratioren und besonders gute Kunden. Dabei sei »einer der angesehensten Anwälte der Stadt« aufgestanden und habe von seiner Zeit als junger Flakhelfer in Auschwitz berichtet. Morde oder gar Vernichtungsaktionen habe er damals nicht gesehen, tönte der Mann. Und überhaupt seien die Juden heute selbst schuld, daß der Antisemitismus wieder wachse. Sie mischten sich überall ein und wollten Deutschland nur finanziell ausnehmen. Niemand der versammelten Bankiers, Industriellen, Ärzte und Professoren habe widersprochen.

Allah wird immer größer

9. Januar, AP:

Die in Afghanistan regierenden Taliban verhängen seit gestern die Todesstrafe gegen Personen, die vom Islam zu einer anderen Religion konvertieren. Auch Nicht-Moslems, die andere zum Übertritt bewegen wollen, droht die Todesstrafe. Buchhändler, die Druckwaren über andere Religionen verkaufen, erhalten fünf Jahre Haft.

Same procedure

9. Januar, »Bild«:

Der Eurofighter wird noch viel teurer als bisher bekannt. Statt 23 wird das Projekt bis zu sechs Milliarden Mark mehr kosten, warnt der Bundesrechnungshof.

Fröhliche Wissenschaft 1

12. Januar, dpa:

Die Gilde der hochbezahlten Konjunkturforscher hat sich erneut blamiert. Ihre Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland für das Jahr 2000 sind an der Realität zerschellt. Die auch mit beträchtlichen Steuermitteln finanzierten Voraussagen über den Konjunkturverlauf hatten schon 1999 eine schwache Trefferqualität aufgewiesen. Sowohl der Rat der Fünf Weisen als auch die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute hatten für das abgelaufene Jahr ein reales Wachstum von 2,7 Prozent vorausgesagt. Doch ... trotz Hochzinspolitik der Europäischen Zentralbank und explodierender Ölpreise legte die deutsche Volkswirtschaft ein Plus von 3,1 Prozent hin. Dabei fehlten auf Grund der arbeitnehmerfreundlichen Lage der Feiertage sogar drei Arbeitstage. Ohne diesen Kalendereffekt wäre das Bruttoinlandsprodukt sogar auf 3,3 Prozent gekommen. Schon 1999 klafften Prognosen und Wirklichkeit stark auseinander. Die Konjunkturgutachter legten sich mehrheitlich auf zwei und mehr Prozent fest. Am Ende blieben aber nur magere 1,6 Prozent übrig.

Fröhliche Wissenschaft 2

12. Januar, DDP:

Der Leipziger Soziologe Peter Förster sieht keinerlei Zusammenhang zwischen der Kollektivierung der Menschen zu DDR-Zeiten und dem ausgeprägten Rechtsradikalismus im Osten. In seiner Studie konnten negative Langzeitwirkungen von Erziehung und System auf eine spätere Neonazi-Gesinnung nicht nachgewiesen werden.

Sorry

13. Januar, AP:

Die US-Armee hat zum erstenmal offiziell eingeräumt, daß GIs zu Beginn des Koreakriegs im Juli 1950 eine »unbekannte Zahl« von Flüchtlingen getötet haben. Einen Schießbefehl habe es aber nicht gegeben. US-Präsident Bill Clinton drückte sein Bedauern aus. Laut Pentagon fühlten sich die Soldaten bedroht und eröffneten in Panik das Feuer auf die Zivilisten. Augenzeugen berichteten dagegen, etwa 400 Flüchtlinge seien unter einer Brücke zusammengetrieben und erschossen worden, weil man vermutet habe, unter ihnen seien auch nordkoreanische Soldaten. Überlebende des sogenannten Massakers von No Gun Ri reagierten empört und sprachen von einem Versuch der US-Armee, sich von Schuld reinzuwaschen. Sie forderten eine offizielle Entschuldigung und Entschädigungen.

Er ist nicht Gott, aber er ist verdammt nah dran

US-Bonmot über den Notenbankpräsidenten Alan Greenspan

Die neue große Vorsitzende

März 1993, Zuschrift an KONKRET:

Unumstritten ist, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf. Die sog. Normalisierung des deutschen Status, was meint, das wiedererstarkende Großmachtdeutschland mit militärischer Eingreifmöglichkeit in der Welt, darf es nicht geben. Also, keine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik – auch nicht über das Hintertürchen Jugoslawien. Die Analyse über die völlig undemokratische Struktur der Uno, über ihren groben Mißbrauch im Sinne und Interesse der Träger der »Neuen Weltordnung« und deren Anteil am Konflikt in »Jugoslawien« ist richtig, nötig und muß vertieft werden.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, dies bleibt eine grundlegende Maxime, gerade weil die Realität sich heute in erschreckender Weise entgegengesetzt zu entwickeln scheint.

Lieber Hermann Gremliza, ich hoffe wirklich sehr, daß Sie an dieser Debatte interessiert sind und dazu beitragen und sie nicht für überflüssig und lächerlich erachten.

Auf gute gemeinsame Zeiten

Ihre Claudia Roth

Konkret 02/01, S. 12

Oliver Tolmein

Es hat funktioniert

Die öffenltiche Behandlung der Sponti-Vergangenheit des deutschen Außenministers dient der Erledigung jeder militanten linken Opposition

Was wissen wir nicht schon alles über Joschka Fischer. »Er war dick, bewegte sich nur noch schnaufend und hatte Angst vor dem Herzinfarkt«, teilte die politische Fachpresse – es ist noch nicht lange her – dem Wahlvolk mit, und der grüne Spitzenpolitiker bekannte: »Heute, nach all den Erfahrungen, den langen Stunden des Nachdenkens und den vielen Gesprächen weiß ich, daß ich mich im Umgang mit mir selbst und meinem Körper verrannt und über fast zwei Jahrzehnte einen schlimmen Raubbau betrieben hatte.« Das Buch, in dem der Minister ungefragt, aber wortreich mitteilte, wie ihn eine »private Katastrophe zu einem Neuanfang gezwungen hat«, wurde eine Bestseller. Jetzt holt ihn das private Debakel zweier anderer Menschen ein – und wieder wird Fischer abverlangt, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen.

Allerdings ist momentan schwer abzuschätzen, ob und wie er von den privaten Katastrophen Hans Joachim Kleins und Bettina Röhls profitieren wird: Röhl hat in ihrem verzweifelten Bemühen, durch Recherchen über die Studentenrevolte die Beziehung zur Mutter Ulrike Meinhof aufzuarbeiten, ausgerechnet »den Fischer« als Inkarnation des Radikalismus der außerparlamentarischen Opposition, und das ist für sie: des Bösen, ins Visier genommen. Und während sie sich für die Einzelheiten des Todes ihrer Mutter, die 1976 auf eine Art in der Haft ums leben kam, daß weite Teile der Linken an die offizielle Selbstmordversion nicht glauben mochten, zumindest öffentlich wenig interessiert, dient ihr das Schicksal der Polizisten, die z. B. beim Versuch, die Demonstration nach Meinhofs Tod aufzulösen, verletzt wurden, als gute Gelegenheit, ihre Anklage gegen die zu Amt und Pensionsansprüchen gekommenen Rebellen von einst in die Medien zu bringen. Im Zuge ihrer Recherche hat sie, der Tochter-Status öffnete ihr die Türen, vieles erfahren, nichts verstanden, aber ein paar Foto- und Filmaufnahmen entdeckt, entdeckt, auf denen zu sehen ist, was zwar alle wußten, aber nur wenige erlebt haben: den militanten Fleischersohn als Straßenkämpfer in Aktion. Hans-Joachim Klein, der, nach langen Jahren in der Illegalität einsam und deswegen unvorsichtig geworden, die Zielfahnder aufmerksam gemacht und sich in den Knast gebracht hat, wird seit einigen Wochen vor dem Staatsschutzsenat der Prozeß gemacht – da es trotz (oder wegen) seiner Bereitschaft, auszusagen und andere zu belasten, immer mehr Unklarheiten gibt, ist nun auch Fischer zur Aufklärung der Geschehnisse in seinem damaligen Umfeld, zu dem auch Klein einige Zeit gehörte, als Zeuge aufgerufen.

Seitdem beschäftigen sich vorzugsweise die Feuilleton-Redaktionen, immer wieder aber auch der eine oder andere Politikredakteur mit der ersten Welle des Frankfurter Häuserkampfs und den Perspektivdiskussionen der Spontis nach Ulrike Meinhofs Tod. Und alleallealle, die früher mal dabei waren und lange schon nichts vergleichbar Interessantes mehr erleben, drängen sich, über die Attacken der Putzgruppe von einst Anekdoten zu erzählen. Ja, Fischer war an der Aktion auf das Generalkonsulat des damals faschistischen Spanien beteiligt. Nein, der Sturm war nicht spontan. Ja, es wurden Molotow-Cocktails geworfen. Nein, Rasierklingen an Knüppeln hat es nicht gegeben. Doch, Rasierklingen an Knüppeln hat es wohl gegeben. Ja, Fischer hat eine klare Trennungslinie zum Terrorismus gezogen. Nein, Fischer hat sich nicht so bedingungslos vom Terrorismus distanziert, wie wir es heute wünschen. Soundso war es beim Training der Putzgruppe im Wald und soundso beim Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros. Viele können was erzählen. Und die meisten wollen etwas erreichen: Eine Entschuldigung wollen sie hören, einen Rücktritt erleben, sie fordern mehr Einsicht in Fehler der Vergangenheit oder beklagen das Fehlen einer entschiedeneren Absage an das Einst, plädieren für entschlossenere Einkehr im Jetzt, Ruhe und den Blick nach vorn. Über allem aber prangt ganz groß: »Wir wollen die Wahrheit«. Aber wessen Wahrheit soll es sein – und worüber? Die Wahrheit über Joschka Fischer?

Über Fischer sind in den letzten Jahren drei ausführliche Biographien erschienen. Er selbst hat ein halbes Dutzend Bücher selbst beigesteuert. Die jetzt geführte Debatte mutet auch deswegen so befremdlich an, weil die Protagonisten sich größtenteils aus der Zeit, die verhandelt wird, persönlich kennen und einander mehr oder weniger verpflichtet oder miteinander verfeindet sind. Wichtige, gänzlich unbekannte Entdeckungen sind da in den Medien nicht zu erwarten. Und auf die anderen, über Eheleben und Putzplan-Kontroversen der WGs, möchte man lieber verzichten. Auch die Gerichtsverhandlung, in der Fischer als Zeuge ausgesagt hat, hat hier wenig beigetragen und konnte es auch nicht.

Die Wahrheit über die Zeit, in der Fischer um sich schlug? In der Auseinandersetzung über das, was Strafrecht kann und was die Medien als Wahrer der öffentlichen Interessen leisten sollen, wird derzeit behauptet, daß vor Gericht und in den Medien vergangene Ereignisse aufgearbeitet werden können. Betrachtet man sich genauer, was da verhandelt wird, ist das durchaus zweifelhaft. Aufgabe der Gerichtsbarkeit ist es, individuelle Schuld festzustellen. Der Einzelne muß sich vor ihr rechtfertigen, die Umstände der von ihm zu verantwortenden Taten mögen sie erklären, in einem anderen Licht erscheinen lassen oder nicht – sie sind, für das Gericht wie für die am Prozeß Beteiligten, Mittel auf dem Weg zum Urteil, sie zu beeinflussen ist nicht dessen Zweck. Überdies liefert ein Richterspruch über Schuld oder Unschuld eines Einzelnen oftmals nicht einmal einfach einen Ausschnitt aus dem ganzen Geschehen. Zwar werden die Zeugen verpflichtet, »nichts als die Wahrheit« zu sagen, die Gerichte selbst beschränken sich in ihrer Arbeit aber auf die Feststellung der prozessualen

Wahrheit: Zeugnisverweigerungsrechte, Beweiserhebungs- und Beweisverbote, die Einhaltung der Förmlichkeiten, aber auch der Grundsatz der freien Beweiswürdigung durch den Richter verhindern, daß, was im Gerichtssaal festgeschrieben wird, die »reine Wahrheit« ist. Im speziellen Fall der juristischen Befassung mit der außerparlamentarischen Opposition gelten diese grundsätzlichen Einschränkungen für die Wahrheitssuche nachhaltig verschärft: V-Leute, die nicht aussagen durften, Zeugen, die die Gerichte nie zu Gesicht bekamen, Gesetzesänderungen am laufenden Meter, die den Angeklagten Verteidigungsmöglichkeiten nahmen, Haftbedingungen, die ihre Verhandlungsfähigkeit stark herabsetzten. Läßt man die Rechtsprechung seit den 70er Jahren über »terroristische« und kriminelle Vereinigungen, über Landfriedensbruch und Sachbeschädigung Revue passieren, wird deutlich, daß hier nicht nur etwas weniger als das Ganze verhandelt wurde, sondern etwas ganz anderes als die Wahrheit über diesen Abschnitt deutscher Geschichte. Daß ein nennenswerter Teil der Medien sich dennoch der Aussagen vor Gericht, der Einlassungen Beschuldigter und der Urteilsgründe so bedient, als habe man es hier mit Feststellungen zu tun, wie es wirklich war, sagt nichts darüber aus, läßt aber ahnen, wie die Medien Vergangenheitsbewältigung leisten lassen wollen.

Die Wahrheit über die Geschehnisse, die heute so viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist also nicht zu erwarten. Meinungen darüber werden aber in schneller Folge geäußert. Und hört man sie, scheint es, als könne sich Fischer zurücklehnen. Denn nicht nur einstige Genossen, auch Kabinettsmitglieder von heute, Kommentatoren von »Bild« bis »Taz« und Polizisten aller Coleur setzen sich für den Außenminister ein und beschwören dessen wichtige Rolle für die restlose Eingliederung der Sympathisanten ins demokratische Gemeinwesen. Für die Wertschätzung der Rebellion von einst, für die Durchsetzung linker, emanzipatorischer Werte, auf die es damals ankam, sagt das nichts. Denn fast jede der Verteidigungsreden für den Staatsmann von heute stärkt auch die Position der Anklage. Selbst wenn die »Taz« sich ausnahmsweisen einmal angestrengt ihrer Anfänge erinnert und mit Verve das Loblied des außerparlamentarischen Protestes der 60er und 70er Jahre singt, zusammengeschlagene Polizeiopfer zu Wort kommen läßt und auf eingestellte Ermittlungsverfahren und dubiose Spitzelpraktiken verweist – die neueren Freunde Fischers akzentuieren mit ihren lobenden Worten die große Leistung der Läuterung und malen dafür die staatsfeindliche linke Opposition der 70er Jahre in düsteren Farben. Und dieser Lesart gibt auch Fischer selbst den Vorzug, wenn er in Interviews mit einer Melange aus fehlenden oder ungenauen Erinnerungen und Abgrenzungen von den wahrhaft bösen Militanten den Staatsmann von heute gibt, der an seiner Vergangenheit schwer, aber auch nicht zu schwer trägt.

Egal wie Joseph Fischers weitere Karriere nun verläuft, ob die Erinnerungen einstiger Gefährtinnen und Gefährten ihm wirklich, wie der »Spiegel« glauben machen will, gefährlich werden können, oder ob das deutsche Volk seinen Liebling behalten darf, weil dem Volk egal ist, ob der Außenminister damals einen Polizisten verletzt hat, wenn er seine militanten Auseinandersetzungen heute nur zum Besten Deutschlands zu Ende führt – der Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik wird nach der gegenwärtigen Diskussion aus einer anderen Perspektive gerichtet werden. Und die Geschichte der linksradikalen Opposition in der BRD, die diese selbst allenfalls in kleinen Bruchstücken aufgearbeitet hat, wird immer schwerer angemessen zu reflektieren sein. Weitaus folgenreicher nämlich als die Antwort auf die Frage, ob Fischer im Wald Steinewerfen geübt hat und ob es nicht doch ein Plenum gab, auf dem er für Mollies plädierte, ist der Kontext der aktuellen Diskussion.

Da ist zum einen der justizpolitische Zusammenhang. In den 70er und 80er Jahren dienten die Verfahren gegen Mitglieder der RAF zu erheblich Teilen dazu, die Gruppe als Vereinigung rücksichtsloser, schießwütiger Mörder zu präsentieren, denen ein Menschenleben nichts wert und deren diskursive Kompetenz auf Flüche und Schreien von Kraftausdrücken begrenzt war. Die Verfahren gegen angebliche Mitglieder der seit langem aufgelösten Revolutionären Zellen, die gegenwärtig laufen, sollen auch den politischen Aktivismus der weniger blutig vorgehenden militanten Gruppen desavouieren. Mit den Anwürfen gegen Fischer und seine Putzgruppe wird der Kreis der Angeschuldigten erheblich erweitert: Jede Form von Protest gegen den deutschen Nachkriegsstaat, die das Maß des staatlicherseits Erlaubten überschritt, droht nun im nachhinein unterschiedslos gesellschaftlicher Ächtung zu verfallen. Und mit der Erkenntnis, daß die 68er nur rücksichtslose Gewalttäter waren, wird auch ihrer Rebellion gegen das Deutschland, das nicht nur juristisch der Nachfolgestaat des Dritten Reiches war, sondern in dessen Demokratie Adorno zufolge der Nationalsozialismus zu wichtigen Teilen fortleben konnte, eine deutliche Absage erteilt. Das neue, große Deutschland möchte mit dem Erbe der Bewegung, die einen emanzipatorischen Kern in sich trug, nur noch ungern zu tun haben. Dabei sind es nicht einmal in erster Linie die konservativen Gegner von einst, die hier besonders bemüht sind, reinen Tisch zu schaffen. Die meisten der Schreiber, die zur Zeit mit dem Thema nicht zu Rande kommen wollen, ohne einen Bogen in die Vorzeit der Republik zu schlagen und auch noch auf die uneinsichtigen ehemaligen SED-Politiker zu verweisen, waren selbst an irgendeinem Punkt einmal dabei. Was sie nicht hindert, sondern der effizienteren Abgrenzung wegen offenbar besonders motiviert, die Militanten aus den Straßenschlachten der 70er so schnell wie selbstverständlich zu Kameraden der deutschen Soldaten an der Ostfront zu machen und grüne Politiker mit Angehörigen der Waffen-SS zu assoziieren.

Nun geht es auch in der aktuellen Debatte, wie im Streit um die Wehrmachtsausstellung, um Bilder; anders als dort muß hier aber nicht gedeutet werden, was zu sehen ist, sondern wie das Gesamtgeschehen zu bewerten ist. Daß etliche Aktive der Spontiszene von einst heute als Renegaten die Parallele ziehen von deutscher Geschichtsaufarbeitung der Jahre nach

1945 zu deutscher Geschichtsaufarbeitung im Jahre 2001, dokumentiert eindrucksvoll, wie wenig substantiell die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus in weiten Teilen auch der 68er-Protestgeneration schon immer war. Vor allem aber wirft es ein fahles Licht auf die Debatte um Fischers Rolle: Sie erscheint mittlerweile als eine Fortsetzung von Historikerstreit und Kontroverse um das *Schwarzbuch Kommunismus* – nur daß jetzt sogar der Wurf mit Molotow-Cocktail und Pflasterstein zu einem Verbrechen stilisiert wird, das mit tausendfachen Geiselerschießungen sinnvoll verglichen werden kann und für das es keine Verjährung geben darf. Zudem werden mittlerweile selbst die an den Pranger gestellt, die frühzeitig der Militanz abgeschworen und sie sogar engagiert bekämpft haben, wenn ihre Anpassung an die Verhältnisse nicht entschlossen genug und das Schuldeingeständnis für Vergangenes nicht ausreichend zerknirscht und demütig geraten ist. Der Außenminister wird es schaffen, wenn er sich seiner eigenen, gar nicht so alten Erneuerungsparolen erinnert: »Ergo konnte es nicht mehr ums Abnehmen gehen, sondern es stand weitaus mehr zur Disposition. Ich mußte meine bisherige Antwort zu leben, mich also vor allem selbst umkrempeln, ohne mich dabei aufzugeben oder gar zu verlieren – ja, und es hat funktioniert.« Für die, die noch etwas anderes in Erinnerung behalten wissen wollen, als die Wahrheit von Gerichten und konvertierten Kommentatoren, wird es zusehends eng.

Konkret 02/01, S. 14

Abdallah Frangi, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer

Die Ängste sind berechtigt

Gespräch mit Abdallah Frangi, dem Leiter der offiziellen PLO-Vertretung in Deutschland, über die Ziele der palästinensischen Politik, die Zukunft des Friedensprozesses, die Probleme des religiösen Fundamentalismus und die deutsch-palästinensischen Beziehungen

KONKRET: Als wir 1981 zum Interview bei Ihnen waren, sagten Sie: »Unser Ziel: unser Land von den Israelis zu befreien.« Zehn Jahre später, 1991, meinten Sie: »Wir haben eine Friedensinitiative gestartet und Israel Verhandlungen vorgeschlagen, deren Ergebnis sein sollte, daß wir die Existenz Israels und die Israelis einen palästinensischen Staat anerkennen. Das war für uns ein großer Schritt, denn in unserem Verständnis gehört uns ganz Palästina.« Wie würden Sie heute, weitere zehn Jahre danach, das Ziel der PLO definieren?

Frangi: Das Ziel der PLO ist immer noch die Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen. Und wir sind verbittert und enttäuscht darüber, daß die Israelis dieses Ziel nicht akzeptiert haben, obwohl wir in Oslo in dieser Richtung eine Vereinbarung erzielt hatten. Die gesamte Konfrontation, die jetzt stattgefunden hat, hat deswegen stattgefunden, weil die Israelis nicht bereit waren, einen Palästinenser-Staat zu akzeptieren. Und deswegen zweifle ich echt an dem Willen der Israelis zu einem Frieden mit uns.

1981 und 1991 haben Sie aber mehr gefordert als nur einen Palästinenser-Staat im Gazastreifen und in der Westbank. Sie wollten »unser Land von den Israelis befreien« oder bestanden mindestens darauf, daß ganz Palästina den Palästinensern gehöre.

Sie haben recht. Ganz Palästina gehört uns, und wir haben damals den bewaffneten Kampf begonnen, um ganz Palästina zu befreien, vom Jordanfluß bis zum Mittelmeer. Es ist uns nicht gelungen. Die Welt hat sich so geändert, daß der militärische bewaffnete Kampf uns nicht mehr zum Ziel führen kann. Und deswegen haben wir uns geändert, sehr schnell.

Eine Änderung der Taktik?

Wir haben es versucht. Wir haben versucht, unsere Heimat zurückzubekommen mit militärischen Mitteln, vergeblich. Wir können uns nicht selbst zerfleischen, wir können den militärischen Kampf nicht weiter führen, der zu Reaktionen der Israelis geführt hat und führen würde, die den Nahen Osten nie zur Ruhe kommen ließen. Man darf jetzt nicht unterstellen, die Palästinenser hätten weiterhin vor, den Staat Israel zu bekämpfen. Wir sind bereit, diesen Staat zu akzeptieren, wenn die Israelis einen Palästinenserstaat akzeptiert haben. Wenn sie das nicht tun, dann wird es keinen Frieden zwischen uns und den Israelis geben, weder heute, noch in einer Generation, noch in hundert Jahren.

Verstehen Sie, daß die israelische Regierung, die Mehrheit der Bevölkerung Israels – und nicht nur sie – den Verdacht haben, die PLO oder ganz allgemein: die Palästinenser hätten in Wahrheit ihre ursprünglichen Ziele doch nie aufgegeben? Sie hätten diese Ziele zwar unter dem Druck der Verhältnisse oder der Weltmächte zeitweise gemäßigt oder camoufliert, aber sie würden immer wieder versuchen, ihr ursprüngliches Ziel durchzusetzen, auch nach einem Friedensvertrag. Und der Friedensvertrag wäre nur eine Etappe auf diesem Weg.

Dieses Mißtrauen besteht auf beiden Seiten. Wir haben bis zum heutigen Tag kein Vertrauen zu den Israelis. Wir glauben nicht, daß die Israelis einen Palästinenserstaat akzeptieren. Wir glauben nicht, daß sie sich begnügen mit dem, was sie in Besitz hatten seit 1948. Die Siedlungspolitik in der West Bank und im Gazastreifen ist von allen Parteien dort propagiert und durchgesetzt worden, von Netanjahu und Scharon wie von Barak, Peres und Rabin. Deswegen ist das Mißtrauen auf der palästinensischen Seite nicht geringer als das Mißtrauen der Israelis uns gegenüber.

Nach allem, was man von den Verhandlungen in Camp David und den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Barak gehört hat, stand der Gründung eines palästinensischen Staates, bestehend aus Westbank und Gazastreifen, nichts im Weg. Bis auf einige Siedler scheint die gesamte israelische Gesellschaft dazu bereit. Während man zugleich den Eindruck hat, daß die große Mehrheit der Palästinenser sich eben nicht damit abfindet, daß Ihr Staat sich auf diese Gebiete beschränken soll, sondern darin nur eine Etappe auf dem Weg zu dem alten, größeren Ziel sieht, ganz Palästina von den Juden zu befreien. »Habt kein Mitleid mit den Juden, egal wo ihr seid, in welchem Land auch immer, wo immer ihr sie trefft, tötet sie« – der das beim Freitagsgebet im Oktober 2000 predigt, ist Achmed Abu Halabia, ehemaliger Rektor der islamischen Universität in Gaza und Mitglied des von der Autonomiebehörde ernannten Fatah-Rates.

Warum stellen Sie diesem Zitat nicht ein Zitat eines orthodoxen Juden gegenüber?

Weil der orthodoxe Jude nicht im Auftrag der israelischen Regierung spricht, aber dieser Geistliche im Auftrag der Autonomiebehörde.

Nie im Leben! Er hat nie im Leben im Auftrag der Regierung gesprochen. Wir haben viele Geistliche, die bei uns irgendwo einen Posten in der Regierung haben, aber nicht die Regierung vertreten können und dürfen.

Dieses Freitagsgebet wurde im palästinensischen Fernsehen übertragen.

Aber der israelische Staat schickt Soldaten, um die Siedlungen ausdehnen zu lassen in den palästinensischen Gebieten. Und das ist noch schlimmer als diese Aussage.

Wir reden darüber, wie berechtigt das Mißtrauen in der israelischen Gesellschaft über die Politik der Palästinenser erscheinen muß, wenn man solche Reden hört.

Die Ängste sind berechtigt. Aber sie können nicht die jetzige aggressive israelischen Politik rechtfertigen.

Wenn wir hier ein Interview mit einem israelischen Offiziellen führten, würden wir ihn fragen, was Israel mit seinen Siedlern vorhat, was die anrichten und wie er die Übergriffe von Siedlern auf Palästinenser beenden will. Jetzt haben wir aber einen Vertreter der PLO vor uns, und den fragen wir nach den Taten und Untaten seiner Partei.

Ich akzeptiere das. Ich sage nur, die Palästinenser und die Israelis haben nach dem Osloer Abkommen versagt, Institutionen zu schaffen, in denen sie gemeinsam arbeiten können, Institutionen innerhalb Palästinas, innerhalb Israels. Ich verlange von den Israelis und von den Palästinensern, solche Institutionen zu schaffen, damit sich langsam auf beiden Seiten mehr Verständnis für die Gegenseite entwickeln kann. Früher gab es in Israel diese Peace now-Bewegung, die nach Palästinensern gesucht hat, mit denen sie reden konnte. Diese Gespräche haben schließlich zum Osloer Abkommen geführt. Heute existiert das nicht mehr. Und deswegen verkriechen sich die Israelis in ihrem Mißtrauen und versenken wir uns in der Vorstellung, die Israelis benutzten die Friedensgespräche nur, um in ihrem Schatten mehr Land in Besitz zu nehmen, mehr Siedlungen auszubauen.

Andererseits hat ja die Barak-Regierung zum Schluß ein sehr weitgehendes Angebot gemacht. Sie will den Clinton-Plan annehmen, der vorsieht, daß sich Israel zu 95 Prozent in die Grenzen von 1967 zurückzieht, Ost-Jerusalem Hauptstadt des palästinensischen Staates wird und die Heiligtümer unter palästinensische Verwaltung kommen. Warum sagt Arafat nicht ja?

Weil der Vorschlag dazu führen würde, Siedlungen in die Hauptstadt zu integrieren, wodurch wir in Ost-Jerusalem eine palästinensische Minderheit wären. Wir hätten zwar die Souveränität, aber nur eine scheinbare, die wirkliche hätten die Israelis. Wir haben in den letzten drei Jahren gesehen, wie das funktioniert: Wo wir gemeinsame Check-Points haben, haben die Israelis das Sagen. Sie sind die Kraft, die sagt, was gemacht wird, weil sie die Panzer und die besseren Soldaten haben. Zum Beispiel im Gazastreifen, der nicht mehr ein Streifen ist, sondern drei Streifen. Sie sind zurückgekehrt in die palästinensische Gebiete. Heute finden alle Konfrontationen, die stattfinden, in den palästinensischen Gebieten statt und nicht in Israel.

In Israel explodieren Bomben.

Nicht von uns.

Aber von Leuten gezündet, mit denen die Autonomiebehörde und die PLO zusammenarbeiten.

Wir haben alle diese Leute ins Gefängnis gesteckt. Es gab viel Protest gegen die PLO und die Regierung wegen unseres Umgangs mit palästinensischen Islamisten, mit Islam und Hamas.

Es ist der palästinensische Kommunikationsminister Hamad al-Falogi, der Ende Oktober gesagt hat: »Die Erfahrung der Hisbollah ist vorbildlich, man muß von dieser erfolgreichen Erfahrungen lernen.«

Das ist ein Mitglied der Hamas, den wir in die Regierung geholt haben, damit er sich bessert. Anscheinend hat er sich nicht gebessert.

Ist er noch Minister?

Er ist Minister.

Und Sie sagen, die Gruppen, die beispielsweise in Netanya Anschläge verüben, haben mit der PLO nichts zu tun. Offensichtlich sitzt da ein Sympathisant solcher Terrorgruppen als Minister in der Regierung.

Ja, leider.

Sie sind 1962 nach Deutschland gekommen und sind seit 1970 der erst inoffizielle, seit 1993 der anerkannte Vertreter der PLO in der Bundesrepublik. Wie würden Sie den Wandel in der Haltung der deutschen Politik gegenüber den Palästinensern in der Zeit, die Sie hier erlebt haben, beschreiben?

Positiv. Wir haben mehr Anerkennung erfahren, wir haben mehr Freunde gewonnen – in den Parteien, in der Regierung, bei den Journalisten. Trotzdem assoziieren manche Deutschen die PLO immer wieder mit einer terroristischen Institution. Vor allem jetzt, da die Nazis Attentate auf jüdische Institutionen verüben, wollen uns einige in einen Zusammenhang damit

bringen. Früher war das die Springer-Presse, die uns immer wieder in diese Ecke gestellt hat, egal, was wir gemacht haben, oder was wir gesagt haben.

Wann wurde das anders?

Das hat sich geändert, nachdem wir das Oslo-Abkommen unterschrieben haben. Direkt. Die erste Einladung Arafats nach Deutschland hat Außenminister Kinkel am 3. Dezember 1993 ausgesprochen.

Und Sie sehen das im Zusammenhang mit Oslo?

Ja.

Und nicht etwa mit einer Veränderung auch der weltpolitischen Lage? Bis 1990 wurde die PLO, wie andere Befreiungsbewegungen, von der Sowjetunion unterstützt.

Das spielt auch eine Rolle.

Die Veränderung der weltpolitischen Lage hat auch diese Befreiungsbewegungen verändert.

Wir haben uns wirklich verändert, so daß man auch keine Angst mehr hat, mit uns zu reden.

Die PLO war zuvor eine eher sozialrevolutionäre Bewegung. Das kann man heute nicht mehr von ihr sagen.

Nein. Die PLO hat sich positiv entwickelt. Wir sind eine demokratische Institution geworden, und wir haben mehr politische Verantwortung jetzt.

Läßt sich dieser Wandel nicht eher so beschreiben, daß es der PLO früher auch um soziale Revolution ging, während ihre Ziele heute fast ausschließlich in ethnischen und religiösen Kategorien zu beschreiben sind? Weil es jetzt um Religion, um den Islam geht, spielen auch die Heiligtümer eine sehr viel größere Rolle als früher.

Man kann keine Analyse machen ohne die Emotionen, die nun einmal vorhanden sind.

Die PLO war vor 1989 eine eher säkulare Kraft, eher links orientiert. Wird Ihnen nicht unheimlich, wenn Sie sehen, daß die Islamisten immer stärker werden, auch unter den Palästinensern? Fürchten Sie nicht, daß in einem palästinensischen Staat, der sich unabhängig von oder gegen Israel konstituiert, eine fundamentalistische Welle auch Leute wie Sie und die ganze PLO hinwegspülen könnte?

Die Gefahr besteht. Und deswegen haben wir von Anfang an diese Strömungen bekämpft. Aber wir sind der Meinung, der Kampf gegen die Islamisierung muß ein sozialer Kampf sein und keiner mit Gewalt.

Geben Sie nicht den Fanatikern nach, wenn Sie beispielsweise den islamischen Heiligtümern in der Altstadt von Jerusalem einen solchen Stellenwert für die Verhandlungen beimessen? Viele Palästinenser sind ja auch Christen – warum sagen Sie nicht, die islamischen Heiligtümer sind nicht so wichtig, das ist keine Frage von Leben und Tod? Statt dessen hat man den Eindruck, die PLO und die Autonomiebehörde seien mittlerweile bereit, für den Felsendom zu sterben.

Für Bethlehem auch. Man hat in den letzten drei Jahren fast alles eingesetzt, um dieser christlichen Stadt wieder ein neues Gesicht zu geben. Alle Kirchen sind frisch renoviert, alle Pfarrstellen sind neu besetzt mit christlichen Priestern. Der Islam und das Christentum sind die zwei Religionen, die wir heute viel mehr berücksichtigen als am Anfang des Befreiungskampfs. Beide haben sich in Palästina und in der Umgebung so entwickelt, daß wir sie nicht mehr ignorieren können.

Zu den Rücksichten: Es scheint, daß die Autonomiebehörde sehr viele zu nehmen hat, und manchmal, insbesondere in militanten Konflikten mit Israel, hat man den Eindruck, sie stecke, wenn's drauf ankommt, mit den Islamisten, auch mit Hamas und Dschihad, unter einer Decke. Wenn man beispielsweise an die Kindermärtyrer denkt, die auf eine Art und Weise gefeiert werden, die ein doch ein bißchen erschaudern läßt, oder an den Lynchmord in Ramallah, den die ganze Stadt bejubelt hat.

Diese Aktion ist von Arafat und von uns allen verurteilt worden. Und die Leute, die das getan haben, werden mit Sicherheit zur Rechenschaft gezogen werden. Leider haben die Israelis uns bisher daran gehindert, weil sie die Täter verhaftet und nach Israel mitgeschleppt haben.

Nun gibt es ja immer ein paar Leute, die zu so was fähig sind. Da braucht man auf niemanden besonders zu deuten. Aber als diese Leichen durch die Stadt gezogen werden, daß da die große Masse der Bevölkerung jubelt und keiner einschreitet, der sagt: aufhören, Schluß, ihr seid wahnsinnig geworden – hat Sie das nicht auch erschüttert? Haben Sie sich nicht auch gefragt, was für eine Gesellschaft das ist, in der so etwas möglich ist?

Diese Gesellschaft ist so kaputt, weil sie so tief gedemütigt, so weit gepeinigt ist. Es gibt keine andere Erklärung dafür. Wer so etwas unterstützt, wer so weit geht, ist kein normaler Mensch. Ob das ein Palästinenser oder ein Deutscher oder ein Jude oder was immer ist. Man muß in die Geschichte der Menschen hineinschauen, die das getan haben. Da wird man finden, daß diese Leute sich durch bestimmte Aktionen der Israelis gerechtfertigt fühlen. Man muß mehr in die Geschichte schauen als auf die grausamen Bilder.

Alles hat eine Geschichte, die manches erklärt. Aber wenn man vor einem Friedensschluß erst alle Untaten der letzten Jahrzehnte, die palästinensischen wie die israelischen, sühnen wollte, können alle zusammen ins Gefängnis gehen.

Ja, das finde ich auch.

Man wird also mit dem, was ist, Politik machen müssen. Und da fragt sich, was die Autonomiebehörde, was die PLO tut, damit sich nicht wiederholt, was in Ramallah geschehen ist. Oder was da täglich inszeniert wird mit diesen Kindermärtyrern. Der Mufti von Jerusalem und Palästina sagt im Interview mit der ägyptischen Wochenzeitung Al-Achram al-Arabi über die Märtyrerkinder: »Ich finde, daß der Märtyrer glücklich ist, denn die Engel begleiten ihn zu seiner Hochzeit im Himmel. Ein Kind schrieb auf einen Zettel seinen Namen, bevor er starb. Er schrieb: Der Märtyrer Soundso. Jeder Märtyrer trägt einen solchen Zettel bei sich. Er verurteilt sich selbst zum Martyrium, bevor er zum Märtyrer wird.« Auf die Frage des Interviewers, ob deshalb die Mütter vor Freude weinen, wenn sie vom Tod ihrer Söhne erfahren, sagt der Mufti: »Die Mutter hat Anteil an der großen Belohnung des Heiligen Krieges zur Befreiung der Al Aksa-Moschee. Ich sprach mit einem jungen Mann, der mir sagte, er wolle die schwarzäugigen Frauen im Himmel heiraten. Am Tag darauf wurde der zum Märtyrer. Ich bin sicher, daß seine Mutter von Freude über seine himmlische Hochzeit erfüllt war.«

(Frangi lacht.) Sie nehmen das ernst?

Sollen wir nicht? Al-Achram hat es ernst genommen. Wer ist dieser Mufti?

Das ist ein islamischen Gelehrter, der sich diese Position erkämpft hat und sie benutzt gegen die Leute, die regieren.

Was macht die Autonomiebehörde mit so einem Mann?

Sie hat in den letzten Monaten verboten, daß die Kinder in dieser Zeit der Konfrontation schulfrei bekommen. Denn das steckt an. Wenn einer schon im Paradies lebt, dann will der andere auch ... Das haben wir auch erlebt im Krieg zwischen Iran und Irak. Viele junge Männer hatten den Schlüssel für das Paradiestor mitgenommen, bevor sie in die Raketen reingelaufen sind. Sie starben in dem Glauben, sie kämen schneller dort oben hin ...

Wo schon zwölf Jungfrauen auf sie warten.

... oder was weiß ich. Das ist es, was mich immer wieder dazu motiviert zu sagen, daß wir diese Konfrontation nicht zu einem Religionskrieg werden lassen dürfen. Es gibt ja auch diesen Israeli, der 1994 die Leute in der Moschee erschossen hat, Baruch Goldstein. Auch auf seinem Grab steht zu lesen, daß er es für die Sache der Juden getan hat und als ein Held. Viele Frauen gehen dorthin, sie haben ihre Kinder nach ihm benannt. Den Wahnsinn des Religionskrieges hat man auch in Europa erlebt, zwischen Protestanten und Katholiken.

Wir sind in dieser Phase jetzt im Nahen Osten. Deswegen ist ein Frieden notwendig, damit man eine normale Beziehung zu seiner eigenen Religion hat und nicht eine vergiftete Atmosphäre, wo man zu solchen Taten gezwungen, umgeleitet oder hingesteuert wird. Das können wir wirklich nur durch einen Versöhnungsprozeß erreichen, damit wir nicht in diesen wahnsinnigen Vorstellungen unsere Kinder erziehen.

Es ist erkennbar, daß der Friedensprozeß in der jetzigen Konstellation keine Chance mehr hat. Barak ist weiter gegangen, als die israelische Gesellschaft zur Zeit zu gehen bereit ist, und hat damit bei den Palästinensern Hoffnungen geweckt, die nicht zu erfüllen sind. Barak kann nicht zustande bringen, was er vorgeschlagen hat, und die Palästinenser können natürlich nicht hinter das zurückgehen, was Barak ihnen selbst schon mal angeboten hat – von dem Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge gar nicht zu reden. Also wird es, solange er da ist, keinen Vertrag geben. Jetzt werden wohl Ariel Sharon und George W. Bush den Frieden mit den Palästinensern zustande bringen müssen.

Daß der Frieden nicht zustande gekommen ist, lag nicht daran, daß die Palästinenser in der Flüchtlingsfrage nicht nachgegeben haben. Wir fühlen uns, was diesen Punkt angeht, in der Öffentlichkeit sehr schlecht behandelt. Es geht nicht darum, daß vier oder fünf Millionen mit dem gepackten Koffer an der Grenze stünden und morgen zurück nach Israel wollten. Es geht um das Recht zur Rückkehr, um Entschädigung und moralische Wiedergutmachung diesen Menschen gegenüber, die vierzig Jahre lang in Flüchtlingslagern gelebt haben. Was macht man mit denen? Man kann nicht sagen, die sollen einfach dort bleiben, ohne ein Angebot für ein menschenwürdiges Leben, über das man mit ihnen redet.

Das Recht auf Rückkehr heißt nicht, daß sie auch tatsächlich zurückkehren dürfen oder sollen?

Wenn sie das Recht bekommen, können sie später mal damit besser umgehen. Sie werden nicht zur Waffe greifen und ihr Recht dort durchsetzen. Das sehen sie auch ein, wenn wir einen Friedensvertrag unterschrieben haben. Aber man kann

auch nicht sagen, diese Menschen dürfen nicht wieder zurückkehren, und wenn man es tut, ist es eine Provokation, auf die die Leute provoziert reagieren werden.

Immer wenn der Oslo-Prozeß in Schwung kam, wurde er von palästinensischen Extremisten zerbombt. 1995, als Peres praktisch jede Woche ein Dorf zurückgegeben hat, hat eine große Terrorwelle eingesetzt. Und das hat den Prozeß gestoppt. Das ist doch auch verständlich.

Ja. Deshalb hat Arafat nach diesen Aktionen in einer Rede gefragt: Für wen tut ihr das denn? Ihr nehmt uns die Chance, einen Palästinenserstaat zu gründen. Das hat er öffentlich vor fast tausend Leuten im Gaza-Streifen gesagt. Ich war dabei. Ich gebe zu, daß diese Aktionen auch mit dazu geführt haben, daß radikale Kräfte innerhalb Israels eine Rechtfertigung für ihre aggressive Politik gefunden haben.

Wenn jetzt Scharon Ministerpräsident werden sollte, wird das alle Hoffnungen auf einen Frieden auf der Basis von Camp David beseitigen. Könnte es sein, daß es mit ihm ein Abkommen geben wird, bei dem zwar weniger für die Palästinenser herauskommt als bei Barak, aber schneller und verläßlicher?

Wir haben Erfahrungen mit Sharon gemacht, sehr schlimme Erfahrungen, im Libanon, in Sabra und Shatila. Aber es ist ihm mit dieser Politik nicht gelungen, die Frage der Palästinenser einfach beiseite zu schaffen. Im Gegenteil. Die Aktionen in Sabra und Shatila haben nicht nur große Verluste gebracht, sondern mehr Sympathie für unsere Sache auf internationaler Ebene als je zuvor. Sie haben sogar in Israel eine Protestwelle erzeugt, 400.000 Menschen haben damals gegen Scharon und seine Politik demonstriert.

Irgendwann wird auch Sharon begreifen, daß nicht die Politik mit dem Schwert die Sicherheit Israels garantieren wird, sondern Verhandlungen mit den Palästinensern. Er kann uns nicht aus dieser Region beseitigen. Wir sind da, wir sind viele, wir werden bleiben, bis ein israelischer Ministerpräsident, egal, wer das ist, diese Tatsache akzeptiert – genau wie wir es 1948 abgelehnt haben, den israelischen Staat anzuerkennen und irgendwann uns doch mit dieser Realität abfinden mußten.

Von den Israelis wird das ultimative Bestehen auf dem Rückkehrrecht als Provokation empfunden, und zwar nicht nur von den Rechten wie Scharon, sondern auch von Leuten wie dem Schriftsteller Amos Oz, der befürchtet, daß die Juden dann bald eine Minderheit in Israel wären und damit Israels Existenz als hauptsächlich jüdischer Staat erlösche.

Wenn wir einen Palästinenser-Staat in der Westbank und im Gaza-Steifen gründen und unsere Leute zu uns holen?

Soll das heißen, daß das Recht auf Rückkehr nicht die Rückkehr in die alte Heimat, sondern in den neuen Palästinenserstaat meint?

Ja klar. Die Palästinenser müssen irgendwann mal ihre Identität wiederherstellen, und das können sie nur in Palästina und nicht in Israel. Viele Palästinenser wollen auch die israelische Staatsangehörigkeit nicht haben. Wenn ich heute in den Libanon gehe und sage, ihr könnt zurück, aber dafür müßt ihr einen israelischen Paß bekommen, würden das fünfzig Prozent ablehnen.

Auch Amos Oz, der sich als einer der ersten schon 1967 für einen Palästinenserstaat eingesetzt hat, befürchtet von der Rückkehr der Flüchtlinge, daß irgendwann doch die Juden ins Meer gejagt würden.

So etwas existiert weder im Kopf noch in der Ideologie der Palästinenser. Es gibt keinen Palästinenser heute, der sagt, wir werden die Juden ins Meer treiben.

Es gibt vielleicht keinen Offiziellen, aber die Hamas beispielsweise denkt das schon und sagt es auch.

Keiner der palästinensischen Verantwortlichen, die das Abkommen mit Israel unterschrieben haben und darunter leiden mußten in ihrer Gesellschaft, daß sie es getan haben, sagt oder denkt so etwas. Leider gibt es auch palästinensische Idioten, die noch viel mehr sagen als das, was Sie hier zitiert haben.

Deutschland muß für den Vertreter einer Befreiungsbewegung, die gegen Israel kämpft, ein ganz besonders komplizierter Standort sein. Er hat in diesem tief antisemitischen Land stets mit Zuspruch von einer Seite zu rechnen, die ihm als Mitglied einer jedenfalls lange Zeit linken Bewegung nicht gefallen kann. Wie überhaupt die sogenannten traditionell engen deutsch-arabischen Beziehungen ein ziemlich übles Kapitel sind, zu dem insbesondere die Bereitschaft mehrerer arabischer Staaten gehörte, großen Naziverbrechern Unterschlupf zu gewähren, in manchen Fällen ja bis heute. Haben Sie das auch so empfunden?

Man tut mir sehr Unrecht mit dieser Unterstellung. Man will uns hineinschubsen in eine Ecke, in die wir nicht gehören. Deswegen bin ich so enttäuscht und verbittert von den letzten Erklärungen, die Paul Spiegel abgegeben hat. Ich kenne ihn sehr gut, wir duzen uns, wir kennen uns, seitdem Bubis den Vorsitz hatte, und ich habe damals dafür gesorgt, daß Arafat alle Mitglieder des Zentralrats der Juden getroffen hat im Haus von Hans Eichel. Ich habe die Versöhnung zwischen Juden, die hier in Deutschland leben, mit Arafat und uns Palästinensern voranbringen wollen, weil ich gespürt habe, daß irgendwann mal diese Nazi-Angriffe gegen die Juden kommen werden. Und jetzt hat Paul Spiegel eine Erklärung

rausgebracht, in der er vor der Gefahr einer Zusammenarbeit von Nazis, Palästinensern und radikalen Islamisten warnt. Das hat mich sehr betroffen gemacht. Und ich bedauere es auch, daß Israel tut, was es tut, und kein einziger deutscher Bürger jüdischen Glaubens das kritisiert.

Die deutsche Linke, sowohl die traditionalistische wie auch die diversen K-Gruppen und was es sonst so gab und gibt bis hin zu den Grünen, hat über all die Jahre keiner Befreiungsbewegung so sehr die Treue gehalten wie der PLO. Das Palästinensertuch war sozusagen der Modefetisch, mit dem eine ganze Generation linker Deutscher sich geschmückt hat.

Das stimmt, ja. Aber immer wenn sie für uns gesprochen haben, haben sie noch schnell zwei Sätze hinzugefügt, damit das nicht als antiisraelisch mißverstanden wird.

Als antisemitisch.

Antiisraelisch, und irgendwann auch mal antisemitisch.

Sie haben gesagt, Sie seien enttäuscht, weil sich keiner der Juden in Deutschland kritisch gegenüber der israelischen Siedlungspolitik geäußert hat – als ob die Juden in Deutschland für Israel verantwortlich wären. Sie sind Deutsche. Ihrer Logik folgend könnte man auch enttäuscht sein, daß sich kein hochrangiger Vertreter der Moslems in Deutschland zu Afghanistan geäußert hat.

Ja, das sage ich auch. Ich war auch enttäuscht, daß viele Moslems damals wirklich die Afghanen im Stich gelassen haben in ihrem Befreiungskampf gegen die Besetzung durch die Sowjetunion.

Ein interessanter Punkt. Die sowjetische Besetzung von Afghanistan war doch für die Menschen, die dort gelebt haben, ein paradiesischer Zustand gegenüber dem, was dort heute ist. Oder nicht?

Sie haben recht. Ich meine, was die Taliban und was die islamischen Bewegungen dort machen, ist einfach Wahnsinn, genau wie in Algerien. Es ist einfach Wahnsinn.

Und deswegen fragen wir uns und fragen wir Sie, ob nicht die israelische Besetzung, so ungerecht sie ist, afghanischen Verhältnissen vorzuziehen wäre.

Es gibt keine Besatzung, die human ist. Eine Besetzung heißt, man wird nicht mehr frei, als Mensch und als Person. Jede Besatzung ist ein unhumaner, unmenschlicher Akt. Wenn man seiner Freiheit beraubt wird, ist das ein brutaler Akt. Ich würde mich nie wohlfühlen als Mensch, der den anderen Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben.

Aber das tut doch jede Herrschaft. Wäre nicht eine aufgeklärte, liberale, großzügige Fremdherrschaft einer Herrschaft vorzuziehen, die zwar aus dem eigenen ethnischen Haufen, dem gleichen Volk kommt, aber so viehisch sich aufführt wie die Taliban?

Ich akzeptiere die Frage nicht. Ich glaube, man ist nicht gut aufgehoben mit diesem Vergleich. Wenn man Fremdherrschaft nicht erlebt hat, kann man das so sagen, aber ...

Einer von uns hat Fremdherrschaft erlebt, in seiner Jugend, die amerikanische Besatzung in Württemberg. Das war nicht die schlechteste Zeit. Wer darunter gelitten hat, waren vor allem unsere Nazis. Die Gegner der Nazis fühlten sich befreit.

Wir leben im Nahen Osten unter dieser Fremdherrschaft nicht ein Jahr oder zwei oder drei, sondern tausend Jahre. Und wir haben keinen Hitler gehabt, der unsere Armee überall in die Welt geschickt hat ...

Konkret 02/01, S. 18

Jürgen Elsässer

Strahlende Heuchler

Die Diskussion um die Uranmunition ist verlogen und zielt auf eine Effektivierung der Kriegführung

So viel Betroffenheit war nie: Nachdem ein paar »unserer« Soldaten an Krebs erkrankt sind, sehen selbst hartgesottene Befürworter des Nato-Krieges gegen Jugoslawien Gelegenheit zu einer lauwarmen Verfahrenskritik am elfwöchigen Bombardement. Anlaß ist der damalige Einsatz von Geschossen, die mit abgereichertem Uran (engl. depleted uranium – DU) gehärtet wurden. Von Joschka Fischer hörte man, er sei »kein Freund dieser Munition«, die frischgebackene Ministerin Renate Künast und die grüne Bundeswehr-Seelsorgerin Angelika Beer bezeichneten einen befristeten Einsatzstopp für die Uranwaffe als nicht ausreichend, und die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Margot von Renesse sprach gar von einem »Kriegsverbrechen«. Auch die finnische Pathologin Helen Ranta, deren Expertise über das »Racak-Massaker« der Nato 1999 einen entscheidenden Kriegsgrund lieferte, fordert das Verbot von DU-Waffen. Daß die ganze Empörung nicht dem Schicksal der betroffenen Bevölkerung auf dem Balkan galt, machte der Bundeskanzler deutlich: »Ich habe eine gesunde Skepsis gegen die Verwendung einer Munition, die zur Gefährdung der eigenen Soldaten führen kann.«

Wenigstens einer hat sich ausnahmsweise etwas zurückgehalten: Der Verteidigungsminister wandelte auf dem Höhepunkt der Debatte mit seiner blaublütigen Gespielin und einer Flasche Champagner durch die Dünenlandschaft der Bretagne. In Bioleks Talkshow (»Nur die Liebe zählt«) kraulte er Gräfin Pilati-Borggreve den Rücken und blickte bei einer uranhaltigen Frage des Moderators noch entrückter als sonst. Eine durchaus erfolgreiche Strategie: Kein Journalist mochte Scharping noch auf einen Eintrag in seinem »Kriegstagebuch« vom 28. Dezember 1998 ansprechen. Drei Monate vor dem Krieg hatte er als »einen Vorgeschmack auf das, was an Propaganda auf die Nato ... zukommen wird«, perhorresziert: »Behauptungen über Umweltzerstörung, die angebliche Verwendung atomarer Munition usw.« Am 19. April 1999 trat, wie Scharping prognostiziert hatte, die »serbische Propaganda« in Aktion. »Dieser Krieg tötet Leute aller Nationalitäten in Jugoslawien und vergiftet ihr Land mit radioaktiven Waffen aus abgereichertem Uran«, hieß es in einer Erklärung des serbischen Informationsministeriums. Es sollte noch zehn weitere Monate dauern, bis diese Behauptung höchstoffiziell vom Pentagon bestätigt wurde. Am 21. März 2000 räumte die US-Regierung ein, daß im Kosovo 31.500 DU-Geschosse abgefeuert worden waren.

Die westliche Öffentlichkeit reagierte erst elf Monate später alarmiert, als bekannt wurde, daß eine Reihe von Nato-Soldaten – die britische »Times« errechnete Mitte Januar 2001 insgesamt 26 – an Krebs gestorben waren. Die Medien erinnerten schnell an mysteriöse Opfer des Golfkriegs – damals hatten US-Amerikaner und Briten sogar noch erheblich mehr Uranmunition verfeuert als auf dem Balkan. So berichtet die ansonsten Nato-konforme »Tageszeitung« von »einigen Hundert« nach dem Krieg an Krebs gestorbenen US-GIs, Shaun Rusling vom britischen Veteranenverband beziffert die am Golfkriegssyndrom Gestorbenen in der Armee Ihrer Majestät auf 521.

Die Kriegspartei warnte vor »Hysterie« (US-Außenministerin Albright) und bemühte die Fakten, wenn auch recht selektiv. So wurde die radioaktive Wirkung von DU in Frage gestellt – abgereichertes Uran hat mit 0,2 Prozent tatsächlich weitaus weniger zellschädigende Zerfallsisotope als Natururan mit 0,7 Prozent, von AKW-Brennelementen (drei Prozent) oder gar Atomwaffen (über 90 Prozent) ganz abgesehen. Allerdings wird bei diesen Angaben die chemo-toxische Wirkung des Schwermetalls ebenso ignoriert wie die anhaltende wissenschaftliche Debatte über radioaktive Niedrigstrahlung. »Die wissenschaftliche Literatur kenne ... keinen Fall von Leukämie, der durch Kontakt mit abgereichertem Uran hervorgerufen wurde«, behauptet zwar die Weltgesundheitsorganisation WHO. Doch leider ist die empirische Basis dieser Behauptung unzureichend, da die WHO die gesundheitliche Lage der irakischen Bevölkerung nach 1991 gar nicht untersucht hat (USA und Großbritannien haben ihr Veto eingelegt).

Daß die Agitation der amerikanischen Friedensbewegung unter den Golfkriegsveteranen nur begrenzt auf Resonanz stößt, liegt aber nicht nur an der Gegenpropaganda des Pentagon. Zu viele wissen auch aus eigener Erfahrung, daß der Einsatz dieser mysteriösen Waffe immer noch mehr Nato-Soldaten das Leben gerettet als gekostet hat.

Mit ein wenig Mathematik und einem Minimum an militärischem Sachverstand kann man sich die segensreiche Wirkung der Uranwaffen – jedenfalls für die angreifenden Soldaten – klarmachen: Im Verlaufe der Operation Desert Storm wurden mindestens 190.000 irakische Soldaten getötet – teilweise durch den in den ersten Wochen geführten Luftkrieg, teilweise im Laufe der danach einsetzenden Bodenoffensive von Kuweit aus. Da der Angriff nicht überraschend kam, sondern monatelang durch ein Ultimatum vorbereitet war, konnten die Irakis dichtgestaffelte Artilleriestellungen im Wüstensand eingraben und dahinter einige Hundert T-72 sowjetischer Bauart in Stellung bringen. Trotz dieser ausgezeichneten Abwehrposition wurden die Panzerschlachten zu einem blutigen Fiasko für die Truppen Saddam Husseins. Die Amerikaner konnten ohne nennenswerte Verluste durchstoßen: Ganze 126 tote GIs blieben auf den Schlachtfeldern zurück, mehr als die

Hälfte davon starben durch friendly fire. Das Verhältnis von irakischen Gefechtstoten zu denen der anti-irakischen Koalition dürfte also bei mindestens 500:1 liegen.

Mit ausschlaggebend dafür war die Verwendung abgereicherten Urans: Durch die Härtung mit DU erreichten die Panzergeschosse der Alliierten auf eine weitaus größere Distanz durchschlagende Wirkung als die der Irakis. Im Schnitt konnte ein

M-1-Panzer einen T-72 auf eine Distanz von 3 km ausschalten – dieser hätte auf knapp

2 km herankommen müssen, um seinerseits in eine effektive Schußposition zu kommen. Auf diese Weise gerieten die alliierten Panzer nur selten unter feindliches Feuer – und wenn doch, dann erwies sich das abgereicherte Uran ein weiteres Mal als lebensrettend: Durch die Verstärkung der M1-Panzerungen mit DU prallten die irakischen Geschosse oft wirkungslos ab.

Fazit: Selbst wenn man alle nach dem Krieg am ominösen »Golfkriegssyndrom« verstorbenen amerikanischen und britischen Soldaten der Spätwirkung von DU zur Last legt, bisher maximal 1.000 Tote, so hätte dieselbe Waffe doch einer weitaus größeren Zahl von alliierten Soldaten das Leben gerettet.

Völlig anders muß die Uranmunition aber beurteilt werden, wenn man ihre Wirkung auf das angegriffene Land, seine Soldaten und vor allem die Zivilbevölkerung betrachtet – der Terminus »Kriegsverbrechen« ist hier durchaus gerechtfertigt. Der Unterschied ergibt sich wesentlich aus der andersartigen radiologischen und toxischen Belastung für Angreifer und Angegriffene: Wenn ein DU-Geschoß aufschlägt, wird die Uranummantelung pulverisiert und verteilt sich in der Luft – die überlebenden Opfer des Angriffs atmen die Partikel unmittelbar ein. Bis jedoch die Soldaten der angreifenden Kriegskoalition in das beschossene Gebiet einrücken, vergeht einige Zeit, im Falle der Besetzung des Kosovos sogar Tage oder gar Wochen – in diesem Fall hat der Regen die DU-Partikel bereits aus der Luft herausgewaschen. Nun befindet sich der DU-Staub zwar immer noch im Erdreich oder gar im Grundwasser, aber das stellt für die Angreifer kaum noch eine Gefährdung dar. Die Nato-Soldaten wurden bekanntlich sofort nach Kriegsende wieder aus dem Irak abgezogen, und die Kfor-Truppen im Kosovo werden zumeist mit importierten Nahrungsmitteln versorgt. Die Zivilbevölkerung der angegriffenen Länder muß hingegen weiter mit dem giftigen Erbe leben: Kinder spielen in ausgebrannten Panzern und nehmen kontaminierte Geschoßhülsen und Bodenpartikel in Hände und Mund, Vieh grast auf verseuchter Erde, das Trinkwasser reichert sich an. Die kumulierte Wirkung über längere Zeiträume hinweg ist jedenfalls verheerend: Im Irak sollen sich die Krebserkrankungen und die Zahl der Mißbildungen bei Neugeborenen verzehnfacht haben. Auch eine Studie der britischen Atomenergiebehörde, im November 1991 zum »Independent« durchgesickert, geht von 500.000 zusätzlichen Krebstoten im Irak aus. Dieser Hochrechnung wurde eine Hinterlassenschaft von 40 Tonnen DU-Munition zugrunde gelegt. Tatsächlich waren es im Irak zwischen 260 und 400 Tonnen, im Kosovo 10,5 Tonnen, in Bosnien mehr als drei Tonnen. Die Prognose des serbischen Arztes Dejan Dimov, wonach 30 Prozent mehr Krebserkrankungen aufgrund des DU-Einsatzes zu erwarten sind – bei derzeit 150.000 Krebskranken wären das 45.000 – , ist also noch vergleichsweise optimistisch.

Immerhin sollen bereits 192 bosnisch-serbische Soldaten an Leukämie erkrankt sein, so die Schweizer »Sonntagszeitung« mit Verweis auf Belgrader Regierungsquellen. Robert Fisk, Korrespondent des britischen »Independent«, hat vor Ort recherchiert: »Ich sehe 300 Grabsteine, die die Inschrift tragen könnten: An abgereichertem Uran gestorben«, berichtete er Mitte Januar aus dem ostbosnischen Dörfchen Bratunac. »Bis zu 300 der 5.000 serbischen Flüchtlinge, deren Stadtteil in Sarajevo im Spätsommer 1995 von Nato-Kampfflugzeugen schwer bombardiert worden ist, sind an Krebs gestorben.« In der »Taz« hatte Erich Rathfelder ähnliche Informationen aus Bratunac tags zuvor noch als »neue Gerüchte« bezeichnet. Daß nicht Rathfelder, sondern Fisk auf der richtigen Spur ist, beweisen die Zahlen, die das Gesundheitsministerium in Sarajevo – also der pro-westlichen Regierung der moslemisch-kroatischen Föderation – bekanntgegeben hat. Demnach starben 1998 je 152 von 100.000 Bosniern an Krebs, 1999 waren es bereits 230 – ein Anstieg von über 50 Prozent.

»Diese Streitigkeiten (um die DU-Munition) könnten zukünftige Friedensoperationen der Nato in Frage stellen«, fürchtet die Londoner »Times«. Immerhin wird in Italien und Griechenland, Ländern mit einer starken Opposition schon während des Krieges, jetzt verstärkt der Rückzug der eigenen Soldaten vom Balkan gefordert. In Deutschland jedoch dümpelt die ganze Diskussion im Windschatten der BSE-Krise vor sich hin, nur mit dem Unterschied, daß die Uran-verseuchten Jugoslawen weit weniger bemitleidet werden als die BSE-verseuchten Kühe. Die Gefährdung »unserer Soldaten« steht im Mittelpunkt – folgerichtig verlagert sich die Diskussion auch weg vom Kosovo und hin zum Einsatz von DU-Munition auf heimischen Truppenübungsplätzen und zur Röntgenstrahlengefährdung für die Landser. Diese aus der Öko-Bewegung bekannte Sankt-Florians-Argumentation wird aber Fischers künftige Interventionen nicht erschweren, sondern nur brutalisieren. Man erinnere sich: Einige der schlimmsten Verbrechen während des Krieges gingen darauf zurück, daß die Nato Leib und Leben der eigenen Soldaten schützen wollte. Zur Sicherheit vor der jugoslawischen Flak galt in der ersten Kriegshälfte eine Mindestflughöhe von 5.000 Metern – aus dieser Entfernung wurden Traktoren für Panzer gehalten und Flüchtlingszüge mit Militärkonvois verwechselt. Wenn die Nato im DU-Streit der mangelnden Fürsorge für ihre Soldaten überführt würde, wäre das ein Pyrrhus-Sieg für die Friedensbewegung: Die Logik wäre die Entwicklung von Waffen, mit

denen »die anderen« noch effektiver ohne eigene Verluste vernichtet werden können – Gefechtsfeldroboter, Neutronenbomben und auf die gegnerische DNS kodierte B-Waffen lassen grüßen.

Die deutschen Soldaten können sich nicht beklagen: Ein elfwöchiger Kampfeinsatz plus mittlerweile eineinhalb Jahre Besatzung ohne einen einzigen Toten durch Feindeinwirkung – das hat es bei Willem Zwo und Adolf nicht gegeben. Was die Verluste in der serbischen (und albanischen!) Zivilbevölkerung angeht, ist die von Fischer und Scharping mit zu verantwortende Trefferquote weitaus höher: Durch die Nato-Bombardements starben 2.000 Zivilisten und über 1.000 Polizei- und Armee-Angehörige. In den 12 Monaten nach dem Krieg wurden im Kosovo weitere 150 Personen durch nicht geräumte Nato-Splitterbomben getötet. Im selben Zeitraum ermordeten albanische Terroristen unter den Augen der Kfor-Soldaten 1.027 Menschen – ein Ende ist nicht absehbar.

Die »FAZ« hatte also recht, als sie Anfang Januar über Fischer und seine Gang schrieb: »Die Republik ist geworden, was sie ist, weil sie diesen Ansturm der neuen Barbaren überlebte.« Nur fand dieser Ansturm nicht 1968 ff., sondern 1999 statt, und er galt nicht der deutschen, sondern der jugoslawischen Bundesrepublik.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/2001 über den BSE-Wahn

Konkret 02/01, S. 20

Tjark Kunstreich

In dubio contra

Der kollektive Freispruch für Sebnitz markiert das Ende der staatlichen Antifa-Kampagne – und ist durch Fakten nicht gedeckt

Im sächsischen Ort Bernsdorf herrscht »Angst vor ›Sebnitzer Verhältnissen‹« (»Sächsische Zeitung«, 11.12.00). Man weiß sich zu wehren: Am 18. Dezember führte der PDS-Bürgermeister des Ortes einen Gedenkmarsch von 300 Jugendlichen an, wie man in Sachsen die Nazis nennt. »White Power«, »White Pride«, »88« (nach dem achten Buchstaben des Alphabets: Heil Hitler) sind an Bomberjacken zu erkennen, aber die Polizei schreitet nicht ein. Journalisten hingegen müssen sich in Sicherheit bringen: »Ihr seid die größten Verbrecher!« und »Euch sollte man einsperren!« tönt es ihnen entgegen.

Die Angst der Bernsdorfer vor Sebnitzer Verhältnissen war jedoch unbegründet. Die Medien berichteten sehr verständnisvoll über die Kleinstadt und über das dortige Tötungsdelikt. Daß das Opfer in diesem Fall kein Mischlingsbalg, sondern ein echt deutscher Teenager war, mag den Unterschied erklären. Am 9. Dezember zog ein Nazitrupp ungestört über den Bernsdorfer Weihnachtsmarkt, verprügelte den Weihnachtsmann und wandte sich dann dem Stand der vietnamesischen Familie D. zu. Die Jungnazis brüllten rassistische Parolen und warfen den Stand um. Die Familie brachte sich und die Waren in Sicherheit. Der 15jährige Thung D. lebt seit fünf Jahren in Bernsdorf, bis zu diesem Tag war er dem Ratschlag gefolgt, Pöbeleien und Angriffe schweigend zu ertragen und den Glatzen aus dem Weg zu gehen. An diesem Tag war es anders. Thung holte sich zwei Küchenmesser und ging zurück auf den Weihnachtsmarkt. Als er den Nazis erneut begegnete, lief er nicht weg, sondern setzte sich zur Wehr und stach zu; der Skinhead Matthias F. starb. Seitdem sitzt der Junge in Untersuchungshaft. Nur wenige Tage später haben alle vietnamesischen Familien Bernsdorf aus Angst vor Racheaktionen verlassen.

Zu diesem Zeitpunkt war Sebnitz bereits zum Synonym für die deutsche Unschuld geworden. Die Medien bereuten unisono ihr kurzfristiges Engagement, den Tod des sechsjährigen Joseph Abdulla aufzuklären. »Die rassistischen Verhältnisse in der Sächsischen Schweiz sollen aber nicht wieder dazu führen, die Unschuldsvermutung zu mißachten«, gelobte selbst die Wochenzeitung »Jungle World«. Mittlerweile waren nämlich alle zu der Erkenntnis gelangt, daß es sich bei diesem Todesfall um alles gehandelt haben könnte, nur um eines nicht: einen rassistischen Mord.

Infotainment statt Aufklärung

Als am 23. November »Bild« mit dem Aufmacher »Neonazis ertränken Kind. Und eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen« erschien, war noch alles anders gewesen. Nicht nur die Medien, sondern auch die Politiker hatten in Empörung gemacht – immerhin waren drei Verdächtige festgenommen worden, es gab zahlreiche Zeugenaussagen und Hinweise darauf, daß bei den polizeilichen Ermittlungen geschlampt worden war. Nach »Bild« wurde Joseph Abdulla am 13. Juni 1997 im Sebnitzer Freibad von einem 50 junge Leute starken nazistischen Mob gequält und ermordet. Die Verhafteten wurden als Rädelsführer genannt, der eine soll dem Kind mit einem Elektroschocker Stromschläge verabreicht, eine andere soll ihm das Medikament Ritalin eingeflößt haben und sei noch auf dem leblosen Körper im Wasser herumgesprungen. An diese Art der Brutalität in anderen ostdeutschen Städten durchaus gewöhnt, war den deutschen Medien der eigentliche Skandal, daß an die 300 Badegäste zugesehen oder nichts bemerkt haben sollen. In einem solchen Land wolle man nicht leben, schrieb der »Tagesspiegel«.

Schon vier Tage später war alles wieder in Ordnung, die Verdächtigen wurden freigelassen, das Verfahren gegen sie Mitte Dezember eingestellt. Nun begann die Suche nach den Schuldigen für den »Medien-Gau« (»Taz«). Renate Kantelberg-Abdulla habe, unter dem Schock des Verlustes stehend, dem sinnlosen Unfalltod ihres Sohnes einen Sinn geben wollen, indem sie auf eigene Faust und mit fragwürdigen Methoden nachzuweisen versucht habe, daß unter den Augen Hunderter Badegäste ein Mord geschehen sei. Immer wieder klangen nun sogar Zweifel an ihrer psychischen Konstitution an. Merke: Nicht die deutschen Zustände sind verrückt, sondern wer an ihnen verzweifelt.

Version Biedenkopf

In einer Regierungserklärung vor dem sächsischen Landtag präsentierte Ministerpräsident Biedenkopf am 15. Dezember die offizielle Version der Ereignisse am 13. Juni 1997: »Joseph Abdulla ging gemeinsam mit seiner Schwester Diana sowie mit zwei weiteren Freunden an jenem Tag gegen halb drei in das Schwimmbad. Gemeinsam spielten die Kinder mit Wasserspritzpistolen im flachen Bereich des Beckens. Nach einer Weile entfernte sich Joseph Abdulla von den übrigen Kindern und verließ das Becken, um von der Liegewiese seine dort abgelegte Taucherbrille herbeizuholen. Nachdem er zurückgekehrt war, setzte Diana Abdulla im flachen Wasser ihrem Bruder ihre eigene Taucherbrille auf ... Gegen 14.50 Uhr bewegte sich Joseph Abdulla, der seine Taucherbrille trug, mit einem aufgeblasenen Schwimmreifen, an dem er sich festhielt, gemeinsam mit einem anderen Kind in Richtung zu dem flachen Bereich des Beckens. Dies war der letzte

Zeitpunkt, zu dem Diana Abdulla ihren Bruder lebend gesehen hat. Das weitere Geschehen ist unklar. Fest steht lediglich, daß der leblose Joseph kurze Zeit später von Badegästen aus dem tiefen Bereich des Beckens gezogen wurde, auf dessen Grund er lag. Seine Taucherbrille trug er zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, der Schwimmreifen war verschwunden. Eine als Badegast anwesende Frau versuchte gemeinsam mit Josephs Schwester Diana, den leblosen Jungen zu reanimieren. Der Rettungsdienst traf mehr als eine halbe Stunde nach dem Unglück am Unglücksort ein. Die ca. 60 Minuten andauernden Reanimierungsversuche des Notarztes blieben erfolglos, so daß dieser am Nachmittag des 13. Juni 1997 gegen 16.30 Uhr nur noch den Tod des Joseph Abdulla feststellen konnte.«

Die Widersprüche der Ermittlungen

Schon damals, so Biedenkopf, habe es Zeugen gegeben, die »ein gegenseitiges Tauchen zwischen dem Kind und größeren Jungen« beobachtet haben wollen; ebenso weiß Biedenkopf von »Berichten über selbstbelastende Aussagen zweier Zeugen nach der kirchlichen Beisetzung«. Allerdings verschweigt er, daß einen Tag nach dem 13. Juni Zettel am Eingang des Schwimmbades hingen, die von einem »Mord« an Joseph sprachen.

Bereits am 3. Juli 1997, drei Wochen nach der Tat, hatte die Polizei erklärt: »Die Ermittlungen schließen zweifelsfrei einen Straftatverdacht aus.« Doch die Ermittlungen waren sehr fragwürdig: Die Polizei hatte es damals nicht für nötig gehalten, die Personalien erwachsener Badegäste aufzunehmen, wie der »Spiegel« berichtet. Die »FAZ« faßte die Versäumnisse mit einer für diese Zeitung durchaus ungewöhnlich staatskritischen Formulierung zusammen: »Den örtlichen Behörden ist nicht zu trauen.« Der zuständige Kriminaloberkommissar war 1999 wegen anderer Vergehen suspendiert worden.

Auch die erste Obduktion war nicht so eindeutig, wie es heute von Biedenkopf und anderen dargestellt wird. Im Obduktionsbericht vom Juni 1997 heißt es vorsichtig: »Todesursache ist am ehesten Ertrinken ... Ein bloßes ›Tauchen‹ oder ›Tunken‹ durch fremde Personen ist allein aufgrund der Sektionsbefunde weder beweisbar noch auszuschließen.« Blauviolette Verfärbungen an der rechten Gesichtshälfte und rechten Ohrmuschel sowie am Rücken werden als Leichenflecken gewertet. In einer zweiten Obduktion, die in Gießen durchgeführt wird, deuten die Gerichtsmediziner die Verfärbungen, die auf Fotos zu erkennen sind, anders: Sie könnten durchaus von Schlägen stammen. Zudem findet sich eine Blutprobe, die dem toten Körper entnommen, aber nie untersucht wurde. In ihr wird der Wirkstoff des Medikaments Ritalin entdeckt. (Auch das wird von Biedenkopf nicht erwähnt.) Ritalin ist ein in Deutschland kaum gebräuchliches, weil schwer zu dosierendes Mittel, mit dem »hyperaktive« Kinder beruhigt werden sollen. In rechten Kreisen im Osten ist es, weil es in niedriger Dosis anregend wirkt, als Ecstasyersatz beliebt. Auf dieser Grundlage empfehlen die Gießener Mediziner bereits im Januar 2000 eine Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens. Um die Ergebnisse der zweiten Obduktion zu entkräften, wurde später angeführt, Joseph habe an einer Herzmuskelentzündung gelitten und könne sehr wohl auch daran gestorben sein. Schon im zweiten Semester lernen Medizinstudenten allerdings, daß es sich bei dieser ominösen Entzündung um das typische Beispiel einer Vertuschungsdiagnose handelt.

Der unmittelbare Anlaß für die Wiederaufnahme der Ermittlungen war jedoch nicht der gerichtsmedizinische Befund aus Gießen, sondern eine spätere Fallanalyse des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. In dieser heißt es, daß die Ermittlungen 1997 mit »Desinteresse und Unprofessionalität« geführt worden seien. Das Gutachten trifft keine Aussage darüber, was geschehen ist, geht aber ausführlich auf die eidesstattlichen Versicherungen ein, die die Familie gesammelt hat. Ende Juli wird die Expertise ans sächsische Innenministerium geschickt, von wo sie ans Justizministerium weitergeleitet wird und schließlich Ende September beim Generalstaatsanwalt in Dresden landet. Am 16. Oktober wird der erste Zeuge vernommen, er bestätigt – wie alle anderen Zeugen – seine Aussagen, die er zuvor gegenüber Frau Kantelberg-Abdulla gemacht hat.

Der erste, der die Zeugen öffentlich für unglaubwürdig erklärt, ist der katholische Priester von Sebnitz, Norbert Mothes. Er äußert am Tag der Veröffentlichung durch »Bild« der »Taz« gegenüber den Verdacht, »die Belastungszeugen seien unter ›psychischen Druck‹ gesetzt worden«. Am selben Tag noch widerspricht der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Renz dieser Auffassung: »Bei den Vernehmungen der Zeugen hätte sich nicht bestätigt, daß sie vorher unter Druck gesetzt worden seien.« Doch wenig später widerrufen alle Zeugen. Dies war die entscheidende Wende im Fall Sebnitz, alle Tatverdächtigen werden freigelassen, die öffentliche Meinung kippt um.

Wie diese Wende vonstatten ging, beschreibt der »Spiegel« so: »Am Nachmittag (des 26.11.) bestellen die Kriminalen einen der Hauptbelastungszeugen, den 15-jährigen Daniel S., ins Dresdner Polizeipräsidium. Zunächst bleibt Daniel bei der Mordversion, die er schon fünf Tage zuvor dem Ermittlungsrichter erzählt hat. Die Beamten lassen den Schüler spüren, daß sie ihm nicht glauben. Die Anwesenheit eines Psychologen bei der Vernehmung halten die Polizisten nicht für erforderlich. Daniel beginnt zu weinen. Er widerruft seine Aussage komplett. Er habe nicht gesehen, was mit Joseph im Wasser geschah. Auch könne er sich nicht daran erinnern, ob Sandro R. oder Uta S. an dem Tag im Bad waren. Er kenne die beiden gar nicht. Frau Kantelberg-Abdulla habe ihn damals fünf Stunden lang befragt. Er habe nur noch nach Hause gewollt.«

Zu diesem Zeitpunkt hat Sebnitz vier Tage »Ausnahmezustand« hinter sich. Wer die Belastungszeugen waren, hat sich schnell herumgesprochen – außerdem war in Sebnitz wegen der Zeugenvorladungen schon Wochen vor der »Bild«-

Schlagzeile bekannt, daß erneut ermittelt wird. Genug Zeit, Zeugen unter Druck zu setzen, genug Zeit, Alibis zu organisieren. Denn wenn stimmt, was die »Süddeutsche Zeitung« und andere in ihren Reportagen berichten, dann ist die kollektive Abwehr ausnahmslos gut organisiert: »Die abgebrühten Kids kennen die vermeintlichen Haupttäter. Rechte waren das bestimmt nicht, behaupten sie mit einem Gestus, der deutlich macht: Die kennen wir, das sind doch unsere Nachbarn hier. ›Sonst ist auch der Weihnachtsmann ein Skin‹, sagt einer. Später erklärt uns die Frau eines Stadtrats, den wir befragen wollten, daß sie den vermeintlich stadtbekannten Neonazi seit Kindesbeinen kenne. Der sei bestimmt kein richtiger Rechter, eher ein bißchen unterbemittelt. Was aber ist ein ›richtiger Rechter‹? Kurze Haare hätten doch viele – ›Ihre sind ja auch nicht lang!‹, sagt sie lächelnd. Rechte gäbe es hier nicht mehr als anderswo. Das ist nun eine ziemlich relative Aussage, denn die Zahl der Rechten ist auch anderswo in der Umgebung beängstigend hoch.« Solche und ähnliche Berichte führen jedoch nicht dazu, die plötzliche Wendung des Falls kritisch zu beleuchten.

Sebnitzer Verhältnisse

»Das Leben ist zu vielseitig und bunt, als daß es sich auf Schlagwörter reduzieren läßt, noch dazu in dem primitiven Schema schwarz-weiß. Wie eine Demokratie steht und fällt mit der Bereitschaft des einzelnen, sich mit seinen Gaben einzufügen in das große, ihn schließlich auch tragende Miteinander, so steht oder fällt Pressefreiheit mit der Bereitschaft zu sachlicher Berichterstattung«, erklärt der evangelische Pfarrer Konrad Creutz der »Jungen Freiheit«. Creutz war, nachdem er Frau Kantelberg-Abdulla vorgeworfen hatte, ihrer Aufsichtspflicht nicht genüge getan zu haben, beurlaubt worden, um sich seelischen Beistand zu holen. Gegen Creutz' Kritik muß man aber selbst »Bild« in Schutz nehmen: Ihre Berichterstattung orientierte sich an den Vorgaben der Staatsanwaltschaft. »Bild« berichtete erst, als die Haftbefehle gegen die drei zunächst Beschuldigten vollstreckt waren. Nicht zuletzt Biedenkopf selbst war es, der sich in diesen Tagen zutiefst erschüttert zeigte, und seine Frau Ingrid war es, die am 26. November in der Sebnitzer Kirche im Gebet für Joseph medienwirksam in Tränen ausbrach.

Creutz bringt auf den Punkt, wie wenig Volksgemeinschaft und Demokratie sich ausschließen. Er formuliert, was die Sebnitzer Verhältnisse ausmacht und warum die deutsch-irakische Familie nicht dorthin paßt. Als 1995 eine »durchraßte« Familie aus dem Westen in die Stadt kommt, können sich die Sebnitzer wahrscheinlich nicht entscheiden, was schlimmer ist: die selbstbewußte Wessi-Frau mit Doktortitel oder ihr dunkelhaariger Anhang. Die Apotheke, die die Familie zunächst anmietet, wird ihnen 1996 fristlos unter fadenscheinigen Vorwänden gekündigt. Daraufhin kaufen die Abdullas das nun aus den Medien sattsam bekannte Fachwerkhaus. Bei der Renovierung gibt es einen Wasserschaden, der nach Aussage des Architekten nur auf Fremdverschulden zurückgeführt werden kann. Schließlich Josephs Tod. Die Eltern vermuten schon früh eine Mischung aus wirtschaftlichen und rassistischen Motiven für ihre Ausgrenzung. Ärzte schicken ihre Rezepte direkt an die beiden anderen Apotheken im Ort, damit die Patienten nicht in die Apotheke der Abdullas gehen. »Vielseitig und bunt« sind die Maßnahmen, die man sich in Sebnitz ausdenkt, um die fremde Familie wieder loszuwerden. Daß die Familie nach Josephs Tod einen Mord vermutet, kann ihr nicht verübelt werden.

Im nachhinein wirkt die Sebnitz-Affäre wie eine Inszenierung zum Abschluß des Antifa-Sommers. Mit der Selbstkasteiung muß Schluß gemacht werden, das ist die Botschaft von Sebnitz. In Kontinuität zu anderen rassistischen Gewalttaten der letzten zehn Jahre – die einzige Ausnahme stellt die Verurteilung der Jugendlichen dar, die 1993 das Haus der türkischen Familie Genc in Solingen ansteckten – wird von vornherein ausgeschlossen, daß es so gewesen sein könnte, wie es möglicherweise gewesen ist.

Wie weiland die Kollektivschuld-These von den Deutschen erfunden wurde, um sich von ihr abgrenzen zu können, wurde die »Vorverurteilung« eines ganzen Ortes frei erfunden, um einen vorauseilenden Freispruch zu fällen. In Gegenden, in denen Fälle wie der von Joseph seit zehn Jahren kein Einzelfall sind und wo die Bevölkerung sich seit 1945 gegenseitig deckt, so daß die sizilianische Omertà Dreck dagegen ist, ist eine Schuldvermutung notwendig, um überhaupt Interesse an der Aufklärung von Verbrechen zu wecken. Die Unschuldsvermutung, die in einem Gerichtsverfahren sinnvoll ist, schon den Ermittlungen zugrunde zu legen, wie es die »Jungle World« empfiehlt, bedeutet dagegen ein Stillhalten gegenüber dem rassistischen deutschen Kollektiv.

Der »Aufstand der Anständigen« – die Parole wurde vom Kanzler ausgegeben und von jenen Nazis verstanden, die sie kurz nach dem 9. November 2000 auf die Grabsteine eines jüdischen Friedhofs in Rheinland-Pfalz schmierten – bricht sich in der Empörung über die »Vorverurteilung« von Sebnitz Bahn. Das Bekenntnis zur Nation ist sein Inhalt; deswegen kann sich Anstand sowohl darin äußern, die »jüdischen Mitbürger« an die jederzeit mögliche Rücknahme ihrer bloßen Duldung zu erinnern, als auch in der Empörung über einen allerdings sehr berechtigten Verdacht. Nach dem Brandanschlag von Lübeck, bei dem im Januar 1996 zehn Flüchtlinge, darunter sieben Kinder, ums Leben gebracht wurden, durfte es keine deutschen Täter gegeben haben. Heute darf es keinen Mord gegeben haben, weil sich ein rassistischer Hintergrund in diesem Falle nicht leugnen ließe. In Sebnitz bricht sich die Staats-Antifa-Welle, und der kollektive Freispruch für einen Ort, der auch ohne rassistischen Mord als Rassistennest gelten kann, den »Fremde« meiden sollten, ist gleichbedeutend mit der Anerkennung aller »national befreiten Zonen«. So jedenfalls verstehen es die Glatzen: Beim Besuch von Johannes Rau

in Sebnitz kurz vor Weihnachten standen zwei der ehemals Beschuldigten mit ihren Kameraden von der »White Warrior Crew«, der örtlichen Nazi-Bande, auf dem Marktplatz, um den Bundespräsidenten zu begrüßen.

Für Thung D., dem in Kürze der Prozeß gemacht werden soll, ist ein Spendenkonto eingerichtet worden: Kto. 303 960 60 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500, Stichwort: Spende Thung. Weitere Informationen gibt es beim Infoladen Dresden, Telefon/Fax 03 51/804 54 44, E-Mail: prog-frog@gmx.net.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 12/2000 über ein Buch von Enzo Traverso

Konkret 02/01, S. 23

Georg Fülberth

Propagandakompanie

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 3. Folge: der DGB

»Liebe Kollegen aus den Gewerkschaften, wir wissen: Ohne euch geht das alles nicht.«

Helmut Schmidt, 1973

1998 hingen an Anschlagtafeln, Litfaßsäulen und in U-Bahn-Schächten Plakate, die einen halbgeöffneten Mund zeigten. Er forderte Sie und mich auf, wir sollten für eine andere Politik eintreten. Auftraggeber war der Deutsche Gewerkschaftsbund. Natürlich handelte es sich um eine Wahlreklame für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Viele Doppelfunktionäre von DGB und SPD fühlten sich daraufhin gerufen, doch nicht nur sie. Landauf, landab machte sich eine Goodwill-Bewegung für eine neue Regierung bemerklich. In Rotgrün sollte etwas Besseres drin sein als das, was schon lange überdeutlich draufstand.

Seit dem 1. März 1998 wurde es schwerer, sich in die Tasche zu lügen. Nach Schröders Wahlsieg in der niedersächsischen Landtagswahl schied Lafontaine als möglicher Kanzlerkandidat aus. Mit dem neuen Prätendenten kam als Wirtschaftsminister im Schattenkabinett der Unternehmer Stollmann, welcher den Gewerkschaften weithin sichtbar die Zunge herausstreckte. Die taten, als merkten sie nichts.

Dies schien sich auszuzahlen, als nach Schröders Wahlsieg Stollmann verschwand, Blüms Rentenkürzung revidiert und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder gesetzlich garantiert wurde. Ein relativ hoher Abschluß in der Metallindustrie Ende 1998 hatte zwar nichts mit der Regierungspolitik zu tun, gehörte aber irgendwie zum neuen Arbeiterfrühling mitten im Winter.

Merkwürdig ist nur, daß die Genugtuung auch nicht aufhörte, als der Finanzminister Lafontaine zurücktrat, Riester die Renten noch stärker kürzte als Blüm und schließlich sogar von Bismarcks Prinzip der paritätischen Beitragsfinanzierung der Altersversorgung und Adenauers »Generationenvertrag« abging.

Im Dezember 2000 entstand plötzlich wieder der Eindruck, die Geduld habe sich gelohnt. Dies gilt zumindest dann, wenn man mit wenigem zufrieden ist. Riester führte die paritätische Beitragszahlung zwar nicht wieder ein, und die Kürzungen hat er auch nicht aufgehoben. Er nimmt nur den »Bestandsrentnern« etwas weg und gibt es den künftigen Neuzugängen: Das sind die jungen Leute, die seit Jahren den Gewerkschaften fernbleiben, weil die nur etwas für die Alten seien. Die Riester-Rente soll angeblich künftig nicht niedriger und nicht höher sein als einst von Blüm geplant. Richtig: Dessen Kürzungen waren 1998 eines der Hauptargumente für den Ruf nach einer »anderen Politik« gewesen. Da Schröders Regierung aber vorher noch tiefere Einschnitte geplant hatte, als sie jetzt vorgenommen werden, gilt das absehbare Resultat als Sieg der Gewerkschaften.

Dies ist ein großes Wunder, denn es kam ohne Zutun des DGB zustande. Das vom IG Metall-Vorsitzenden Zwickel geforderte und von Schröder bereitwillig eingerichtete »Bündnis für Arbeit« droht an Themenmangel einzugehen. Die Zettel, welche man sich dort vorliest, sind leer. Im übrigen läßt sich die neuere Tätigkeit des DGB in drei Phasen einteilen:

lJanuar bis September 1998: Wahlkampf für die SPD

lOktober 1998 bis Dezember 2000: Stillhalten

lSeit Januar 2001 ist wieder der Wahlkampf dran.

Die übrigen Funktionen der Gewerkschaften – mit Ausnahme des meist recht effizienten Rechtsschutzes, der jetzt oft durch eine ausgelagerte GmbH wahrgenommen wird – sind an die Regierung, die Demographie und die Konjunktur übergegangen. Eichel hat ja nicht nur den Höchst-, sondern auch den Eingangssteuersatz senken lassen. Einschließlich der nach wie vor geringfügigen Erhöhungen in den Tarifrunden und (soweit fällig) des angehobenen Kindergeldes minus geringer Inflationsrate ergibt das ein Plus für Löhne und Gehälter. Des Führers starke Geburtenjahrgänge gehen jetzt in Rente. Das senkt die Arbeitslosenquote ohnehin schon mal ein bißchen. Und drittens setzt sich – anders als bei Kohl – eine flotte Konjunktur auch in mehr Neueinstellungen um. Der Gutelaune-Kanzler macht für sich geltend, seine Heiterkeit habe den Unternehmern dahingehend den Kopf verdreht, daß sie zwar neoliberal beten, aber in ihren praktischen Werken der keynesianischen Maxime folgen, die Investitionen von heute seien die Gewinne von morgen, so daß man nicht erst übermorgen, sondern schon heute Arbeitsplätze schaffen könne. Oder so.

Wer jetzt fragt, wozu dann noch Gewerkschaften gebraucht werden, hat nicht alle politologischen Wörter im Schrank. Zum Beispiel: »Konsensdemokratie«.

Der Kurzschluß, Gewerkschaften seien kaum noch nötig, passiert Ihnen, wenn Sie der Ansicht sind, es gehe ausschließlich darum, eine sehr hohe Arbeitslosigkeit von (unter Kohl) zwölf Prozent auf – vielleicht einst unter Schröder – sechs v. H. zu senken und Löhne sowie Gehälter so anzuheben, daß die Gewinne trotzdem noch viel schneller steigen. Der Name des Kanzlerkandidaten, welcher diese Strategie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre empfahl, soll nicht verschwiegen werden: Oskar Lafontaine.

Vielleicht sind auch hierfür Gewerkschaften nicht schädlich. Das sind aber dann andere Verbände als diejenigen, die bis Anfang der siebziger Jahre üblich waren. Seitdem befinden sie sich – wie man immer wieder liest: »im Wandel«, und der ließ eine große Anzahl ehemaliger Mitglieder, welche inzwischen ausgetreten sind, hinter sich.

Aber ohne DGB fehlt wirklich etwas. Es wird ja fast nichts völlig gegen ihn entschieden. Die Gewerkschaften werden – wie die Kirchen – gefragt, einbezogen, sagen oft nein, seltener ja, ihre Einwände werden ernst genommen, und irgend etwas findet sich immer, was als ihr Erfolg gelten kann. Die Fachleute nennen das: Legitimation durch Verfahren.

Daß die Spitzenfunktionäre vielseitig verwendbar geworden sind, gilt als »Modernisierung«. Die hatte 1965 bereits Ralf Dahrendorf angemahnt. In seinem Buch *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* beklagte er, die Bundesrepublik sei »versäult«: Gewerkschaftsführer blieben immer Gewerkschaftsführer und Arbeitgeberfunktionäre immer Arbeitgeberfunktionäre. Das ist jetzt anders geworden. Der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr tritt in den Vorstand der Frankfurter Flughafen AG ein, dafür war sein Nachfolger vorher als Verhandlungsführer für die öffentlichen Arbeitgeber tätig. Als stummer, aber beredter Werbeträger für die SPD fällt er, da grün, allerdings aus. Dafür hat der kleinere Koalitionspartner ein bißchen Reklame.

Dem schlanken Staat entspricht die schlanke Gewerkschaft. Dies legt schon der Mitgliederschwund nahe. Verwaltungsstellen und Kreisgeschäftstellen werden zusammengefaßt, es entsteht unter anderem eine Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft. Daß sie sich als ver.di abkürzt (und nicht als »in.ternationale« oder als »brue.der-zur-sonne-zur-freiheit«) drückt Anhebung des musikalischen Arbeitnehmergeschmacks aus.

Eine Amerikanisierung des Gewerkschaftswesens ist das aber noch immer nicht, obwohl auch die ihre Reize hätte. In den USA soll es einmal eine Trades Union gegeben haben, die nur noch aus dem hauptamtlichen Apparat bestand. Er war gut zu finanzieren, weil seine Vorgänger die Mitgliedsbeiträge aus besseren Zeiten gut angelegt hatten, so daß dieses Geld sich nun weiter vermehrte.

Käme es so weit – aber es kommt nicht so weit – , hätten die deutschen Gewerkschaften allerdings jenen Zustand erreicht, den Friedrich Engels 1889 an den Londoner sozialistischen Organisationen beobachtete: »ein Oberst, 11 Offiziere, 1 Hornist und 1 Mann«. Und selbst dann noch wäre – in Wahlkampfzeiten – zumindest der Musikant unentbehrlich.

Georg Fülberth ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Konkret 02/01, S. 24

Matthias Küntzel

Die sanfte Vormacht

Deutschland – Frankreich 4:0. Wie die Deutschen auf dem EU-Gipfel in Nizza von der indirekten zur direkten Hegemonialpolitik übergingen

Als der Europäische Gipfel in Nizza Anfang Dezember 2000 begann, stand sein wichtigstes Ergebnis bereits fest: Berlin hatte die historische Parität mit Paris gekippt und die Europapolitik der letzten Jahrzehnte revidiert. Vom »zweiten Fall der Berliner Mauer« und einem »riesigen Einschnitt« sprach die »International Herald Tribune« (»IHT«) und von einer Wiederkehr »der alten *Deutschen Frage*« die niederländische »Volkskrant«. Noch im November 1999 hatte die Bundesregierung anderes verlautbart: Die Europäische Union gründe »auf dem Interessenausgleich Deutschlands und Frankreichs«, beteuerte Außenminister Fischer, und »dieses ganz besondere Verhältnis« sei »in seiner europäischen Funktion auch nicht austauschbar«.

Heute ist das Makulatur. »Der Kanzler betrachtet das Post-Nizza-Deutschland als von Frankreich emanzipiert«, konstatierte im Anschluß an die Konferenz die »IHT«. Berlin habe »die innereuropäischen Größenverhältnisse« zurechtgerückt, lobte die »FAZ« und zog die Verbindung vom vergangenheitspolitischen »Befreiungsschlag« Martin Walsers zur deutschen »Emanzipation« von Paris: »Der Konservative Kohl (war) aufgrund seiner Lebenserfahrung und seines Geschichtsverständnisses alles in allem bereit anzuerkennen, daß Deutschland und Frankreich gleich groß und gewichtig seien. Anders sein Nachfolger Schröder. Trotz seiner linken Sozialisation ist sein außenpolitisches Denken und Handeln nicht in erster Linie durch die deutsche Vergangenheit bestimmt.« Deutsche Logik: Kohl erkannte die Ebenbürtigkeit Frankreichs an, weil ein gewisser Respekt vor dem welschen Nachbarn angesichts der Nazi-Greuel geboten schien. Seit wir uns von der »Moralkeule Auschwitz« aber befreit haben, wird wieder deutsch gespuckt: Frankreich darf als zweitrangig gehandelt werden, und Deutschland steht obenan.

Die Bedeutung der deutsch-französischen Achse gründet sich auf den Umstand, daß der neuerliche Anlauf der Deutschen zur Großmacht schon Ende der 40er Jahre begann. Der erste Ruf nach deutschen Atomwaffen wurde im Juni 1948 – noch vor der Gründung des Weststaats! – artikuliert. Die wohlbegründete Angst vor Deutschland war ein Grundmotiv für den Aufbau der EWG. »Die europäische Integration«, schrieb 1956 der belgische Außenminister Spaak an den britischen Premier Eden, »gibt Deutschland einen Rahmen, in dem seine Expansion begrenzt bleibt, und schafft eine Interessengemeinschaft, die uns gegen gewisse Versuche und Abenteuer absichert.«

Nach 1989 war die noch engere Einbindung Deutschlands durch die europäische Währungsunion eine Voraussetzung für die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung. Die Logik dieser Anbindung war jedoch schon revidiert, als sich 1994 der deutsche Drang nach Osten unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft erstmals zu konkretisieren begann. Während die Deutschen vor dem Fall der Mauer noch darauf angewiesen waren, sich an den europäischen Vorgaben zu orientieren, mußte die EU sich nunmehr nach den deutschen Vorgaben richten, um diese Einbindung nicht zu gefährden. Dieser Logik der Schadensbegrenzung verlieh die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Herbst 1994 mit dem Schäuble/Lamers-Papier neues Gewicht, als sie französische Bedenken gegen die EU-Osterweiterung mit der Androhung deutscher Alleingänge konterte: Ohne Ostausdehnung der EU »könnte Deutschland aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen«.

Während aber Helmut Kohl noch die Beständigkeit einer innerhalb der EU saturierten Bundesrepublik zu verkörpern schien, ließ der Nachwuchs seiner Unzufriedenheit über die Beschränkungen deutscher Herrschaft freien Lauf. »Bekommt Deutschland jetzt ... all das«, fragte 1995 einer der Emporkömmlinge, »was ihm Europa, ja die Welt in zwei großen Kriegen erfolgreich verwehrt hat, nämlich eine Art ›sanfter Hegemonie‹ über Europa, Ergebnis seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner Lage und nicht mehr seines militärstrategischen Potentials?« Der so fragte, war Joschka Fischer, der sich damit als künftiger deutscher Außenminister empfahl (J. Fischer: *Risiko Deutschland*, 1995). Um jedoch die »sanfte deutsche Hegemonie über Europa« in Regierungspolitik umsetzen, einen Kosovo-Krieg führen und die Parität mit Frankreich über Bord werfen zu können, bedurfte es einer rotgrünen Regierung, die sich mit doppelt gutem Gewissen – links und ohne persönliche Anteile an Nazi-Deutschland – von allen historischen Verstrickungen emanzipiert wähnt. 1998 gab der neue Regierungssprecher in seiner ersten Stellungnahme den übrigen europäischen Regierungen den dringenden Rat, sich darauf einzustellen, »daß sich Deutschland nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt«.

Im Frühsommer des Jahres 2000 fällte die Bundesregierung die Entscheidung, daß im Zuge des Europäischen Gipfels Deutschlands Vorrang vor Frankreich durch ein unterschiedliches Stimmengewicht im Europäischen Ministerrat zur Geltung gebracht werden soll. Diese Forderung sei nur »recht und billig«, applaudierte am 3. Juni 2000 die »FAZ«, »selbst wenn sie von kleineren Mitgliedsländern als Zumutung empfunden wird«. Ganz anders der europapolitische Chefkorrespondent der »Los Angeles Times«, William Pfaff: »Das explosive Thema des Nizza-Gipfels ist Deutschlands Forderung nach den meisten Stimmen im Ministerrat«, schrieb er. Diese Forderung sei jedoch »mit einem geradezu

überwältigenden Gewicht aus der jüngeren europäischen Geschichte beladen«. Denn sie breche »mit dem Geist des Gleichgewichts zwischen den großen Mächten, der das Europäische Projekt immer auszeichnete und seine moralische Grundlage darstellte«. Mit diesem Anliegen würde Deutschland »nicht länger die unentbehrliche Nation im Zentrum des europäischen Gleichgewichts, sondern dessen Zerstörer sein. In Anbetracht der deutschen Geschichte seit 1871 ist dies das letzte, was irgendein Deutscher sich wünschen sollte« (»IHT«, 7.12.2000).

Der rotgrüne Vorstoß setzte sich auch über die Bedenken und Warnungen deutscher konservativer Berater hinweg. So schrieb die Bertelsmann Europa-Kommission in einem die Konferenz von Nizza vorbereitenden Dossier: »Jede Reform der Gewichtung (der Stimmenanteile im EU-Ministerrat) wird berücksichtigen müssen, daß Frankreich nicht gegenüber Deutschland ... abgewertet werden« will. Auch Elmar Brok, CDU-Abgeordneter im Europaparlament, riet davon ab, »gleichzeitig die Franzosen und die kleinen Länder gegen sich aufzubringen«.

In der Tat wies Frankreich, das die EU-Ratspräsidentschaft innehatte und für die Ausrichtung des Gipfels zuständig war, das deutsche Ansinnen zurück. Daraufhin fuhr eine emsige Berliner Diplomatieoffensive den französischen Konferenzvorbereitungen in die Parade: »Nach Gesprächen mit dem britischen Premier Tony Blair in London und dem österreichischen Bundeskanzler Schüssel reiste Schröder nach Kopenhagen und Amsterdam«, berichtete der »Spiegel«. »Diese Woche kommt Luxemburgs Europa-Vorkämpfer Juncker nach Berlin, anschließend konferiert Schröder mit der belgischen Regierung in Brüssel. Auch mit der Kommission wird der Bundeskanzler zusammentreffen. ... Fest steht: Dort, wo der Kanzler seine Haltung zur künftigen Stimmenverteilung im EU-Ministerrat erläutert hatte, verhallten die Warnungen aus Paris fast ohne Echo« (»Spiegel« vom 20.11. und 4.12.2000). Gezielt wurde der Verdacht gestreut, Paris wolle die Osterweiterung der EU hintertreiben, provokant zog man kurz vor Nizza das deutsche Projekt einer EU-Sonderkonferenz für das Jahr 2004 aus der Tasche. Zeitgleich erfuhr die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen eine groteske Neubewertung.

So suchte der grüne Außenminister den Bundestag davon zu überzeugen, daß das Postulat der Gleichgewichtigkeit zwischen Frankreich und Deutschland schon in den 50er Jahren problematisch gewesen sei, denn schließlich war schon damals die westdeutsche Bevölkerung in der Überzahl. O-Ton Fischer: »Es ist tatsächlich so, daß es seit Beginn der Union zwischen der französischen Republik und der Bundesrepublik das Problem der Größenproportion gibt. Dieses Problem wurde durch eine politische Entscheidung gelöst. Numerisch existiert dieses Problem« (Bundestagsdebatte vom 28.11.2000). Zur Untermauerung dieser Position ließ Gerhard Schröder im Kanzleramt die Akten der 50er Jahre über Adenauers Gespräche mit Monnet suchen. Freilich ohne Ergebnis, »weil die Beamten auf Vereinbarungen über die Gleichwertigkeit Deutschlands und Frankreichs nicht stießen« (»Zeit«, 9.12.2000). Dieser an die Bürger von Schilda gemahnende Geschichtsaktivismus hat mit mangelnden Kenntnissen wenig zu tun. Vielmehr begegnen wir hier einem aus der Walser-Debatte bekannten Phänomen: So wie Martin Walser »einfach nicht glauben« wollte, daß beim Pogrom von Lichtenhagen Würstchenbuden aufgestellt wurden, so können Fischer und Konsorten einfach nicht glauben, daß es vor dem Hintergrund der historischen deutschen Schuld nicht ein »Problem«, sondern ein gänzlich unverdientes (und nur der Konstellation des Kalten Krieges zu verdankendes) Zugeständnis war, daß die Deutschen nach 1945 von Frankreich auf gleiche Ebene gehoben wurden.

Doch weder Fischers Geschichtsvortrag noch Schröders Aktivismus imponierten dem französischen Präsidenten. »Chirac kämpfte verzweifelt und erfolgreich darum, den Symbolismus der politischen Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland in europäischen Angelegenheiten zu bewahren, und blockierte öffentlich Schröders Plan«, berichtete, keineswegs unzufrieden, Jim Hoagland von der »Washington Post«. »Chirac kämpfte diesen Streit in erster Linie im engeren französischen Interesse aus, aber Europa und die Welt werden vom Resultat dieses Kampfes profitieren.« Wie Pfaff so begründete auch Hoagland seine Parteinahme mit der Nazi-Zeit: »Eine jede Nation wird durch ihre Vergangenheit kolonisiert. Sich jenseits der äußerlichen Attribute von Versöhnung in Europa bewegen zu wollen ist ein riesiger Einschnitt für die Franzosen wie für alle anderen auch« (»IHT«, 14.12.2000). Wenn sich Berlin schlußendlich in der Frage des Stimmenübergewichts gegen Paris also nicht durchsetzen konnte, warum lauteten dann die Schlagzeilen nach Nizza: »Deutschland – Frankreich 4:0« oder: »Germany triumphs on the EU battlefield«?

An der Frage des deutschen Stimmenvorsprungs durfte Nizza aus Berliner Sicht nicht scheitern. Deutsche Ambitionen lassen sich in Osteuropa nicht nur preisgünstiger, sondern auch reibungsloser verfolgen, wenn sie nicht auf »traditionelle Weise« realisiert, sondern »europäisch« camoufliert werden: »Je europäischer Deutschland seine Interessen definiert, desto mehr verwirklichen sich unsere Interessen« (Fischer in: »Süddeutsche Zeitung«, 22.12.2000). Von Anbeginn operierte die Bundesregierung mit einem – von Frankreich ebenfalls erbittert bekämpften – Alternativvorschlag zum Stimmenübergewicht: dem Konzept der »demographischen Mehrheit«. Hiernach ist ein Beschluß des EU-Ministerrats nur dann gültig, wenn die zustimmenden Länder eine mehr als 60prozentige Mehrheit der Bevölkerung in der EU repräsentieren.

Anders als das Insistieren auf einem exklusiven deutschen Stimmenübergewicht, das mit dem Makel der Eigennützigkeit behaftet war, konnte das »demographische« Konzept als geradezu musterdemokratisch verkauft werden. Doch dieser

Eindruck täuscht. Das Europaparlament ist der Ort, der Bevölkerungen repräsentieren soll, weshalb Deutschland die meisten Abgeordneten dorthin entsendet. Der Europäische Ministerrat ist hingegen ein Zusammenschluß von Staaten. Dort sind bisher Luxemburg (400.000 Einwohner) mit zwei Stimmen und Deutschland (82 Millionen Einwohner) sowie Frankreich und Großbritannien (60 Millionen Einwohner) mit je zehn Stimmen repräsentiert. Während bisher die deutsche Stimme im Ministerrat somit 5mal wichtiger war als die Stimme Luxemburgs, bringt das Kriterium der Bevölkerungszahl dem deutschen Koloß ein 200faches Übergewicht! Der demographische Ansatz ist politisch absurd, wie schon ein Blick auf den US-Senat zeigt: Hier hat der US-Bundesstaat Rhode Island mit 500.000 Einwohnern exakt dasselbe Stimmengewicht wie Kalifornien mit 30 Millionen. Mit der Einführung der »demographischen Mehrheit« wären schlagartig sämtliche kleinen Bundesstaaten der USA ihres Einflusses beraubt. Der bevölkerungspolitische Ansatz korrespondiert jedoch ideologisch mit jener Art von Vision, »die in der Politik stets das Primat der Natur unterstreicht und in der deutschen Tradition des Denkens tief verwurzelt ist«, wie Yvonne Bollmann (*La tentation allemande*, Paris 1998) schreibt.

Wie dieses Vorhaben in Nizza umgesetzt wurde, beleuchtet eine Episode aus der Schlußphase der Konferenz: »Der Bundeskanzler hatte in der letzten Verhandlungsstunde in Nizza Chirac angeboten, auf das ›demographische Konzept‹ zu verzichten und im Gegenzug eine symbolische Stimme mehr im Ministerrat zu erhalten. ... Doch Chirac lehnte das Angebot ab« (»FAZ«, 13.12.2000). Es lag also an Deutschland, ob das Konzept der Bevölkerungszahl zurückgezogen werden würde oder nicht. Und es war allein der von Berlin initiierte Kampf um die symbolische Suprematie, der ihm schließlich zum Durchbruch verhalf.

Frankreich stand angesichts dieser Dynamik vor dem Dilemma, entweder die symbolische Parität mit Deutschland preiszugeben oder eine Konzession an die andere zu reihen, um die Gleichstellung im Ministerrat zu retten, und entschied sich für den zweiten Weg. Deutschland – Frankreich 4:0, künftig gilt, daß eine europäische Mehrheitsentscheidung nur gültig ist, wenn die zustimmenden Staaten 62 Prozent der EU-Einwohner repräsentieren. Deutschland stellt allein 22 Prozent der EU-Europäer und braucht lediglich die Unterstützung zweier anderer großer Staaten, um das Quorum von 38 Prozent zu erreichen, das jede EU-Entscheidung blockiert. Zweitens gelang es Berlin, das Übergewicht der deutschen Europa-Abgeordneten gegenüber London und Paris von 12 auf 27 zu erhöhen. Drittens konnte sich Berlin mit der Durchsetzung der neuen Regierungskonferenz im Jahr 2004 alle Optionen für eine fundamentale Neubestimmung des EU-Zwecks offenhalten. Viertens fiel Frankreich die undankbare Aufgabe zu, den Einfluß der kleineren Staaten (deren Anzahl sich im Zuge der Osterweiterung von 10 auf 21 erhöhen wird) zu beschneiden, was Deutschland für die eigene Image-Pflege (»Anwalt der Kleinen«) auszunutzen verstand.

All dies ist evident. Die Tatsache aber, daß deutsche Medien den Eindruck erweckten, Berlin habe »mit einer erstaunlichen Sensibilität für die Lasten der deutschen Geschichte agiert« und in Nizza darauf achten müssen, »sich nicht bei hemmungsloser Genügsamkeit erwischen zu lassen« (»Frankfurter Rundschau«), ist nur mit jener deliranten Grundstimmung zu erklären, die eine Mehrheit der Deutschen inzwischen umtreibt: 70 Prozent der Bevölkerung bekennen Umfragen zufolge öffentlich »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«. Die hybride Verachtung einer 1990 noch angepriesenen »Politik der Selbstbeschränkung« und die Sehnsucht nach außenpolitischer Revision hat eine Dimension erreicht, die an die Massenstimmung der Weimarer Republik hinsichtlich des Versailler Vertrags gemahnt. Im Kontext dieses Stolzdiskurses – auch auf den Kniefall von Brandt könnten alle Deutschen stolz sein, verkündete jüngst der Bundeskanzler im regierungseigenen Bulletin! – stehen machtausweitende Vorstöße der deutschen Außenpolitik ebenso im günstigsten Licht wie die Kritik daran unter dem Verdikt völliger Abwegigkeit.

Der Liebe zum Vaterland entspricht die Verachtung gegenüber dem Feind. Chirac habe an der Côte d'Azur agiert, »als wenn Frankreich der King Kong Europas wäre«, gab höhnend Joschka Fischer die Tonlage vor. Geschlossen stand die neue publizistische Wacht am Rhein: Die französische Ratspräsidentschaft sei »engstirnig, egoistisch, tendenziell überfordert« gewesen. Sie habe »dubiose Absichten verfolgt«, »den Schacher als Machtkampf begriffen« und »Macht und Einfluß nach Pariser Gusto verteilt«. Wenn im Fernsehen von einem »durch und durch französisch gefärbten Papier« die Rede war, wußte man Bescheid. Doch warum wurde das Lob der Berliner Nizza-Politik auch von den Medien der übrigen europäischen Staaten mehrheitlich geteilt? Warum stand Frankreich mit seiner Abwehr des deutschen Revisionismus vollständig allein?

»man richtete sich mit dem bösen ein. es bekam blumenform« – schrieb Bert Brecht im Juli 1938 angesichts des britisch-französischen Appeasements gegenüber Nazi-Deutschland. Auch wenn Deutschland heute mit anderen Mitteln »bekommen will, was ihm Europa in zwei Kriegen verwehrt hat« (J. Fischer), treffen Brechts Worte den Punkt. »Es liegt in der Natur der Dinge, daß Deutschland die kleinen Länder zwingen wird, sich seinen Interessen zu beugen«, bemerkte im Anschluß an Nizza lakonisch die portugiesische Zeitschrift »Express«. Da sich jede europäische Regierung notwendig mit Deutschland einrichten muß, verbietet sich die unverblümte Kritik – statt dessen: Blumenform. So ist es wohl auch kein Zufall, daß US-amerikanische Medien den deutschen Kurs grundsätzlicher kritisierten als selbst die französischen: Die USA sind die einzige westliche Macht, die sich mit Deutschland *nicht* einrichten muß.

Eigentlich hätte die französische Außenpolitik, um für ihre Position zu werben, über die Notwendigkeit der Angst vor Deutschland aufklären und das historisch begründete Mißtrauen in Europa revitalisieren müssen. Doch nicht einmal der Argumentation eines William Pfaff schloß sie sich an. Denn man wollte und man will es sich nicht mit den Deutschen verderben, in deren Windschatten die osteuropäische Eroberung auch für den französischen Bourgeois einige Pfründen bringt. Diese Scheu wird durch eine vorherrschende Stimmung im intellektuellen französischen Milieu gestützt, das derzeit noch jede antideutsch klingende Aussage unter das Pauschalverdikt eines Ultranationalismus stellt und als Abweichung von der political correctness denunziert. Gerade weil unterschwellig die Ängste vor Deutschland nach wie vor groß sind, will und muß man sie übertönen und klammert sich deshalb verzweifelt an die vermeintliche Gewißheit, daß Deutschland – zumal seine »linke« Regierung mit einem Weggefährten Daniel Cohn-Bendits als Vizekanzler – sich von den Relikten seiner Vergangenheit befreit habe.

Also verteidigte Paris seine Parität im Ministerrat verblümt: entweder formalistisch mit Verweis auf eine Adenauer-de-Gaulle-Vereinbarung aus den 50er Jahren oder abstrus, mit dem Hinweis, doch immerhin Atommacht zu sein. Diese hilflose und defensive französische Reaktion hat die Niederlage Chiracs mit verursacht, ihn europaweit in den Ruf gebracht, »in der Tradition der egomanischen französischen Patrioten« zu stehen, »denen die liebgewonnenen Sentiments mehr zählen als ein nüchterner Blick auf die Realität« (»Spiegel«, 18.12.2000). Wie »nüchtern« aber ist ein Blick, der zwanghaft alle historischen Bezüge abschneidet und sich darauf beschränkt, herauszufinden, daß Deutschland ein höheres Bruttosozialprodukt und damit das Recht auf europäische Vorherrschaft hat? Urteilt nicht geradezu nüchtern, wer damit rechnet, daß vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen auch das Ungeheuerlichste zu erwarten ist? Nur der sei Realist, schrieb Brecht, »der die realität gegenüber allen verschleierungen und täuschungen zur geltung bringt«. Ohne Blümchenbrille aber ist die Prägung der derzeitigen deutschen Mitteleuropapolitik durch das Deutsche Reich evident.

Joschka Fischer war es, der im Mai des Jahres 2000 an das Schäuble/Lamers-Papier von 1994 anknüpfte und davor warnte, daß ohne die Osterweiterung der EU »die in Deutschlands Dimension und Mittellage objektiv angelegten Risiken und Versuchungen« über kurz oder lang wieder virulent werden könnten (s. KONKRET 7/2000). Einerseits macht er sich damit das alte geopolitische Legitimationsmuster zu eigen, wonach die Stoßrichtung einer Politik quasi schicksalhaft durch ihre geographischen Voraussetzungen gegeben sei. Andrerseits hat hier der grüne Außenminister die Erfahrungen mit der Nazi-Barbarei als Druckmittel für gegenwärtige deutsche Interessen instrumentalisiert.

»Geschichte wiederholt sich nicht, und doch verwirklicht sich in ihr ein Wiederholungszwang«, stellten Alexander und Margarete Mitscherlich einst fest. Ohne jeden Anflug von Ironie wies Gerhard Schröder in Nizza darauf hin, daß Deutschland »auch aufgrund von Geschichte« bei der EU-Osterweiterung bevorteilt sei. In der Tat: In Ungarn etwa »wird alles, was deutsch ist, beschworen, als gelte es, die Ungarn als germanischen Stamm zu etablieren«, berichtet Erwin Riess. »Haider ist der in Ungarn populärste Politiker, der Antisemitismus ist lebendiger denn je« (KONKRET 11/2000). Doch Ungarn steht nicht allein: »Wir wissen heute besser denn je, daß Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien, daß Königsberg, Stettin, Breslau und Danzig wie auch das Sudentenland zu unserem historischen und kulturellen Erbe gehören«, erläuterte der Chef der rotgrünen Regierung vor sogenannten Vertriebenenverbänden am »Tag der Heimat« in Berlin. Mit der Freigabe rotgrüner Haushaltsmittel für die »Festigung künftig von Deutschen zu besiedelnder Regionen«, so die offizielle Begründung, oder für eine Wanderausstellung mit dem Titel »Europas Mitte um 1000«, die den traditionellen Mitteleuropa-Begriff propagiert, wird der totale Kampf jener Vertriebenenverbände weiter angeheizt. Der Historiker Arnulf Baring hatte in seinem Buch *Deutschland – Was nun?* die weitere Perspektive bereits skizziert: »Böhmen und Mähren sind ein Teil Europas, der deutschen Welt, hätte ich fast gesagt«, erklärt darin der Verleger Jobst Siedler und fährt fort: »Wird es nicht eines Tages sozusagen Polnisch und Tschechisch und Ungarisch sprechende Deutsche geben müssen? Wird das nicht aus der Suprematie folgen, um die Deutschland meines Erachtens gar nicht herumkommen wird?« Und wenn ein Land sich dagegen verwahrt? »Emmissären kleinerer Nachbarländer droht er bei Verhandlungen schon mal mit einer ›zweiten Annexion‹«, berichtete in einem Porträt über Schröders wichtigsten außenpolitischen Berater, Michael Steiner, die »Zeit« (16.3.2000).

Zurück zur Konferenz von Nizza. Auch ohne die Symbolik der Vorherrschaft würde Deutschlands Macht dank Osterweiterung weiter wachsen und Frankreichs Position an Bedeutung verlieren. Warum also hat Berlin gleichwohl auf Konfrontation mit Paris gesetzt? Vielleicht ist es das ideologische Element – die offenkundige Anknüpfung Berlins an ältere Traditionen der deutschen Osteuropapolitik – , das das Dominanzgebaren gegenüber Frankreich erklärt. Die Unterschiede der historischen Prägungen und der ideologischen Prämissen lassen offenbar auch nur den Schein einer Gleichberechtigung zwischen Frankreich und Deutschland nicht länger zu.

Osteuropa wird der künftige deutsche Aktionsschwerpunkt, das Zentrum seiner neuen hegemonialen Unruhe sein. Wie stets in der Geschichte des letzten Jahrhunderts werden die Deutschen dabei Frankreichs Handlungsfähigkeit reduzieren und sich den Rücken im Westen quasi freihalten, bevor sie den Osten kassieren. Das neue europäische »Gravitationszentrum« soll deutsch sein, was nur unter der Bedingung französischer Unterordnung, mit einem eher an Vichy, denn an die Résistance erinnernden Frankreich möglich ist.

Matthias Küntzel hat kürzlich das Buch »Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo«(Elefantenpress) veröffentlicht

Konkret 02/01, S. 28

Hannes Hofbauer

Westwärts rücken

Wettlauf unter Verlierern: Osteuropas Staaten konkurrieren um einen Platz in der EU

Große Ideen treffen zuweilen die Kleinen am härtesten. So ist es auch bei dem Anfang der 90er Jahre ausgeschriebenen Projekt um die Vergrößerung EU-Europas. Ideologisch für die Länder und Menschen des Ostens als »Heimkehr« verbrämt, bestimmt der Streit um die Kosten der Übernahme der lukrativsten Teile des Erweiterungsgebietes mittlerweile die Beziehungen der führenden Kräfte innerhalb der Brüsseler Union. Und die Wettkampfteilnehmer rasen Windhunden gleich, jeder für sich, einem Ziel nach, das – wie der falsche Hase im greyhound-Rennen – nach vollbrachter Leistung in einem tiefen Loch zu verschwinden droht.

Nach den Richtlinien des Erweiterungskommissars soll die Transformation den ganzen Menschen umfassen. Wer die gesellschaftliche Kehrtwende vom Inhaber eines staatlich garantierten Arbeitsplatzes zu einem betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor nicht schafft, wird unbrauchbar. Im größten Industrie- und Kohlenpott des Erweiterungsgebietes, dem Kattowitzer Revier, wird gerade die völlige Transformation des Mythos vom sozialistischen Arbeitshelden in einen Kleingewerbetreibenden geprobt, ohne Erfolg freilich. 240.000 polnische Kumpel (von über 400.000 in der Kommunezeit) in 53 Gruben und weitere 80.000 Eisen- und Stahlarbeiter gelten den Warschauer Behörden und dem Brüsseler Kommissar als soziales Minenfeld. Dieses zu entschärfen, wurde ein Generalplan zur Schließung von Kohlegruben und Stahlwerken verordnet, parlamentarisch abgesegnet und, von Günther Verheugen wohlwollend quittiert, der Weltbank zwecks Auszahlung einer längst versprochenen Kredittranche vorgelegt. Um die kampfstarken Bergarbeiter in ihrem heiligen Zorn zu zähmen, verfielen die Warschauer Liberalen auf eine findige Idee: Jeder Bergmann, der freiwillig und sofort seinen Arbeitsplatz räumt und auf sämtliche Ansprüche verzichtet, sollte umgerechnet 22.000 Mark Startkapital für eine postproletarische Existenz erhalten. Dem Hohn zum Trotz meldeten sich bereits in der ersten Woche Zigtausende zur Selbständigkeit, für den zuständigen Minister eine unerwartet hohe Zahl. Das Aussteuerungsprogramm wurde daraufhin gestoppt, anstatt Zloty erhielten die transformationswilligen Kumpel Wechsel auf einen Teilwert ihrer Grube. Grubendirektoren und Minister stritten lange darüber, wer diesen Wechsel einlösen sollte. Bis ein spezieller Bittgang zur Weltbank einen neuen 300-Mio.-Dollar-Kredit freigab, der zur Aussteuer von 15.000 Kumpeln Verwendung fand. 225.000 ihrer Arbeitskollegen warten weiterhin auf die Transformation, während jene, die ihre Aussteuer erhalten haben, zwischenzeitlich feststellen mußten, daß mit 22.000 Mark keine kleingewerbliche Existenz aufzubauen ist.

Luxemburg gegen Helsinki

Der EU-Gipfel in Nizza verbreiterte die Warteschleife für die mittlerweile zwölf Beitrittskandidaten und entwarf das imaginäre Bild einer um mehrere Hundertschaften erweiterten EU-Bürokratie. Konkrete Terminangaben in Sachen EU-Aufnahme wurden vermieden, das »Regatta«-Modell als Verhandlungsmethode bestätigt. Die 31 Kapitel des »Acquis communitaire« – der Gesetzesbibel für die Ostgebiete – werden mit jedem Kandidatenland einzeln verhandelt, wobei im Wettstreit um den Zieleinlauf sich je nach Anpassungsfähigkeit Vorsprünge oder Rückstände ergeben. Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland und Griechisch-Zypern befinden sich bereits seit dem EU-Gipfel in Luxemburg 1998 im Rennen, während die übrigen sechs Kandidaten 1999 im Anschluß an den Gipfel von Helsinki einen Spätstart hinlegten. Die in der EU-Terminologie als »fortgeschritten« bezeichneten Länder firmieren unter dem Kürzel »Luxemburg-Gruppe«, der Rest – die sogenannten »less advanced transition countries« – fällt im Brüsseler Jargon unter die Rubrik »Helsinki-Gruppe«. Wirtschaftsstatistiken bilden die Zwischenergebnisse dieser »Regatta« ab, in der von den Teilnehmern bisher vergeblich die Festsetzung einer Ziellinie eingefordert wurde.

Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien (und die Slowakei) dürfen sich abwechselnd als Etappensieger feiern lassen; ihr ökonomischer Aufschwung bleibt allerdings selbst wirtschaftsstatistisch fragwürdig. Als Berechnungsbasis der bejubelten postkommunistischen Modernisierung dient bis heute das Jahr 1989, absoluter Tiefpunkt im Wirtschaftsleben des Ostens. Von ganz unten lassen sich leicht ein paar Wachstumsprozente zulegen, und dennoch ist es außer Polen und Slowenien auch nach elf Wendejahren noch keiner anderen Volkswirtschaft gelungen, im Jahr 2000 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Krisenjahres 1989 zu erreichen. Vergleicht man die Wachstumsindikatoren der sogenannten Reformländer mit denjenigen einzelner EU-Staaten, so kann von einem Aufholprozeß nicht die Rede sein. Kein Land im Osten – außer Polen – hat in den vergangenen zehn Jahren Wachstumsraten wie z.B. Deutschland hingelegt, und auch das griechische BIP hat sich seit 1990 mehr gesteigert als das tschechische, ungarische, slowenische etc. Nimmt man dazu ins Kalkül, daß – mit Ausnahme Sloweniens – sämtliche erstgereihten Aufnahmekandidaten indexmäßig nicht einmal die Hälfte des deutschen Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes verbuchen können, dann scheint der Weg Ungarns, Polens und Tschechiens in Richtung ökonomischer Peripherie und sozialer Marginalisierung bereits vorgezeichnet. Nur dem kleinen, weniger als 2 Mio. Einwohner zählenden Slowenien könnte dieses Schicksal erspart bleiben, nicht zuletzt weil die Arbeiter und Angestellten von der Privatisierung profitieren.

Derweil jagen einander auf den Wirtschaftsseiten der großen Tageszeitungen Erfolgsmeldungen über vollzogene Marktöffnungen der Erweiterungsgebiete. Ausländische Direktinvestitionen, wird da versichert, hätten zu einem wirtschaftlichen Boom geführt, der insbesondere Ungarn und Tschechien zweistellige Wachstumszahlen beim Export bescheren würde. Tatsächlich ist die Statistik beeindruckend. In Tschechien, Ungarn und Estland werden zwischen 30 und 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von ausländischen Investoren bestritten, Slowenien geht vergleichsweise eigene Wege, Polens Industrie- und Agrarstruktur wird noch zu einem Gutteil von staatlicher bzw. bäuerlich-privater Hand getragen.

Deutsche Unternehmen haben sich fast überall im Osten die ökonomischen Filetstücke gesichert. Nach dem renommierten »Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche« (WIIW) stellen bundesrepublikanische Konzerne ein Drittel der ausländischen Investitionen in Ungarn und Tschechien und liegen auch in Polen (knapp 20 Prozent), der Slowakei und Bulgarien vor allen anderen Investorengruppen. Einzig in Slowenien stammt das Gros des vom Westen investierten Geldes aus österreichischen Quellen. Des weiteren versuchen niederländische (Unilever), US-amerikanische und französische Firmen ihr Glück bei der Erweiterung ihres Einflusses im Osten. Wesentliche Sektoren sind bereits gänzlich unter ausländischen Einfluß geraten. In Ungarn z.B. betrifft dies den gesamten exportfähigen Agrarsektor; über 90 Prozent der Planzenölproduktion – ein strategisches Produkt der Nahrungsmittelindustrie – , der Tabak-, Getränke- und Bierherstellung werfen ihre Gewinne für meist deutsche Aktionäre ab.

Der Boom der Erweiterungsgebiete beschränkt sich, nachdem die einzelnen Länder längst Absatzmärkte für westeuropäische und ostasiatische Überschußprodukte geworden sind, auf die Exportwirtschaft, wo schnelles Geld zu machen ist und ebenso schnell außer Landes geschafft werden kann. In Ungarn nützen weltweit agierende Konzerne Zoll- und Steuerbefreiungen für die Errichtung »Freier Produktionszonen« vornehmlich rund um Budapest, in denen oft von westlichen Standorten gelieferte Komponenten zu Maschinen, PKWs und dergleichen zusammengesetzt werden. Der hohe Importanteil dieser für den Weltmarkt hergestellten Produkte führt zu einer negativen Handels- und Leistungsbilanz, mit der sämtliche osteuropäische Länder zu kämpfen haben. Dieselbe Industriephilosophie einer »verlängerten Werkbank«, die in den 70er Jahren einige Länder Südostasiens kurzfristig boomen ließ, erfaßt seit Mitte der 90er Jahre die »most advanced transition countries«. Eine krisenanfällige, von den Entscheidungen der Konzernzentralen in Deutschland, Holland oder Österreich strukturell abhängige Entwicklung ist damit eingeleitet.

Eine seriöse Bilanz der europäischen Verhältnisse ergibt zudem, daß Jahr für Jahr Kapital von Ost nach West fließt. Denn während das seit 1989 kumulierte Investment zum Jahresende 1999 in Polen 28 Mrd. Dollar, in Tschechien 16 Mrd. und in Ungarn 19 Mrd. Dollar betrug, machten die Zinszahlungen für die Auslandsschulden in allen drei Ländern weit höhere Summen aus: in Polen mit einer aktuellen Verschuldung von 65 Mrd. Dollar schätzungsweise das Dreifache der ins Land gekommenen Investitionen, in Ungarn mit 30 Mrd. Auslandsverschuldung etwas mehr, in Tschechien mit 25 Mrd. Dollar etwas weniger als das Doppelte. Handelsbilanzdefizite und Kapitalflucht rasch und illegal akkumulierter Privatisierungsprofite wären zu einer ehrlichen Bilanz hinzuzuzählen. Alles zusammen ergibt dies für den Erweiterungsraum das wirtschaftsstatistische Bild einer von EU-Interessen – mehrheitlich deutscher Provenienz – ausgesaugten, den Begehrlichkeiten der stärksten Kapitalgruppen gehorchenden Region, deren Regierungen im Wettlauf um eine vermeintlich bessere Zukunft des Großteils ihrer politischen Lenkungsinstrumente längst verlustig gegangen sind.

Endkampf um Grund und Boden

An der Debatte um die Agrarfrage scheiden sich bislang die Geister. EU-Europa mit seiner suprastaatlich subventionierten Überschußproduktion stehen krisengebeutelte, sehr unterschiedlich strukturierte Landwirtschaften in den Erweiterungsländern gegenüber. Während Polen mit über 25 Prozent landwirtschaftlicher Bevölkerung seine Bauern bereits Anfang der 90er Jahre im Zuge einer dreistelligen Hyperinflation in die Schuldenfalle gelockt hat, läuft durch den ungarischen Agrarsektor eine scharfe Trennlinie zwischen Latifundienbesitzern und Kleinkeuschlern. Tschechien mit dem niedrigsten, nur 4 Prozent betragenden landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil ist vor der Aufnahme in die EU um die Einführung eines Bodenmarktes bemüht, um einen völligen Ausverkauf des Landes an bayrische Großbauern zu vermeiden. Von deutschen und österreichischen Rechten wird mit der Debatte um die Rechtmäßigkeit der Benes-Dekrete, deren Aufhebung einen respektablen Anteil tschechischen Grund und Bodens deutschen Eigentümern überantworten würde, der Druck auf Prag erhöht.

Formal ist Ausländern der Zutritt zum Bodenmarkt in allen Kandidatenländern verwehrt. Langfristige Verpachtung und Strohmännergeschäfte haben die entsprechenden Gesetze in Ungarn und im westböhmischen Egerland zwar unterlaufen, dennoch bleibt der Agrarsektor der letzte Trumpf für die beitrittswilligen Regierungen im Verhandlungspoker mit Brüssel. Dabei stehen auch für Brüssel hohe Summen auf dem Spiel. Die Hälfte des EU-Budgets fließt zur Zeit in den Agrarsektor, jeder Bauer lebt im Durchschnitt zu 50 Prozent von Transferzahlungen. In Tschechien, Polen und Ungarn liegt die staatliche Hilfe für die Agrarproduzenten weit unter dem Brüsseler Niveau; nur Slowenien mit seinem relativ starken Protektionismus schert da aus, rund um Laibach wird der Bauer ähnlich wie in der EU staatlich gefördert.

Nun waren ursprünglich in der Agenda 2000, einem der nach wie vor gültigen EU-Aufnahmekataloge, landwirtschaftliche Direktzahlungen für Neumitglieder nicht mehr vorgesehen. Im Frühjahr 2000 ließ der Tiroler Bergbauer Franz Fischler, Chefkommissar der EU-Agrarverwaltung, dann mit einem strategischen Vorschlag aufhorchen. Direktzahlungen an die bäuerlichen Untertanen im Osten wären möglich, wenn diese sich gemeinsam mit ihren Regierungen dem Diktat aus Brüssel unterwerfen. Im Klartext: Fischlers Nachfolger wollen Flächenstillegungsprogramme sowie die Festlegung von Produktionsquoten nach einem Muster verfügen, das zum Schaden der westeuropäischen Kernländer nicht sein wird. Um die Berechnungsgrundlage für die Festsetzung künftiger landwirtschaftlicher Produktionsmengen tobt ein ebenso heftiger Streit zwischen Erweiterungsadministrationen und EU-Zentrum wie um die von Brüssel geforderte vollständige Liberalisierung des östlichen Agrarmarktes. Zdenek Lukas vom »Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche« hat die extremen Differenzen im Preisgefüge agrarischer Nutzflächen ausgerechnet. Demnach kostet ein Hektar Ackerland im EU-Durchschnitt 11.000 Euro, während selbiges in Polen, selbst in guten Lagen, um 1.000 Euro zu haben ist; auch in Tschechien und Ungarn beträgt der Bodenpreis nur ein Zehntel des EU-Durchschnitts. Eine Liberalisierung des Bodenmarktes hätte einen sofortigen Abverkauf an reiche westliche Agrarindustrielle zur Folge. Dessen sind sich auch die Führungen an Weichsel, Moldau und Donau bewußt. Forderungen nach Übergangsfristen wie in Polen, wo diese 18 Jahre für Landverkauf an Ausländer betragen sollen, sind wohl eher für heimisches Publikum gedacht. Daß sich Osteuropas Regierungen ausgerechnet beim Agrarkapitel des »Acquis communitaire« durchsetzen sollten, ist mehr als unwahrscheinlich.

Steigende Produktivität, sinkender Lebensstandard

»Brauche dringend Geld für eine lebenswichtige Operation. Meine Kontonummer lautet: xxxx. Gott wird es Ihnen danken.« So meldet sich postkommunistische Gesundheits»politik« in polnischen Regionalblättern, deren Inseratseiten mit dem sozialen Elend des Nachbarn vollgestellt sind. 40 Prozent der Polinnen und Polen können sich die vom Arzt verschriebenen Medikamente nicht mehr leisten. So manche betteln vor den Apotheken, die Not hat ihre Scham längst überwunden. 800 private Stiftungen und unzählige Freundeskreise versuchen sich als private Sozialhelfer. Seit sich der polnische Staat 1998 vom Krankenversicherungswesen abgemeldet und finanziell viel zu schwache Regionalfonds eingerichtet hat, ist Gesundheit reine Privatsache geworden. Die mittlerweile bereits hochverschuldeten Fonds können die Leistungen der Spitäler nicht mehr bezahlen, 50.000 Krankenschwestern befinden sich seit Oktober 2000 im Streik. Mit einer Entlohnung von monatlich 300 Mark können sie nicht überleben, ihr Job läßt ihnen aber für einen zweiten und dritten Arbeitsplatz – in anderen Branchen durchaus üblich – kaum Möglichkeiten. Mit Straßenblockaden, Besetzungen von Ministerien und Demonstrationszügen machen sie auf ihre Lage aufmerksam. Und reihen sich damit in die hierzulande medial ausgeblendeten Arbeitskämpfe von Eisenbahnern, Grubenarbeitern, Lehrern, Taxifahrern etc. ein. Die soziale Verelendung in den Erweiterungsgebieten ist nicht berichtenswert, sie würde das mühsam angefertigte Bild vom Aufschwung der Marktwirtschaft im Osten zur Karikatur machen.

2,5 Millionen Menschen haben in den vier bestplazierten Kandidatenländern Ungarn, Polen, Tschechien und Slowenien seit 1990 ihren bezahlten Arbeitsplatz verloren. Besonders Frauen sind aus der Erwerbsarbeit gedrängt worden. Die deutsch geführte Exportwirtschaft in Ungarn hat diesbezüglich die sichtbarsten Spuren ins soziale Gefüge gezogen. Von den 5 Mio. Beschäftigten im Krisenjahr 1989 sind zehn Jahre später 1,25 Mio. ihre Jobs los. Die für den Weltmarkt in Westungarn produzierenden »verlängerten Werkbänke« großer deutscher, holländischer und französischer Multis kalkulieren knapp und orientieren sich an den Kosten konkurrierender Standorte in Südostasien oder Lateinamerika. Die Arbeitskraft wird von ihnen ausschließlich als Kostenfaktor betrachtet, eine volkswirtschaftlich-keynesianistische Rationalität, wonach Produzenten auch Konsumenten und damit kaufkräftig sein sollten, bringt an der Peripherie wenig Nutzen. An diesem Punkt wird die Schwäche der osteuropäischen Staaten am deutlichsten, sie sind in der Regel den Wünschen der führenden Unternehmen ausgeliefert. Denn die alten Staatsgewerkschaften haben ihre Kraft eingebüßt, neue Arbeitervertretungen existieren nach US-amerikanischen Vorbildern als Branchengewerkschaften, und diese sind meist heillos politisch zersplittert.

Den unterm westeuropäischen Kapitalregime wirtschaftenden Unternehmungen ist in den vergangenen Jahren eine erhebliche Steigerung der Produktivität gelungen, die allerdings keine adäquaten Lohnerhöhungen zur Folge hat. Ein Beispiel aus der tschechischen Industrie mag dies verdeutlichen. Dort weist die Statistik des WIIW für das erste Halbjahr 2000 eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 9,3 Prozent aus, während im selben Zeitraum die Lohnerhöhungen mit 6,1 Prozent deutlich zurückblieben. Billige Arbeitskraft bleibt damit die Hauptattraktion für westliche Investoren im Osten. Verglichen mit einem Standort in Österreich produziert ein Industrieunternehmen in Tschechien, die Produktivität je Arbeitsstunde betreffend, um zwei Drittel günstiger; in Ungarn kommt der Unternehmer noch billiger davon, in Polen etwas teurer.

Die tiefe soziale und auch die zunehmende regionale Kluft kennzeichnen den fortschreitenden Desintegrationsprozeß der Wendeökonomien. Der ungarische Soziologe Ivan Vitanyi hat bereits 1995 ein Buch mit dem Titel *Ein-Drittel-Land* herausgegeben. Darin legt er die im Kern kulturrassistische Essenz der Wendephilosophie bloß. Nur ein Drittel der

ungarischen Gesellschaft lebe »zivilisiert« und strebe nach europäischen Normen, das mittlere Drittel sei akut vom Abstieg in jenes deklassierte Dasein bedroht, dem das untere Drittel längst anheimgefallen ist. Die Politik, insbesondere die der sozialistischen Partei, deren Parlamentsfraktion Vitanyi angehört, sei aufgefordert, um den Mittelstand zu kämpfen, seine gesellschaftliche Auflösung zu verhindern. Doch in Ländern wie Ungarn und Polen ist nach westlichem Vorbild das politische Primat durch eine ökonomische Rationalität ersetzt worden, deren Umsetzung allerdings schon aus Gründen internen Kapitalmangels von außen bestimmt wird. Ihr Zug nach Westen könnte nach historischem Vorbild in einer peripheren, selektiven Integration enden, die keine mehrheitliche Beteiligung der Bevölkerung an einem wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsmodell vorsieht. Eine solche »Rückkehr nach Europa« würde aus den Erweiterungsgebieten sozial ungesicherte und gesellschaftlich unsichere Territorien machen. Dies zu verhindern, hat Brüssel bislang keine Bereitschaft gezeigt. Im Gegenteil: Mit der geplanten Aufstellung einer 60.000 Soldaten starken Truppe zum Einsatz in östlichen Krisengebieten wurde der Wille dokumentiert, auftauchende soziale Konflikte militärisch zu lösen.

Von Hannes Hofbauer ist (gemeinsam mit Julian Bartosz) im Wiener Promedia Verlag soeben das Buch »Schlesien. Europäisches Kernland im Schatten von Wien, Berlin und Warschau« erschienen

Konkret 02/01, S. 31

Lars Quadfasel

Buch des Monats

Michael Hardt/Toni Negri: Empire. Harvard University Press, Cambridge (USA)/London 2000, 512 Seiten, 35 Dollar

Wenn eine Liebe zuschanden ging, macht grauer Himmel das Leben erträglich, nicht die gute Laune anderer. Auch sollte niemand an schlechten, d. h. normalen Tagen *Empire* lesen, an solchen also, die nicht deutlich weniger Anlässe als gewöhnlich für ebenso notwendige wie nutzlose Demos, Flugblätter oder Polemiken bieten: Wer könnte da eine Laudatio auf die Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein, ertragen? Auf diese Message aber läuft das neue Buch von Toni Negri und Michael Hardt hinaus. In *Empire* schreiben Operaisten, die in zwanzig Jahren der Niederlage vor allem gelernt haben, in größeren Dimensionen zu denken. Wenn der technische Fortschritt in einer Fabrik Einzug erhält, so gilt ihnen das immer noch als Beweis für die ungebrochene Sabotagetätigkeit der lebendigen Arbeit, gegen die das Kapital sich mittels Maschinisierung zur Wehr setzt. Neu ist allerdings, daß die Autoren nun gleich die gesamte Globalisierung als Strategie deuten, das vermeintlich massenhafte antinationale Begehren der Beherrschten zu befrieden.

Natürlich läßt sich die auf soviel Optimismus eifersüchtige Frage, was ein amerikanischer Literaturprofessor und ein italienischer Knastinsasse denn haben, das man selber nicht hat, recht schnell beantworten: Es ist vor allem ein Realitätsverlust beinahe Daumschen Ausmaßes, der sie die Sehnsucht der Massen nach Befreiung überall spüren und die von ihnen analysierte neue, imperiale Form der Herrschaft zugleich zur unbedeutenden, leicht abzustreifenden Hülle degradieren läßt. Mit diesem Befund wäre das innere Gleichgewicht wiederhergestellt □ und könnte die Rezension auch schon enden.

An guten, d. h. seltenen Tagen ließe sich vielleicht aber auch der Neugier nachgehen: Wie es zum Beispiel kommt, daß in *Empire* trotz des konstitutiven Realitätsverlusts der Autoren so viel Kluges drin steht; warum, mit anderen Worten, die politisch bewährte Formel hoffnungsfroh gleich dumm und herzlos hier nicht greift. Negri und Hardt kümmern sich nämlich in ihren Forderungen einen Dreck um die tatsächliche Stimmung unter den Massen. Aufs aktuelle Gejammere, die Globalisierung untergrabe den Nationalstaat und dessen Handlungsspielräume, entgegnen sie trocken »good riddance«: weg mit Schaden. Auch für den unter Volksfreunden beliebten Antiamerikanismus gibt ihre Analyse nichts her. Zwar steht neben dem Imperium Romanum samt dessen »ewigem Frieden« vor allem die USA der »new frontiers« Modell für ihre Theorie des Imperiums; zwar betonen Negri/Hardt, daß die Grenzenlosigkeit dieser »postmodernen« Herrschaftsform totale Integration der Massen, ihrer Körper und ihrer Leidenschaften bedeutet, daß der imperiale Frieden ständige Polizeiaktionen gegen innere Störenfriede impliziert. Gleichwohl gilt ihnen das »amerikanische« Imperium als Fortschritt gegenüber dem alten »europäischen« Imperialismus. Denn während diesen die (Vorsicht, Moderne!) binäre Logik von innen und außen kennzeichne, die Ausdehnung nur durch Unterwerfung des »Anderen« ermöglicht, lasse jenes herrschaftliche Abstufungen zu, wenn auch nur als Binnenmoment der integralen (Vorsicht, Postmoderne!) rhizomatischen Vielfalt.

Gerade aus der Analyse dieser totalen Integration hätte sich nun was machen lassen □ das zeigt sich meist in kurzen Exkursen und rhetorischen Fragen. Da werden, nur zum Beispiel, die modernen Souveränitätstheorien mit dem Transzendentalsubjekt Kants kurzgeschlossen, und □ peng! □ erscheint vor unseren Augen deren Sündenfall: die Ausrichtung des »Feldes der Immanenz« auf einen vereinheitlichenden Allgemeinbegriff. Mit anderen Worten: das Verbot, als Masse wie als Individuum sich selbst Zweck genug zu sein, und das Gebot, sei□s dem Volk, sei□s dem nichtempirischen Ich, Genüge zu tun. Da wird an anderer Stelle über das Verschwinden der Spezifika von Tausch- und Gebrauchswert spekuliert. Die Autoren reflektieren dabei die Meinung, daß die Dominanz »immaterieller Arbeit«, die zunehmende Inwertsetzung von Affekten in den Dienstleistungsberufen, eine rein quantitative Bestimmung des Werts über die verausgabte Arbeitszeit problematisch macht, lassen aber offen, wie denn so etwas wie eine gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Nützlichkeit vorzustellen sei. Darüber ließe sich ebensogut ein eigenes Buch schreiben wie über die lapidare Feststellung, ein sinnvollerer Untersuchungsgegenstand als der, warum die Massen die Revolution machen sollten, sei vielleicht der, warum sie sie nicht schon längst gemacht haben. Hätten Negri und Hardt diese Frage ernst genommen, wäre ein ganz anderes *Empire* dabei herausgekommen.

Daß sie diesen Fragen nicht nachgehen mögen, sie aber dennoch stellen können, sich also trotz ihres unerschütterlichen Vertrauens in die Massen nicht völlig haben blind machen lassen, hat möglicherweise eine einzige Ursache. Ausgesprochen wird sie in einem Exkurs über die Textsorte Manifest, welche die Autoren definieren als Versuch, Subjekt und Objekt, deren Verhältnis darin vorgeblich beschrieben wird, in Wahrheit erst zu konstituieren. Es braucht nun nicht die auf den Buchumschlag gedruckten Lobeshymnen, die gleich mehrfach vom »Kommunistischen Manifest fürs 21. Jahrhundert« jubeln, um aus dieser Definition eine Beschreibung des eigenen Vorgehens zu lesen. Der Verzicht auf Empirie in den Passagen, in denen die Praktiken der revolutionären Massen und Haufen, der »multitude«, beschrieben werden, ist nicht etwa Ausweis einer gewissen Großzügigkeit, wie Kritiker monierten, sondern bitter notwendig; ihre Stunde soll erst noch

kommen. (Dementsprechend langatmig liest sich das Buch mitunter: Zaubersprüche geben literarisch selten viel her.) Spott ist hier nicht angebracht. Jede kritische Theoriebildung, und das ist nicht ihr geringstes Elend, muß die Verhältnisse bisweilen positiver zeichnen, als sie sind, und auf diesen Umstand wirft *Empire* mit seinem wahnwitzigen Optimismus ein Schlaglicht.

Das soll nun nicht bloß heißen, daß jede Gesellschaftskritik an einer besseren Welt interessiert und damit der Liebe zur Menschheit, auch wenn sie es nicht verdient, ebenso verpflichtet ist wie dem Ausmalen von Möglichkeiten, das sich nur auf gegenwärtige Erfahrung stützen kann. Das Problem besteht vielmehr darin, daß jede Gesellschaftsanalyse, auch die kritische, einen Sinn haben soll. Eine imperiale Vergesellschaftung aber, wie Hardt/Negri sie recht zutreffend beschreiben, welche den Menschen kein Außerhalb mehr läßt, weder Rückzug ins Private noch transzendentes Ziel, hat keinen Sinn. *Empire* unterstellt daher, daß die Menschen in Wirklichkeit längst an ihrer Befreiung arbeiten, die darin bestünde, daß die Menschheit selber zum vornehmsten Ziel der Produktion avanciert; in den schönen Termini der Renaissance, die mehrfach zitiert werden: daß aus homo »homohomo«, der Mensch im Quadrat, werde. Flugs wird die Zerstörung jedes »Außen« zur Vorstufe einer Menschheit als Selbstzweck und die Biopolitik zur Vorbereitung der gemeinsamen Entfaltung von Kreativität und Leidenschaft, befreit von Geniekult und privativer Borniertheit. Statt als Amoklauf gegen sich selbst erscheint das Mittun der Massen im Imperium □ und damit auch dieses selbst, insofern es von diesem Mittun lebt □ in sich schlüssig und damit analysierbar.

Andere mögen anders verfahren, und weniger frohsinnige Naturen werden den Akzent auf die Frage legen, wie der gegebene Weltzustand sich durch Staatsgewalt, fetischistische Wahrnehmung oder psychische Internalisierung erhält. Aber auch sie konzedieren so den Massen Gründe für ihr Mittun; keine guten vielleicht, aber nachvollziehbare. Auch sie unterstellen damit ebenso optimistisch wie unbeweisbar, daß die vernünftigen Leidenschaften, auf die die zukünftigen menschlichen Verhältnisse aufbauen sollen, auch in den gegenwärtigen schon aufzuspüren sind, gebrochen vielleicht, aber eben vorhanden □ anders wäre eine vernünftige Theorie der menschlichen Beziehungen gar nicht möglich. Spannender, als über den maßlosen Optimismus von *Empire* die Nase zu rümpfen, mag es daher sein, das Buch auch als Beleg dafür zu lesen, welch enorme Rationalisierungsleistung, welch intellektuell unredliche Vergröberung der Kapitalismus von denjenigen fordert, die ihm originelle Erkenntnisse abgewinnen wollen.

Lars Quadfasel

Konkret 02/01, S. 32

Peter Decker

Das Gutsein der Guten

Seattle, Melbourne, Prag:Zur Kritik der Global action gegen das Phantom »Globalisierung«

Zuverlässig und regelmäßig wie die offiziellen Delegierten aus aller Welt reisen zu den Tagungen von WTO, IWF und Weltbank inzwischen Tausende ungebetener Gäste an. Sie nehmen sich vor, die Treffen der internationalen Agenturen des Weltmarkts zu stören, ja möglichst zu verhindern. Denn diese Institutionen machen sie verantwortlich für das millionenfache Elend auf der, nach dem Ende des Sozialismus, wahrhaft »einen Welt«. Im Namen des Elends und der davon Betroffenen erhebt die Bewegung Protest – und ist dabei stolz darauf, »keine Ideologie« zu haben und keine Klärung der Auffassungen in den eigenen Reihen anzustreben. Theoretische Streits um die richtige Erklärung der angeprangerten Zustände würden die Breite der Bewegung nur schwächen, meinen ihre Protagonisten: Die Betroffenen wüßten selbst am besten, woran sie leiden und was ihre Bedürfnisse sind. Wer keine »Ideologie« hat, sondern sich vom Elend ganz unmittelbar herausfordern und vom Rechtsbewußtsein der Betroffenen leiten läßt, folgt allerdings schon einer Logik, nur eben einer verkehrten – einer echten Ideologie sozusagen.

Die Skandalisierung des Elends

Das Hauptargument der Demo-Aufrufe ist das anklagende Deuten aufs Elend in der Dritten Welt und nicht nur dort. Es bekannt zu machen halten ihre Verfasser offensichtlich für genug Kritik: »Mehr als 4 Milliarden Menschen leben von einem täglichen Einkommen von weniger als 2 US-Dollar. Circa 17 Millionen Kinder sterben jedes Jahr an leicht heilbaren Krankheiten. Ein Drittel der EinwohnerInnen der südlichen Hemisphäre wird das vierzigste Lebensjahr nicht erreichen. Und 250 Millionen Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern sind gezwungen, als Sklavenarbeiter für transnationale Konzerne zu arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen. Gleichzeitig gibt es in der Europäischen Union 50 Millionen Menschen, die in Armut leben, und 5 Millionen Obdachlose. 30 Millionen Menschen in den USA leiden unter Unterernährung« (Europäischer Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag; INPEG – Initiative of People against Economic Globalization; siehe: www.in

peg.org und http://go.to/prag-2000).

Nun sind diese elenden Zustände nicht gerade unbekannt. Wenn das Nötige, um sie abzustellen, nicht geschieht, dann jedenfalls nicht deshalb, weil sie Völkern und Regierungen erst noch zur Kenntnis gebracht werden müßten. Andererseits, wenn es um die Mißbilligung dieser Fakten geht, so ist sie leicht zu haben – und zwar von seiten aller anständigen Menschen. Auch wenn mitfühlende Bürger einen Unterschied machen zwischen dem, was Indern und Afrikanern zusteht, und dem, worauf Europäer oder Amerikaner Anspruch erheben können, so wünschen sie doch niemandem den nackten Hunger, das Sterben an leicht heilbaren Krankheiten, Sklavenarbeit etc. So etwas gehört sich einfach nicht – und zwar nach den Maßstäben der Humanität genau der Gesellschaft, die diese Zustände mit unschöner Regelmäßigkeit hervorbringt.

Die Menschen lassen sich angesichts solcher Elendsbilder zu Mitgefühl und gar zu Kritik rühren, und das wegen ihres sehr affirmativen Glaubens an die edlen Grundsätze dieser Gesellschaft und durchaus nicht aus Zweifeln an ihr. Was sonst soll auch herauskommen, wenn pure Fakten wie Argumente verwendet werden? Dann ist ein Maßstab ihrer Beurteilung unterstellt – und zwar ein allgemein geteilter.

Mit der Darstellung der Not als Skandal rennen die Demonstranten bei Kirchengemeinden, Politikern und anderen Menschen guten Willens offene Türen ein. Allerdings rufen sie damit auch das dazu passende Urteil der guten Menschen ab: Wenn das Elend, gemessen am Maßstab der Humanität kapitalistischer Staaten, außergewöhnlich und übermäßig erscheint, dann ist es eben als Ausnahme von dem charakterisiert, was üblich, recht und billig ist. Dann gilt es als Betriebsunfall des Systems, als Produkt schlechter Regierungen und korrupter Eliten, womöglich als Folge noch nicht genügender Einbindung der Dritten Welt in den Weltmarkt oder fehlender Verankerung und Reife der Marktwirtschaft.

Die Protestbewegung will diese kreuzbrave Dummheit gar nicht kritisch korrigieren, sie setzt vielmehr auf sie, um ihre »Ursachenforschung« anzuhängen: Wenn das Elend der Dritten Welt ein Mißstand, eine Fehlfunktion und ein Verstoß gegen alles ist, was sich in unserer humanen Welt eigentlich gehört, dann ist klar, was ansteht:

Eine Suche nach Schuldigen

Diese ist sehr verschieden von einer Suche nach Ursachen. Wer den Schuldigen herausfinden will, hat die Frage nach Ursachen nämlich schon beantwortet: Irgendein Versager oder Verbrecher hat das korrekte Funktionieren von Wirtschaft, Gesellschaft oder sonst etwas vergeigt oder mutwillig verletzt. Ihn gilt es dingfest zu machen und auszuschalten, um die gestörte Ordnung, die also eigentlich schon besteht, wiederherzustellen. Die IWF-Kritiker geben sich alle Mühe, eine bösartige Verletzung bestehender besserer Aufträge darzulegen. Dafür konfrontieren sie die Elendszustände mit

sozialkundlichen Idealen, die sie in den Präambeln von WTO, IWF und Weltbank finden – »Förderungen von Wachstum, Wohlstand und Entwicklung aller Mitgliedsländer« – , um aus der Diskrepanz zwischen beiden zu schließen, daß die tatsächlich verfolgten Ziele dieser Agenturen wohl das Gegenteil der genannten Ideale sein müssen: die Verhinderung von allgemeinem Wohlstand. »Der Einfluß von IWF und Weltbank hat seit über fünfzig Jahren die Leben von Menschen zerstört. ... Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme bestimmen IWF und Weltbank strenge Bedingungen zur Kreditvergabe an die Entwicklungsländer. Diese Maßnahmen stärken die Position des Kapitals, aber sie verschlechtern auch die Situation der Mehrheit der Weltbevölkerung. ... Wir werden zu Zeugen eines täglichen Massenmordes an Zehntausenden von Menschen und eines täglichen Verbrechens gegen die Menschenrechte, in Würde und Freude zu leben« (ebd.).

Dem Straßen-Tribunal, das unverkennbar juristisch-moralische Vorwürfe erhebt, tun die angeklagten Chefs der Weltmarkt-Agenturen die Ehre an, sich zu rechtfertigen. Auch sie sind von besten Absichten getrieben. Ein besonderes Objekt des Zorns der Globlisierungsgegner, Weltbank-Präsident Wolfensohn, übermittelt der Bewegung seine volle Sympathie für ihre »Leidenschaft im Kampf gegen die Armut« – daran arbeite auch seine Bank mit großem Einsatz. Ausgerechnet darüber hat sich die Bewegung im September 2000 ein wenig gespalten. Sie weiß offenbar nicht, daß es in dieser Gesellschaft überhaupt keine Position gibt, die Menschenfeindlichkeit als Berufsbild kennt, und daß gute Absichten ebenso billig wie verbreitet sind. Ein Teil der NGOs (Non-Government-Organizations) akzeptiert die Einladung und tritt mit Wolfensohn und Köhler (Chef des IWF) in einen Dialog um die besten Ideen zur Armutsbekämpfung. Am runden Tisch finden sie sich mit ihren Forderungen nach Schuldenerlaß für arme Länder und nach weicheren Konditionen bei der Kreditvergabe mittendrin in den Fragen, die die Staatschefs der G7 auf ihren periodischen Treffen wälzen.

Die Radikalen bleiben auf den Straßen, halten an ihrem Vorwurf und damit am Unterschied zwischen einem Verbesserungsvorschlag und einer Anklage fest: Aber auch sie gehen nicht hinaus über die Ebene der Gewissenserforschung; sie glauben den Verwaltern des Weltmarkts die guten Absichten nur eben nicht und lassen sich auf das verfängliche Gespräch übers Gut- und Bessermachen der internationalen Kredit- und der Handelsdiplomatie nicht ein. Sie wollen sich ihre Empörung über die zynische Gesinnung der Amtsträger nicht verwässern lassen. Gesinnungsethiker, die sie sind, halten sie eine kritische Befassung mit den wirklichen Funktionen dieser Ämter ohnehin für überflüssig.

Sie stellen sich blind gegen die Themenverfehlung ihrer Anklage. Ihre Parteinahme für die Armen dieser Welt will nichts davon wissen, daß eine Agentur wie der IWF, die der Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems gewidmet ist und über die sich Staaten bei Zahlungsbilanz-Problemen Kredit einräumen, einfach eine andere Zielsetzung hat als die Beförderung oder Verhinderung des sozialen Fortschritts. Ebenso forsch legen sie ihre humane Meßlatte an das Streitforum des Welthandels (WTO) an, das Konkurrenznationen sich geschaffen haben, um über Handelserlaubnisse und Handelsschranken, die sie sich gewähren bzw. gegeneinander errichten, zu verhandeln und die Einhaltung des Vereinbarten zu überwachen. Die Frage, ob solche Einrichtungen zugunsten oder zum Schaden von Arbeitssuchenden in der Ersten und von Reisbauern in der Dritten Welt erfunden worden sind, geht schlicht an der Sache vorbei. Und auf die Idee, daß das Elend seine Ursachen in grundlegenderen Prinzipien dieser Weltordnung haben könnte als in verkehrter Kreditgewährung und unfairen Handelsregelungen – nämlich im Kredit, im Handel und im Zweck von Produktion und (internationalem) Austausch selbst – , kommen die Leute erst gar nicht, die fest entschlossen sind, WTO und IWF anzuklagen. Sie müßten glatt festelllen, daß sie da an der falschen Adresse sind.

Die Gleichgültigkeit gegen die wirklichen Funktionen der internationalen Kreditagenturen gibt einem bunten Durcheinander von Vorwürfen Raum, die den scharfen Ton gegen »das teuflische Gehirn des Weltkapitalismus« richtiggehend Lügen strafen. Die Kritiker werfen den Institutionen eine falsche Kreditpolitik gegenüber den Entwicklungsländern vor und geben damit zu erkennen, daß sie sich einen besseren IWF und eine ihres Namens würdigere Weltbank durchaus vorstellen können. Einmal ist deren Kreditvergabe zu großzügig – früher meistens und heute noch bei der Finanzierung von Staudämmen und ähnlichen »gigantomanischen Projekten, die lokale Ökosysteme zerstören und zur Vertreibung von Millionen von Menschen führen« (ebd.). In diesen Fällen drängt die Weltbank den Dritte-Welt-Staaten mehr Finanzierung auf, als bei ihnen rentabel angelegt, also verzinst und getilgt werden kann. Damit lockt man sie in eine Schuldenfalle: Für Kredite, die sie nicht bedienen können, müssen sie um Umschuldung nachsuchen und geraten unter das Regime der berüchtigten Stabilisierungsprogramme des IWF. Diese wieder gewähren Kredit unter allzu restriktiven Bedingungen, d.h. erstens zuwenig davon und zweitens mit Forderungen nach Rückzug des Staates aus nationalen Industrien, nach Privatisierung, Kürzung staatlicher Ausgaben für Soziales, Austerity-Politik und verstärkter Exportorientierung. Dies, da kennen sich die alternativen Sachverständigen für zwischenstaatlichen Kredit aus, behindert das Wachstum in diesen Ländern und untergräbt in letzter Instanz sogar die Fähigkeit der verschuldeten Staaten, ihre immerzu wachsenden Schulden zu bedienen. Der an sich wünschenswerte Schuldenerlaß, den die großen Finanzausstatter der internationalen Kreditagenturen beschlossen haben, gefällt den IWF-Gegnern, kommt aber zu langsam voran. Sie haben noch nichts davon gehört, daß es sich dabei um einen weltöffentlich vollzogenen Staatsbankrott von fast einem Viertel der Staatenwelt handelt und daß der nicht etwa einen hoffnungsvollen Neuanfang der entschuldeten Länder markiert – so daß genau die Sorte Beteiligung am Weltmarkt wieder von vorne beginnen kann, die zu den Bankrotten

führte – , sondern daß diese Länder von ihren Gläubigern abgeschrieben werden, weil sie die Schulden nicht rechtfertigen, die man ihnen genehmigt hatte. Die IWF-Kritiker wissen offenbar auch nicht, daß in dieser Welt des Kapitals, in der die kreditgesicherte Teilnahme am Weltmarkt weniger kapitalstarke Länder ruiniert, das Ausgeschlossen-Sein vom Weltmarkt auch kein Segen ist.

In den Vorwürfen von wegen zuviel und zuwenig Kredit für die Dritte Welt, zu lockeren und zu harten Bedingungen der Kreditgewährung, der Förderung falscher Projekte etc. äußert sich der ziemlich unkritische Glaube daran, daß Kredit, im rechten Maß gewährt und für die richtigen Projekte eingesetzt, ein echtes Lebensmittel für die Armen dieser Welt sein könnte und eigentlich ist – und nicht etwa Geldkapital, vorgestreckt, um mit einem Plus an den Geldgeber zurückzufließen. Das rechte Maß, das den Fluch der Verschuldung in den Segen der Vorfinanzierung verwandeln würde, wissen sie natürlich selbst nicht. Dennoch halten sie unverdrossen an ihrer Anklage fest, daß IWF und Weltbank wissentlich eine falsche Politik gegenüber den Entwicklungsländern betreiben – andernfalls müßten Finanzkapital und Weltmarkt doch wohl zum Nutzen aller Länder und Menschen ausschlagen – oder?

Das wahre Opfer der Globalisierung: der gute, soziale, ökologische Staat!

Wenn man so eisern an seinem Glauben an die besseren Möglichkeiten der weltweiten Marktwirtschaft festhält, stellt sich natürlich die leicht paranoide Frage, warum denn beharrlich das Falsche geschieht, obwohl sogar Finanzexperten von Harvard es längst besser wissen: Warum läßt man eine »ungezügelte Liberalisierung« des Weltmarkts zu, die nicht nur die Staaten der Dritten Welt in den Ruin treibt, sondern insgesamt »der Mehrheit der Menschen schadet – auch in den Industrieländern«? (ebd.).

Um eine Antwort ist die Bewegung nicht verlegen: Eine solche Verantwortungslosigkeit reißt ein, weil die eigentlich zuständigen Nationalstaaten gar nicht mehr die Herren der Lage sind, sondern selbst Opfer der Globalisierung, die internationale Agenturen gegen sie vorantreiben. Durch immer niedrigere Zollschranken verlieren die nationalen Grenzen ihre »Schutzwirkung« und Regierungen ihre Fähigkeit, für ihr kapitalistisches Gemeinwohl zu sorgen, das in den Augen der Weltmarktkritiker offenbar eine prima Sache ist bzw. war: »Der IWF behauptet, daß eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die einzige Lösung für die Probleme der Welt ist. Aber diese werden ganz im Gegenteil dadurch nur vertieft« (ebd.). »Die beiden Institutionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Beschneidung des staatlichen Einflusses auf die Zirkulation des transnationalen Kapitals. Die Aufgabe von Weltbank und IWF ist es, durch ihre Politik die Entwicklungsländer für ausländische Investoren und ihre spekulativen Interessen zu öffnen. D.h. z.B. alle Auflagen zu beseitigen, mit denen die armen Länder ihre Umwelt und ihre weniger konkurrenzfähige Wirtschaft gegen das Kapital der reichen Länder zu schützen suchen« (»Karawane nach Prag«, siehe obige Website).

Glauben die Autoren des Aufrufs wirklich, Entwicklungsländer, die händeringend um internationale Kapitalanlage werben, würden Hindernisse für Investoren zum Schutz von Wäldern und Grundwasser errichten? Es kommt wahrscheinlich nicht so genau darauf an: Das wäre halt etwas Gutes, das durch Globalisierung unmöglich geworden ist. Es dürfte die Verfasser auch wenig kümmern, daß handelspolitischen Erpressungen nur kapitalistisch kalkulierende Staaten zugänglich sind, die mit nationalen Exportprodukten die Märkte anderer Staaten erobern wollen. Den »armen Ländern«, weil sie die Verlierer der Weltmarktkonkurrenz sind, ersparen die Kritiker solche Vorwürfe. Als Verlierer geben sie moralisch einwandfreie und überzeugende Vorzeige-Opfer einer Entwicklung ab, von der die Kritiker alle Staaten betroffen sehen. Und allen sagen sie unheimliche Wohltaten gegenüber ihren Bürgern nach – bloß weil die wegen der Globalisierung angeblich nicht mehr möglich sind. »Die WTO, die Nachfolgeorganisation des Gatt, fungiert faktisch wie eine Schattenregierung, oder besser gesagt, wie eine Super-Regierung, die sich rücksichtslos über alle nationalen Besorgnisse bezüglich der Löhne der ArbeiterInnen, der Umweltschutzstandards und des Schutzes kollektiver Handelszuwächse hinwegsetzt. Das geht so weit, daß die WTO eigentlich ein Zusammenschluß von Regierungen ist, daß sie aber in Wahrheit die Interessen der Konzerne vertritt: Das vorrangige Interesse des Kapitals geht ihr über alle anderen Interessen« (Mumia Abu Jamal in einem Interview).

Die Anti-Globalisierungs-Bewegung ist so überzeugt davon, daß die politische Macht über Menschen nur auf der Welt ist, um ihnen Gutes zu tun, daß sie sich die Kürzung von Sozialausgaben sowie die Lockerung von Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen nur durch die Machenschaften internationaler Agenturen erklären mag, die den »Nationalparlamenten die Macht entrissen« haben. Der härteste Vorwurf gegen die WTO und ihre Schwesterorganisationen und der letzte Beweis ihrer Menschenfeindlichkeit heißt denn auch: »undemokratisch«! Statt von echten Landesvätern werden sie von »gesichtslosen Bürokraten« geleitet, die keinen Wählern rechenschaftspflichtig sind. Gewählte Träger der Staatsgewalt können offenbar gar nicht anders, als dem Volke dienen.

Mit ihrer Chimäre von der Entmachtung des Nationalstaats fällt die Protestbewegung voll auf die Legende vom »Sachzwang Globalisierung« rein, auf den sich Regierungen gerne berufen, wenn sie ihren Bürgern Härten verordnen. Dann reden sie davon, daß das Land sich der Globalisierung stellen, den Standort verteidigen und um das scheue Reh Kapital werben müsse. Dann heißt es, Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik stünden im internationalen Wettbewerb und

könnten nicht mehr nach nationalen Wertvorstellungen geregelt werden. All diesen Sprüchen entnimmt die Bewegung nicht den Willen der Regierungen, den Weltmarkt für das nationale Wachstum zu nutzen und die internationale Konkurrenz zu gewinnen, sondern deren Ohnmacht gegenüber den Mächten des globalen Kapitals.

Der Glaube an diese Ohnmacht leidet nur wenig unter dem Wissen, daß es genau die nationalen Regierungen sind, die sich IWF, WTO usf. selbst geschaffen haben, die ihre nationalen Emissäre in diese Gremien schicken und dort mit anderen Welthandelsnationen um ihren Vorteil streiten. Das alles kann die Gegner der Globalisierung nicht von der Auffassung abbringen, daß die Botschafter in den zwischenstaatlichen Weltmark-Agenturen nicht die Interessen ihrer Nationen vertreten, sondern deren Entmachtung betreiben. Der ungeheuerliche Fall von Verrat erklärt sich ihnen so, daß die nationalen Repräsentanten den Standpunkt ihres heimatlichen Gemeinwohls verlassen und sich einem höchst partikularen Interesse prostituieren: dem Profit der transnationalen Konzerne.

Die Internationale des Protests beschimpft die nationalen Regierungen als Marionetten des Kapitals, die so regieren, wie die Konzerne es wünschen. Aber an eine tatsächliche Interessenidentität von Politik und Kapital glaubt sie gerade nicht, wenn sie die politische Förderung außenwirtschaftlicher Kapitalerfolge als nationale Pflichtverletzung anprangert. Sie will nicht wahrhaben, daß die marktwirtschaftlichen Gemeinwesen wirklich das Kapital zu ihrem Lebensmittel erkoren haben, daß in ihnen nichts läuft, was nicht nützlich fürs nationale Kapital oder Ergebnis seines Erfolgs in der internationalen Konkurrenz ist. Der Protest, der die »ungebremste« Herrschaft des transnationalen Kapitals auf die Entmachtung der Staaten durch die »Liberalisierung der Märkte« zurückführt, bestreitet geradewegs, daß der Erfolg des Kapitals das erste Ziel und die Hauptaufgabe kapitalistischer Staaten ist – ein Ziel, das der Staat nach innen mit allen Methoden der Klassenherrschaft und nach außen mit ökonomischer und militärischer Machtentfaltung zur Erschließung und Sicherung fremder Märkte verfolgt.

Die Kritiker halten den Nationalstaat für nichts weniger als eine Erfindung zur Beschränkung und Behinderung der »Logik des Kapitals« – als ob es nicht die politische Macht des Staates bräuchte, um den Kapitalisten das Eigentum an Produktionsmitteln zu sichern und die Gesellschaft deren Herrschaft zu unterwerfen. Unbeeindruckt davon stellt man sich das Kapital als eine staatsferne Macht vor und den Staat als so etwas wie ein heilsames Gegengewicht dazu. Die Charakterisierung des Übels als »reiner Shareholder-Kapitalismus« und »absolute Marktwirtschaft«, in der es »bloß um Profit« geht, macht deutlich, daß die Globalisierungskritiker beim »kapitalistischen System« an nichts anderes denken als an eine Übertreibung. Nicht das Kapital, seine Rechnungsweise und seine Gesetze begründen seinen Systemcharakter und seine schlechte Verträglichkeit mit den Ansprüchen von Normalbürgern, sondern eine Schwäche des Staates, der es nicht mehr vermag, den übertriebenen Egoismus der kapitalbesitzenden Bürger aufs rechte Maß zu beschränken. Das »Profitprinzip«, das die Bewegung »für die heutigen sozialen und ökologischen Desaster verantwortlich« macht, ist bei ihr nur ein Wort für den unausrottbaren menschlichen Egoismus, der gezähmt gehört.

Eine Bewegung, die den Verlust der sozial- und wirtschaftspolitischen Souveränität des Staates beklagt, weil sie die für etwas Gutes hält, und eine vermeintliche Herrschaft des transnationalen Kapitals über die nationalen Gemeinschaften bekämpfen will, stellt fest, daß sie mit diesem Anliegen nicht ganz alleine ist. Nicht nur nationalsozialistische Aktivisten können einer solchen Kritik des »vaterlandslosen Kapitals« einiges abgewinnen; auch bürgerliche Politiker und Parteien verstehen da manches – nicht zuletzt dieses Einverständnis war verantwortlich für die Breite des Protests in Seattle und für die öffentliche Resonanz, auf die er stieß. Die politische Elite fürchtet freilich nicht gleich ihre Entmachtung zugunsten internationaler Gremien, auch wenn sie manchmal so tönt. Ihre Zweifel beziehen sich mehr auf die Nützlichkeit von IWF, Weltbank und WTO für die Interessen ihrer kapitalistischen Nation – und da sind viele Republikaner im US-Kongreß eben der Meinung, ihr Land brauche keine Kredite vom IWF, Länder aber, die sie brauchen, seien nicht wert, daß Amerika ihnen welche gibt. Sie sind ferner der Auffassung, die USA könnten sich in Handelsstreitigkeiten ohne WTO leichter durchsetzen usw. Die linke Bewegung, die die »WTO stoppen« und so lange demonstrieren will, bis sich IWF und Weltbank »auflösen«, hat also manche falsche Nähe abzuwehren. So wie die Rechten meint sie ihre Kritk der supranationalen Institutionen nicht! Also verleugnet sie die einzige Konsequenz, die schlüssig aus einer Kritik der Liberalisierung folgt: »Wir glauben nicht, daß die Globalisierung durch Protektionismus der Nationalstaaten gestoppt werden kann.« Man will dann doch nicht dafür eintreten, daß die Nationen ihre Konkurrenz um Nationaleinkommen und Währungen einfach ohne internationale Streitforen und Kreditagenturen austragen. Schön, aber wofür dann?

Für eine Globalisierung von unten!

Den bösen, national verantwortungslosen Mächtigen in den internationalen Gremien, die Not und Elend auf dem Globus zu verantworten haben, stehen die Opfer als die Guten gegenüber. Sie haben alles höhere Recht zur Gegenwehr und verfügen in ihren scheiternden Interessen auch schon über die richtigen, zukunftweisenden Ziele. Daß diese Interessen unter die Räder kommen, adelt sie nämlich und prädestiniert ihre Träger zu globaler Solidarität und Freundschaft untereinander. Alle, die ihre Anliegen irgendwie durch die grenzüberschreitende Gewinnmaximierung beschädigt sehen, müssen sich nur noch zu einer Internationale der Gutwilligen zusammenschließen: »Wie bei früheren Anlässen werden Menschen aus

verschiedenen Bewegungen und Ländern ihre Kräfte an diesem Tag gegen die sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen des kapitalistischen Systems – die Weltbank und den IWF – bündeln. ArbeiterInnen, Arbeitslose, StudentInnen, GewerkschafterInnen, Bäuerinnen und Bauern, die Landlosen, FischerInnen, Frauengruppen, ethnische Minderheiten, indigene Volksgruppen, FriedensaktivistInnen, UmweltaktivistInnen, ÖkologInnen und so weiter werden in Solidarität miteinander arbeiten, in dem Verständnis, daß ihre verschiedenen Kämpfe nicht voneinander isoliert sind« (S26 – Globaler Aktions-tag gegen den Kapitalismus, siehe: http://go.to/prag – 2000).

Daß dieses schöne Bild nicht stimmt, ist den Organisatoren des Protests egal – und das verrät, wie wenig praktisch sie den globalen Zusammenschluß der Guten meinen. Wie sonst könnten sie übersehen, daß die Opfer der internationalen Konkurrenz, so wie sie gehen und stehen, zwar arm dran sind, aber eben als unterliegende Konkurrenten oder nicht benutzte Lohnarbeiter arm dran sind, deren ach so respektable Interessen auf nichts anderes zielen als darauf, die Konkurrenz nächstens besser zu bestehen. Wunderbare Koalitionen bringt der Aufruf zur Solidarität unter den internationalen »Globalisierungsopfern« zustande. Seit' an Seit' stehen da die armen Völker der Dritten Welt und ihre »armen Staaten«, die diese Völker für ihr Bestehen in der Weltwirtschaft ruinieren; dazu gesellen sich dann noch kleine nationale Kapitalisten, die ihre »lokalen Märkte« an Global Player verlieren.

In Seattle z.B. haben Dritte-Welt-Aktivisten Hungerlöhne, fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz in den »Sweatshops« der Südhalbkugel angeprangert und die amerikanischen Konzerne, die diese Sweatshops betreiben. Mitdemonstrierende US-Gewerkschafter unterstützten sie: Solche unfairen Konkurrenzvorteile asiatischer Standorte kosten US-Jobs! Auch sie fordern höhere Löhne und »labor-standards« für Asien, weil diese wie Zölle wirken und asiatische Exportprodukte auf dem amerikanischen Markt verteuern. So bliebe dem amerikanischen Standort Konkurrenz aus Billiglohnländern erspart, und amerikanische worker könnten an job security dadurch gewinnen, daß Asiaten die Chance zum Geldverdienen erst gar nicht eröffnet wird. Wie wäre es mit asiatischem Mitleid für die US-Arbeiterklasse und einer schönen Demo in Thailand für Urlaub und Kündigungsschutz in den USA? Ökologische Gruppen wünschten der Dritten Welt Umweltschutz und gesunde Lebensbedingungen – wieder unter dem Beifall von Gewerkschaftern und US-Farmern, die daran die Verteuerung der Produktionskosten an den konkurrierenden Standorten schätzten. Solidarisch forderten Delegationen der mexikanischen Zapatistas und anderer lateinamerikanischer Bauerninitiativen das glatte Gegenteil: zinsgünstige Kredite für ihre landwirtschaftliche Entwicklung und bessere Zugangsbedingungen für ihre Produkte zum nordamerikanischen Markt. Wieder anderen galt das solidarische Mitleid der Bewegung dafür, daß IWF und Agrobusineß ihnen landwirtschaftliche Exportproduktion aufzwingen und damit ihre armselige »Subsistenzwirtschaft« zerstören.

Würde die Einheit der Globalisierungsopfer einmal nicht als konsequenzenlose Selbstgerechtigkeit, sondern als tatsächliche politische Front in Betracht gezogen, dann müßten die Aktivisten merken, daß sie sich über die Ländergrenzen hinweg in einer höchst paradoxen Sache einig sind: Gemeinsam malen sie *das Unrecht, das die Globalisierung ihnen antut, als einen Verlust an Schutz* der Wirtschaft, der Arbeitsplätze, der sozialen Sicherheit und der Umwelt aus – ein Schutz, für den der nationale Staat zuständig ist und auch sorgen würde, wäre er nicht längst durch die Liberalisierung entmachtet. Der Schutz aber, den ein Staat mit intakten Grenzen ihnen stiften könnte, ist nichts anderes als ein *Schutz voreinander*. Was sonst können Grenzen, Zölle, Kapitalverkehrskontrollen und ähnliches leisten, als den grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr von einem Land zu einem anderen dem Gesichtspunkt des nationalen Vorteils zu unterwerfen? Wozu sonst könnten sie nützlich sein, wenn nicht dazu, auswärtige Ware, ausländisches Kapital und fremde Arbeitskräfte fernzuhalten, sobald diese mehr als schädliche Konkurrenz denn als erwünschter Beitrag zum nationalen Kapitalwachstum betrachtet werden?

Schön international demonstrieren die Globalisierungsgegner dafür, daß alle Staaten sich von neuem auf das Wohl ihres jeweiligen Volkes verpflichten, sich auf diese, ihre eigentliche Aufgabe besinnen und sich aus internationalen Verstrickungen lösen. Der Idealismus, mit dem die Bewegung sich soziale und ökologische Ziele für einen besseren Staat ausdenkt, läßt sie auch dann nicht zum Feind der wirklichen politischen Macht werden, wenn diese die höheren Aufgaben immerzu vernachlässigt. Wer gute Aufgaben für die Macht im Kopf hat, hält sie bei aller Kritik für seinen eigentlichen Ansprechpartner. Die Praxis der Bewegung ist danach.

Die Kultur zum Protest

Die Aktivisten sind zufrieden, die Guten (= die Opfer) zu sammeln, oder richtiger: dieses gar nicht existente Kollektivsubjekt in ihren Aktivitäten zu repräsentieren, und den Bösen (= den verantwortungslosen Mächtigen) ihre Verantwortungslosigkeit vorzuhalten. Deren Pflichtvergessenheit rücken sie in ein grelles Licht, indem sie lauter Dokumente des Gutseins der Guten abliefern. Auf keinen Fall wollen sie als entschlossene – in ihren Augen offenbar: verbiesterte – Systemgegner erscheinen. Warum sonst muß ein Kampf gegen die staatliche und wirtschaftliche Macht »so global wie das Kapital sein – und sehr viel kreativer«.

Sehr kreativ inszenieren sie ein Erscheinungsbild, das nicht Gegnerschaft gegen die Weltwirtschaftsordnung, sondern die eigene Verantwortlichkeit zum Ausdruck bringt. Entgegen der martialischen Ausdrucksweise zielt der Protest nicht darauf,

Genossen für einen erst noch nötigen Kampf zu sammeln, sondern darauf, die »vierte Gewalt der Demokratie« zu betören. Von PR-Profis lernen die Organisatoren, »Bilder zu produzieren, die die Presse mag«, und veranstalten mit Gags und Gigs einen Demonstrationskindergarten, der vor allem eines rüberbringt: Diese Menschen können nichts Arges im Schilde führen.

»Beispiele für mögliche Aktionen sind: Streiks, Demonstrationen, Critical Mass Radfahrten, Karnevals, Straßenparties, Rückeroberung von Straßen, regierungseigenem Land oder Bürogebäuden für nicht-kommerzielle und gute Aktivitäten, Märsche, Musik, Tanz, Reden, Flugis verteilen, aufhängen von Bannern, verteilen von gemeinschaftlich kontrollierten Zeitungen, Straßentheater, anlegen von Gärten, verteilen von kostenlosen Lebensmitteln, simulierte Handelsmärkte, anbieten von zinsfreien Krediten vor den Gebäuden großer Banken, Solidaritätsaktionen, Streikposten, Besetzungen von Büros, Blockaden und spontane Schließungen, Aneignung und verteilen von Luxuskonsumgütern, Sabotage, Beschädigung oder Störung kapitalistischer Infrastruktur, Aneignung kapitalistischen Reichtums und Umverteilung an die arbeitende Bevölkerung, sich selbst unabhängig von kapitalistischen oder autoritären Regimes erklären ...« (Karawane nach Prag).

Ja, es ist möglich, global solidarisch zu fühlen, wenn man von den Gegensätzen abstrahiert, in die diese Wirtschaftsweise die Menschen und Nationalitäten manövriert. Ja, manche Wohltat kann symbolisch verwirklicht werden. Und über sich selbst kann man ohne weiteres öffentlich erklären, daß man mit Kapitalismus und Faschismus nichts zu tun haben will. Im Pulverdampf ihrer Revolutionsszenen schleudern die Kämpfer gegen die Armut dann die äußerste Drohung gegen die Mächtigen, die ihnen einfällt: Wenn sich das »System« nicht schleunigst bessert, könnten sie glatt den Glauben verlieren, daß es das beste mögliche ist. »Wir werden dieses System nicht länger als Weg für den Fortschritt der Gesellschaft akzeptieren!«

Peter Decker ist Mitarbeiter der Zeitschrift »GegenStandpunkt«

Konkret 02/01, S.37

Lutz Eichler

In diesem Sinne - Prager Fernsehsturz

80.000 auf dem Wenzelsplatz! Die Masse kann nicht irren. Des Deutschen Augen funkeln, sieht er das Volk in Bewegung, ob 53 in Berlin, 89 in Leipzig oder im Januar 2001 in Prag. Der »einfache Mann« »steht auf« gegen »die Politik«, so die deutsche Rezeptions- als Projektionsleistung. Mit Überschwang identifiziert man sich mit dem vermeintlichen Kampf der will, was ohnehin besteht. Die »Badische Zeitung« ist sich sicher, daß es den Tschechen, um »den Bestand und die Freiheit der Nation« geht: konformistische Rebellion als zwanghafte Ersatzhandlung für die verpaßte bürgerliche Revolution.

Die tschechischen Demonstranten sind jedoch für Liberalismus, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung auf der Straße, nicht als »Volk« gegen die »Politik«, sondern als Bürger gegen Cliquen und Pressezensur. Sie opponieren gegen die Bildung der pluralistischen Einheitspartei aus Sozialdemokraten und Konservativen, gegen die Gleichschaltung der civil society mit dem unmittelbaren Staatsinteresse. Daß sie sie gerade damit durchsetzen, bleibt dem liberalen Bewußtsein verborgen. Die »saubere« Trennung von Staat und Gesellschaft, klassische bürgerliche Ideologie, wird die Marktgesetze freilegen, die ohne Eingriff des Staates in den gesellschaftlichen Bereich die Kritik ganz von selbst abschaffen, für die sich die Protestler doch auf dem windigen Platz vor dem heiligen Vaclav die Beine in den Bauch standen.

Die deutsche Presse mahnt ein tschechisches Demokratiedefizit an und meint doch nur die nationale Einheit. Die »Tagesthemen« infantilisieren den Nachbarn und imaginieren Deutschland in eine Vaterrolle gegenüber den »jungen Demokratien«. Nach zehn Jahren merke man nun auch in Prag, daß man mit Parteien allein noch keine Demokratie machen könne. Tschechien brauche eine Zivilgesellschaft nach deutschem Modell mit Bund Naturschutz, Bürgerinitiativen und »unabhängigen« Medien. Das bedient nicht nur den nationalen narzißtischen Wunsch, sondern formuliert auch gleich den imperialen Anspruch. Der ist jedoch ohnehin schon Wirklichkeit: Die tschechische »Zeitungsvielfalt« ist fest in deutscher Hand. Allen voran hat der Verlag »Passauer Neue Presse« ein Quasi-Monopol. Der Import des deutschen Modells ist nicht die Lösung eines angeblichen tschechischen Pluralismusdefizits, sondern Teil des Problems.

Konkret 02/01, S. 37

Gerhard Henschel

In diesem Sinne - Die Soldatenpuffmutter

Bevor sie zu Mördern werden können, durchleben Soldaten eine entbehrungsreiche Zeit der Kasernierung, und es spricht für den Realitätssinn der verteidigungspolitischen Sprecherin der Grünen, daß sie die Einrichtung von Bordellen für deutsche Soldaten im Auslandseinsatz vorgeschlagen hat. Schließlich unterliegen auch Soldaten Brunstzyklen, und es macht keinen guten Eindruck, wenn zur sexuellen Befriedigung der Truppe Kinder herangezogen werden. Im Dezember 2000 berichtete die ARD, daß »Hunderte deutscher Soldaten« sich an einer 15jährigen Prostituierten aus Bulgarien vergangen hätten.

»Es ist nicht notwendig, daß Soldaten Bordelle aufsuchen, weder im Ausland noch hier«, dekretierte hingegen Peter Zumkley, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD. Die rolligen Soldaten seien »anderweitig zu beschäftigen«. Rudolf Scharping drohte »sofortige disziplinarische Konsequenzen« für den Fall an, daß sich der Fernsehbericht bewahrheite: »Wenn jemand, mit Verlaub, Scheiße baut, dann muß es umgehende Konsequenzen geben.« Im Gefolge des konsequenten Gatten einer Gräfin haben wir einen Sozi, der so tut, als habe seine Partei mit 22.000 deutschen Soldaten nicht auch 44.000 überkochende Eiergackerln nach Jugoslawien abbefohlen, und eine bündnisgrüne Tante, die verkündet: »Man muß alles prüfen, was die psychische Stabilität der Soldaten stärkt.«

Es ist schwer zu sagen, wer hier die widerwärtigere Rolle bekleidet, der sozialdemokratische Zuchtmeister aus der Etappe oder die Puffmutter Angelika Beer. In ihren Augen ist es keine Schande, wenn volljährige Ausländerinnen die Beine breitmachen, um die psychische Stabilität deutscher Soldaten zu stärken. Aber würde Angelika Beer sich hierfür auch persönlich zur Verfügung stellen? Oder ihre Töchter? Ihre Mutter? Ihre Großmutter? Im Dienste des Vaterlandes? Wie einst Lili Marleen? Wohl kaum.

Für die Erfüllung dieser traurigen Pflicht steht immerhin eine ganze Armee von Balkanhuren bereit. Von Herzen wünschen möchte man Frau Beer, daß sie dermaleinst im Himmel jeder Frau, die in einem Soldatenpuff mit bündnisgrünem Gütesiegel anschaffen gehen mußte, Rede und Antwort stehen muß. Und dem Sozialdemokraten Zumkley, daß er einmal im Leben versuchen darf, dreißig vollgesoffene Rekruten, die ihn irgendwo zwischen Mönchengladbach und Dresden auf der Zugtoilette in die Enge getrieben haben, davon zu überzeugen, daß sie sich auch anderweitig beschäftigen könnten.

Und was soll man Rudolf Scharping wünschen, dem obersten Zampano des Schweinehaufens namens Bundeswehr? Die Teilnahme an einer zünftigen Unteroffizierstaufe in Fürstenfeldbruck, inklusive Knotentest, Darmspiegelung und Einlauf mit Ratzeputz und Gewehröl? Lieber nicht. Das könnte die gerade erst durch die Gräfin halbwegs gefestigte psychische Stabilität des zitterigen Ministers schwächen; am Ende fängt er wieder einen Krieg an, um sein Mauerblümchen-Image aufzupolieren.

Konkret 02/01, S. 37

Heinz-Jürgen Schneider

In diesem Sinne - Deutschland darf sterben müssen

Was bringt drei Bundesverfassungsrichter dazu, einen Text zu verfassen, in dem 27 mal die Worte stehen Deutschland muß sterben? Eine Verfassungsbeschwerde.

Seit dem Beschluß 1 BvR 581/00 vom letzten November hat ein alter Punk-Kult-Song der Gruppe Slime höchstrichterliche Weihen erhalten. Wo Faschisten und Multis das Land regiern/da kann eigentlich nur noch eins passieren/Deutschland muß sterben, damit wir leben können – *ist nicht länger eine strafbare Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole.* Wo Raketen und Panzer den Frieden sichern/bewaffnete Roboter überall/doch Deutschland, wir bringen dich zu Fall – *ist grundrechtlich geschützte Kunstfreiheit.*

Das war nicht immer so. Jahrelang kriminalisierte Berlins Justiz in mehreren Prozessen das öffentliche Abspielen des im Handel frei erhältlichen Liedes. Es gab viele Monate Untersuchungshaft, Bewährungsstrafen und Tausende Mark Verfahrenskosten.

Diese grundehrliche Gesinnungsjustiz brachte der Bundesgerichtshof auf den Punkt. Er verlangte ein »Mindestmaß an Achtung« der Bürger gegenüber dem Vaterland. Eine Revision in einem der früheren Verfahren konnte deshalb abgewiesen werden: »Dieses Mindestmaß an Achtung würde auf lange Sicht ausgehöhlt und untergraben, wenn solche von Feindschaft getragenen Herabwürdigungen, wie sie hier im Zusammenspiel von Lied und Parolen zum Ausdruck kamen, als freie Ausübung der Kunst hingenommen werden müßten.«

Zwischen Staatsschutz und ein bißchen Liberalität entschied sich das allerhöchste Gericht – nicht zum ersten Mal – für letztere. Der Weg dorthin begann mit der Feststellung, es komme »bei der verfassungsrechtlichen Einordnung und Beurteilung auf die ›Höhe‹ der Dichtkunst nicht an«. Dann erfolgt eine unerwartet ansprechende Interpretation des »satirischen, verfremdenden und metaphorischen« Gehalts des Werkes. Danach geht es mit »symbolhaft überfrachteten Bildern«, »Anspielungen auf zeitgeschichtliche Vorgänge« und »literarischen Reminiszenzen« immer so weiter. Bis am Ende alles gut und Heinrich Heines Gedicht von den schlesischen Webern abgedruckt wird.

Deutschland muß sterben *geht jetzt. Wie wird es dieses Jahr einem von mir verteidigten Anti-Nato-Kriegsdemonstranten vor dem Hamburger Amtsgericht mit seiner Meinungsfreiheit ergehen? Auf seinem Transparent stand »Schröder, Clinton – Mörder«.*

Konkret 02/01, S. 38

Rolf Surmann

Alle für keinen

Über die Ehre von Säumigen und die Schamlosigkeit ihrer Kritiker: Wie die deutsche Wirtschaft ihre Verantwortung für die NS-Zwangsarbeit pulverisiert

Das Abkommen über die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« war noch nicht geschlossen, geschweige denn, daß die zahlungspflichtigen deutschen Unternehmen zu einer Zahlung bereit gewesen wären, da stand für den Initiativensprecher Gibowski eines bereits fest: Ausländische Unternehmen, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, hätten sich am deutschen Fonds zu beteiligen. Auch sollten alle »deutschen« Unternehmen unabhängig von ihrer Geschichte und ihrem Gründungsdatum für die Stiftung verantwortlich sein. Angesprochen waren also Internet-Start-Ups ebenso wie Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne, die sich in Deutschland nach deutschem Recht niederzulassen haben. So schrieb man es dann auch im Regierungsabkommen mit den USA fest. Unter Punkt 1 wurden als »deutsche Unternehmen« diejenigen bezeichnet, die »ihren Sitz im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 hatten oder in der Bundesrepublik Deutschland haben, sowie deren Muttergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben«.

Unter bestimmten Aspekten ist eine solche Festlegung durchaus sinnvoll. Das Bezugsjahr 1937 macht zum Beispiel den Weg für einen eigenständigen österreichischen Fonds frei, der ja mittlerweile auch ausgehandelt wurde. Auch die Einbeziehung von Unternehmen, die ihren Sitz in der Bundesrepublik haben, ist im Prinzip richtig; sie ermöglicht etwa die Haftbarmachung nicht nur der (Rest-) I.G.-Farben, sondern auch der (Nachfolge-) Konzerne Bayer, Hoechst und BASF. Voraussetzung ist natürlich, daß man dabei den Zweck des Unterfangens, Täter und Nutznießer zur Verantwortung zu ziehen, nicht aus den Augen verliert. Doch eben darum geht es den Vertretern der Wirtschaft. Mittlerweile möchten sie die Kooperative für den fairen Handel mit der Dritten Welt oder das im Sommer 1992 gegründete IT-Unternehmen MobilCom ebenso zu Zahlungen heranziehen wie etwa die Degussa. Der Unterschied zwischen ihnen ergibt sich lediglich aus der Höhe des Umsatzes. Denn ein Promille des Jahresumsatzes gilt als Richtschnur für den zu entrichtenden Beitrag.

Wie wichtig den Stiftungsverantwortlichen eine möglichst hohe Zahl von Einzahlern ist, zeigt allein die andauernde Schwierigkeit der Wirtschaft, die zugesagten fünf Milliarden Mark (abzüglich 50 Prozent Steuerersparnis) aufzubringen. Sie wäre noch größer, gäbe es diese Pauschalforderung und etliche gutwillig Einzahlende nicht. Auch die zitierte Äußerung Gibowskis weist darauf hin. An seiner Betonung der Verantwortung ausländischer Unternehmen wird aber zugleich erkennbar, daß es nicht nur um Geld geht.

»Unsichtbar ... macht sich die Schuld, indem sie sich für allgegenwärtig erklärt.« So beantwortet Micha Brumlik die Frage, warum sich eine Firma der sogenannten New Economy, die es vor sechzig Jahren noch gar nicht gab, an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beteiligen solle. Dieses Ansinnen pulverisiert Verantwortlichkeit, »indem es ›die Wirtschaft‹ insgesamt – mindestens appellatorisch – haftbar macht«, statt jede einzelne Firma gemäß ihrer Beteiligung an den Verbrechen (und dem Nutzen daraus) in die Pflicht zu nehmen. Im Hinblick auf den im Rahmen der Stiftung geplanten Zukunftsfonds, mit dessen Hilfe die »Sensibilisierung für Menschenrechtsverletzungen« gefördert werden soll, konstatiert Brumlik darüber hinaus die Konterkarierung der vorgeblich intendierten kollektiven Verantwortung. »Verantwortung ist stets konkret, sie gilt bestimmten Menschen oder Menschengruppen und nicht beliebigen Zukunftszuständen in der Welt. Mit der Finanzierung von Zukunftsaufgaben aus dem Fonds wird die Verantwortung den konkreten Opfern gegenüber aufgekündigt« (»Blätter für deutsche und internationale Politik«, 7/2000).

Der Hinweis auf den Zusammenhang von verweigerter Schuldanerkenntnis und vorenthaltener Entschädigung gegenüber den Opfern macht deutlich, daß hinter dem Versuch, finanziell möglichst günstig davonzukommen, weiterreichende Motive stecken. Schon ein erster Blick auf die Stiftungserklärung und das vom Bundestag zu verabschiedende Stiftungsgesetz zeigt, daß sie die gesamte Konstruktion des Projekts prägen. »Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft« wolle man begegnen, hieß es schon in der Stiftungserklärung vom Februar 1999. »Unser Ruf im Ausland« und das Interesse an der Überwindung eventuell aus der Geschichte herüberlappender Probleme sind offensichtlich die tatsächlich tragenden Gründe. Aufrufe zum Fondsbeitritt verweisen deshalb auch auf die günstige Gelegenheit, das Terrain für die weitere Expansion im Ausland zu bereiten.

Das begleitende, von der Bundesregierung verantwortete Stiftungsgesetz vertieft diesen Ansatz geschichtspolitisch. Nirgendwo wird den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern darin zugestanden, daß sie ein Recht auf Entschädigungszahlungen haben. Im Gegenteil: Sogar von »vermeintlichen Ansprüchen« ist dort die Rede. Übrig bleiben schließlich nur die berüchtigten »humanitären Leistungen« für Opfergruppen, deren Hierarchisierung noch einmal Auskunft über das Geschichtsverständnis der Täter und ihrer heutigen Sachwalter gibt.

Während diese sich so, von der internationalen Öffentlichkeit in die Enge getrieben, als Wohltäter gerieren, treffen sie zugleich Vorkehrungen, um die Wiederholung einer solchen Niederlage künftig unmöglich zu machen. Von der

Weltöffentlichkeit fordern sie »Rechtssicherheit«, um von der Staatenwelt trotz ausstehender Verhandlungen über Reparationsforderungen nicht länger bedrängt werden zu können. Die NS-Opfer nehmen sie sich parallel einzeln vor und nötigen sie, als Voraussetzung für den Erhalt von Leistungen persönlich auf jeden Rechtsanspruch zu verzichten. Der Bundespräsident schließlich erledigt den Rest, indem er mit seiner Bitte um Vergebung auch die weitere moralische Anklage obsolet erscheinen läßt.

Damit versucht die Regierung Schröder/Fischer erneut, was Ludwig Erhard 1965 anstrebte, als er das Bundesentschädigungsgesetz als Schlußgesetz novellieren ließ, mit der Folge, daß ab 1969 keine weiteren Entschädigungsanträge mehr gestellt werden konnten. Geschichtspolitisch vollendet sich, was Helmut Kohl Anfang der 80er Jahre im Zuge seiner Politik der »geistig-moralischen Erneuerung« unter dem Stichwort »Beseitigung des Bruchs in der deutschen Nationalgeschichte« verkündet hatte. Doch während der sich damit, von der Öffentlichkeit beobachtet, in vielerlei Hinsicht schwertat, gelingt es der rotgrünen Regierung, die Auseinandersetzung auf einem Niveau zu halten, das die Interessen der deutschen Wirtschaft nicht antastet. Die weitestgehend ungesühnten Verbrechen erscheinen dagegen als lästiges historisches Relikt, dessen heutige Thematisierung selbst der Rechtfertigung bedarf.

Nennenswerten öffentlichen Widerstand hiergegen gibt es nicht. Eher ist das Gegenteil festzustellen. Einen Höhepunkt fand die öffentliche Solidarisierung mit der Politik historischer Ignoranz und Verantwortungslosigkeit kürzlich in den von einigen Medien verbreiteten Listen der Unternehmen, die trotz Aufforderung keinen Beitrag zum Wirtschaftsfonds geleistet hatten. Sie sind in gewisser Hinsicht das deutsche Gegenstück zu den Anzeigen in US-amerikanischen Zeitungen, in denen Unternehmen angeprangert wurden, die sich ihren Entschädigungspflichten entzogen. Wie der Daimler-Benz-Konzern etwa, der schwarz auf weiß unter dem Mercedes-Stern die Worte »Design. Ausführung. Sklavenarbeit« zur Kenntnis nehmen mußte, gekoppelt mit der Aussage des Zwangsarbeiters Irving Kempler: »Ich war 15, als Daimler-Benz mich aus dem KZ für die Arbeit in seiner Fabrik auswählte. Mein Vater, meine Mutter, zwei Brüder und eine Schwester waren bereits ermordet worden.«

Die deutschen Veröffentlichungen zeichnen sich allerdings dadurch aus, daß häufig Firmen aufgeführt werden, die mit Zwangsarbeit nicht das geringste zu tun hatten. Dies betrifft sowohl deutsche Niederlassungen ausländischer Konzerne wie Renault, McDonald’s oder Ikea als auch Unternehmen, die nicht nur der juristischen Form nach erst nach 1945 gegründet worden waren. Daß sie nun zu den als »Drückeberger« Angeprangerten gehören, verdanken sie neben der nicht geleisteten Zahlung für nicht begangenes Unrecht lediglich dem Umstand, daß sie über eine gewisse Wirtschaftsgröße verfügen. Sonst hätte es auch den alternativen Kaffeeimporteur oder den Verlag getroffen, in dem diese Zeitschrift erscheint. Zeitungen wie die »Taz« geizten nicht mit Charakterisierungen der aufgelisteten Firmen wie »säumige Zahler« oder »Schamlosigkeit«. Doch auch Blätter, die auf den Abdruck der Liste verzichteten, brachten redaktionelle Beiträge, die sich von der Erinnerungsverweigerung der wirtschaftlichen und politischen Kommandohöhen nur durch einen höheren Emotionalisierungsgrad unterscheiden.

Das hätte nicht nur eigenes Urteilsvermögen verhindern sollen. Bereits Anfang Juni hatte der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte davor gewarnt, der Stiftungsinitiative beizutreten, weil die Verantwortlichen das Geld problemlos allein aufbringen könnten, ein Beitritt nur deren Erpressungspotential erhöhe und den Überlebenden nicht nutze. »Die für die NS-Zwangsarbeit nicht unmittelbar verantwortlichen Unternehmen bitten wir, mit ihrem finanziellen Engagement nicht länger das unverantwortliche Verhalten der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zu stützen und sich so unwillentlich am Aufbau eines Erpressungspotentials zu beteiligen«, hieß es. Der Verband hatte dagegen eine »Soforthilfe aus Verantwortung« gesetzt, die den von den Verhandlungen ausgeschlossenen und den benachteiligten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zugute kommen soll. Sie blieb in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, die statt dessen »ihrer« Wirtschaft den Rücken stärken und damit wohl auch einen Beitrag zur Beseitigung des Bruchs in der deutschen Nationalgeschichte leisten möchte. Warum allerdings auch die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung« sich zum Abdruck der Liste veranlaßt sah, ist damit nicht geklärt. Vielleicht war das einfach ein Eigentor. Doch zeigt dieser Fall, daß es nicht ausreicht, nur die strukturellen und materiellen Defizite der neuen Stiftung zu kritisieren, falls der Bundestag Anfang Februar die Stiftungsgelder unter allgemeinem Beifall endlich freigeben sollte. Es muß auch eine Auseinandersetzung mit dem – wie Ludwig Erhard sich vielleicht ausgedrückt hätte – geschichtspolitischen »Formierungsprozeß« in dieser Gesellschaft geführt werden.

Rolf Surmann schrieb in KONKRET12/2000 über den neuen Vorsitzenden der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft

Konkret 02/01, S. 40

Michael Rudolf

Lachen mit dem MfS

Das »Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur« macht die friedlichen deutschen Revolutionäre hinreißend – wenn auch unfreiwillig – hin

Mottentief im Haarkleid der Mutter Erde verborgen liegen die ostdeutschen Kleinstädte, in deren Rathäusern die Schriftsteller, aber auch die Lyriker seit Schlag zehn Jahren die Flamme der Friedlichen Revolution umsorgen. Statt sich aufs Ausgedinge zu begeben und von Ausfallhonoraren zu leben, haben sie sich das Staunen bewahrt. Versonnen ziehen sie schlaffe Einkaufsbeutel hinter sich her und schnüren vor dem Sonderangebot mit Fördermitteln für Gedichtanthologien auf und ab. Sie korrespondieren emsig in gemäßigter Kleinschreibung oder sitzen für die Revolutionspartei CDU ihre Pensionsberechtigung in Landes- und Bundestagen ab. Von fern tönt die klare Weise der Marzipantrompete des örtlichen Freejazz-Klöppelkurses und mischt sich unter die Würfelgeräusche mit dem Kommabecher ...

... da ereilt sie unverweilt der Ruf von den historisierenden Modelleisenbahnern der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ein Lexikon der Opposition und des Widerstandes in der SED-Diktatur solle vollgeschrieben werden, und ob man da nicht Lust zu hätte. Über die Zeit, als die nach unten offene Hinze-und-Reiner-Kunze-Skala erfunden wurde und die Bartpreise in die Höhe schnellten und und und. Die Hüter der Ewigen Flamme sind unentschlossen. Man sei sehr beschäftigt: Hier müsse ein Mesostichon gegen die Arbeitslosigkeit, dort ein dringend benötigter Bärbel-Bohley-Sonderwertzeichengeber eingeweiht oder ein »Mut«-iges Interview gegeben werden. Wildes Kopfkratzen, kokettes Sträuben, dann aber doch Zusagen sind eins.

Schließlich: Wenn Deutsche Revolution machen, haben sie was zu erzählen. Jeder, der früher einen Vopo mal grimmig angeschaut hatte, durfte mittlerweile ein Buch darüber schreiben. Nun wird es langsam Zeit darauf hinzuweisen, wer hier eigentlich den Hut aufhat. »Längst ist diese qualmende Geschichte auch zum Tummelplatz der professionellen Forschung geworden, die so gerne ihre Objektivität herausstreicht und doch auch auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Perspektive interessengeleitet ihre Arbeit verrichtet.« So sagt es Herausgeber Hans-Joachim Veen in seiner Einführung. Da ahnen wir schon, was uns an wissenschaftlichen Einbrüchen erwartet.

»Wie tief der Einbruch tatsächlich war, zeigten die Erfolge der im November 1954 eingeführten Jugendweihe. Die Kirchen bliesen zwar zum Sturm gegen dieses atheistisch akzentuierte Anpassungsritual, mußten aber erleben, daß sie als Offiziere nach vorne stürmten, während die unmittelbar betroffenen Eltern und Jugendlichen in einer immer größer werdenden Zahl in der Deckung der Schützengräben blieben.« Eine Riesenschweinerei, ist doch klar. Was tun?

Viel.

Der Wissenschaftler Ilko-Sascha Kowalczuk berichtet ergriffen von der »Umbenennung eines Fahrgastschiffes ›Stalin‹ in ›Bayern‹«. Ein Schweriner Freundeskreis christlicher Schüler pflanzte daraufhin Bäume, »und es kam zu einer regelrechten Baumpflanzbewegung«. Der ruhmreichen Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) standen zudem »Stinkbomben zur Störung von SED-Versammlungen« zu Gebot, und Georg Meusel gestaltete seit 1968 »Briefmarken-Ausstellungen zu Martin Luther King«. Die Protestwelle erfaßte mit der Zeit Dutzende unbekannter Bürger. »Zum Beispiel dokumentierten Chemnitzer Mitarbeiter der SED-Parteizeitung ›Freie Presse‹ im Herbst 1988 ihre Empörung ..., und zwar dadurch, daß sie im Titel der Zeitung im Wort ›Presse‹ den Buchstaben P gegen ein F austauschten.« Da war der Sieg zum Greifen nahe. Doch »der Vorschlag, am Bußtag um 13 Uhr – zeitgleich zum routinemäßigen Sirenen-Probealarm in der DDR – in allen Kirchengemeinden auch die Glocken zu läuten, konnte wegen des Widerstandes der SED nur partiell umgesetzt werden«. Die staatlichen Grünanlagenbetriebe lehnten zwar immer noch häufig »aus politischen Gründen« weitere Beteiligungen an den christlich akzentuierten Baumpflanzungen ab, da wurden zu Weimar »in der Nacht vor der Eröffnung eines der verhaßten ›Delikat‹-Läden ... die Schaufenster eingeworfen«. Der Rest ist Ihnen bekannt.

»Das oppositionelle Potential« der jüdischen Gemeinden war naturgemäß »gering«. Obwohl, wie Hans-Joachim Veen richtig einschätzt, »auch das (West-)Paket mit einem Päckchen Kaffee, etwas Tabak und einem Rollschinken ... zur Stärkung der oppositionellen Potentiale in der DDR beitragen« konnte. Nein, diese störrischen Juden. Selber schuld.

Natürlich bekommen sämtliche »dissidentischen« Flintenmädel, von Bärbel Bohley über Vera Lengsfeld bis Ulrike Poppe, ein »interessengeleitetes« christlich Siegerkränzlein geflochten. Man macht sich gar nicht erst die Arbeit, über Objektivität nachzudenken. Der Widerstand war ja teilweise so geheim und nur den jeweiligen Aktivisten als solcher erkenntlich, daß man sich gleich selber anhimmelt. Stefan Wolle, Günter Jeschonnek, Rudi-Karl Pahnke, Siegmar Faust, Thomas Auerbach, Peter Eisenfeld, Maria Jacobi, Maria Nooke, Ulrike Poppe, Ralf Hirsch, Ehrhart Neubert, Rüdiger Rosenthal, Karim Saab, Uwe Koch oder Stephen Bickhardt heißen die Stimmungskanonen, die sich siegesbesoffen selber zitieren und ihr eigenes Wirken rezensieren, damit ja keiner zu kurz kommt. O du fröhliche Wissenschaft!

Auch der Frieden kommt nicht zu kurz: Friedensbibliotheken, Friedensdekaden, Friedensforen, Friedensgebete, Friedenskreise, Friedensnetze, Friedensseminare, Friedenswerkstätten, Friedensfrühstücke, all das, man glaubt es gern, bildete den Kern der Vorbereitungen für die Friedliche Revolution, die Ehrhart Neubert nicht müde wird die Protestantische zu nennen. Diese Einfalt ist gewollt.

Ihren Frieden mit der Muttersprache haben die insgesamt 92 Friedensbewegungsmelder in ihren 347 Lemmata freilich noch nicht gemacht. Da werden »Konflikte ausgegrenzt«, »floß die Ausreisebewegung mit der Fluchtbewegung zu einer unaufhaltsamen Symbiose zusammen«, waren »die Bluesmessen nach kurzer Zeit eine völlige Überraschung«. »Die SED wollte die Bluesmessen nicht«, schwärmt Rudi Pahnke. Verständlich. Ganz anders in Brandenburg: »Während des Juni-Aufstandes am 17. Juni 1953 beteiligte sich die Bevölkerung in zahlreichen Dörfern und Städten des Landes.« Das ist schön. Nur woran? Zum Beispiel »Schwarzhandelsgeschäfte ... auf Basis von Buntmetallen, bei deren Beschaffung nicht selten mit voller Absicht Telefonleitungen von SED-Einrichtungen, von Polizei und Staatssicherheit geschädigt wurden, ... waren für kleinere Gewerbetreibende oft die letzte Überlebenschance«. Schreibt Friederike Sattler. Das muß man sich mal vorstellen.

Anderen wiederum »drohten ... sippenhaftähnliche Bedrängnisse«. Auch topographisch sind die Autoren top: »Der Freiberger Hauptbahnhof liegt genau in der Mitte zwischen Dresden und Chemnitz.« Das hat Bernd Lippmann herausgefunden. »Der Höhepunkt der unabhängigen Friedensbewegung lag im Jahr 1983«, kontert der berühmte Forscher Hubertus Knabe. Toll. Aber das dürfte ehemals »jüngere Umweltinteressierte« kaum überraschen. »Die Mitarbeiter der Umwelt-Bibliothek wurden nicht beim Druck der ›Grenzfall‹-Ausgabe ertappt.« Wiewohl es die Stasi sicher »vorprogrammiert« (Wilhelm Knabe) hatte. Ob sich Robert Havemann gerne »Geheimer Informator« (Werner Theuer) hätte nennen lassen, ist umstritten. Dafür nahm in Jena die Freizügigkeit beizeiten überhand, wie ein Udo Scheer prahlt: »Sie trugen Parkas, längere Haare und duzten sich.« Unglaublich. »Es kam zu einem großen Kirchensterben in der DDR«, ergänzt Ehrhart Neubert. Vermutlich deshalb.

Neidisch darf man auch bei Tobias Hollitzer werden. »Die sich entwickelnde Punk-Szene erhielt keinen Raum in der Gesellschaft. Kulminationspunkt war in Leipzig die 1982 äußerst brutale Räumung eines von Punks besetzten Abrißhauses und deren Verhaftung. Dieses Ereignis war ein wichtiger Ausgangspunkt für die sporadisch seit 1978 stattfindenden Friedensgebete in der Nikolaikirche und die Offene (Jugend-)Arbeit der Kirche, die später wiederum selbst wichtiger Ausgangspunkt für oppositionelle Aktivitäten und Gruppen wurden.« Super. Ganz ähnlich sieht das »Spiegel«-Redakteur Hans Michael Kloth: »Eine wichtige Rolle für die Punk-Bewegung spielte die Punk-Musik.« Klar, hier sind Kenner am Werk.

Der heimliche Star des Lexikons aber ist Ilko-Sascha Kowalczuk. Der Friedensfrühstücksdirektor hat sich ebenfalls das Staunen bewahrt, und zwar vor den Regeln, die man zu beherzigen hat, um Worte sinnvoll nebeneinander zu reihen. Die Liedermacher der DDR »erzielten hohe Plattenverkäufe und stets ausgebuchte Konzerte«, meint er. Großartig. Weiter: »1968 zählte zu den turbulentesten Jahren des 20. Jahrhunderts ... Das Jahr 1968 war ... kein herausragendes Jahr in der Geschichte des widerständigen Verhaltens in der DDR. Es war aber insofern bedeutungsvoller als viele andere für die Oppositionsgeschichte in der DDR, weil in diesem Jahr Prozesse in Gang gesetzt wurden, die letztendlich zum Herbst 1989 hinführten.« Bravo. »Dennoch stellte das ›Sputnik‹-Verbot und die sich anschließenden Proteste einen Mosaikstein auf dem Weg zu den Massenbewegungen vom Herbst 1989 dar.«

Wie aber erging es Bettina Wegner? »Sie wurde gemeinsam mit Klaus Schlesinger 1975 bis 1983 im OV ›Schreiberling‹ vom MfS observiert und zersetzt.« Und was – gleich ist Schluß – , was war so in Neubrandenburg los? »Die Stadt hatte ein rasches Bevölkerungswachstum erfahren.« Wunderbar. Das soll für heute genügen. Den Rest müssen Sie schon selber nachlesen. Sie sehen ja, es lohnt sich.

Hans-Joachim Veen/Peter Eisenfeld/Hans Michael Kloth/Hubertus Knabe/Peter Maser/Ehrhard Neubert/Manfred Wilke (Hrsg.): *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*. Propyläen Verlag, München 2000, 456 Seiten, 78 Mark

---

Von Michael Rudolf ist im Wehrhahn Verlag, Hannover, gerade das Büchlein »Round about Jutesack. Yes. Yessongs« erschienen

Konkret 02/01, S. 42

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Brock toppt Jauch

Der seit seiner wegweisenden oder, wie man zu lesen beliebt, weg-, also von allem bisherigen Kunstwissen davonweisenden Studie *Ästhetik der Mitte* (München/Wien 1995) bekannte Wuppertaler Professor Bazon Brock hat jetzt zum Phänomen der Quizshows Stellung genommen. In einem Interview mit den »Kieler Nachrichten« vom 4. Januar 2001 unterstrich der »Berufsästhetiker« (»Spiegel«) die »kulturpolitische Brisanz« solcher zwar auf den ersten Blick outrierten, auf den zweiten aber radikal innovativen Formate, die, so Brock, die »Idee des Bildungsbürgertums mit dem permissiven Ideoparadigma der Spaßgesellschaft versöhnen«. »Wir befinden uns in der zweiten Postmoderne«, erläuterte Brock. »Die erste Postmoderne war eine äußerst folgenreiche Phase der Auflösung des Kanons und seiner Werte wie Sublimation und Könnerschaft, der Zurückweisung elitär-distanzierter Analyse- und Kritikformen und des Repatchings unzähliger in die kommunikativen Designs des Alltags eingesickerter Gestaltungsstrategien. Jetzt eröffnet sich über das Leitmedium Fernsehen eine höchst produktive und attraktive Epoche der Verknüpfung des radikal spielerischen Dekonstruktivismus der Massen- und Konsumkultur mit den stabilen Patterns der Wissensgemeinschaft. Die Gruppe derer, die dem Ideal des Enzyklopädisten anhängen und Wissen um seiner selbst willen akkumulieren und produktiv zu machen versuchen, stehen nicht mehr außerhalb der hedonistischen Sphäre der ›schnellen‹ Kulturnutzer und verlieren ihren heilsgeschichtlichen Auftrag; diejenigen, die dem Gebildeten bislang nur mit Verachtung begegneten, spüren jetzt die Attraktion, die ›Sexyness‹, den coolen Charme der Kennerschaft. Wir erleben gerade eine dramatische und befreiende Implosion der kognitiven Schichtung der Bevölkerung.« Über Günther Jauch und das von ihm moderierte Format »Wer wird Millionär?« äußerte sich Brock deshalb sehr anerkennend: »Er ist ein brillanter Volkspädagoge, einer, der wirklich versöhnt, statt zu spalten. In seiner Sendung dürfen – potentiell – alle, vom Maurer bis zum Meisterdenker, zu Wort kommen, sie dürfen scheitern und glänzen, und sie werden allesamt, ob erfolgreich oder nicht, hinreichend gratifiziert. ›Wer wird Millionär?‹ weckt die Lust auf Leistung und synthetisiert die Ansprüche des Homo ludens mit den Zielen, Gefühlsströmen und intellektuellen Konzepten des Wirtschaftssubjekts am Neuen Markt und der Dignität des Weltweisen.«

Brock gab zu erkennen, demnächst eine eigene Show, »noch ein wenig verfeinerter, more sophisticated sozusagen, aber auch etwas greller und schneller«, auf Sendung bringen zu wollen. Verhandlungen mit etlichen Anstalten liefen. Den Titel des Quiz' wollte er nicht preisgeben. »Nur so viel kann ich sagen: Meine Produktionsfirma und ich kreieren ein Forum für Artificial Life-Surfer, die sich im Rahmen einer authentischen realen Virtualität bewegen. Der Fragenkatalog eröffnet die Fläche jener realen Virtualitäten, die wir ›Informationen‹ nennen und deren Realitätsgehalt im höchst denkbaren Maße durch die Authentizität des Erfragten ausgewiesen ist. Kein Fischen im Trüben also, sondern handfeste Ziele und schwebende Suche im Kosmos des Wissens. Ich bin mir sicher, daß wir eine neue Qualität des Erlebnisfernsehens schaffen.«

Man kann es kaum noch erwarten, den Knopf zu drücken.

Konkret 02/01, S. 42

Michael Rudolf

kunst & gewerbe

Tote Onkelz

Die Sänger zweier großer, seit Anbeginn verfeindeter Deutschrock-Bands, Campino und Kevin Russell, lagen über den Jahreswechsel nach jeweils tragischen Unfällen rein zufällig auf einem Krankenzimmer und mußten entdecken, daß sie einander »gar nicht so uncool« fanden. »Jetzt ist es notwendig, daß Onkelz und Hosen ohne Vorurteile aufeinander zugehen«, sagt Talkshowlegende Campino. Klar, denn mit Vorbehalten in den unterschiedlichen Lagern muß bis heute gerechnet werden.

Rockröhre Kevin wiegelt ab: »Bei Konzerten für die Opfer von Gewalt und Extremismus ist uns jedes Mittel recht. Da muß sich auch bei den Fans was bewegen.« In der offiziellen Presseerklärung aus dem Onkelz-Camp klingt das freilich noch ein biß-chen anders: »Für unser Image ist uns jedes Mittel recht, auch Konzerte für die Opfer von Gewalt und Extremismus.« Die Hosen werden von ihrem Boß wie immer gar nicht erst gefragt. Die beiden sympathischen Vollblutrocksänger schert es wenig. »So was muß

eine Männerfreundschaft aushalten«, schmunzelt Juso-Punk Campino.

Kommende Höhepunkte werfen ihre Schatten gleich hinterher. Wenn man den beiden ultraharten Rockrebellen glauben darf, ist nämlich schon weit mehr angedacht als ein paar laue Absichtserklärungen. Eine gemeinsame Stadion-Tour der beiden Bands im Sommer steht ganz oben auf der Wunschliste. Außerdem plane man eine gemeinsame CD mit Hosen- und Onkelz-Coverversionen. Projekttitel: Tote Onkelz. Mit diesem Namen könnten wir doch wirklich prima leben.

Konkret 02/01, S. 42

Frit□ Tiet□

Kunst & Ge□ erbe

F□ hrers Hunde

Nach dem unlängst im Ersten ausgestrahlten Zweiteiler »Hitler und die Frauen« folgt demnächst im ZDF »Hitler und die Hunde«: eine dreiteilige Sendereihe exklusiv aus Guido Knopps Geschichtswerkstatt, die erstmals Adolf Hitlers ganz persönliches Verhältnis zu seinen zahllosen Vierbeinern skizziert. Die Sendung räumt ein für allemal mit den Gerüchten über die sodomitischen Vorlieben Hitlers auf, indem sie sie »aus der kalten Gerüchteküche in den warmen Salon der historisch gesicherten Erkenntnisse hebt« (Pressestelle ZDF) □ mit Hilfe allerdings von teils sehr unappetitlichen Zeugnissen. »Es ist eben alles noch pikanter, als man bisher zu hoffen wagte«, so der ZDF-Historiker über die sexuellen Vorlieben Hitlers, der ja, wie Knopp sibyllinisch unkt, »nie eine Frau von innen sah«, dafür aber andere Lebewesen wohl um so häufiger. Knopp: »Hitler hat es praktisch mit allem getrieben, was vierbeinig und nicht bei drei auf den Bäumen war.«

In seiner Jugend sind es mitunter auch Zweibeiner gewesen, wenn auch bloß die gefiederten aus der Nachbarschaft seiner Braunauer Heimat, deren Nähe Adolf Hitler suchte: Enten, Gänse, Hühner vor allem. Andere Tiere mußten sich für die sexuellen Neigungen des späteren deutschen Reichskanzlers Ärgeres gefallen lassen. So lief der adoleszente Hitler immer mal wieder tagelang mit einem jungen Igel in der Unterhose herum. Noch heute streiten die Sexualhistoriker, welcherart die Stimulanz gewesen sein mag, die Hitler aus dieser Praxis zu gewinnen hoffte.

Hunden fühlte sich Hitler eigentlich erst nach dem Ersten Weltkrieg zugetan. Anfangs durften es nur reinrassige Rüden sein, denen er stets mit großer Geduld beibrachte, sein »Stöckchen« zu apportieren. Daß ihm ausgerechnet dabei sein eines Testikel abhanden kam, hakte Hitler gegenüber seinem Vertrauten Speer als »kleinen Betriebsunfall« ab. Wie die ZDF-Historiker in »Hitler und die Hunde« erstmals dokumentieren können, riet Speer Hitler damals, seinen Hunden künftig besser das Gebiß herauszubrechen, was dieser fortan auch beherzigte. Ausnahme: Geli von Rauhaar, eine Rauballdackelin, die Hitler nach Aussagen von Zeitzeugen nicht nur »wirklich« geliebt hat, sondern auch »mehrmals täglich«; sogar dann noch, als er bereits mit Blondie, seiner ebenso legendären wie lendenstarken Schäferhündin, heimlich verheiratet war.

Ich sah den Führer nackt. Da verlor ich den Glauben an die Nazis.

Leni Riefenstahl

Konkret 02/01, S.42

Albert Warnke

Kunst & Gewerbe

Kummer ante portas

Gut ein halbes Jahr nachdem Tom Kummers »Borderline-Journalismus« den Chefredakteuren des »SZ-Magazins« zu großzügigen Abfindungen verholfen hat, scheint der schlitzohrige Schweizer vor einem fulminanten Comeback zu stehen. Der Mann, der die Stars sagen ließ, was sie nicht mal gedacht hatten, greift jetzt nach dem »Stern«. Bislang unbestätigten Insider-Aussagen zufolge soll Kummer demnächst die Zügel der Hamburger Illustrierten übernehmen. Ein notorischer Fälscher Macher des »Sterns«? Kann das gutgehen? Bernd Kundrun, der neue Vorstandsboß von Gruner + Jahr, verweigert jede Stellungnahme.

Doch Branchenexperten weisen auf ein pikantes Detail hin: Kundruns Vorgänger, Gert Schulte-Hillen, war kaum ein Jahr im Amt, als 1983 die »Hitler-Tagebücher« für Aufruhr sorgten. Obwohl Schulte-Hillens Leichtfertigkeit den Verlag mehrere Millionen Mark kostete, behielt »Gert Blankoscheck« seinen Posten weitere 17 Jahre. Kundruns Rechnung könnte also lauten: »Je mehr Fälschung – desto mehr Standing.« Als Morgengabe soll Kummer übrigens ein »sensationelles Interview« mit Leni Riefenstahl eingebracht haben. Kernzitat: »Ich sah den Führer nackt. Da verlor ich den Glauben an die Nazis.« Wenn das der notorisch stagnierenden »Stern«-Auflage hilft, dann ziehen wir eine Borderline.

Konkret 02/01, S. 43

Michael Ringel

Kunst & Gewerbe

Rätsel Schmidt

Die sterblichen Überreste des 1979 verstorbenen deutschen Avantgarde-Dichters Arno Schmidt sollen exhumiert werden. Dies teilte die im niedersächsischen Heidedorf Bargfeld ansässige Arno Schmidt Stiftung am 18. Januar 2001, pünktlich zum 87. Geburtstag des »Solipsisten« (»Rheinische Post«) mit. Schmidt hatte bis zu seinem Tod in Bargfeld gelebt und war im Garten seines Hauses unter einem Findling begraben worden.

Der gebürtige Hamburger war vor allem durch seine komplexen Großwerke *Zettels Traum* und *Abend mit Goldrand* zu später Berühmtheit gelangt. 1973 erhielt er den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt. Seit 1977 hatte ihn der Industriellen-Sohn Jan Philip Reemtsma unterstützt, mit dessen Mitteln schließlich die Arno Schmidt Stiftung begründet wurde.

Die Exhumierung sei aus zwei Gründen notwendig geworden, teilte der Erste Sekretär der Stiftung, Bernd Rauschenbach, während einer Pressekonferenz in Celle mit. Zum einen verdichteten sich die Hinweise, daß im Sarg ein von Schmidt und seinem damaligen Verleger unterdrücktes Frühwerk eingelagert worden sei, das dringend der philologischen Betreuung bedürfe. »Es ist dies ein Werk von weitreichender Aussagekraft für die Forschung«, erläuterte Rauschenbach. Zum anderen zeige sich im Umfeld des Findlings eine auffällige Veränderung der Natur, die Wissenschaftler des Braunschweiger Luftfahrtbundesamtes auf den Plan gerufen hätte. Wie die »Süddeutsche Zeitung« am 17. Januar 2001 berichtete, sei es zu inselförmigen Überwucherungen gekommen, die bis ins nahe gelegene »Schauerfeld« reichten – einem nur wenige Meter breiten und mehrere Hundert Meter langen Stück Brachland, dem der größte Bestseller Schmidts seinen Titel verdankt. Diese Wucherungen könnten den Flugverkehr erheblich beeinträchtigen. Aus diesem Grund sei bereits der Luftraum über Bargfeld vom niedersächsischen Innenministerium gesperrt worden. »Wir stehen vor einem Rätsel«, erklärte Stiftungssekretär Rauschenbach. Der Termin für die Exhumierung sei auf den 1. Februar 2001 festgesetzt worden.

Konkret 02/01, S. 43

Oliver Maria Schmitt

Kunst & Gewerbe

Pop & Pl□ nnen

Dem Pop folgt der Mob auf dem Fuße. Nachdem das Avantgarde-Literatur-Duett Kracht/v. Stuckrad-Barre vorgeführt hat, daß man auch mit der eigenen Person für einen Bekleidungshersteller (Peek & Cloppenburg) werben kann, ohne dabei allzu peinlich zu wirken, greift nun auch ein Vertreter der schon etwas reiferen Gegen-Avantgarde zum Bügel und gibt den selbstbewußten Propagandisten. Für das Waltroper Renommierversandhaus Manufactum (»Es gibt sie noch, die guten Dinge«) ist sich Friedenspreisträger Martin Walser (*Ein springender Brunnen*) nicht zu schade. Dem nun erscheinenden Frühjahrskatalog steuert er nicht nur das Motto bei (»Manufactum riskiert etwas, wirft eine Unternehmensvita an die Wand wie eine Schrift. Das hat etwas □ Entschuldigung! □ unmittelbar Religiöses«), sondern auch eine eigene Breitcordlinie. In der Hosentasche eines jeden der 2.390 Mark teuren Cordanzüge der »marke martin« findet sich eine von Walser verfaßte »Be(k)glei(d)tungs-Annonce«, die das Tragen der gewebten Außenhaut zum Ganzkörpererlebnis macht: »Stumm stehe ich, stolz und stramm, Hände an die Hosennaht, wo sie spielerisch den kunstvoll gewobenen Längslinien folgen. Samtig schimmernder Courduroi, kaltgewebt und gekämmt ist dieser erdenschwere Stoff, gehalten durch Kettfaden und Schuß ...« Wir freilich gehen weiter zu C&A.

Konkret 02/01, S. 43

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Lebendes Inventar

Günter Grass Wohnhaus in Lübeck soll, nach Auskunft des Sprechers des Nobelpreisträgers Manfred Bissinger (»Die Woche« 3/01), jetzt Museum werden – mit, man wundert sich über janüscht mehr, Herrn und Frau Grass als lebendem Inventar. Die Idee, von der man im ersten Augenblick meinen möchte, sie sei ein Fake, stamme von Grass selber. Der habe in einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt erklärt, keine Einwände gegen eine früher oder später anzuberaumende Eröffnung eines Museums in seinem Wohnhaus zu hegen. Je früher dies freilich geschehe, um so besser, denn: »Es wäre wohl nicht sehr förderlich«, so Grass, »wenn die Leute, die sich für mich und meine Arbeit interessieren, erst dann in mein Haus kommen dürften, wenn ich gestorben bin.« Er selber habe sich bei seinen Besuchen in den Wohnhäusern von Goethe und Schiller in Weimar, von Fontane in Berlin oder von Brecht in Buckow immer sehr geärgert, die betreffenden Kollegen nicht mehr an ihrer Wohnstatt antreffen und mit ihnen über dit und dat »Klartext« reden zu können.

Der zu erwartende Besucherandrang sollte jedenfalls ihn, Grass, bei seiner Arbeit und seinem Privatleben keineswegs behindern. Er sei es gewohnt, in der Öffentlichkeit zu agieren: »Bitteschön, ich habe nichts zu verbergen.« Auch mit Besichtigung von Küche sowie Schlaf- und Badezimmer könne er leben. »Ist mein Waschlappen geheim? Mein Kühlschrank ein Giftschrank? Mein Bett gesperrte Zone? Nein, diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei. Die Leute mögen kommen und zur Kenntnis nehmen, daß der Dichter, der Nobelpreisträger Günter Grass, ein ganz normaler Mensch ist, der also ißt, schläft und sich wäscht.« Anders als bei Big Brother, so Grass, könne auch jeder, der wolle – »warum nicht?« – , einen Blick in seine Toilette werfen und ggf. seinen »Nobelpreis« besichtigen.

Lediglich eine Sorge habe ihm bei seinem Entschluß zu schaffen gemacht. Er habe sich gefragt, ob er unter den Bedingungen regen Publikumverkehrs die Arbeit an seinem neuen Gesellschaftsroman *Krieg f r Frieden* (Arbeitstitel) werde fortsetzen können. Ihm sei durchaus bewußt, daß das nicht einfach sein würde, doch er beanspruche keine Extrawürste: »Jeder Arbeiter auf der Straße, jeder Taxifahrer, jeder Versicherungsvertreter und sogar der Bundeskanzler, sie alle verrichten ihre Arbeit unter den Augen der Öffentlichkeit – warum nicht auch die Dichter!?« Er plädiere dafür, diesem »vormodernen Geniekult« eine Absage zu erteilen.

Die Stadt Lübeck, wo schon einmal ein Nobelpreisträger ausgebrochen war, ist nicht zu beneiden. Jetzt grassiert hier ein anderer.

Konkret 02/01, S. 45

Rayk Wieland

Die Leitkultur der Zukunft

Kulturkolumne

»Daß Sie Ansichten haben, das kommt, weil sie nichts vom Leben verstehen.«

Bertolt Brecht, »Im Dickicht der Städte«

1

Man muß es auch einmal so sehen: Falls morgen der Imperialismus, dem man ja tagtäglich beim Zusammenbrechen zusieht (P. Hacks, KONKRET 10/00), tatsächlich, wie auch immer, in, sagen wir, Deutschland abträte oder abgeschafft würde, es gäbe da ein gewaltiges Kaderproblem. Mit wem sollte man die Vielzahl der frei werdenden leitenden Stellen besetzen? Woher könnten die führenden Fachleute, die in der Wirtschaft, im Volksbildungswesen, in der Verwaltung, beim Militär, in Pressefunkundfernsehen und, nicht zuletzt, in Justiz und Politik benötigt würden, kommen?

Aus der ehemaligen DDR wird man sie nicht nehmen wollen die hatten ihre Chance und »rechtfertigen« das Vertrauen nicht, das man nie in sie gesetzt hatte. Die PDS scheidet infolge Inkompetenz aus und müßte sowieso verboten werden. Die deutsche Restlinke, da ihr Schulungsbedarf zu immens, ist ebenfalls aus dem Rennen. Unberücksichtigt bleiben müssen ferner, keine Frage, die aktuellen Topleute in den genannten Bereichen hier dürften, bis ins dritte Glied, lebenslängliche Sperren sich als unumgänglich erweisen. Und was die unteren zwei Drittel der Gesellschaft anbetrifft, so haben sie sich bisher weder in ihrer Eigenschaft als Kleinanleger noch als Fernsehzuschauer ernsthaft für weiterreichende Aufgaben empfehlen können.

Bleibt also: niemand. Eine tröstliche Erkenntnis angesichts des Personals. Man kann dem Fatum nur auf den Knien danken, daß Leute wie etwa Jo. Fischer ihren einstigen linken Neigungen nicht treu geblieben sind. Nicht auszudenken, welchen Schaden ein Mann, der sich noch 20 Jahre danach entschuldigt, mal einen Polizisten »gehauen« zu haben, und der allergrößten Wert darauf legt, daß seines Wissens niemals eine Waffe in seinem Auto transportiert worden sei, in einer revolutionären Bewegung noch hätte anrichten können. Der Opportunismus, oft geschmäht, ist wahrlich eine weithin verkannte Eigenschaft. Selten war er so willkommen wie heute!

2

Lob des Opportunismus // Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. / Du bist doch kein Blödmann, du kannst ihn begreifen. / Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm. / Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig. / Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit. / Die Blödmänner nennen ihn ein Verbrechen. / Wir aber wissen: / Er ist bloß das Ende der Verbrechen. / Er ist keine Torheit, sondern / Bloß das Ende der Torheit. / Er ist nicht die Ausnahme / Sondern die Regel. / Er ist das Einfache / Das schwer im Kommen ist.

3

Es war nicht die Entdeckung von Marx & Engels, daß sich die Menschen gern zu ihrem persönlichen Vorteil hinbequemen. Aber es war der Clou der beiden zu unterstellen, daß eine Revolutionierung der Gesellschaft würde von dieser Gegebenheit ausgehen müssen. Ihre »Entwicklung des Kommunismus von der Utopie zur Wissenschaft« orientierte sich weniger an gut klingenden Einfällen als an ökonomischen Trends der Weltgeschichte. Zu ihnen gehört, daß die Leute zuerst essen, trinken, wohnen, sich kleiden und eine Menge erledigen müssen, bevor sie sich nach höhergespannten Daeinszwecken erkundigen. Dabei unterliegen die Angehörigen der jeweiligen Klassen ihrer jeweiligen Beschränktheit. Die herrschenden Ansichten sind die Ansichten der Herrschenden, von denen ein gewisser Druck ausgeht, ihnen beizupflichten. Die nette Tour, damit umzugehen, ist der Opportunismus. In Zeiten der Reaktion ein unvermeidliches Ärgernis, ist er in revolutionären Zeiten ein gern gesehenes Zubrot. Die Theorie muß, wenn sie die Massen ergreifen will, auf deren Opportunismus zählen können.

Marx & Engels schildern den Vorgang im *Manifest der Kommunistischen Partei*: »In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie ging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.« Es hat ganz den Anschein, daß das »theoretische Verständnis« hier als nachgeordnetes Phänomen in Betracht kommt.

Bei Bertolt Brecht, der im amerikanischen Exil den Versuch unternahm, das *Manifest* als »Lehrgedicht« in Hexameter zu fassen, wird dies noch deutlicher: »Ferner, wie einzelne Adlige übergegangen zur jungen / Adelbekämpfenden Bourgeoisie, so verlassen jetzt manche / Diese, ein Schiff, noch nicht sinkend, doch kompaßlos schon und gefüllt mit / Wild sich zerfleischender Mannschaft. Sie bringen ihr Können und Wissen.« Es geht ein wenig zu wie unter Seeräubern. Und natürlich rettet sich, wer kann.

Es mag edlere Motive geben als den Selbsterhaltungstrieb. Doch verlassen kann man sich nur auf den. Der Opportunismus ist zweifellos die Leitkultur der Zukunft.

4

Es ist an der Zeit, dem Opportunismus und speziell dem Renegatentum, seiner avancierteren Variante, die Reverenz zu erweisen, die ihnen gebührt. Ablehnung, Mißtrauen und Ressentiment müssen wohl oder übel, wenn sie nicht ganz unglaubwürdig werden wollen, der Adoration weichen. Die Geschichte des Renegatentums ist eine der Emanzipation, Renegation bedeutet ursprünglich Abfall vom Glauben. Im Feudalismus, dessen hierarchisches System auf personalen Beziehungen zwischen Lehnsherrn und Vasallen, Herren und Knechten gegründet war, fiel der Verrat an Menschen mit dem an einem gesellschaftlichen Ensemble zusammen. Bekannt ist das Beispiel des Connetable de Bourbon, des obersten Feldherrn des Königs von Frankreich, der 1525, mitten im Krieg, König Franz I. im Stich ließ, um in habsburgische Dienste zu treten. Dieser Verrat ist in der Geschichte des europäischen Feudalismus nie vergessen worden und hat Generationen von Machthabern traumatisiert. Verfolgt oder mit dem Tode bestraft wurde in der Epoche, wer weltlich oder geistlich konvertierte, was der Konjunktur von derlei Dissidenz eher abträglich war.

In der bürgerlichen Gesellschaft war der Mensch nicht mehr lehnsmäßig gebunden, sondern frei und gleich im kapitalistischen Produktionsprozeß. Die personalen Beziehungen zwischen Herr und Knecht verdinglichten und verwandelten sich in die zwischen Kapitalisten und Proletariern. Verrat und Renegatentum wurden hier konstituiv: Das System der freien Konkurrenz verlangte quasi permanentes Renegatentum. Den Betrieb zu wechseln, dorthin zu gehen, wo einem mehr geboten wird, nach persönlichem Gutdünken zu handeln usf. war nicht nur lebensnotwendig, sondern ausdrücklich erwünschte Flexibilität.

Die neue Freiheit paßte der heraufkommenden Arbeiterbewegung überhaupt nicht in den Kram. Ihre *historische Mission* ergab sich Marx & Engels zufolge aus dem Umstand, daß ihren Mitgliedern nicht an bloßem egoistischen Fortkommen gelegen ist, sondern ihre Emanzipation mittels der Emanzipation als Klasse vonstatten gehe. Daraus ergab sich das für die »Proletarier aller Länder« geltende Vereinigungsgebot. Die uneigennützige Solidarität aber, die von der Arbeiterklasse hier eingefordert wurde, kollidierte ständig mit lukrativen Partialbestrebungen. Am Ende stand erwartungsgemäß der Ausverkauf, erlagen die Banausen den Bananen. Recht so. Wenn nicht die Arbeiterklasse käuflich wäre, wer sonst?

5

Um auch das nicht zu verheimlichen: Für ein Schiff, das sinkt, hat der Imperialimus seit einiger Zeit enormen Zulauf. Die Bordkappelle bläst, auf Wunsch sogar die Internationale. Die Rechte liegen bei Herrn Beierlein.

Konkret 02/01, S. 46

Richard Schuberth

Oscar Wilde und der Sozialismus

Als das Feuilleton vor einigen Wochen Oscar Wildes 100. Todestag zum Anlaß ausgiebiger Würdigungen nahm, hat es den Schriftsteller glatt halbiert:Der politische Autor fiel unter den Tisch

»Die Kunst ist Individualismus, und der Individualismus ist eine zerstörende und zersetzende Kraft. Darin liegt seine ungeheure Bedeutung. Denn was er zu zerstören sucht, ist die Eintönigkeit des Typus, die Sklaverei der Gewohnheit und die Erniedrigung des Menschen auf die Stufe einer Maschine.«

Oscar Wilde

Dumpfer Fortschrittsglaube und ästhetizistische Weltflucht waren die zwei Seiten einer ideologischen Münze, welche die kapitalistische Transformation des 19. Jahrhunderts prägte, und das zu einer Zeit, als das Individuum, kaum erfunden, schon wieder nichts mehr wert schien. Als der junge englische Dandy Oscar Wilde 1881 zu einer Lese- und Vortragsreise nach Amerika übersetzte, waren die Amerikaner hinter ihrem Pragmatismus in Stellung gegangen – und der »Cincinnati Commercial« höhnte ihm entgegen: »Wenn Mr. Wilde seine Lilien und Narzissen verläßt und zu uns in den Westen nach Cincinnati kommt, werden wir ihm zeigen, wie man dreißig Schweinen in einer Minute die Eingeweide herausnimmt.« Dieser brutale Satz bringt en miniature zwar das reziproke Verhältnis von Unternehmergeist und Décadence auf den Punkt, verfehlt jedoch sein Ziel: Oscar Wilde. Denn Wildes acht Jahre später veröffentlichter Essay »The Soul of Man Under Socialism« (»Der Sozialismus und die Seele des Menschen«) hat den in Samt gehüllten Gecken als gelassenen Befürworter des technischen Fortschritts ausgewiesen, eines absolut notwendigen, mittels dessen der Sozialismus erst zum Individualismus führen könne, da Maschinen dann die Drecksarbeit verrichteten: »Die Sklaverei von Menschen ist ungerecht, unsicher und entsittlichend. Von mechanischen Sklaven, von der Sklaverei der Maschine hängt die Zukunft der Welt ab.« Der sich auf Wilde berufende Ästhetizismus kam irgendeinmal in Gestalt von Marinettis Futurismus beim Faschismus an, wo im Kult der Maschine das Individuum seine eigene Liquidation zelebriert. Wildes Verhältnis zur Mechanisierung ist jedoch ein instrumentelles und gleicht somit dem Majakowskis, der sagte: »Die Ära der Maschinen verlangt nicht Hymnen zu ihrem Preis, sie verlangt in ihrem Interesse gemeistert zu werden.«

Bedeutet der Décadence der Kult des Individuums die Flucht aus sozialer und politischer Realität, macht Wilde erst die Transformation dieser Realität zur unabdingbaren Bedingung für Individualismus. Kein wahrer Individualismus also ohne Sozialismus!

Jede der Wilde nachfolgenden Generationen hat ihr eigenes Interesse daran genommen, hinter dem dekadenten »Lilienpoeten« den homo politicus, den Aufklärer, ja den Sozialisten verschwinden zu lassen. Kein Wunder also, daß Wildes Essay, den Karl Kraus 1904 in der »Fackel« als »das Tiefste, Adeligste und Schönste, das der vom Philistersinn gemordete Genius geschaffen« habe, als »das wahre Evangelium modernen Denkens« bezeichnete, zugleich sein am meisten ignorierter ist. Wildes Zeitgenossen taten das radikale Manifest als dekadenten Jux eines charmanten Widerspruchsgeistes ab, der sich für die Wintersaison 91 etwas unpassend die Attitüde des Sozialanarchisten zugelegt habe; die ästhetizistische Rezeption des Fin de siècle mußte in ihrem Bestreben, Wilde zum Ahnvater ihrer eigenen Weltflucht zu degradieren, den Sozialisten erst recht verdrängen – und eine »linke« Interpretation verdoppelte dies Unrecht nur, indem sie ihn und seinen Essay partout durch den Filter der Ästhetizisten wahrnahm.

Daß Wilde, der die Unzulänglichkeiten seiner Gesellschaft sowie jegliche Form prätendierter Sittlichkeit mit dialektisch zugespitzem Spott überzog, in seinem privaten Handeln und Umgang mit Menschen Großzügigkeit und außerordentliches Zartgefühl an den Tag legte, mochte nur jene verwundern, die Humanität und Moralismus nicht als Widerspruch zu begreifen imstande sind. Sein irischer Landsmann George Bernard Shaw (1856-1950), ein veritabler Sozialist und Langweiler, staunte nicht schlecht, als gerade Wilde als einziger englischer Intellektueller seine Unterschrift unter eine Petition zur Begnadigung von acht zum Tode verurteilten Anarchisten setzte. All die anderen »heroischen Rebellen und Skeptiker auf dem Papier« hatten nicht den Mut gefunden, sich öffentlich zu bekennen. »Eine völlig interesselose Tat Wildes, die ihm für den Rest seines Lebens meinen uneingeschränkten Respekt sicherte.« Shaw, der dies sagte, war ein Mann, dem Wilde mit etwas weniger Respekt attestierte, er hätte »keine Feinde, und keiner seiner Freunde könnte ihn leiden«, und prominentes Mitglied der Fabian Society, einer der drei bedeutendsten sozialistischen Bewegungen in England, die sich infolge der Zuspitzung der sozialen Widersprüche in den 80er Jahren formiert und begonnen hatte, Marx zu rezipieren.

Die britische Ökonomie erlebte zu dieser Zeit drastische Konjunktureinbrüche. Der Konkurrenzdruck der kontinentalen Industrie, insbesondere die Einfuhr billiger Landwirtschaftsprodukte aus den USA – Verbesserungen der Hochseeschiffahrt und innovative Gefrierverfahren hatten den britischen Markt mit billigem Weizen und Fleisch überschwemmt – , ließen die Preise fallen, und Zollschranken behinderten die Ausfuhr britischer Produkte. Zwischen 1851 und 1881 hatte sich die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten halbiert, die Proletarisierung der Massen erlangte in der endgültigen

Transformation vom Agrar- zum Industriestaat eine neue Dimension und führte zu blutigen Klassenkämpfen, deren intellektueller Überbau erst allmählich von zivilisationskritischer Schwärmerei zu kapitalismuskritischer Theoriebildung reifte. Bereits 1872 hatte der liberale Denker John Stuart Mill prophezeit: »Das vordringliche soziale Problem der Zukunft wird darin liegen, wie sich größtmögliche individuelle Handlungsfreiheit mit dem kollektiven Besitz der globalen Rohstoffressourcen und der gleichen Teilhabe aller an den Errungenschaften vereinter Arbeit verbinden lassen.« Welch ein Hohn, daß derlei Einsichten auch heute noch als Lippenbekenntnisse auf IWF-Banketten und Schlußpointen der globalisierungstheoretischen Trivialliteratur Neuigkeitswert behaupten.

Wildes gedankliche Stärke blitzt am ehesten in seinen Aphorismen auf, er ist ein Kurzstreckenläufer der Reflexion, der beim Stilmittel des Essays, welcher konsistente Komposition verlangt, schnell ermattet und sich in gedanklicher Willkür verliert. In seinem Sozialismus-Essay sind jene Passagen am stärksten, wo er Bestehendes kritisiert; er ermüdet den Leser dort, wo er sich dem Schwärmerisch-Utopischen hingibt. »The Soul of Man Under Socialism« folgt einem abenteuerlichen Zickzackkurs, hebt mit einer großartigen Moralkritik an, um abrupt in eine individualanarchistische Exegese der Botschaft Jesu abzusacken. Kaum ist man geneigt, das von Gustav Landauer und Hedwig Lachmann ins Deutsche übersetzte Traktat beiseite zu legen, wendet sich Wilde mit einer scharfsinnigen Polemik gegen den Kulturjournalismus und liefert einige Mosaiksteinchen einer ästhetischen Theorie nach. Welche Logik diesen thematischen Sprüngen zugrunde liegt, ist schwer nachzuvollziehen. Dazwischen immer wieder die ermüdende Apologie des von Erwerbszwang und Publikumsgunst befreiten künstlerischen Individuums, dessen Reichtum nicht in seinem Besitz, sondern »Sein« begründet sei; jener Reichtum des menschlichen Wesens – um einen älteren Zeitgenossen Wildes zu zitieren – , durch den »ein musikalisches Ohr, ein Auge für die Schönheit der Form ... die menschlichen Genüsse und fähigen Sinne, welche als menschliche Wesenskräfte sich betätigen, teils erst ausgebildet, teils erst erzeugt« würden. Der junge Autor dieser Zeilen versteckte sich nicht hinter Lilien- und Narzissensträußen vor einer ignoranten Welt, sondern in der Mansarde seiner Manchester-Substandardwohnung vor den Gläubigern: Karl Marx.

Was hat es mit Wildes Individualismus auf sich, und läßt er sich mit linker Dekadenzkritik fassen? Versteckt sich dahinter die viktorianisch-liberalistische Variante des egoistischen Marktsubjekts, lauert hinter seiner Verwerfung jeglicher Autorität dieselbe Gesinnung, welche die Zerschlagung der Zollschranken fordert? Man warf ihm vor, er habe sich nicht um ökonomische Analyse oder sozialistische Perspektiven gekümmert, sondern seiner L□art pour l□art doß einen sozialanarchistischen Anstrich gegeben. Außerdem plustere er die minoritäre Position des Künstlers zu einem allgemeinen Gesellschaftsprinzip auf. Doch so viele Blößen sich Wilde auch geben mochte, gerade heute kann er einer Linken, die – so ihr die Eigentumsverhältnisse überhaupt noch ein Thema sind – bestenfalls um die Verlangsamung der Sozialstaatszertrümmerung bettelt, mit einigen seiner radikalen Einsichten auf die Sprünge helfen. Schon zu seinen Lebzeiten hätten diese rezipiert werden müssen, als das zersetzende Ferment des Moralismus in den jungen englischen Sozialismus einzusickern begann und sentimentale Sozialutopien die bürgerlichen Linksintellektuellen verzückten. Der ästhetizistische Sozialanarchist William Morris (1834-96) etwa, ein wichtiger Impulsgeber Wildes, forderte in Ablehnung der Industriegesellschaft ihre Reorganisation in Handwerkerkommunen. Diese kleinbürgerlichen Regressionswünsche samt der damit einhergehenden Romantisierung früherer Gesellschaftsformen, des Authentischen und Naturschönen kamen Wilde, diesem hartnäckigen Anwalt der Moderne, nur läppisch vor. Der Spott über die Naturvergötzung zieht sich durch sein gesamtes Werk. Natur wollte er überhaupt nur als Imitation der Kunst gelten lassen. Auf die Spitze treibt er dieses Paradox in seinem philosophischen Dialog »The Decay of Lying« (»Die Niederlage der Lüge«), wo er behauptet, der berühmte Londoner Nebel sei eigentlich von den Impressionisten erfunden worden. Er erzeuge nur bei den Intellektuellen Verzückung, bei anderen Menschen hingegen Katarrh.

Wenngleich der Vorwurf zutreffen mag, daß Wilde unter dem Einfluß William Morris□ sowie des Kritikers und Kunsttheoretikers John Ruskin (1819-1900) die Position des Künstlers verallgemeinerte, die absolute Identität von individueller Selbstverwirklichung und künstlerischer Kreativität proklamierte – und zwar für alle – , so ist es vermessen, einem Künstler und Ästheten vorzuschreiben, er solle über etwas anderes schreiben als die Produktionsbedingungen, die er selber kennt. Wie viele Feuilletons mißrieten allein deshalb, weil ihre Autoren sich einbildeten, Ökonomen, Politologen oder Philosophen zu sein. Wilde schreibt aus der Position des depravierten Künstlers unter dem Verwertungszwang des Marktes. Und seine so anarchistisch anmutende Ablehnung jeglicher Autorität bezieht sich weniger auf politische Organisation, sondern auf seine subjektiven Erfahrungen mit der Zensur des Staates, der subtilen Repression durch den Kulturmarkt und den von beiden Institutionen dirigierten Selektionsdruck des Publikumsgeschmacks: »Es gibt drei Arten von Despoten. Erstens den Despoten, der die Gewalt über den Körper ausübt. Zweitens den Despoten, der die Gewalt über die Seele ausübt. Drittens den Despoten, der zugleich über Seele und Leib die Gewalt ausübt. Der erste heißt der Fürst. Der zweite heißt der Papst. Der dritte heißt das Volk.«

Vom Sozialismus, der sich ja bekanntlich erst im Absterben des Staates verwirklicht, verspricht sich Wilde die Autonomie der Kunst, deren Verständnis ihn zum Avantgardisten kommender Avantgarden macht: »Wenn sie sagen, ein Werk sei heillos unverständlich, meinen sie, der Künstler habe etwas Schönes gesagt oder vollbracht, das neu ist; wenn sie ein Werk als heillos unmoralisch bezeichnen, meinen sie, der Künstler habe etwas Schönes gesagt oder vollbracht, das wahr ist. Der

erste Ausdruck bezieht sich auf den Stil, der zweite auf den Gegenstand. Aber gewöhnlich gebrauchen sie die Worte ganz unbestimmt, wie ein gewöhnlicher Pöbel fertige Pflastersteine benutzt.« Die Kunst sei keiner Ethik, nicht einmal einer sozialistischen etwas schuldig. Der Mann, der Petitionen für Anarchisten unterschrieb und lange vor seiner Inhaftierung die Barbarei des liberalen Haftsystems anprangerte (»Wenn England seine Verbrecher weiter so behandelt, verdient es überhaupt nicht, welche zu haben«), spricht sich implizit gegen eine littérature engagée aus, wie Sartre sie forderte und Adorno sie verwarf; gegen eine Kunst, die sich mit dem Pathos ihrer Gesinnung vor den Ansprüchen des Sujets drückt (»Das schlechteste Werk ist immer mit den besten Absichten geschaffen«). Um damit ein für allemal Schluß zu machen, forderte Wilde nicht etwa repressive Maßnahmen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse, die das Pathos des Widerstands überflüssig machen und die Arbeit am Kunstwerk vom gesellschaftlichen Engagement entlasten.

Es waren Adorno, Horkheimer und Marcuse, die in den 30er Jahren dem von kleinbürgerlichen Linken so verachteten Hedonismus (und somit auch Wilde) seine Ehre retteten. Hedonismus schien ihnen das letzte Refugium begrenzter individueller Autonomie in einer verwalteten Welt, die vom Individuum Selbstaufgabe und Unterordnung unters völkische Gemeinwohl forderte. Und ein halbes Jahrhundert bevor Horkheimer und Adorno sich auf das Wagnis einließen, Nietzsche und Marx zu verknüpfen, hatte Wilde, der weder Marx noch Nietzsche gelesen haben dürfte, die Ressentimenttheorie mit der Forderung nach sozialer Revolution rechtem Zugriff entzogen.

Der zeitgenössischen Kultur- und Gefühlslinken seien zur materialistischen Auffrischung zunächst die ersten zehn Seiten von »The Soul of Man Under Socialism« empfohlen: Warum machte sich Wilde die Mühe, vom Schreibzimmer seines luxuriösen Hauses in der Tite Street Nr. 16 aus die Notwendigkeit des Sozialismus zu begründen? Weil es ihn etwa anödete, sich bloß mit einer begrenzten Anzahl von Upper-Class-Sprößlingen in literarischem und modischem Esprit zu messen, während »unerbittliche, unvernünftige, entwürdigende Tyrannei der Not« so viele potentielle Konkurrenten zwang, »die Arbeit von Lasttieren« zu tun? So sähe eine typisch Wildesche Denkfigur aus. Doch ohne seinen dialektischen »wit« einzubüßen, enthält sich Wilde in seinem Sozialismus-Essay des eleganten Witzelns und beginnt mit diesen scharfsinnigen Worten: »Der größte Nutzen, den die Einführung des Sozialismus brächte, liegt ohne Zweifel darin, daß der Sozialismus uns von der schmutzigen Notwendigkeit, für andere zu leben, befreit.« – »Die meisten Menschen«, heißt es einige Zeilen weiter, verdürben ihr Leben »mit einem heillosen übertriebenen Altruismus ... Sie sehen sich von scheußlicher Armut, scheußlicher Häßlichkeit, scheußlichem Hungerleben umgeben. Es ist unvermeidlich, daß ihr Gefühl durch das alles stark erregt ist. Die Gefühle der Menschen bäumen sich schneller auf als der Verstand, und ... Mitgefühl und Liebe zu Leidenden ist bequemer als die Liebe zum Denken. Daher machen sie sich mit bewundernswertem, obschon falschgerichtetem Eifer sehr ernsthaft und gefühlvoll an die Arbeit, die Übel, die sie sehen, zu kurieren. Aber ihre Mittel heilen diese Krankheit nicht; sie verlängern sie nur. Ihre Heilmittel sind geradezu ein Stück der Krankheit.«

An anderer Stelle entlarvt Wilde das Mitleid als die niedrigste Form des Mitgefühles, da ihm stets »ein gewisses Element der Angst um die eigene Sicherheit« eigne. »Jeder kann die Leiden eines Freundes mitfühlen, aber es erfordert eine sehr vornehme Natur – es erfordert eben die Natur eines wahren Individualisten – , den Erfolg eines Freundes mitzufühlen.« Hat Nietzsche die gar nicht noblen Triebkräfte des Mitleides aufgestöbert, so geht Wilde einen Schritt weiter und erhellt dessen ideologische Funktion bei der Festschreibung der Eigentumsverhältnisse. Ziel soll nicht die Sisyphosarbeit der Armutslinderung sein, welche höchstens die Sinnkrisen der Linderer lindert, sondern der »Versuch und Aufbau der Gesellschaft auf einer Grundlage, die die Armut unmöglich macht. Und die altruistischen Tugenden haben tatsächlich dieses Ziel verhindert. Gerade wie die schlimmsten Sklavenhalter die waren, die ihre Sklaven gut behandelten und so verhinderten, daß die Gräßlichkeit der Einrichtung sich denen aufdrängte, die unter ihr litten, und von denen gewahrt wurde, die Zuschauer waren, so sind in den Zuständen unserer Gegenwart die Menschen die verderblichsten, die am meisten Gutes tun wollen; und wir haben schließlich erlebt, daß Männer, die das Problem wirklich studiert haben und das Leben kennen – gebildete Männer, die im Londoner Eastend leben – , auftreten und die Gemeinschaft anflehen, ihre altruistischen Gefühle und ihr Mitleid, ihre Wohltätigkeit und dergleichen einschränken zu wollen. Das tun sie mit der Begründung, daß solches Wohltun herabwürdigt und entsittlicht. Sie haben völlig recht. Mitleid schafft eine große Zahl Sünden.« – Reichtum dagegen entsittliche nicht, ganz im Gegenteil, er sei bloß, Wilde zufolge, ein Hindernis für individuelle Entfaltung, denn die Pflichten des Kapitals lägen dessen Eignern – ein zutiefst marxistischer Gedanke – schwer auf den Schultern und hinderten sie, seine Früchte zu genießen. Schon allein im Interesse der Reichen müßte das Privateigentum abgeschafft werden, meint Wilde.

Wer am meisten an Geld dächte, das seien die Armen, deren Erniedrigung sie zu gar nichts außer niedrigen Wesen machen könne, bei ihnen gäbe es »keine Grazie, keine Anmut der Rede, keine Bildung oder Kultur oder Verfeinerung der Genüsse, keine Lebensfreude«. Denn sie sind, nach Marx, »auf ihre tierischen Funktionen« zurückgeworfen. Wie auch anders? Und wer die depravierten Objekte seiner sozialpädagogischen Begierde moralisch erhöhen muß, neigt dazu, sich die erniedrigenden Verhältnisse wegzulügen, die jene depravieren. Die einzige Tugend der Mittellosen macht Wilde in einem Prinzip aus, das er als *die* Triebfeder des sozialen Fortschrittes erkennt: die Unbotmäßigkeit: »... aber die besten unter den Armen sind niemals dankbar. Sie sind undankbar, unzufrieden, unbotmäßig und aufsässig. Sie haben ganz recht, so zu sein. Sie fühlen, daß die Wohltätigkeit eine lächerlich ungenügende Art der Rückerstattung ist oder eine gefühlvolle Spende, die

gewöhnlich von einem unverschämten Versuch seitens der Gefühlvollen begleitet ist, in ihr Privatleben einzugreifen. ... Was die Unzufriedenheit angeht, so wäre ein Mensch, der mit solcher Umgebung und so einer niedrigen Lebenshaltung nicht unzufrieden sein wollte, ein vollkommenes Vieh. Unbotmäßigkeit ist für jeden, der die Geschichte kennt, die recht eigentliche Tugend des Menschen. Durch die Unbotmäßigkeit ist der Fortschritt gekommen, durch Unbotmäßigkeit und Aufsässigkeit.«

Wer meint, Wildes simple Einsichten auf eine Kritik der christlichen Soziallehre beschränken zu können, ist ein Dummkopf oder ein Sozialdemokrat, wahrscheinlich beides. Sie treffen ebenso das Gemeinschaftsgesülze mancher Zivilgesellschaftsschwärmer und die heuchlerischen Zinsnachlässe des IWF wie die Statuten der Parteiprogramme von Old und die Fußnoten der Parteiprogramme von New Labour. Und wer meint, sie als utopisch abtun zu können, der nimmt für seinen Pragmatismus Maß an der eigenen Ohnmacht respektive Feigheit. Wessen Pragmatismus indes nicht mit Verdrängung bezahlt wurde, sondern mit der bitteren Einsicht, im Augenblick aus Mangel an organisierter Gegenkraft wenig an den sozialen Widersprüchen ändern zu können, der hat sich wenigstens von seiner Ohnmacht nicht verrückt machen lassen und der Realität ins Auge geschaut. Den Intellektuellen aber, die sich beim Gestank des Elends die Nase, beim Knurren hungriger Mägen die Ohren zuhalten, weil sie diese mit dem Duft aus der Mode gekommener Theorien, mit den grollenden Stimmen von Theoretikern, die sie einst zum Handeln aufforderten, verwechseln, denen geschieht es nun ganz recht, bis an ihr Lebensende das ewig gleiche Symposionspublikum mit den ewig gleichen impulslosen Impulsreferaten über Demokratie und Zivilgesellschaft in den Schlaf beten zu müssen. Die Diskurse über Rassismus, Feminismus, Minderheitenrechte, Nationalismus etc. wirken etwas kraftlos, seit sie nicht mehr vereint im Kontext der Politischen Ökonomie auftreten.

Wie amüsant, daß wir gerade dem angeblich weltentrückten Lilienpoeten Wilde in die Falle gingen, als wir uns vor der Wirklichkeit in seinen Dandysalon flüchteten, wo gerade er uns mit Schneid und ohne Schnörkel die einfachen Grundwahrheiten referierte, die wir vom alten Marx nicht mehr hören wollten. Zum Beispiel, daß unser Individualismus eine Chimäre ist, da wir – ob arm, ob reich – doch nichts sind als ins Tretrad des Kapitalverwertungszwangs gesteckte Laborhamster. Und während die heutige Linke darüber lamentiert, wie viel soziale Ungleichheit eine sozialistische Ethik respektive kapitalistische Demokratie erträgt, verhallt Wildes Ruf aus der Vergangenheit, daß es schlicht und einfach unsittlich sei, »das Privateigentum dazu zu benutzen, die schrecklichen Übel zu lindern, die die Institution erzeugt hat«. Oscar Fingal O□Flahertie Wills Wilde starb völlig verarmt am 30. November 1900 im H□tel□Alsase in Paris.

Oscar Wilde: *Der So□ialism□ s □ nd die Seele des Menschen*. Deutsch von Gustav Landauer und Hedwig Lachmann. Diogenes Verlag, Zürich 1998, 80 Seiten, 12,90 Mark

---

Richard Schuberth ist Ethnologe und lebt als freier Autor in Wien

Konkret 02/01, S. 50

Peter O. Chotjewitz

Millennium, Kriegswinter

Die achtzehnjährige Leonie aus Peter O. Chotjewitz' neuem Roman »Als würdet ihr leben« (Rotbuch Verlag) durchschaut den Zustand der Gesellschaft besser als so mancher Erwachsene. Ihre messerscharfe Folgerung:Eine gute Tat muß vollbracht werden – und zwar mit Hilfe einer Schußwaffe. KONKRET präsentiert als Kostprobe ein Kapitel aus dem Ende Februar erscheinenden Buch

Der Gedanke, jemand umzubringen, kam mir gegen Ende letzten Jahres, als der Krieg anfing, zur Normalität zu werden. Ich lief über den Kuhdamm, um mir den Wahnsinn anzugucken, der *Weihnachtseinkäufemachen* heißt. Ecke Uhlandstraße bemerkte ich gerade noch rechtzeitig meine Cousine Carina und versteckte mich hinter einer Kinoreklame. Als ich die Deckung verließ, lief ich direkt in einen großen schwarzhaarigen Jungen, der mich nach der bevorstehenden Jahrtausendfeier auszufragen versuchte.

Was soll der Scheiß, fragte ich ihn, *kriegt ihr Geld dafür?*

Ne, das ist für die Schule. Wir müssen ein Referat halten.

Realschüler, wa? fragte ich, um anzudeuten, daß man nicht jeden Quatsch mitmachen sollte, den die Lehrer verlangen. Die Schule ist im Prinzip nutzlos und dient nur der Dressur kleiner Affen, aber erklär das mal einem, der aussieht wie DJ Westbam.

Er nickte feige, aber eines der beiden pummeligen Mädchen drängte sich vor und fragte unverschämt:

Gibst du uns jetzt das Interview oder nicht?

Ich mag diese kleinen Dicken nicht, die keinen Gürtel tragen, damit die Hose runterrutscht, damit man sieht, daß sie keine Unterhose anhaben, sondern einen Tanga, und dann sieht man einen breiten Streifen weißen Rückenspeck zwischen der Arschfalte und dem hochgerutschten Top. Ich mag auch nicht die Unsitte, Tops zu tragen, die den Büstenhalter nur halb bedecken, und dann möglicherweise noch einen Nasenring im Bauchnabel und Zöpfchen.

Ich bin vielleicht nicht besonders repräsentativ für das christliche Abendland, aber ich hoffe, jeder aus meiner Generation kennt einen typischen Versager wie mich. Ich bin ein abartiger Spielverderber und mag diese ganze Menschheit nicht, die Freizeit mit Freiheit verwechselt, »Marienhof« glotzt, seit ihrer Geburt von der letzten *Loveparade* schwärmt, und wenn du sie fragst, ob sie denn keine Wünsche haben, lachen sie sich krank und grölen:

Ich will Spaß, guten Sex und keine Probleme.

Oder:

Wir wollen prima leben und sparen!

Also, ich mochte sie nicht, aber es interessierte mich, was für alberne Fragen die drei Mitläufer auf ihrem Zettel hatten. Ich hatte den Begriff *Millennium* zwar schon tausendmal gelesen, ihn aber für einen Werbegag gehalten. Nun schien das aufgeblasene Wort sogar den Krieg verdrängt zu haben, aber das war kein Problem für mich, denn natürlich hatte ich den Krieg der Deutschen gegen die Serben seinerzeit begrüßt. Man kann sich keinen Mord ausdenken, wenn man gegen den Krieg ist, und andersrum wären die Deutschen größenwahnsinnig geworden. Also besser Deutschland gegen Serbien als umgekehrt. Man stelle sich vor, diese Welle der deutschnationalen Gefühle, wenn die Serben uns angegriffen hätten.

Diese Deutschen, die menschliche Gefühle nur haben, wenn es Großdeutschland schaden würde, keine Gefühle zu haben, wie unser Präsident, der kürzlich sagte, *der Ausländerhaß schadet dem deutschen Ansehen in der Welt*. Im Klartext sagte er damit: Prinzipiell ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Glatzen gelegentlich einen Neger verprügeln, aber weil es schlecht ist für die deutsche Exportwirtschaft und den Tourismus, sollte es unterbleiben.

Ich fand es auch richtig letztes Jahr, daß die Politiker bestritten, überhaupt einen Krieg zu führen. Es wäre unlogisch, wenn sie nicht bestreiten würden, daß sie Krieg führen. Unser ganzes Leben basiert auf dem Frieden. Man kann keine Weihnachtseinkäufe machen und sich auf das *Millennium* vorbereiten, wenn man Krieg führt. In allen Kindergärten fanden damals Nikolausfeiern statt, in allen Betriebskantinen und Gaststätten feierten die lieben Mitarbeiter Betriebsweihnachtsfeiern, die ersten genervten Familienväter hatten bereits ihre Familien abgeschlachtet, weil sie den Weihnachtsstreß nicht aushielten – das alles geht nicht, wenn Krieg ist.

Andererseits kann man keine Weihnachtseinkäufe machen und sich auf das *Millennium* vorbereiten, wenn kein Krieg ist. Krieg muß sein, aber man muß ihn anders nennen. Also begrüßte ich auch, daß der Krieg anders genannt wurde. Ich habe vergessen, wie sie ihn nannten, ich glaube, sie nannten ihn *Friedensmission*, und unser Außenminister sprach davon, der Krieg sei die *Rache für Auschwitz*, wo die Serben die Juden umgebracht hätten, aber das war nur einer von Papas Gags. Er hat manchmal einen etwas schwarzen Humor.

Gleich als der Kosovo-Krieg losging, hatte ich mich über die Leute geärgert, die behaupteten, man müsse den Krieg Krieg nennen und deutlich sagen, warum er geführt werde, und nicht irgendwelche Ausreden erfinden. Ich fand immer, daß man von einem Politiker alles mögliche erwarten darf, aber nicht die Wahrheit. Ein Politiker, der die Wahrheit sagt, ist kein guter Demokrat.

Kein Mensch glaubt, was die Politiker sagen. Das ist das Wesen der Politik. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, selber zu entscheiden, ob ein Politiker die Wahrheit sagt oder nicht. Das ist das Wesen der Demokratie. Nur wenn alle Politiker lügen, ist es möglich, sich zwischen unterschiedlichen politischen Standpunkten zu entscheiden.

Man beurteilt die Politiker danach, wessen Lügen glaubhafter oder sympathischer sind, oder danach, wessen Wahrheiten wahrscheinlicher sind. Aber wenn ein Politiker, der die Wahrheit sagt, gegen einen antreten würde, der lügt, das wäre undemokratisch, weil alle nur den einen wählen würden, zumindest theoretisch, denn praktisch würden die Wähler nicht glauben, daß einer die Wahrheit sagt, und denken, beide würden lügen.

Also begrüßte ich den Krieg der Deutschen gegen die Serben, aber natürlich begrüßte ich auch, daß nach ein paar Monaten, um die Weihnachtszeit, kaum noch darüber gesprochen wurde. Es wäre nicht ehrlich gewesen, wenn nennenswerteste Teile der Menschheit sich noch darüber aufgeregt hätten. Jeder Mensch weiß, Krieg muß sein. Er ist so unvermeidlich wie der Kater nach dem Saufen oder der Herbst nach einem langen schönen Sommer. Wo soll das Geld herkommen, wenn wir keinen Krieg führen?

Es wäre aber auch unehrlich gewesen, wenn die Leute sich noch über den Krieg aufgeregt hätten. Kein Krieg ist abendfüllend. Sein weiterer Verlauf ist so uninteressant wie die Ereignisse im Vorfeld, ganz zu schweigen von den Gründen. Die Gründe interessieren keinen, da genügen ein paar knappe Hinweise, damit alle Bescheid wissen. Aber auch das Vorfeld ist dramaturgisch der reinste Leerlauf und sollte deshalb nur gestreift werden. Man kann die Leute nicht ewig damit hinhalten, daß es demnächst Krieg gibt. Erst wenn klar ist, es gibt Krieg, wird es spannend.

Das konnte man sehr schön im Fernsehen studieren. Jeden Abend in der *Tagesschau* die spannende Frage:

Schießen sie schon?

Noch nicht.

Noch nicht? Wie schade. Vielleicht fangen sie ja noch im Laufe dieser Nachrichtensendung an?

Ja, das hoffen hier alle.

Wenn sie dann endlich schießen, ist erst mal Ruhe im Bau. Man will wissen: *Womit wird geschossen? Wer schießt? Treffen sie auch, oder schießen sie nur? Wer oder was wird getroffen? Hoffentlich haben auch die unsrigen ein paar Verluste.*

Während des Golfkriegs, an den ich mich allerdings nicht erinnere, weil ich noch zu klein war, habe ich mir sagen lassen, waren alle ganz neidisch, daß die italienische Luftwaffe bereits zwei Flugzeuge verloren hatte. Die Engländer, Amerikaner Deutschen, Franzosen, Neuseeländer hatten noch keinen Mann verloren, nur die Italiener hatten diese enormen Verluste. Das war natürlich unfair, und alle redeten darüber, daß die Italiener sich immer aufspielen müssen, wie in der Oper.

Aber auch das ist kein Dauerbrenner. Der moderne Kriegsteilnehmer erwartet Blitzkriege. Kriege, die zu lange dauern, gehören nicht auf die Tagesordnung. Wenn die dritte Brücke in die Luft fliegt, wird es langweilig. Auch Bombenangriffe auf vollbesetzte Personenzüge des Gegners nutzen sich ab, vor allem, wenn das Fernsehteam keine Leichen vorweisen kann, sondern nur Luftaufnahmen aus großer Höhe.

Im Prinzip ist es ein Verstoß gegen die Pressefreiheit, wenn der Gegner nicht zuläßt, daß der Angreifer die von ihm geschaffenen Opfer fotografiert, aber der Krieg ist grausam. Im Krieg gelten andere Regeln.

Es war also Anfang Dezember 1999, als ich auf die Frage antworten sollte:

Wie werden Sie das Millennium verbringen?

Das Millennium?

Silvester, den Jahreswechsel.

O, den Jahreswechsel. Wie immer.

Aber das ist doch ein besonderer Jahreswechsel diesmal.

Nö, wieso? Finde ich nicht.

Die drei kriegten das Maul nicht zu vor Entsetzen. Sie stammelten rum, versuchten aus mir rauszukriegen, daß ich total begeistert wäre, in einer Zeit zu leben, wo ein neues Jahrtausend beginnt, und und taten so, als wäre die angepeilte Datumsgrenze das größte, was einem Normalverbraucher in seinem Leben passieren kann. Das Interview raubte mir fast den Schlaf. Eine Menschheit, die all ihre Erwartungen auf ein absolut unbedeutendes Ereignis wie ein neues Datum auf dem Radiowecker richtet, war nicht nur zum Untergang verurteilt. Man mußte ihr auch dabei unter die Arme greifen.

Der Gedanke, nichts mehr zu essen, kam mir schon einige Monate früher, aber ich frage mich, warum so spät. Normale Mädchen hören spätestens mit zwölf oder dreizehn Jahren auf zu essen, weil sie Angst haben, dick zu werden. Manche wollen auch nicht erwachsen werden, weil sie nicht so werden möchten wie ihre Mütter. Sie finden Brüste abstoßend, ekeln sich vor der Periode, haben keine Lust, sich von jedem ungewaschenen Schwanzträger abtasten zu lassen, und wissen in ihrer Not keinen anderen Weg, als möglichst wenig zu essen, weil sie denken, wenn sie dünn sind, kriegen sie keine Brüste, keine Periode und garantiert keinen Mann.

Ich weiß das alles aus Erfahrung, und man sollte nicht so tun, als ob die Nichtesser verrückt wären. Auch die Esser haben ein gestörtes Verhältnis zum Essen. Meret, Paula und ich haben oft darüber gesprochen, und es sah auch witzig aus, wenn wir drei über die Brandenburger Straße schlurften – die zwei Gerippe und dazwischen ich, als wohlproportionierte Frühpubertante.

Es war korrekt, daß Meret und Paula erbarmungslos hungerten oder sich die Seele aus dem Leib kotzten. Jeder muß wissen, was gut für ihn ist. Aber ich hatte absolut keinen Appetit auf Hunger und wollte auch nicht so aussehen wie ein Totengerippe. Es mußte andere Wege geben, nicht von jedem hergelaufenen Schwanzträger angemacht zu werden und mit gewissen biologischen Lästigkeiten fertig zu werden.

An sich war unser Haushalt ideal, wenn man sich das Essen abgewöhnen wollte. Wenige Themen behandelte Mama mit solcher Inbrunst wie die gesunde Küche. Vielleicht hätte sie Diätköchin werden sollen. Stundenlang konnte sie darüber reden, wie wichtig es sei, sich richtig zu ernähren.

Die meisten Nahrungsmittel waren vergiftet. Total überdüngt, verseucht mit Pestiziden, Insektiziden, chemikalischen und sonstigen Zusätzen, radioaktiv verstrahlt. Etliche waren von Natur aus schädlich. Schweinefleisch enthält eine Säure, von der man steife Beine kriegt, Rotwein verursacht Brustkrebs, Rindfleisch Darmkrebs, Greyerzer Dünndarmvorfall, Spinat Alzheimer. Konventionell erzeugte Waren waren bestenfalls nutzlos, ohne jeden Nährwert, reine Darmfüller, und führten deshalb zu Mangelkrankheiten.

Die Kunden der üblichen Läden hatten nur eine Chance: Die Ware vor dem Verzehr wegwerfen, egal, ob von *Aldi*, *Tengelmann* oder dem Laden an der Ecke. Der Unterschied zwischen Junkfood aus dem Türkengrill und einer schmackhaften Haute Cuisine mit Zutaten aus dem Delikatessengeschäft war ebenfalls unerheblich. Schlimmer noch: Da der Feinkostladen besser schmeckt, ißt man mehr als nötig und führt den Körper um so sicherer ins Verderben.

Aber auch das Salatblatt, die Kartoffel und das Reiskorn aus dem Ökoladen waren oft trügerisch. Die Immissionen von oben unterliefen den biologisch-organischen Landbau. Schwermetalle und Schwefeldioxyd im Regen und das Nitrat vom kriminellen Nachbarfeld verwüsteten auch die behütete Scholle. Was nutzt es, wenn der Bauer das Unkraut mit der Hacke vertilgt statt mit der chemischen Keule, wenn sein Feld unter einer Hochspannungsleitung liegt und der Elektrosmog die unbehandelten Wachtelbohnen verseucht?

Über die Bedeutung des richtigen Essens für einen wohlproportionierten Leib will ich hier nicht weiter reden. Mit Mama spazierenzugehen oder im Straßencafé zu sitzen war schlimmer als ein Horrorfilm. Gnadenlos erörterte sie die körperlichen Eigenheiten der Passanten, vor allem wenn sie, wie in Deutschland üblich, halbnackt herumliefen, und die geringsten Abweichungen von der ästhetischen Norm waren in ihren Augen unerträgliche Mißbildungen.

Überall sah sie Speckfalten, Hängebäuche, Kartoffelstampfer, Stiernacken, Schenkelärme, Kuheuter, Wurstefinger, Schweinsäugelchen, Pferdeärsche und Knallwaden. Auch die Nachbarn benannte sie mit Vorliebe nach ihren ernährungsbedingten Merkmalen: die Schweinsköpfige, der Boulettengesichtige, das Hefeklößige, die mit dem pansigen Busen, der Eisbeinige, das Kartoffelbäuchige, der Ziegenbärtige, die Spaghettiarmige, der Bocksbeutelige, das Spanferkel. Nur Onkel Georg hatte einen Spitznamen aus der Automatenbranche: *der einarmige Bandit*.

Wer Mama zuhörte, mußte eine abgrundtiefe Abneigung gegen alle Nahrungsmittel entwickeln, und nur mein guter Appetit hinderte mich daran, schon damals nichts mehr zu essen. Ich aß und trank, egal, ob ökologisch oder pathologisch, und vielleicht hätte ich nie aufgehört zu essen, wenn nicht ein englischer Schriftsteller, ich war schon siebzehn, mich dazu verführt hätte, mir über die neurotischen Hintergründe des Essens Gedanken zu machen

Es geschah nach der Schule bei uns in der Küche. Papa gondelte in der Weltgeschichte rum, Mama stand am Herd und schwitzte, Kessi taute sich ein *Bistro* mit Salami und Käse auf, weil sie keine Hirsebouletten mag, Kyrill trank das dritte Glas *Volvic*, weil er Durst hatte, ich las Bruce Chatwin, der damals mein Lieblingsautor war, und aß einen Apfel, weil ich Hunger hatte, und Mama war schlecht drauf, wie immer, wenn Frau Oshuni ihren freien Tag hat, und meckerte:

Ich weiß nicht, warum ich überhaupt noch koche. Die eine frißt am liebsten Junkfood, der andere schüttet sich den Wanst voll Blumenwasser, damit er schon satt ist, wenn das Essen auf den Tisch kommt, der Vater schwirrt durch die Weltgeschichte, und unser Wunderkind löchert mich mit albernen Fragen und will wissen, ob die Menschen früher Kannibalen waren. Macht doch euren Dreck alleine, wenn euch mein Essen nicht paßt.

Der Tag, an dem Frau Oshuni frei hatte, zeigte Mama als Vorsteherin einer Kinderzuchtfarm. Das Essen war ein Experiment. Es setzte voraus, daß Gewicht, Nahrungsmenge und Nahrungsart vom Experimentator möglichst genau kontrolliert wurden. Frau Oshuni war es egal, ob wir aßen. Sie freute sich, wenn wir aßen, und sie tröstete uns, wenn wir keinen Hunger hatten. Wenn Mama kochte, hatte man die Verpflichtung zu essen, egal, was auf den Tisch kam, und wer vorher etwas aß oder trank, entzog sich der Kontrolle des Experimentators.

Hier zeigte sich der enge Zusammenhang von Familie und Staat. Auch der Staat betrachtet es als seine Hauptaufgabe, die Leute zu füttern. Was sie denken und ob sie glücklich sind, ist ihm egal, Hauptsache sie essen, was auf den Tisch kommt, und sind dankbar dafür. Mama fragte zwar auch *Na, schmeckt's*, aber nur, wenn wir nicht richtig zulangten. Ihr Verhalten war typisch für einen Dilettanten. Ich sollte, wenn ich das hier hinter mir habe, einen Essay über den Dilettantismus verfassen. Dilettanten neigen immer dazu, da sie von der Sache nichts verstehen, absurde Regeln aufzustellen, und sie werden, sobald sie mit einer Sache gescheitert sind, auf einem anderen Gebiet dilettieren.

Mama hat, soweit ich mitgekriegt habe, im Laufe ihrer fünfundvierzig Jahre bereits fünfmal dilettiert. Erst wollte sie Gärtnerin werden, dann Kunstmalerin, dann Geliebte, Ehefrau und Mutter, dann Frauenrechtlerin und dann Historikerin. Zur Zeit dilettiert sie als Schriftstellerin, und da Papa ihr gelegentlich etwas zum Lesen und zum Abtippen gibt, trompetet sie herum, eigentlich sei sie es, die seine Exposés und Drehbücher schreibt.

Aber zurück zu jenem Tag im Spätsommer 1999, als ich mir sagte: *Leo, du wirst erst wieder richtig essen, wenn du eine gute Tat vollbracht hast.* Ich las also die Geschichte, wie Bruce in Südafrika in einer Höhle rumkrabbelt und alte Knochen begutachtet, um zu beweisen, daß die Menschen in ihren Anfängen noch keine Kannibalen waren. Umständlich referierte er die in der Wissenschaft vertretene Meinung, daß wir ursprünglich Menschenfresser waren, aber nur, um sie bravourös zu widerlegen.

An sich hatte mich die Frage bis dato nicht beschäftigt, aber indem Bruce seitenlang zu beweisen versuchte, daß die Beiß- und Kratzspuren an den Knochenresten unserer Vorfahren nicht von uns, sondern von einem Säbelzahntiger stammten, kam das Problem aus seiner Höhle gekrochen und beschäftigte mich so, daß ich zu Mama sagte:

Ich möchte wirklich wissen, ob die Menschen ursprünglich Menschenfresser waren. Was meinst du, Mama?

*Das frage ich mich auch, wenn ich sehe, wie scharf ihr auf meine Hirseboulette*n *seid*, sagte Mama giftig.

Das war typisch Mama. Sie ist außerstande, eine Frage zu verallgemeinern, und bezieht alles sofort auf sich.

Ich mag Bücher, die sich mit Fragen beschäftigen, die auf den ersten Blick abwegig sind. Daß der Mensch ursprünglich ein Kannibale war, ist an sich verständlich und braucht nicht erörtert zu werden. Solange der Mensch genügend tierisches Eiweiß in der Natur vorfindet, wird er sich vielleicht mit Heuschrecken in Brotteig, gerösteten Waldameisen, eingelegten Regenwürmern con Pesto, Blutegeln auf Brennesseln und anderen Leckerbissen begnügen. Sobald das Essen jedoch knapp wird, wäre es eine unmoralische Verschwendung von Ressourcen, das Fleisch getöteter Feinde oder verstorbener Verwandter zu verschmähen und lieber zu verhungern, als Menschenfleisch zu verzehren.

War der Mensch ursprünglich aber ein Kannibale, so hatte das bis heute reichende Nachwirkungen. Dazu muß man wissen, daß der Mensch während der ersten 99 Prozent seiner bisherigen Geschichte auf das angewiesen war, was er auf seinen Jagdausflügen in der Natur fand. Erst in den letzten zehntausend Jahren hat man mit der Zucht und Veredelung schmackhafter Haustiere begonnen.

Das Fleisch, das man am nötigsten brauchte, weil es eiweißhaltig war, hatte also immer einen menschlichen Beigeschmack, auch wenn man eine duftende Hammelkeule aß, weil man wußte:

Vielleicht schon morgen werde ich mir wieder eine Scheibe von Tante Sophies Pökelschinken abschneiden.

Daß dieser Strang des menschlichen Wissens und Fühlens bis in die Gegenwart reicht und unser heutiges Eßverhalten maßgeblich beeinflußt, ist unvermeidlich. Wir haben das Wissen, daß jedes Gericht Menschenfleisch enthalten könnte, in unseren Gehirnzellen und Genen gespeichert und werden bei jeder Mahlzeit wieder daran erinnert. Erst die Gentechnologie wird uns vielleicht von dieser Geißel der Menschheit befreien.

Die Abneigung des Vegetariers gegen das Fleisch ist eine Reaktion auf dieses verschüttete Wissen. Es gibt keine Sicherheit, auch wenn auf der Speisekarte *Rindsroulade* steht und die Boulette vom Metzger an der Ecke stammt. Sogar der Wunsch, sich gesund zu ernähren, ist eine Folge unserer kannibalischen Vergangenheit, wenn man sie als Angst vor dem Essen begreift.

Es ist klar, daß ich an dieser Stelle eine Entscheidung zu treffen hatte und auf welcher Einsicht sie beruhen mußte. Zum Essen gehört das Töten, und nur ein Mensch, der einen anderen getötet hat, kann überhaupt mit Genuß essen. Das war das Gelübde, das ich an jenem Tag ablegte: Erst wieder normal zu essen, wenn ich jemand getötet hatte. Notfalls mich selber.

Peter O. Chotjewitz' Roman Als würdet ihr leben *erscheint Ende Februar im Rotbuch Verlag, Hamburg (ca. 200 Seiten, ca. 39,80 Mark)*

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 12/2000 über einen dünnen dicken Roman von Michael Kumpfmüller

Konkret 02/01, S. 53

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Espresso, Berlin 2000, 220 Seiten, 29,90 Mark

Von Wolfgang Pohrt stammt die Beobachtung, daß man »die Deutschen am meisten fürchten muß, wenn sie anfangen, sich selber zu beweinen«. Der Satz findet sich in der bedrückenden Studie von Samuel Salzborn, die die Gründung und Entwicklung der sogenannten Vertriebenenverbände und Landsmannschaften (Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutsche etc.) nachzeichnet.

Borniertheit, Selbstmitleid und völkische Aggression sind kennzeichnend für die Haltung der »Vertriebenenverbände«, deren Aktivitäten sich nicht auf Trachtenfirlefanz und Volkstänze beschränken, mit denen sie Stadtfeste unsicher machen. Vielmehr wurden von Anfang an in den Organisationen (neben legitimer gegenseitiger Hilfe in der Nachkriegszeit und der Ausübung kultureller Marotten) explizit großdeutsche und revanchistische Forderungen gepflegt – bis hin zur absurden Gründung von »Kreis- und Städtetagen«, die wie in einem »Operettenstaat« ein Weiterbestehen administrativer Strukturen für Gebiete simulieren sollen, die man gerne heim ins Reich holen möchte. Mit einem Ende der Forderungen ist übrigens nicht zu rechnen, denn bereits 1984 schrieb Herbert Hupka in der »Welt« von »Geburtsschlesiern«, »Abstammungsschlesiern« und »Bekenntnisschlesiern«, eine Aufteilung, die Salzborn folgern läßt: »Der Vertriebenenstatus wird weitervererbt.«

Der Autor schildert, wie die Gestaltung ideologischer Positionen jeweils den herrschenden politischen Strömungen angepaßt wird. Konsequenterweise hört man in den letzten Jahren vom »Menschenrecht auf Heimat« oder von den »Rechten der Minderheiten«, in anderen Worten »den Menschenrechten der Millionen unterdrückten Deutschen« in Polen, Kasachstan und anderswo, soweit die deutsche Zunge reicht. Das sind nicht bloß Rosinen im Kopf ewiggestriger Vertriebener, sondern auch semantische Blaupausen für die rotgrüne Europapolitik, wobei kaum noch zu klären ist, wer sich hier bei wem bedient hat.

Salzborn hat eine faktengesättigte Studie vorgelegt, die eine konzise Geschichte dieser spezifisch deutschen Interessengruppen liefert und verdeutlicht, welche großraumpolitischen, völkischen und rassistischen Ideen in diesen Gruppen konserviert blieben, um gegebenenfalls politisch wieder virulent zu werden. Nüchtern dokumentiert der Autor ihre Bestrebungen, die Europapolitik im Sinne des großdeutschen Reichsgedankens mitzugestalten. Ob diesen Bestrebungen der gewünschte Erfolg beschieden sein wird, bleibt offen. Am fehlenden Engagement der Vertriebenenverbände wird es jedenfalls nicht scheitern.

Konkret 02/01, S. 53

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Wiglaf Droste/Gerhard Henschel: Der Mullah von Bullerbü. Mit Zeichnungen von Ernst Kahl. Edition Nautilus, Hamburg 2000, 156 Seiten, 28 Mark

Man sollte gar nicht erst den Fehler begehen, die Handlung dieses Krimi-Aberwitzes nachzuerzählen. Die wird so willkürlich entwickelt, unordentlich strukturiert, ja eigentlich dekonstruiert, als wolle man sich lustig machen über die notorischen Anstrengungen des Genres, einen halbwegs gewitzten Plot zu generieren – oder als habe die Protagonistin, »die liebenswürdigste Kriminalistin der Welt«, Gisela Güzel, kurz vor Abgabe des Manuskripts noch eine Hausdurchsuchung im Romangebäude vorgenommen. Da bleibt dann nichts mehr an seinem angestammten Platz ... Nun, das ließ sich aber auch schon beim *Barbier von Bebra* diagnostizieren, dem kaum weniger trashigen Vorgänger, der sich von freud- und humorlosen Politikpastörchen sogar als »literarische Anleitung zum Mord an Andersdenkenden« verunglimpfen lassen mußte.

Beim Sequel ist das Krimiformat einmal mehr bloß Vehikel für allerlei Polemik gegen die wohlbekannten neuralgischen Personen aus Politik und Geistesleben (Eugen Drewermann, Hans Küng, Manfred Kanther, Rudolf Scharping, Peter Maffay et alii), zudem verteilt man noch ein paar freundliche Schulterklopfer und aufmunternde Nasenstüber für Freunde und Kollegen (sehr gelungen etwa die beiden warmherzigen Porträts vom kochenden Literaten Vincent Klink und Reimvirtuoso Horst Tomayer), vor allem aber wird hier die Sprache ganz hart rangenommen. Neologismen gibt es im Bäckerdutzend (nicht zuletzt das wunderschöne »Kaschubiak« für Günter Grass), übelste Phrasen, längst auf den letzten Hund gekommene Redewendungen und vergessen geglaubte Sprichwörter und Reklame-Slogans (»Zick-Zack-Zyllis«) werden hier wiederbelebt und den inkriminierten Personen zur Freude des Lesers in den Mund gelegt, man erfindet Lautpoetisches nachgerade Jandlscher Qualität (»Rache machen! Alle mal lachen!« schreien muslimische Fundamentalisten), und immer wieder findet diese Prosa zu sich selbst – im Reim: »›Eins haben Sie vergesssen, Sie Aal‹, sagte der Maler jovial. ›Ich hab einen Freund, und der heißt Ernst Kahl.‹ ›Kahl, Ernst Kahl‹, sangen die Kommissarin und der Radler aus dem Off kongenial, ›goldenes Herz und Muskeln aus Stahl ...‹ Es war wie ein Fanal.«

Nun, Nonsens-Poesie ist nicht jedermanns Sache, manch einer kann auch über ironisch gebrochenen Trash nicht lachen – und die Rechtmäßigkeit der Sottisen wird ein konservativerer Geist sowieso bestreiten. Aber diesen doch ziemlich originären Wortwitz, diese an der Augsburger Puppenkiste ebenso wie an der »Police Squad«-Serie geschulte Leichtigkeit und fröhliche Bedenkenlosigkeit gehört erst einmal gebührend gewürdigt. Anderer Meinung sein kann man danach ja immer noch.

Konkret 02/01, S. 53

Mark-Stefan Tiet□ e

Buch & Deckel

Philip Roth: The Great American No□ elAus dem Amerikanischen □ on Werner Schmit□ . Carl Hanser Verlag, M□ nchen 2000, 44 Seiten, 49,80 Mark

Daß Roths ambitionierter Roman 27 Jahre lang nicht auf Deutsch zu haben war, liegt gewiß nicht nur an seiner »Unübersetzbarkeit«. *The Great American Novel* ist nämlich keineswegs eine »wunderbar tragikomische Satire über den *American Way of Life*«, wie gelegentlich herumgesponnen wurde, sondern vor allem ein erstaunlich langweiliges Buch. Das mag damit zu tun haben, daß Baseball eine Hauptrolle darin spielt und ungefähr die Hälfte des Romans aus solchen Sätzen besteht: »Wer im letzten Inning mit fünf Runs hinten liegt und trotzdem noch gewinnen will, wird nicht auf Stolen Bases ausgehen □ aber genau das hatte dieser Pinch-Runner vor.« Doch auch mit Kenntnis der Baseballregeln bliebe der Sinn der burlesken Handlung trübe, mag man sich den grotesk überzeichneten Protagonisten nicht zuwenden und lähmen einen die humoresk-phantastischen Einsprengsel stets von neuem.

Folgende Geschichte wird mit bewährter Erzählroutine abgespult: Ein vergreister Sportreporter hat den großen amerikanischen Roman über den Niedergang einer heute totgeschwiegenen Profi-Baseball-Liga geschrieben. Darin geht es um eine sehr schlechte Mannschaft, die 1943 aus Gründen, die mit dem Weltkrieg zu tun haben, sowohl aus ihrem Stadion fliegt als auch aus unglaublich verkrachten Existenzen besteht: Alkoholiker, Rentner, Kleinwüchsige, sogar ein Einarmiger ist dabei □ bizarr! Dutzende von Spielen werden auf absurdeste Weise verloren, Tote auf dem Spielfeld sind zu beklagen, erotisch-deftig (i.e. sexistisch) geht□s natürlich zu, und am Schluß wird□s auch noch turbulent. Hinter der ganzen Sache steckte nämlich eine kommunistische Verschwörung.

Zweifellos wird hier die Paranoia der McCarthy-Ära satirisch gegeißelt. Da 1973 überdies die amerikanische Postmoderne gärte und Roth, der Angeber, auch ein bißchen mit der literarischen Tradition spielen und metafiktionale Elemente einbauen wollte, haben die Kapitel vorangestellte Zusammenfassungen in altertümlicher Diktion, heißen manche Figuren »Gil Gamesh« oder, wie der Erzähler, »Word Smith« und findet überhaupt allerlei Überdrehtes statt, was nicht wirklich hätte sein müssen. Zusammengefaßt: ein Buch, das wahrscheinlich weniger Spaß macht als andere, bessere Bücher.

Konkret 02/01, S. 54

Marit Hofmann

»Die Verlumpung des Ideellen«

18 Jahre lang haben die Herausgeber Bernhard Echte und Werner Morlang den wohl eigentümlichsten Schriftstellernachlaß dieses Jahrhunderts, die sogenannten Mikrogramme des Schweizers Robert Walser, entziffert – gut 40 Jahre nach seinem Tod liegt damit eine vollständige Ausgabe seiner Werke vor. Vorstellung eines Unvorstellbaren

»Oh, daß ich dieses Buch jedem zu lesen gäbe!« – Nie werden wir Titel und Autor des Buches erfahren, das Robert Walser in einem seiner späten Texte so leidenschaftlich anpreist. Und als wäre das nicht schon Grund genug, sich über einen Text, der sich als »Rezension« ankündigt, zu wundern, tut der Schreiber gegen Ende kund, er habe das Buch gar nicht ausgelesen, »da immer von ein und demselben, von Unschuld und Erschrecken, die Rede war«. Der Inhalt des besprochenen Buches bleibt seltsam abstrakt: Die Geschichte dreht sich um einen Knaben, dem seine Mitmenschen einreden wollen, er sei krank, und der ihre Fürsorgemaßnahmen willig über sich ergehen läßt. Der Rezensionsschreiber scheint den Jungen zu beneiden: »Ich würd' es mir an seinem Platz auch haben gefallen lassen«, und so spinnt er die Geschichte zu Phantasien aus, in denen schöne Frauen besorgt an seinem Bett stehen. »Im Buch steht das nicht; es stammt aus meiner Feder. Komische Quelle, aus der ich hier schöpfe!« Kann man wohl sagen.

Nicht wenige (professionelle) Leser vermu(te)ten in solchen Zeilen aus der späten Schaffensperiode, 1921 bis 1933 in Bern, bereits sprachliche Entgleisungen, zu deuten als letzter Hilfeschrei des in der Heilanstalt endenden Dichters. Zumal der sich eine wirklich absonderliche Schreibmethode zu eigen gemacht hatte: Jeden der späten Texte notierte er zunächst auf abgerissenen Kalenderblättern, benutzten Postkarten, abschlägigen Bescheiden von Verlegern und anderen zweckentfremdeten Zettelchen – und das in einer kalligraphischen Bleistiftschrift, so winzig klein, daß man sie noch lange nach seinem Tod für eine unentzifferbare Geheimschrift hielt. Bei Aussicht auf Veröffentlichung eines Textes »kommandierte sich« der ehemalige Commis »selbst zum eigenen Bürodiener« ab (Echte) und schrieb den Text mit der Feder ins reine. In einem Schuhkarton fand man 526 solcher engst beschriebenen Zettelchen mit teilweise gänzlich unbekannten Texten, die rund 4.000 Druckseiten mit Gedichten, Prosa, dramatischen Szenen und Romanfragmenten entsprechen. In 18 Jahren mühsamer Dechiffrierarbeit mit der Lupe haben die Herausgeber Bernhard Echte und Werner Morlang nun auch die letzten entzifferbaren Texte – auch hier gab es Grenzen – der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Sind diese Bemühungen Ausdruck einer philologischen Besessenheit, die vor keinem noch so profanen Nachlaßschnipsel haltmacht? Schließlich ergeht es einem mit den übrigen von Walsers Kurzprosastücken, darunter auch Theater- und Konzert-»Kritiken«, nicht viel anders: Nachdem er sich etwa, unter dem Vorwand, über eine Kunstausstellung in Bern berichten zu wollen, ausführlich über den vorherigen Kaffeehausbesuch ausgelassen hat, fragt der Autor stellvertretend für den irritierten Leser: »Aber wann werde ich anfangen, über die Kunst zu reden?« Es folgen einige banale Beobachtungen, mal im Plauderton, mal im Brustton der Überzeugung vorgebracht, doch über kurz oder lang hat sich der Erzähler wieder so sehr im Gewirr von Nebensächlichkeiten und willkürlichen Assoziationen verstrickt, daß an eine überzeugende Wiederaufnahme des zu behandelnden Sujets nicht mehr zu denken ist. Und in scheinbarer Sorglosigkeit wird am Ende resümiert: »Was ich unterließ zu sagen, kann von anderen ausgesprochen werden.«

Wie hat man mit Texten umzugehen, in denen uns ein Verfasser entgegengestolpert kommt, der fortwährend gegen die verschiedensten Regeln der Schreibkunst verstößt und sich offenbar jedem höheren Anspruch verweigert (»Schreiben ist für mich eine Art Schlafmittel«)? An den empörten Leserreaktionen, mit denen Zeitungsredaktionen nach dem Abdruck von Walser-Texten zu kämpfen hatten, ist immerhin bemerkenswert, daß es manche Leser offensichtlich am meisten ärgerte, »daß sie diese Sachen, obschon sie sie ›absurd‹ fanden, doch immer zu Ende lesen mußten«, wie Josef Victor Widmann, Redakteur der Tageszeitung »Berner Bund«, berichtete. Angesichts des breiten Unverständnisses, auf das der »Zeitschriftenlieferant« (Walser über Walser) mit solchen Texten stieß, und zunehmender Publikationsschwierigkeiten drängt sich die Frage auf, warum der Verfasser von vielgelobten Romanen (*Jakob von Gunten, Geschwister Tanner*) dennoch an der neuen Schreibweise festhielt.

Eine der seltenen Gelegenheiten, in denen Walser einen direkten Einblick in seine poetologischen Prinzipien gewährt, ist in Form eines Leserbriefs an die »Frankfurter Zeitung« (vom 22.5.1927) dokumentiert: Walsers Text »Ein Dramatiker«, der eine aktuelle Büchner-Aufführung zum Anlaß nimmt, hatte als scheinbar sachbezogene Rezension Anstoß erregt, und der Autor setzt sich nun gegen die Angriffe eines Kritikers zur Wehr, der glaubte, das vermeintliche Opfer, den Dramatiker Georg Büchner, in Schutz nehmen zu müssen. Walser stellt klar, er habe gar nicht beabsichtigt, »seriös, sachgemäß, analysierend über Büchner« zu schreiben. Ohne je einer Büchner-Aufführung beigewohnt zu haben, habe ihm die »Figur« Büchner lediglich als Anregung für ein sprachliches »Klavierspielen« gedient. Hierbei entstehen Texte »vom Charakter einer Teppichweberei, eines Spieles mit Worten, von etwas Mosaikartigem«, mit denen der »prosaschreibende Poet« gleichsam »Leben ... kreiert« habe.

Offenbar um sich für die neuentwickelte Schreibweise zu rechtfertigen – »Ich bin mit der Zeit für meine Verleger eine Bedenklichkeitsverursachung geworden«; »man könnte mich für artistisch irregegangen halten« – , formuliert Walser in

dem Text »Meine Bemühungen« schließlich eine Art Programm: »Ich experimentierte auf sprachlichem Gebiet in der Hoffnung, in der Sprache sei irgendwelche unbekannte Lebendigkeit vorhanden, die es eine Freude sei zu wecken.« Dabei schadet es keineswegs, wenn der Bedeutungsgehalt der Aussagen fraglich bleibt: »Obwohl ich kaum sagen kann, was ich eigentlich damit meine, aber nicht wahr, es klingt so schön, und meine Worte können vielleicht mit Tänzerinnen verglichen werden, die die Verlumpung und Verhudelung alles Ideellen zur vielleicht etwas grotesken Darstellung bringen.«

Gegenüber seinem letzten Vertrauten Carl Seelig erklärt der Autor den Mißerfolg seines Spätwerks gerade damit, daß »die guten Bürger« dachten, er mache sich über sie lustig, »als nehme ich sie nicht für ganz vollwertig. Das haben sie mir nie vergessen. Darum bin ich für sie immer eine dicke Null.« Es war aber seine Überzeugung, daß die Künstler »in einem gespannten Verhältnis zur Gesellschaft stehen« müßten, sonst »erlahmen sie schnell«.

Insbesondere zwecks »Verhudelung« des Nationalstolzes greift Walser gerne zur »Berichterstatterfeder« und macht zum Beispiel vom Nationalfeiertag der Eidgenossen am 1. August wie folgt »ergeben Mitteilung«: »Indem ich gestehe, daß ich zuerst die Absicht nährte, gleichgültig in der Stube zu sitzen ..., darf ich zugleich sagen, daß ich in einem alten abgetragenen Anzug zunächst ein Glas Helles trinken ging. Um vier Uhr nachmittags, also um eine Zeit, da viele Leute damit beschäftigt gewesen sein mochten, Berggipfel zu erklimmen, trat ich in eine zweite Wirtschaft hinein, um hier den Beweis abzulegen, daß ich es ebensogut mit einem dunklen als einem hellen Bier aufzunehmen verstehe.« Immerhin versichert der wegen seiner frühen Landschaftsprosa als Heimatdichter Mißverstandene, dem Anlaß entsprechend »meist mit feierlicher und statthafter Langsamkeit« zu trinken, um dann, »man kann sagen, mit der größten Bedächtigkeit, zum Wein« überzugehen. »›So und nicht poetischer, nicht ehrenhafter feierst du den Ersten August?‹ fragte ich mich, mich aber nichtsdestoweniger auf die Berner Rösti freuend, zu deren Herstellung ich Weisung gegeben hatte. Unter Berner Rösti ist eine Spezialbratkartoffelplatte zu verstehen.«

Daß Walser sich jedoch weder mit einer Destruktion »ideeller« Gehalte begnügen will noch aus ihr die Konsequenz zieht, sich in der selbstzufriedenen Haltung eines monologischen Sprachspiels zu gefallen, ergibt sich aus der positiven Zielsetzung, die er ebenfalls in dem Leserbrief formuliert: »und dann versuche ich immer (oder es geschieht eher nur instinktiv), in der Zeitung irgendeine Anregung zu geben, mich glauben machend, es könne von irgendwelchem Nutzen sein, in dem oder jenem Leser einen Einfall aufflammen zu lassen, der ihn beglücke oder der ihn zu irgendeiner Leistung veranlasse.«

Der gewünschte Effekt – »Lebende zum Denken nötigen oder sie dazu einladen« – ist weit davon entfernt, den Leser zu bevormunden oder sein ästhetisches Urteil zu beeinflussen. Im Gegenteil: Dem Leser der vermeintlichen Buchbesprechung beispielsweise wird Anlaß genug gegeben, an der Sachkompetenz des Rezensenten zu zweifeln. Die Texte zeugen generell von dem Bemühen des Autors, den Leser vor einem Rückfall in eine passive und unkritische Lesehaltung zu bewahren: Das Schreiben als Thema, die Erwähnung von äußeren Umständen der Textproduktion, die fragwürdige Arbeitshaltung des Verfassers, die permanenten Einmischungen seiner Person – all das erzeugt beim Leser eine kritische Distanz und ein Bewußtsein für Kontingenzen der Textanordnung. Die schulmeisternde Rezension ist gleichsam das Gegenstück zu einem solchen literarischen Bildungskonzept. Die typischen »Vertreter von Bildung und Wissen« haben bei Walser einen schweren Stand: »Warum gibt es Leute, die sich anstrengen, einen gebildet zu machen, ohne zu bedenken, daß sie’s vielleicht selbst bloß halb sind?« Nie würde sich Robert Walser, der sich in seinen jüngeren Jahren nur in den Literatensalons herumgetrieben hat, um sich mit Geschmack danebenzubenehmen, feinsinnig geben oder gar einen »Schmerbauch von einem Buch« verfassen wie Tomas Mann (Schreibweise von R. W.). Der spätestens nach seiner jovialen Bemerkung, Walser schreibe so »klug wie ein sehr, sehr feines, vornehmes, artiges und unartiges Kind« beim Gelobten untendurch war: »Bedeutende Menschen nennen mich ein Kind, und ich wäre unartig, wenn ich das nicht selber glaubte. Freilich macht mich dieser Glauben oft ganz schwach. Ich dachte so ganz anders von mir. Übrigens kann ich mich ja noch entwickeln.«

Das Projekt einer Neubelebung der Sprache verwirklicht sich also nicht nur im experimentellen Sprachspiel, sondern auch im systematischen Bruch mit literarischen Konventionen und den daran geknüpften Leseerwartungen. Was sich an den Anti-Rezensionen beobachten ließ, kann man auf Walsers gesamte späte Prosa ausweiten: Es ist eins ihrer Merkmale, stets mit den Konventionen der jeweiligen Textgattung, die sie vorgeblich wiederaufnimmt, zu brechen – ob nun Erzählung, Essay oder Rezension. Im Falle der Rezension hat Walser es insbesondere auf ihre geistig gehobene und belehrende Haltung abgesehen. Der Bruch mit den Leseerwartungen ist Bestandteil eines bewußt ausgearbeiteten Literaturkonzepts, das kaum zuläßt, Walsers Werk zum Auswurf einer verwirrten Psyche zu degradieren: Indem Walser sich von sprachlichen Vorgaben aller Art löst, eröffnen sich neue Möglichkeiten der Sprachverwendung und alternative Denkweisen.

Herausgeber Echte erklärt, daß die mikroskopische Arbeitsmethode – die Walser von einer Schreibkrise befreite – nur unter einem Höchstmaß an Konzentration funktionieren konnte, zumal Walser ein homogenes Schriftbild mit möglichst wenig Korrekturen anstrebte. Tatsächlich scheinen diese späten Texte mit der zunehmenden Unwahrscheinlichkeit, veröffentlicht zu werden, übermütiger und verspielter zu sein, sie enthalten atemberaubende Wortschöpfungen, niemals aber wirken sie unausgefeilt und bloß so dahingeworfen.

1928 wurde Walser wegen einer vorübergehenden Depression und Angstzuständen, die auch von der fehlenden Anerkennung als Schriftsteller herrührten, in eine Heilanstalt »verbracht« und bald darauf gegen seinen Willen und gegen jede medizinische Vernunft entmündigt. Von da an weigerte er sich standhaft, weiter zu schreiben, lehnte außer den für ihn lebensnotwendigen weiten Spaziergängen am Wochenende jede Vergünstigung brüsk ab. Den Ärzten, die sich mit der Frage einschmeicheln wollten, welches seiner Bücher er ihnen empfehlen könne, beschied er, er möchte sie nicht in Unkosten stürzen. Die Anstalt sollte er bis zu seinem Tod 1956 im Alter von 78 Jahren nicht mehr verlassen.

Es ist allerdings ein fataler Irrtum, Walsers späte Prosa vor diesem Hintergrund als monologischen Ausdruck einer leidvollen Dichterexistenz zu deuten – ein Klischee, das jüngst Elfriede Jelinek mit ihrem Theaterstück *er nicht als er – zu, über Robert Walser* und Volker Weidemann in der »Taz« (»Dokumente einer Dichterflucht«) meinten bestätigen zu müssen. Sie übersehen, in welchem Ausmaß die Leserinstanz in die Texte hereinrückt und in das lustvolle Spiel mit der Sprache einbezogen wird. Wie auch immer man auf diese eigentümlichen Texte reagieren mag – ob mit Abneigung, Neugier oder Faszination – , es kann passieren, daß der Leser plötzlich sich selbst begegnet: nämlich in einer der auftretenden Figuren, die sich in verschiedenster Weise zum Sprecher verhalten. Da gibt es Hunde, die ihn wütend ankläffen, prüfende Blicke von Kollegen, erstaunte Gesichter und nicht zuletzt eine Menge schwärmerischer Frauen, die den Erzähler verehren.

Man nehme nur einmal die um den Knaben besorgten Mitmenschen in der eingangs zitierten »Buchrezension«: Ihr Entsetzen über den Zustand des Knaben spiegelt die mutmaßliche Reaktion des Lesers auf die inhaltlichen Abschweifungen des vermeintlichen Rezensenten wie auf dessen ungewöhnlichen Schreibstil. Der Knabe »aber verbrachte als Kranker die fröhlichsten Tage«. Das Buch, um das es geht, ist somit nichts anderes als eine Chiffre für das Prosastück selbst. Und wenn hier etwas rezensiert wird, dann das Verhalten der Rezipienten: Der Leser fällt, ohne es zu merken, dem Verfasser zum Opfer und wird zum Erzählgegenstand. Walser konzipierte den Text – wie nachträglich sichtbar wird – im Blick auf die sich daran knüpfenden Leseerwartungen, mit der Intention, diese fortwährend zu unterlaufen und den Leser als Beobachter in das selbstreferentielle Spiel miteinzubeziehen. Es macht dem Erzähler »Spaß zu glauben, die Leser seien gleichsam die Aufpasser der Schriftsteller«: »Ich selbst verliere den Faden, und Sie, Sie schauen mich an.« Auch das ist kein Grund zur Aufregung: Der Erzähler läßt sich »aufs gelassenste von den Augen anschauen«. So scheint es implizit darum zu gehen, den Leser geradezu zu einer Beobachtung des Erzählerverhaltens herauszufordern. Auch Walsers »Bühnenbesprechung« entpuppt sich als Theatervorstellung für den Leser, wenn der Erzähler im Textverlauf die von ihm kreierten Figuren nach Belieben auf- und abtreten läßt und genauso »aus der Rolle fällt« wie die beschriebene Schauspielerin, die sich mitten im Stück plötzlich ans Publikum wendet. Hinter der naiv-absichtslosen Haltung des Schreibers, die an sich bereits eine Provokation darstellt, steht somit eine raffinierte Konzeption des Autors. – Erscheint es dem Schreiber, wie einmal behauptet wird, »unmöglich auf jede Möglichkeit, den Leser etwa zu verstimmen, Rücksicht zu nehmen« (»Wo käme ich da hin?«), so ist diesem doch in jedem der Texte ein Platz eingeräumt.

Walser vermochte all das oft so geschickt zu verschleiern, daß er damit auch viele seiner professionellen Interpreten hinters Licht geführt hat. Tatsächlich ist das Walsersche Konzept von einer solchen Reichweite, daß es das Sinnverlangen der potentiellen Deuter mitreflektiert. Die »Beobachter« aber, darauf werden wir in mehreren Texten hingewiesen, »übersehen mitunter ihre von ihnen unbeachtet gelassene Zugehörigkeit«.

Der Rezensent, der nun versucht, Walsers Texten mit voreiligen Festschreibungen beizukommen oder die für moderne Literatur üblichen Interpretationsmuster auf dieses Spätwerk anzuwenden, läuft stets Gefahr, Elemente der Walserschen Poetologie wegzukürzen. Z. B. das Vergnügen: Nicht nur dem schöpferisch tätigen Autor selbst, auch seinem Leser soll die Neubelebung der Sprache »Freude« und »Beglückung« verschaffen. Hier steht einmal das Vergnügen am literarisch innovativen Sprachspiel nicht im Widerspruch zur intellektuellen Bereicherung. Daß gerade Leser, die die Literaturanalyse zu ihrer Profession gemacht haben, sich schwer damit tun würden, sich auf dieses Vergnügen einzulassen, scheint Walser geahnt zu haben: »Ich fliehe die verständnisbegabten Leute, weil ich fürchte, daß mir all ihr großes und leuchtendes Eindringen in meine Art und Weise vielleicht doch immer noch nicht recht genüge.« Man sollte seine Texte also nicht den Rezensenten überlassen. Überhaupt warten da so viel wichtigere Dinge – als da wären: ein anständiges Mittagessen, ein guter Tropfen oder eine Mütze Schlaf.

Literatur:

Robert Walser: *Sämtliche Werke in Einzelausgaben*. Hg. v. Jochen Greven, Frankfurt/M. 1986. (Berner Prosa Bd. 8 und Bd. 17-20)

Ders.: *Aus dem Bleistiftgebiet*. Hg. v. Bernhard Echte und Werner Morlang. Gesamtausgabe in sechs Bänden, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2000, 298 Mark. Alle Bände auch einzeln erhältlich. Bd. 1 (Prosa) und 2 (Gedichte und dramatische Szenen) als Taschenbuch: Mikrogramme 1924-1925. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1990, 650 Seiten, 30 Mark

Bernhard Echte: »Ich verdanke dem Bleistiftsystem wahre Qualen.« Zur Edition von Robert Walsers Mikrogrammen. In: »Text. Kritische Beiträge«, Heft 3: »Entzifferung 1« Stroemfeld, Frankfurt a. M. 1997, 196 Seiten, 48 Mark

Robert Mächler:*Robert Walser der Unenträtselte. Aufsätze aus vier Jahrzehnten.* Pendo, Zürich 1999, 235 Seiten, 38 Mark

Werner Morlang: *»Ich begnüge mich, innerhalb der Grenzen unserer Stadt zu nomadisieren ...« Robert Walser in Bern.* Verlag Paul Haupt, Bern 1995, 150 Seiten, 11 Mark

Peter Utz: *Tanz auf den Rändern. Robert Walsers ›Jetztzeitstil‹.* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1998, 527 Seiten, 39,80 Mark

Robert Walser: Und so mag es gekommen sein, daß ich viel Ernstes für mich behielt. Prosastücke und Gedichte aus den Mikrogrammen, gelesen von Fritz Lichtenhahn. Hg. vom Robert-Walser-Archiv. CD, Kein & Aber Records, Zürich 1998

Für Süchtige: Robert Walser: *»Tagebuch«-Fragment.* Limitierte Faksimile-Ausgabe des Mikrogrammentwurfs. Robert-Walser-Archiv, Zürich, Mappe mit 9 Blättern, 60 sFr

Marit Hofman schrieb in KONKRET1/2001 üner Brigitte Kronauers Roman »Teufelsbrück«

Konkret 02/01, S. 56

Marc Fabian Erdl, Armin Nassauer

Melodie & Rhythmus

Flashbacks. Herausgegeben von Werner Pieper. Vol. 1: high & low. Drug Songs 1917-1944; Vol. 2: crazy & obscure. Novelty Songs 1914-1946; Vol. 3: hot & sexy. Copulation Blues 1926-1940; Vol. 4: blue & lonely. Heartbreakers 1927-1946; Vol. 5: gospel & prayers. Halleluja 1926-1946; Vol. 6: hitler & hell. American War Songs 1933-1947; Trikont

Für den eiligen Leser, die eilige Leserin das Wichtigste zuerst: Die Anschaffung dieser Sammlung von raren und weniger raren Kostbarkeiten der frühen amerikanischen Popkultur lohnt sich sowohl für Musikliebhaber als auch für kulturgeschichtlich interessierte Gelegenheitshörer. Der als »The Grüne Kraft« firmierende Werner Pieper hat eine originelle Sammlung von US-amerikanischen Perlen der populären Musik kompiliert: Anstatt stur chronologisch den Zeitraum von ca. 1925 bis 1945 – mit einigen Ausreißern – durchzuackern, hat er sechs Themenkreise repräsentativ dargestellt: Liebeslieder, Albernheiten, Gospelmusik, Lieder über Drogen, über Sex sowie eine CD mit amerikanischen Propagandaliedern aus dem Zweiten Weltkrieg – eine Menge Material, das einer subkulturräsonierenden Öffentlichkeit schlagartig wieder zur Verfügung steht. Immerhin mehr als 150 Stücke Jazz, Blues, Gospel, Country sowie unauslotbarer Lärm (z.B. George van Dusens »Yodelling Chinaman«), also das ganze Brett der amerikanischen Unterhaltungsmusik in der ersten Jahrhunderthälfte. Klasse Musik!

Das Ganze ist eine wirklich schöne Idee, und dafür wollen wir Pieper tüchtig loben. Abgesehen von der konventionell geratenen Liebeslied-CD ist es dem Nicht-Sammler selten möglich, eine so vielseitige und vergnügliche Zusammenstellung zu diesen Themengebieten zusammenzubekommen. Mit der Kenntnis solcher Pretiosen relativiert sich einiges am pseudoaufsässigen Popmusiker-Gehabe neuerer Prägung, und über die Explicit-Lyrics-Sticker auf HipHop-Platten hätten die Interpreten der Copulation-Blues-CD vermutlich herzlich gelacht.

Mehr als nur ein bißchen ärgerlich hingegen ist die Dokumentierung der Sammlung. Wir haben es mit dem seltenen Fall zu tun, daß jemand seine Arbeit sowohl liebevoll als auch schlampig erledigt hat. Opulent aufgemacht und zweisprachig – jeweils verschiedene Texte! – und mit zahlreichen Fotos und Dokumenten angereichert, machen die Booklets zunächst mal einen dollen Eindruck. Das war eine Menge Arbeit.

Generell ist der englischsprachige Teil, für den Keith Chandler verantwortlich ist, der deutlich solidere. Pieper liegt das Schwadronieren mehr, und die Fakten sind ihm lästiges Beiwerk. Konsequenterweise verheddert er sich darin. So wird bereits die Zuordnung der einzelnen Tracks von Pieper nicht immer überzeugend geleistet. Was eine Karl Valentin/Liesl Karlstadt zugerechnete Aufnahme (CD 2) in dieser Sammlung zu suchen hat, bleibt rätselhaft. Und ausgerechnet Goebbels' Propaganda-Jazzband »Charlie and his Orchestra«, noch dazu mit einem antibritischen Song, auf die »American War Songs«-CD zu packen, ist nicht nur ein wenig frivol, sondern auch unnötig – antiamerikanische Songs dieser Kapelle hätte es, wenn es das als Beleg schon braucht, ebenfalls gegeben. Übrigens sind sie seit der Veröffentlichung von »Hitler's Airwaves« von Lotz und Bergmeier (1997) auch leicht zugänglich und diskographisch erschlossen. Piepers Datierung dieser Aufnahme auf ca. 1943 ist reiner Unfug, genauso die Behauptung, es hätten Engländer in dieser Band gespielt. Das ist eines von zahlreichen Beispielen editorischer Wirrnis. Längst bekannte Aufnahmedaten fehlen oder sind falsch; die Zeiträume auf den CD-Covern stimmen mit den Aufnahmedaten der Tracks nicht überein (z.B. Vol. 6: laut Cover 1933-1947; laut Tracklist nur 1940-1945).

Bei derlei Angaben handelt es sich nicht etwa um esoterisches Wissen, das beim Untergang von Atlantis dem Weltwissen abhanden gekommen ist – obwohl Sammler gerne mit diesem Anspruch auftreten. Einschlägige Diskographien und Handbücher dürften in Universitätsbibliotheken mittlerer Größe problemlos aufzutreiben sein. Das heißt leider, daß diese Sammlung »nicht zitierfähig« und als Dokumentation ohne Not minderwertig geraten ist. Hier wurde durch Eselei eine Chance vertan. Wie kommt das?

Wichtiger als die langweilige Wiedergabe von Fakten ist dem Herausgeber seine Mission: die Verkündung der rebellischen Kraft der amerikanischen Popmusik. Und da wird es wirklich problematisch. Daß Pieper in seinen Begleittexten eine schnodderige Lässigkeit und linksökologisch-kumpelhafte Vertraulichkeit an den Tag legt, für die z.B. der Katalog eines Frankfurter Bücher- und Schallplattenversands so berüchtigt ist, mag als generationenbedingte Abgeschmacktheit durchgehen. Auch ist es legitim, die eigene (nicht zuletzt biographische) Verbundenheit mit der amerikanischen Popkultur – im Gegensatz zur Trostferne deutscher Unterhaltung – als Movens in den Vordergrund zu stellen. Warum aber muß Pieper jeden Blödsinn unreflektiert wiedergeben, der durch die Medienlandschaft spukt? Zu einem Spike-Jones-Stück (CD 2) fällt ihm nichts Besseres ein als die Feststellung, daß es »politisch absolut unkorrekt« ist. Bei Kanui & Luna (CD 2), zwei Musikern aus Hawaii, ist es laut Pieper »natürlich p.c.mäßig unverzeihlich, daß ich deren Musik in diese Compilation von musikalischen Absurditäten mit aufgenommen habe. Aber mein Geschmack ließ mir keine andere Wahl.« Huch, wie rebellisch. Wie D. Diederichsen schon sagte, »das dünnste, schwächste, dazu billigste und falscheste, wenn nicht reaktionärste aller Gratislobe«.

Ganz schattig wird es dann, wenn Pieper und Trikont vom Jazzverbot im »Dritten Reich« fabulieren. Das ist sicherlich eine beliebte und nützliche Legende, um das Interesse an historischer amerikanischer Popmusik politisch aufzuwerten und die Musik im nachhinein mit der Aura des Besonderen zu versehen (als hätte sie diese nachträgliche Eingemeindung nötig!). Aber das Geschwafel über das Jazzverbot bzw. Generalverbot von entarteter Musik, das immer wieder breitgetreten wird, ist dummes Zeug – genauso wie die damit auf paradoxe Weise kommunizierende, neuerdings wieder kurrente Gegenerzählung, was für eine großartige deutsche Jazzmusik es in Nazi-Deutschland doch gab (wie in Marko Paysans Sammlung »Swinging Ballroom Berlin«, 4 CDs). Repressalien und Gewalt gegen Jazzmusiker und -hörer, die es unstrittig immer wieder gab – Pieper zitiert den berüchtigten Brief von Himmler an Heydrich bzgl. der Swingjugend – , waren vielmehr von Kompetenzanarchie und Dezisionismus gekennzeichnet. Bis zum Kriegseintritt der USA war es in Deutschland kein Problem, eine Ellington- oder Bing-Crosby-Sammlung anzulegen. Auch danach gab es Jazzmusik, die in Deutschland gespielt, aufgenommen und verkauft wurde.

Wohlgemerkt, den reinen Genußhörer müssen die diskographischen Schnitzer und die Rosinen in Piepers Kopf nicht stören. Wie steht es dann um das Wohlergehen dieses Hörers, der nur Wert auf »flotte Musik« legt? Prima soweit. Pieper hat – dafür sei ihm wiederum gedankt – nicht den Fehler gemacht, eine reine Obskuritätensammlung zu produzieren, nach dem Motto »Je abgelegener, desto besser«. Konventionelle Tracks stehen neben Manifesten der Durchgeknalltheit, begnadete Musiker neben soliden Handwerkern. Die Musik ist auf weiten Strecken großartig, immer aber interessant genug, um dabeizubleiben. Zweierlei bleibt zu wünschen. Erstens, daß der Trikont-Verlag nicht müde wird, solche Sachen der Vergessenheit zu entreißen und technisch exzellent wie hier aufzubereiten. Zweitens, daß Werner Pieper sich zusammenreißt, ohne völlig an Schwung zu verlieren. Denn vermutlich muß man auch ein wenig verrückt sein, um das zu leisten, was er hier auf die Beine gestellt hat. Weniger Grüne Kraft, mehr Swing, Herr Pieper!

Konkret 02/01, S. 58

Gert Ockert

Alles auf Sendung

Er hat es nicht gewollt, aber er hat es uns eingebrockt: Mit »Big Brother und »Ich heirate einen Millionär« ist Helmut Kohls »geistig-moralische Wende« am Ziel

Weißt du noch?

Wenn ältere Menschen sich versammeln, reden sie über manches; aber wie alle Menschen reden sie dauernd vom Fernsehen. Sie waren dabei, als das Leben in ein Live-Studio verwandelt wurde, sie kennen die Zeiten, als eine neue Show noch kein Event, sondern ein Ereignis gewesen ist, sie haben jeden Abschnitt ihrer eigenen Geschichte mit geliebten Serien und verhaßten Moderatoren verbunden; und beim Abgleich der »individuellen« TV-Biographien läßt sich ein Abend durchaus so herumbringen, als wären tatsächlich Individuen anwesend. Mit dem schlechten Gewissen, das zum Altwerden gehört wie Starsky zu Hutch, erinnert man sich an die Freude über jeden neuen Tabubruch, jeden weiteren Zipfel freigelegten Menschenfleischs, die Erregung, die man einst empfand, in den 60ern und 70ern, als es nur zweieinhalb Kanäle gab in Westdeutschland und außerdem einen schwarzen im Osten, bei Transsylvanien, der aber noch philiströser war als das ZDF. Ältere Menschen sind nicht alt genug, um sich an Zeiten ohne Fernsehen zu erinnern, sie sind klein gewesen, als das Medium erst anfing großzuwerden, und ehe sie sich's versahen, war es uns allen über den Kopf gewachsen und wälzte sich über die Welt, ein Moloch, wie noch nie einer gewesen ist, jenseits jeder Moral, unersättlich, unbesiegbar, unsterblich.

Einst, ältere Menschen wissen das, es ist ja auch erst fünfzehn Jahre her, war es was Außergewöhnliches, auf dem Bildschirm gewöhnlichen Leute zuzusehen. Die »Lindenstraße« hatte kaum die erste Staffel hinter sich gebracht, und die Peinlichkeit der Dialoge, das Chargieren der drittklassigen Schauspieler sorgten vorerst nur für Häme und Heiterkeit. Daß hier das Durchschnittspublikum selbst in Serie ging, der Trivialgeschmack und der ganz ordinäre Voyeurismus resp. Exhibitionismus des Idealzuschauers rum Format gerann, ahnte die Kritik wohl. Aber Folgen, die über die am Sonntagabend zwischen »Sportschau« und »Weltspiegel« hinausgehen könnten, stellte niemand sich vor. Der bildungsbürgerliche Kodex, der das deutsche Fernsehen damals, Mitte der 80er, immer noch überwölbte wie die Eierschale den Kopf des Trickfilmvogels Calimero, schien unerschütterlich. Dabei war das Ende des didaktisch ambitionierten TV schon seit 1982 besiegelt.

Denn in jenem Jahr rutschte Helmut Kohl ins Amt, und der neue Bundeskanzler hatte keine Idee, was mit der Macht anzufangen sei, außer: sie zu haben und nie wiederherzugeben. Doch es war diese eine Idee so fix, daß sie das Weichbild der Bundesrepublik gravierender veränderte als vormals Apo und Afri-Cola. Die Restaurierung jener kleinbürgerlichen Werte, von denen Kohl meinte, daß sie ihm auch nicht geschadet hätten, lag dem dicken Mann gewiß am Herzen. Aber er war nie so blöd, daraus ein Regierungsprogramm zu machen. Echten Eifer entwickelte dieser Kanzler in den Jahren vorm Mauerabbruch allein in einem Punkt: bei der Einführung des Privatfernsehens. Fest vom Unfug seiner Mentorin Elisabeth Noelle-Neumann überzeugt, er habe bei der Bundestagswahl 76 nur deshalb gegen Helmut Schmidt verloren, weil die notorisch »roten« Rundfunkanstalten ihn hatten schlecht aussehen lassen, wollte Kohl, zwecks Zementierung seiner Macht, nun Sender, welche direkt vom DIHT bzw. des Kanzlers bestem Wahlkampfhelfer Leo Kirch kontrolliert wurden. Und also niemandem dienen würden, ja könnten als der CDU, und über *deren* Eigentümer gab's keine Diskussion.

Kohls treuer Postminister Christian Schwarz-Schilling verbreitete mit der nämlichen Emphase und Glaubwürdigkeit wie zehn Jahre später Schreckensgeschichten aus dem serbisch besetzten Bosnien, es seien reklamefinanzierte Fernsehkanäle unabdingbar für die Freiheit und Vielfalt der Information. Ceterum censeo, fügte der Minister hinzu, habe der Zuschauer ein Recht darauf, fürs Fernsehen nichts zu bezahlen. Diese effektive Demagogie hatte den beiden wenig hellen Politikern einst die Springer – Presse beigebracht: »Fernsehen wird durch Bild erst schön« war ja nicht bloß blühender Nonsense gewesen, sondern immer auch so etwas wie ein Versprechen aufs totale und radikale TV - befreit, wie der Neokapitalismus, der sich in den 80ern formierte, von allen Rücksichten, von jeglicher Selbstkritik und, vor allem, von jeder Politik im strengeren Sinne.

Noch viel früher, Anfang der 60er Jahre, hatte Konrad Adenauer, verärgert über gelegentliche Aufmüpfigkeit der ARD, versucht, mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen einen echten Regierungsfunk zu etablieren. Das scheiterte am Rundfunkgesetz. Kohl machte es klüger und änderte erst das Gesetz, ehe er RTLplus und Sat 1 von der Leine ließ. Was dann geschah, machte ihm freilich nicht lange Freude.

Ich nehme die Kirsche

Wie das alles losging mit dem Wellensalat, den wir jetzt haben ... wie es möglich wurde, daß Jenny ihren Embryo als Preßgeburt abtreibt und Harry unter lauter Androiden jemanden zum Kuscheln sucht ... wie aus Kohls ideeller,

gesamtrepublikanischer Doppelhaushälfte ein gläserner Wohncontainer mit Séparée fair zahlungswillige Gäste wurde, das wissen auch ältere Menschen nicht so genau zu datieren. Die »Kommerziellen« begannen mit mageren Etats und kilowattarmen Sendestationen; sie wurden belächelt wie die armseligen Helden der »Lindenstraße«, und tatsächlich sahen ihre Moderatoren und Conférenciers seinerzeit genauso aus wie Hans Beimer und Tanja Schildknecht. Aus technischen Gründen bekam kaum jemand mit, was sie trieben, und wer bemerkte, was sich da tat, schaltete schnell wieder weg. Aber Schwarz-Schilling subventionierte unverzagt das einzige echte Regierungsziel seines Dienstherrn mit den Uberschüssen der Post, ließ das Land um- und umwühlen für Kabelstrecken; und der freien Wahl des mündigen Zuschauers, auf der Fernbedienung auch mal die 4 oder die 5 zu drücken, halfen die unabhängigen Redakteure des Springer-Verlags, der »WAZ«Gruppe und des Bertelsmann-Konzerns zuletzt doch auf. Daß jene zum selben Stall wie Sat 1 und RTLplus gehörten, las man gelegentlich, doch gerade nicht in den Blättern, die mit den neuen Sendern den Stall teilten und je einzeln mehr bedrucktes Papier unters Volk brachten als alle Konkurrenz zusammen. Fürs inzwischen so genannte »Printmedium« war offenbar das, was Kohl, Schwarz-Schilling und die CDU unter der »neuen Informationsvielfalt« verstanden, bereits eingelöst. Das ließ die Vorstände hoffen und die jungen, erfolglosen Sendeanstalten weiterleben.

Kurz vor Ende der 80er - die Bürger der BRD hatten, ungefragt, allerdings auch ohne Murren, die Infrastruktur des neuen, »kostenlosen« Fernsehens zusammentelefoniert - drehten die »Privaten« auf. Aus den Archiven des Film-Dealers Leo Kirch kauften sie an, was immer eine nackte Brustwarze zeigte, und zumal RTL, das auf sein Plus so souverän verzichtete wie Sat.l sich einen Punkt zulegte, machte aus der Simulation von Pornographie geradezu eine Programmdirektive. So viel Leidenschaft am Spannen hatte das Fernsehen, wiewohl es doch zu gar nichts anderem nütze ist, nie zuvor entwickelt; und das Publikum, das längst gewöhnt war, seinen Alltag über die Schirmbilder zu definieren, freute sich, daß es bei den jodelnden Lederhosen und Erika Berger ebenso verklemmt und lustlos zuging wie im eigenen Schlafzimmer. Mit dem einen Unterschied: Bei den »Privaten« wurde das private Elend öffentlich und das Trauerspiel, das Sexualität in der verwalteten Welt ist, zum Witz, über den man immerhin bei der Frühstückspause lachen konnte.

Mit der Striptease-Simulation »Tutti Frutti« fand das neudeutsche Kommerz – TV zu seinem ersten genuinen Format; und es machte gar nichts, daß Konzept, Dekoration und fast alle Komparsinnen der Show aus Italien stammten. Denn der Moderator Hugo Egon Balder war so unverkennbar ein Deutscher wie Wim Thoelke oder Walter Spahrbier oder der Kanzler, und wie von ihnen konnte sich auch von Balder niemand vorstellen, er würde beim Anblick eines nackten weiblichen Körpers etwas anderes denken als: »Süß, die Kleine, aber für mich zählen schon mehr die inneren Werte«, nämlich: Sauberkeit, Pünktlichkeit, ‚Treue und ein rechtes Händchen für den Haushalt. Sowie Verständnis für das linke Händchen des Hausherrn, das vor dem Bildschirm wie bei A1 Bundy sich gern unter den Hosenbund schiebt. Und dort einschläft.

»Tutti Frutti« bestimmte gültig, was Macher gleichwie Konsumenten des »freien« Fernsehens für »geil« halten: Die Entblößung, nicht etwa den Akt, der ihr folgen könnte, das Glotzen, durchaus nicht das Mitmachen. Was immer seither an Sex im TV geboten worden ist, mochte es im Bild auch die albernen Pfänderspielchen von »Tutti Frutti« um mehrere Quadratdezimeter erogener Zonen überbieten, hatte nie einen anderen Zweck, als die Erbärmlichkeit und Verfügbarkeit des Intimen in der durchkapitalisierten Welt zu beweisen. Wenn Lilo Wanders heute einen Beitrag über nackte Aerobic-Sportler mit den Worten abmoderiert: »Am schönsten sind. doch die Pausen zwischen den Übungen«, dann wird auch dem letzten Deppen gewahr, wie unendlich jämmerlich entblößte Geschlechtsteile wirken, sobald sie auf dem Bildschirm erscheinen, und wie heilfroh er sein kann, daß ihm die Wanders beim Wichsen keine Kamera zwischen die Beine hält. Und er läßt brav die Hand dort, wo sie hingehört. Auf der Fernbedienung.

Un rêve d'enfer

Das Fernsehen, das wir jetzt haben, hätten wir auch ohne Helmut Kohl und Christian Schwarz-Schilling, ja sogar ohne Elisabeth Noelle-Neumann bekommen. Die infantile Gesellschaft, die der Kapitalismus braucht, um als die einzige Möglichkeit gesellschaftlicher Organisation akzeptiert zu werden, und die kein Medium wirksamer zu formieren vermag als das Fernsehen, entstand bereits, als Joseph Fischer noch Polizisten zusammentrat und Alice Schwarzer sich für eine Feministin hielt. Das *offene* Bekenntnis freilich zur Unmündigkeit wurde tolerabel gemacht durch einen, der das Land und seine Partei regierte wie der alte Sarikakis seinen Gyros-Grill, der Bundesministerinnen öffentlich »Mädchen« nannte und aufmüpfige Adlaten kurzerhand enterbte. Helmut Kohl stellte sich Deutschland vor als eine gigantische Familie, die zu ihm »Papa« sagte, Hans Geissendörfer brachte diese Vorstellung mit der »Lindenstraße« in ein Bild, das kein Ende nimmt, und die »Privaten« stimmten die Regression ins Kleinbürgerliche, in welcher der Kanzler und der TV-Produzent schwelgten, sauber ab mit der obszönen Deformation, die im real existierenden Kapitalismus als funktionierender Familienverband gehandelt wird. So wurde die Chat – Show erschaffen, der nachmittägliche Griff in die Seele des kleinen Mannes, der bekanntlich alles ausbaden muß.

Und als weder Margarethe Schreinemakers noch Hans Meiser länger die Neugier der Beschädigten auf das beschädigte Leben ihrer Nachbarn zu erwecken vermochten, mußte mehr Realismus in die Veranstaltung, und darum wurde ein Zoo erbaut, bewohnt von komplett entmenschten Wesen, und weil es hier nurmehr ums Beobachten und Bewachen irgendwie humanoider Regungen und Bewegungen unserer nächsten Verwandten geht, heißt die Sache »Big Brother«. Die monströsen Widersprüche zwischen der kalt kalkulierten Show und dem, was sie auslobt - »Zeig mir dein Gesicht!« -, haben allenfalls jene älteren Menschen gestört, die einst nicht genug kriegten von den Tabubrüchen bei »III nach neun«, die zwischenzeitlich Angst hatten, für Spießer zu gelten, weil sie den Trash von RTL partout nicht hip finden konnten, und die mittlerweile den gesellschaftlichen Ausschluß fürchten müssen, wenn sie ihren Ekel vor den zoologischen Versuchen des neuesten Fernsehens artikulieren. Nicht zufällig belagern den »Wohn-Container« in Köln-Hürth vor allem Kinder, die nie etwas anderes gekannt haben als eine Welt mit privaten Sendern und die sich nicht nur ihre »individuelle« Biographie via TV konstruieren, sondern komplett ohne Identität wären ohne das Fernsehen.

Helmut Kohl aber, der einst antrat, die ideale Kleinfamilie zum Verfassungsprinzip der Bundesrepublik zu erheben, doch zu Zwecken seines Machterhalts die Kleinfamilie ans Fernsehen verkaufte, müßte sich heute mehr grämen über die Aufrichtigkeit, mit der »Ich heirate einen Millionär« den tieferen oder, auch recht, höheren Zweck der Hochzeit, die amtlich sanktionierte Prostitution nämlich, ausspricht als über die Mißlichkeiten rund um seine Spendenaffäre. Wäre ihm je ein Gedanke wichtiger gewesen als der von der Machterhaltung, es grämte ihn tatsächlich. So aber bleibt es seinen geschworenen Feinden überlassen, anzuerkennen: Die »geistig-moralische Wende«, die Kohl 1982 versprach, ist geschehen, und sie hat im anbrechenden dritten Jahrtausend ihre Vollendung gefunden in TV-Shows, die einander wildfremde Menschen unters Diktat der Familie zwingen und das Institut der Ehe als gehobene Zuhälterei präsentieren. Aber natürlich hätte Kohl nie siegreich sein können, wäre es ihm gegeben gewesen, die Folgen seiner Handlungen zu ahnen. Auch Hans *Geissendörfer, der* bestimmt mehr vom Fernsehen versteht als der bedeutendste Förderer, den das Medium hierzulande je hatte, glaubt ja bis heute, die »Lindenstraße« sei ein Werk der Aufklärung. Sie ist aber nur ein Alptraum von Else Kling.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 1 /2000 über die Kunstblumenstadt Sebnitz

Konkret 02/01, S. 60

Georg Seeßlen

Anfang und Ende

Eine Ausstellung im Münchner Instituto Cervantes zeigt Fotografien des späteren Filmemachers Carlos Saura aus dem francistischen Spanien der 50er Jahre

Carlos Saura ist wohl der bekannteste jener spanischen Filmregisseure, die unter der Franco-Diktatur in allerlei Verschlüsselungen Nachrichten über eine Gesellschaft der Gewalt und der Lähmung aus dem Land hinauszuschmuggeln verstanden, immer zwischen dem Skandal und der »Unleserlichkeit« seiner Arbeiten schwankend. Er entwickelte eine höchsteigene Formensprache, eine virtuose Vermischung der Erzählzeiten, Einstellungen, die immer zugleich das Reale und das Groteske, Stillstand und Gewalt vermitteln. In Deutschland kam Saura erst mit seinen bizarren Tanzfilmen wieder in die Kinos, um seine sperrigen und widerständigen Arbeiten der 70er Jahre hat sich bei uns das Fernsehen gekümmert.

Um 1949 hatte Saura begonnen, aus seiner Passion, der Fotografie, eine »semiprofessionelle«, kontinuierliche Arbeit zu machen, die er auch während seiner Studienzeit an der Madrider Filmhochschule und sogar noch während der ersten Regiearbeiten (etwa »Los Golfos«, 1960) fortsetzte. Auf seiner Suche nach einem Weg, die Wirklichkeit eines Landes wiederzugeben, das diese Wirklichkeit weder akzeptieren noch anders leben konnte denn in der radikalsten Form von Ungleichzeitigkeit, hat sich Saura an zwei Strömungen der bildenden Kunst orientiert: dem (italienischen) Neorealismus und dem Surrealismus französischer bzw. eben spanischer Provenienz. Luis Buñuel, den Saura immer wieder fotografierte, spielte für ihn die Rolle eines »zweiten Vaters«, und der Einfluß seiner mehrdeutigen Symbolsprache ist in Sauras Fotografien wie in seinen Filmen zu spüren (und dies in einem Maße, das den Filmen nicht immer nur guttat).

Der Fotoapparat erweist sich als ein zur Vermischung des gefundenen Realen und des gesuchten grotesken Effekts höchst brauchbares Werkzeug. Auf den ersten Blick wirken Sauras Fotografien insbesondere der frühen 50er Jahre wie Studien für einen neorealistischen Film. Wir sehen das Einzigartige im Gewöhnlichen, Landschaft und Architektur, die sich gegen den Zugriff der zugleich ordnenden und melodramatisierenden faschistischen Ästhetik erfolgreich zur Wehr setzen, und Menschen, die als Individuen, nicht als »Kategorie« Volk sind: Objekte einer Herrschaft, die sich nicht vollständig offenbart, Subjekte von Träumen und Sehnsüchten, die wir allenfalls erahnen können (an der Schnapsreklame, an den Kinoplakaten in Orten, die sich ansonsten nicht zu schmücken wissen). Die Armut in den Bildern aus Andalusien zum Beispiel erzeugt vor allem eine sonderbare Leere. Es ist, als wäre hier auch noch die Atmosphäre, die Luft zum Atmen, zumindest jede frische Brise verschwunden. Man kann natürlich schon dies als politische Metapher ansehen: eine Gesellschaft im Stillstand, in einer Agonie, die nur immer wieder blitzschnell in eine absurde Gewalt umschlagen kann. In den Stierkämpfen und Schlachtritualen, in den Waffen und Riten.

Aber dieser Stillstand in Sauras Bildern, die 1953 zum erstenmal nicht zu Unrecht und doch auch wieder zum Zweck der Maskerade unter dem Titel »Arte Fantástico« gezeigt wurden, ist eine strikt »gefundene« Situation, aus der sich eine Geschichte ergeben kann. Sie zeigen nicht außergewöhnliche Menschen, sondern Menschen in einem außergewöhnlichen Moment. Man könnte sagen, Saura versuche in diesen Fotografien, eine Essenz des francistischen Faschismus aufzuspüren, die Lethargie, den Todesrausch, die Sehnsucht nach dem Tod, die Sehnsucht, in einer großen Geste zu sterben. Es ist, als würde sich alles nach einer verborgenen Gewalt sehnen, die jederzeit wieder aufbrechen kann, und als könnten wir zusehen, wie die Kinder in diese Gewalt hineinwachsen, ihr Blick aus den großen Augen bricht sich schon an der zerlumpten und blutigen Welt.

Das Kompositionsprinzip (das sich später in Sauras Filmen wiederfinden wird) ist zunächst denkbar einfach: Der Fotograf versucht, die Situation einzufangen, in der die Menschen sich voneinander isolieren, in der es scheint, als habe die Handlung des einen mit der des anderen nichts zu tun. Buñuel und einige Künstlerkollegen stehen auf der Straße und sehen nicht, daß da ein gelähmter Bettler herangekrochen kommt. Wieder Buñuel, der die Hände vor das Gesicht schlägt, wir haben nicht die geringste Ahnung, ob aus Müdigkeit, Verzweiflung oder als Pose. Ein halbnackter kleiner Junge steht vor den blutigen Instrumenten, mit denen Schweine geschlachtet werden. Kurzum: Alle diese Fotos beinhalten Möglichkeiten zu Geschichten, die sie aber nicht offenbaren. Sie fixieren einen Augenblick, der gleichzeitig Ende und Anfang sein könnte. Aber eben: kein Arrangement!

Auf einer Straße sitzen Menschen, jeder für sich (Portierras de Castilla), als hätten sie Angst, einander allzuviel mitzuteilen. Ein andermal schauen sie ebenso neugierig wie sprachlos einem Geschehen nach, das wir nicht erkennen. Ihre Wege trennen sich; nicht einmal in den Stierkampfbildern (»La novillada en la Zarzuela«) ist über den gemeinsamen Rausch von Gefahr und Tod etwas wie ein Zusammenhalt zu sehen. Wir sehen den kleinsten gesellschaftlichen Einheiten, immer wieder Familien, bei elender Arbeit oder in elenden Behausungen, dabei zu, wie sie auseinanderfallen. Schön ist in diesen Bildern allenfalls noch der einzelne, nein: Schön ist in den Fotografien von Saura nur noch der Blick der Menschen, der über ihre Situation hinausgeht.

In seinen Filmen wird das Thema der Zerrissenheit wiederaufgenommen. Blicke sind eher Mauern als Türen. Jeder geht seiner eigenen Wege, auch die Künstler der Gruppe »El Paso« scheinen zerfallen in einzelne und Untergruppen, man tanzt (»La tarde de domingo«) eher voneinander weg, als daß man sich begegnet. Der surrealistische Bruch mit der realen Situation bedeutet die verborgene und verbotene »Politik«.

Es ist eine Zeit zwischen den Zeiten, keine Erinnerung und keine Gegenwart. Das geschlachtete Schwein und die blutverschmierten Hosen, das halbnackte Kind (»La matanza de cerdo en Cañete«), die bettelnden Kinder und die abweisenden Frauen: All das gruppiert sich nicht zum vitalistischen Lied der schönen Barbarei. Die Unwissenheit dieser Menschen, die nicht einmal einander ansehen (anders als die wenigen Bürger, etwa Sauras eigene Familie, die sich sogleich den Spiegel und die Kamera zu Komplizen machen), geschweige denn die Welt erkennen können, in der sie leben, sind keine Heiligen und keine Naturkinder.

Von hier aus gehen die Reisen in die Vergangenheit, verschwimmen die Zeiten in Sauras Filmen. Der Blick der Kinder, wie er sich in »Kusine Angelica« wiederholen wird, während die Macho-Rituale – das Schlachten, die Stierkämpfe, die Jagd – sich wiederholen als Ausdruck der alten Macht. Es gibt auf den Fotos die Versprechungen, das Fest (»La feria de ganado de Puerollano«), die Filmplakate vor den Männern, das Echo einer anderen Welt, die sich wiederholt in Comics und Popmusik im Film »Kusine Angelica«, ein wiederum nur surreal empfangener Schein der »Moderne« in der Gesellschaft der Ungleichzeitigkeit. Aber immer gibt es auch jene mißtrauischen, »vergifteten« Blicke, mit denen sich Menschen gegenseitig beobachten. Das francistische Spanien, das sich in Sauras Fotografien offenbart, ist die Vision einer überwachten Unterentwicklung, die Armut, die sich erkennt im Beamten der Guardia Civil. Der Blick nach innen, das Abwenden des Blicks ist demnach immer eine Form des Selbstschutzes. Buñuel, der die Hand vor die Augen schlägt, in einem leeren Raum, atmosphärelos, als hätte er zuviel gesehen, ist auch das Bild des Künstlers in dieser Welt, ein »Vater«, der den Blick nur nach innen leiten kann.

Nicht zu ertragen dieses Leben, ohne das Komische, das die Surrealisten in allem zu entdecken vermögen. Es ist ja gerade das Groteske, daß das Leben überhaupt noch stattfindet, daß sich im Zustand dieser höchsten Lähmung allerorten Dramen, Mißverständnisse, Kämpfe oder Bewegungen abzeichnen. Saura übt sich gewissermaßen in einem Don-Quijote-Blick, alles hat mehr Bedeutungen, ist doppelbödig, könnte ein dramatisches ebenso wie ein komisches Geschehen ergeben, könnte aber auch vollkommen trivial bleiben – eben der Augenblick, der genau dazwischenliegt. Der Mann neben der Frau, der gerade seine Zigarette ausdrückt und irgendwohin sieht, nur nicht zu der Frau – wird er im nächsten Augenblick fortgehen, erzürnt oder zu einer anderen Frau? Wird der heranstürmende Stier einen Menschen töten, oder wird nur der Mann im Vordergrund seine Zigarette verlieren? Wird Buñuel den verkrüppelten Bettler, der auf der Straße herangekrochen kommt, noch bemerken oder nicht? Warum schlägt auch diese alte Frau am Tisch vor dem Teeglas gerade die Hände vors Gesicht? Nur die Männer erwidern gelegentlich den Blick der Kamera, die Frauen suchen immer eine Diagonale, eine Fluchtlinie über die Achse hinaus. Natürlich sucht dieser quijoteske Blick der Kamera auch die Liebe.

Der Ausgangspunkt dieser Bilder ist immer ein Moment völliger Konkretheit, der dann zu einer politischen, einer psychoanalytischen oder einer surrealistischen Deutung führen kann. Ein Kind, das in einem Käfig sitzt, ein anderes, das seine Puppe neben sich wie eine Leiche liegen hat, und ein Mann, der über einem geleerten Teller vor sich hinstarrt. Carlos Sauras Fotografien scheinen einen Augenblick einzufangen, in dem etwas geschehen *muß*. Er fotografiert den Moment, der eigentlich nicht mehr auszuhalten ist. Jetzt, ein Menschenalter später, lange nach Francos Tod und ohne den Blick der Zensur, den man sich immer zu den Bildern hinzudenken muß, obsiegt freilich eine komische Trauer.

»Carlos Saura – Fotografien (1949-1962)«, Instituto Cervantes München, 8.-23. Februar 2001, Mo.-Fr. 12-19 Uhr, Eintritt frei. Der Katalog zur Ausstellung kostet 33 Mark.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 11/2000 über den Skinheadfilm »Oi! Warning«

Konkret 02/01, S. 62

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ist das nicht erzschrecklich und eine seelische Grausamkeit? Die ganze freie Presse ununterbrochen voll mit Joschka und Babs und Boris und Christoph? Und dann noch das Schmeißfliegenpapier Merz, der uns, den Landsleuten von Beethoven, von Talkshow zu Talkshow nicht eine einzige Faser jener Stränge, über die er in seiner Jugend geschlagen haben will, zeigt? Nicht ein Lichtbild, das bezeugt, wie er, der jüngste Greis der neueren deutschen Geschichte, Bier aus der Flasche trinkt und/oder freifüßig Moppäd fährt, also wie er, die Beine tollkühn gespreitet, mit achtzehn km/h durch die Tanzstunde brettert, daß die Petticoats der auf Friedhelm alias Höllenengel scharfen Kreisstadtgören schpritzen. Es ist zum Kotzen mit diesem Brocken. Weißgott. Nun löse ich doch sonntags immer das »Lustige Silbenrätsel« in Springers » BamS«, wo man aus vorgegebenen Silben Wörter bilden muß, die den »Kampf ums letzte Fleischstück am Büfett« bedeuten oder »nichtsnutziger Ungeziefernachwuchs« oder »jugendliches Eßgeschirr«, in diesem Fall also Schnit-zel Jagd, Lau-se-ben-gel und Kin-der-tel-ler (lustig, gell), und wie ich damit durch bin, blättre ich weiter und harre katatonisch inne bei einer ganzseitigen Anzeige, aufgegeben von »Friedrich Merz, Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion«, und obendrüber ist der imperialistische Greifvogel, und daneben ist das Foto von Friedhelm und erst jetzert spann ich: Ui, der heißt ja in realo FriedRich und nicht -Helm, und ich hätte da Haus und Hof verwettet in meinem präzisen Wahn, daß ein Geschöpf wie der absolut FriedHelm gerufen werden muß und niemals FriedRich heißen darf. Soo. Und nun lese ich also von Friedhelm, ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin: »Betr. Ihre Rente. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Noch nie ist das Vertrauen der Rentnerinnen und Rentner und der Beitragszahler derart beschädigt worden wie in den letzten zwei Jahren unter der Regierung Schröder ... So kann man mit der Rente und vor allem mit den Menschen nicht umspringen.« Und ich beginne stante pede inwendig zu raasen und verschütte meinen Frühschoppen, so haue ich drein auf den Tisch, und ees schreit in mir ganz im Stil des erregten kleinen Mannes von der Straße: Ja, du mit dem Charaktermaskenschnabel falsettierende Nachtundnebelkrähe, wir, die Rentner und Beitragszahler im Lande Beethovens, wir wissen very wohl, daß Schröder und die Seinen auf unsern Lebensabend scheißen, aber daß ausgerechnet du in deinem rhetorischen Einreiher, du und dein famoser Bergpredigerverein, daß ihr die Menschenrechte der Rente und die Rentenrechte der Menschen verteidigen wollt gegen den globalkapitalistischen Sachzwang mit all seinen grausamen Standort- und Wettbewerbs- und Lohnnebenkostengeboten, das kannst du mal deinem Moppäd erzählen oder deinen Zähnen, mit denen du die Flasche Bier aufgemacht hast in deiner orkanhaften Jugend. »So kann man mit der Rente und vor allem mit den Menschen nicht umspringen«: So einen Satz muß man sich mal mit Ohrenschmalz herausbacken und dann auf der Zungenspitze zergehen lassen. Nennt dieser Clown Dolly an erster Stelle die Rente und an zweiter Stelle die Menschen, will aber die Menschen als »vor allem«ne verstanden wissen. Kann kein Deutsch, der Herr Spargeltarzan aus dem Leitkulturwald (um es in meiner beim Patentamt München geschützten Formulierung auszudrücken), und kommt aber mir (dem Verfasser des einzigen deutschsprachigen BfA-Gedichtes) und meiner kleinen Rente von 394 Mark und sechs mit so einem faden Scheiß daher: »Es ist sicher ungewöhnlich, daß ich mich auf diesem Weg an Sie wende ...« 50.000 Mark kostet dieser Weg allein in der »BamS«. Dafür könnten fünfzig Seniorenpaare 500 Tage Sonne tanken auf Majorka, unter »Betr. Erholung«. Aber das läßt einen Fischkopf wie den Friedhelm kalt. Ich hab mich dann, nachdem ich den Frühschoppen aufgefüllt hatte, wiederberuhigt, abgesehen davon, daß nur Erregung ja nix bringt. Auf Dauer hilft ausschließlich die kommunistische Partei. Prost!

Viele von uns, namentlich die alleinerziehenden Mütter, aber auch die mehr oder minder an Pierßing und Britni Spierß hängenden Kinder, kennen Brüssel, wo die norwegische IndustrieflliederEX- und die griechische ZwiebelringIMport-Quote, aber auch die Mehrwertsteuervorauszahlungsrückerstattung

beim Reimpott exportierter portugiesischer Reporter manifestiert wird, nicht einmal vom Hörensagen. Aber Karl-Heinz Funke, Gerd hab ihn selig, der elfeinhalbfache Grünkohl-, Feuerwehr- und Kleinkalieberhonoriscausakönig von Niedersachsen (wo die Heidewichtel wichsen und die Siebenachtelwachteln mit den Jägern flachsen), der war oft in Brüssel. Und einmal brachte er, apropoo Brüssel, ein Spitzengedicht mit. In einer nächtlichen EU-Agrarministerratssitzung hatte er es ausgereimt, tags darauf hing es unter www.blm.de am Internetpranger:

Es tagt der Rat zum Fleisch vom Rind
zum Schutz von Mann und Frau und Kind.
Ohn' Etikett, es kann verdrießen,
darf ich das Fleisch nicht mehr genießen.

Hab ich mir Brust von Ochsen erkoren,
muß ich wissen, wo mal das Kalb geboren,
wo's von der Mutter wurd' gestillt,
und wo 's auf der Weide hat gebrüllt.
Welcher Vater gab den Samen?
Aufs Etikett auch seinen Namen!
Ist von edler Rasse auch die Mutter?
Und vor allem: Woher kam ihr Futter?
Das ist alles? Wäre doch gelacht!
Wo wurd' der Ochs denn umgebracht?
Wo fand durch des Schlachters Hände
seines kurzen Leben traurig' Ende?
Wohin floß *sein Blut, in welche Kläranlage,*
wo fanden seine Knochen ihre letzten Tage?
Wo sind die Därme, Klauen, Fell und Pans,
wer zerteilte ihn von Kopf bis Schwanz?
Dies alles muß man also wissen,
wenn man Brust von Ochsen will genießen.
Das alles kommt penibel und adrett
beim Ochsen auf sein Etikett.
Bevor man endlich dann serviert
wird sorgfältig das Etikett studiert.
Und hab ich alles fein durchsonnen,
hab ich den Ochsen richtig liebgewonnen.
Obwohl der Hunger schon seit Tagen,
zu Hause ist in meinem Magen,
geht mir das Tier nicht aus dem Sinn,
ich leide - und leg mich dann zum Sterben hin.
Im Himmel schließlich angekommen,
hab ich des Ochsen Geist vernommen:
»Oh Mensch, die Welt ist doch verkehrt,
wäre ich du, ich hätte mich verzehrt.«

Hier, bei Karl-Heinz, ist, anders als bei der verbalen Nulllawine Friedhelm (zefixzefoxchapeauhörthört!) Sprachmacht spürbar. Hier fühlt sich ein, über das warnende Beispiel des wegen luxuriöser Zauderei zwischen zwei Heuhaufen verhungernden Esels des Herrn Buridan Bescheid wissender Dichter ein. Ein in einen nicht an Rindfleisch, sondern an entsprechenden Verzehrskrupeln verstorbenen Menschen aus dem Lande Beethovens, der im Himmel, der Wiederauferstehungs- und Versöhnungsstätte aller Nahrungskettenglieder, ausgerechnet vom HIV-negativen Ochsen gesagt kriegt, daß, wäre er nicht nur ein gewöhnlich behörntes, sondern ein höheres, Messer und Gabel beherrschendes Wesen gewesen, er sich selber den Bolzen gesetzt und dann unter die Schlachhof-Flex begeben haben würde. Karl-Heinz ist keine Corinna von Ostfalen, keine Yvonne Phragler, keine Waltraut Wagenheber. Er ist ein Mann, und er schreibt wie ein Mann. Männlich. Männlich und zupackend. Modischer Mytizierat? Kothumene Fäule? Hochstaplerischer Tiefgang? Eitles Geheule? Viermal Fehlanzeige! In » Es tagt der Rat zum Fleisch vom Rind« / Sich nicht *ein* Jota hievon findt // Gerd hat Karl-Heinz' Portepee zerbrochen und einem unbedarften Mädl, das weder von Därmen, Klauen, Fell und Pans geschweige denn von eines Ochsen Schwanz erschöpfend Ahnung und noch nie in seinem Leben ein vier Meter langes, halben Meter breites und drei Zentimeter dickes Wildbrett verblasen hat, die Amtskette umgehängt. Eine Katastrophe für den

Bauernstand, gewiß, ein Segen indes für das deutsche Gedicht. Denn nun ist es Karl-Heinz, frei von Brüssel, frei vom Berliner Kabinett, possible, to pull fulltime from the lyric leather. Für mich als historischen Materialisten ist der noch unbekannte Dichter Karl-Heinz Funke tausendmal mehr wert als der berühmteste idealistische Ästhet / Spricht er doch unumwunden aus, was viele Menschen im Lande Beethovens denken, aber sich nicht laut zu sagen trauen: Nämlich, daß das menschliche Überleben zum großen Teil aus dem Erküren von Brust von Ochsen besteht.

PS: Wenn Sie mit dieser Seite zufrieden waren, sagen Sie es andern. Wenn nicht, schreiben Sie's mir.

Konkret 02/01, S. 63

Marit Hofmann

FilmTheater

Dr. T and the Women

Regie: Robert Altman; mit Richard Gere, Farrah Fawcett, Laura Dern, Kate Hudson, Liv Tyler; USA 2000 (Fox); 122 Minuten; seit 25.1. im Kino

»Frauen sind von Natur aus Heilige! Und so sollten sie auch behandelt werden«, erklärt Dr. T seinen tumben Männerfreunden auf der Entenjagd. Der selbsternannte Frauenkenner, gespielt von charming Richard Gere, unterhält eine erfolgreiche gynäkologische Praxis, in der sich gut betuchte, geltungssüchtige Patientinnen tagtäglich Kämpfe mit entnervten Arzthelferinnen liefern. Wenn dann noch ab und an ein Geschwader seiner durcheinander plappernden Töchter, Cousinen und Nichten in Dr. Ts Beratungszimmer gerauscht kommt, fühlt man sich eher in eine dieser nervtötenden Verwechslungskomödien von Louis de Funès versetzt als in den – Männer, laßt es euch versichern – doch eher unspektakulären Alltag einer Frauenarztpraxis.

Nun ging es Robert Altman hier freilich weniger um eine realistische Darstellung als um die satirische Korrektur von Rollenbildern. Die Treffen mit den Kumpels zwecks männertypisch einfallslosen Zeitvertreibs (angeln, schießen, Golf spielen) wirken wie verschworene Zusammenkünfte. Man entzieht sich der Präsenz der Frauen, träumt von einem Wochenende »unter Männern« und beschäftigt sich nur um so mehr mit dem »unergründlichen« anderen Geschlecht.

Als Frau T sich aus ihrer nutzlosen Existenz zwischen Shopping und Champagnerempfängen in die Geisteswelt eines Kindes zurückzieht, wird auch Damenschwarm T, der nebenbei die ortsansässigen Feministinnen bei ihrer Initiative zur Benennung eines Freeways mit dem Namen einer Frau unterstützt, gewahr, daß er weder seine Angetraute kennt noch seine lesbische Tochter oder seine ungewohnt selbstbewußte Geliebte. Die leichtfüßige Farce mündet in eine surreale Phantasie: Dr. Ts Flucht vor den Frauen.

Altman werde nicht ohne Grund immer häufiger »Altmeister« genannt, stichelt der »Spiegel«. Wohl weil der Altmeister den Altherrenklischees der Magazinredakteure haushoch überlegen bleibt.

Konkret 02/01, S. 63

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Die innere Sicherheit - Ein todsicheres Geschäft

Die innere Sicherheit

Regie: Christian Petzold; mit Barbara Auer, Richy Müller, Julia Hummer; Deutschland 2000 (Pegasos); 102 Minuten; ab 1.2. im Kino

Ein bös verklemmter deutscher Film über deutsche Terroristen, 15 Jahre danach. Auf dem Fest für deutsche Filme in Lünen bekam er den Deutschen Schnitt-Preis für ..., aber da geht es schon los: für die innere *Un*sicherheit (aus der Begründung: »Das einzige, das die Figuren niemals finden, ist ihre innere Sicherheit«). Im edlen Bemühen, das-Leben-danach als klassische Tragödie zu stilisieren, bringt der Film es fertig, das Wörtchen »Terrorist« schamvoll zu verschweigen; statt dessen ist von »Sekte« die Rede. Aber was war das denn nun für ein Verbrechen, das Barbara Auer und Richy Müller begangen haben; das muß ja wohl damit zusammenhängen, daß sie ein mit Hundertmarkscheinen gefülltes Erddepot ausheben. – Wiederum druckst der Dialog herum. Ein Tabubruch also. Aha, der Film spricht sie schuldig, vor 15 Jahren ein Kind (Julia Hummer) gezeugt zu haben. Und das durften sie nicht, wenn man den Autoren (Christian Petzold und Harun Farocki) glauben will. Pfui auch.

Die Schuld der Terroristen besteht darin, daß sie Eltern sind. Mit dieser These schickt der Film die schuldbeladene Familie auf eine fiktive Ferienreise, die jähen Eingebungen des Drehbuchs folgt. Vom Appartement an Portugals Küste fliehen die, die sich enttarnt wähnen, wohin? Nach Deutschland. Immerhin reicht das Depot mit den Hundertmarkscheinen für eine Woche. Und nun? Deutschland ist mit einemmal doch nicht so gut. Dann ab nach Frankreich, zum rettenden Hafen, nach Le Havre. Und weiter? Sich einschiffen nach Übersee.

Ein weltfremder Plan, eher einem Literatengehirn entsprungen, das den Protagonisten jede reale Chance verbauen will. Ja, ich klage die Autoren an, ihre Protagonisten, Barbara Auer und Richy Müller, die wegen was auch immer, jedenfalls aber schlechthin Schuldigen, vorsätzlich in den Tod getrieben zu haben, Paragraph 212 Strafgesetzbuch. Vollzogen durch anonyme Bewaffnete in anonymen Limousinen. Bloß Tochter Hummer bleibt am Leben. Eine klasse Katharsis. Der Terrorismus von 1985 ist endlich gesühnt. Oder war es die unmoralische Nacht, in der Klein-Julia gezeugt wurde?

Ich weiß nicht, woher die Autoren die innere Sicherheit nehmen, in der Art des bürgerlichen Bildungstheaters das Thema Terrorismus erst anzuschneiden und dann zu verschweigen. – Draußen vor dem Kino sagte mir einer, der es wohlmeint (»Einer der eindrucksvollsten und mutigsten deutschen Filme seit langem«, »FR«), daß nicht die Autoren, sondern die Exterroristen sich auf diese erhabene Art der Welt entfremdet hätten. – Aber das ist doch die Höhe! Jetzt wird Mutti Auer und Vati Müller, grad daß sie tot sind und sich nicht wehren können, noch das verklemmte, verquaste und auf die Eins im Deutschaufsatz schielende Drehbuch in die Schuhe geschoben. Leichenfledderei, das!

Ein todsicheres Geschäft

Regie: M. X. Oberg; mit Thomas Schmuser, Ben Gazzara; BRD 2000 (Buena Vista); 89 Minuten; ab 8.2. im Kino

Bloß die ersten zwölf Minuten im Kino durchhalten! Dann passiert, was Sie nicht für möglich gehalten hatten, und Sie sind im Kleinstadtrhythmus drin, denn im walisischen Aberystwyth hat man zwischen den Sätzen viel Zeit, und in den Pausen wird wahr, was man sich wünscht, zum Beispiel, daß das eigene Bestattungsinstitut endlich Umsatz macht. Ausgerechnet in Wales macht sich der deutsche Jungunternehmer (Schmauser) selbständig, total naiv, aber voll Begeisterung. Ihm muß geholfen werden. Die Frauen nutzen ihn nur aus, auch die geile Altenpflegerin (Sally Dexter), aber tapfer spült er seinen Mund nach dem Scheidenlecken aus; geschäftliche Gründe sind zwingend. Ein uneigennütziger väterlicher Freund muß her: der internationale Ben Gazzara, ein märchenhafter Wohltäter, er verschafft dem Bestatter das Paradies auf Erden und dem Film den englischen Titel: »Undertaker's Paradise«. Leichen! Eine doppelte Befriedigung für den Zuschauer. Erstens finden wir das eine oder andere Arschloch im Sarg wieder wie den Flugschau-Piloten der Original-Messerschmitt 111 (»hat im Zweiten Weltkrieg viel Freude bereitet«). Zweitens lebt der Film voll auf, weil in den Dialogpausen fachkundiges Bestatterhandwerk zu sehen ist; eine Arbeit, die, wie man sieht, viel Freude macht. Der väterliche Freund legt Hand an; er wird, allen Umständen entgegen, glaubwürdig, und das Geschäft floriert.

Ich glaube, es war auch für die deutsche Filmproduktion genauso naiv wie abenteuerlich, in Wales zu drehen, denn deutsche Fördergelder müssen ja in Deutschland ausgegeben werden. Doch gerade, weil's verrückt genug war, blieb Regisseur Oberg (»Unter der Milchstraße«) nicht im walisischen Regen stehen. Ben Gazzara griff eigenhändig zum Telefonhörer, und die Studenten und Rentner von Aberystwyth, ja der Bürgermeister persönlich lasen dem Regisseur jeden

Wunsch von den Lippen ab. Väterliche Freunde überall, egal ob alt, ob jung. Ein Wunder! Und ein todsicheres Filmgeschäft. Filmproduction’s Paradise.

Konkret 02/01, S. 64

Georg Seeßlen

Sept zero

Die fünf Kino-Leben des Jean-Luc Godard oder: Gute Arbeit wird immer im Exil gemacht

1

Wer über Jean-Luc Godard schreibt, hat erst einmal den Ehrgeiz, so zu schreiben, daß ihn oder sie kein Schwein versteht. Ehrensache. Nur so glaubt man, dem Gegenstand gerecht werden zu können. Und wenn man zum wiederholten Mal über Godard schreibt, muß man noch rätselhafter sein, gewagter die Grenzen von Leben und Kino in Frage stellen, wenn nicht beim Filmemacher, so doch jedenfalls bei sich selbst. Überhaupt: 20.000 Kopien von »Les Carabiniers« nach Bosnien empfahl Klaus Theweleit seinerzeit, »und der Krieg ist zu Ende«. Schöner Gedanke! Das ist, als hoffte man, mit »Guernica« als Feldpostkarten-Motiv »Kriegsbegeisterung« zu dämpfen. Von Godard lernen heißt, natürlich, scheitern lernen, das lernt man immer von der Kunst, aber auch den Triumph, der in der Bewegung liegt. Obzwar das ein bißchen anstrengend ist.

Im Grunde ist es nicht schwer, Godards Filme zu verstehen, wenn das mit dem »Verstehen« von Filmen auch so eine Sache ist. Man muß nur einige Dinge beachten, die eigentlich sehr einfach sind, aber in unserer Gewöhnung an eine bestimmte Art des Erzählkinos sehr schwierig erscheinen.

1. Das Kino von Jean-Luc Godard ist etwas anderes als die Filme von Jean-Luc Godard. Es beginnt mit der Beschreibung und Reflexion des faszinierenden und abschreckenden Films in den »Cahiérs du Cinema«, und es endet nicht in immer wieder neu formulierten »Histoire(s) du Cinema«. Vielmehr: Das Leben ist eine Form des Kinos, und das Kino ist eine Form des Lebens. Nicht zu verwechseln mit jenen Kino-Monstren, die nur für das Kino, nur durch Kino leben können. Für die ist zwischen einem Film und dem anderen im besten Fall eine Pause, im schlimmsten ein schwarzes Loch. Bei Godard ist auch wichtig, was zwischen den Filmen passiert, so wie es wichtig ist, was in den Filmen zwischen den Bildern passiert. Godard versucht, die Unterschiede zwischen Leben und Kino so minimal zu halten wie möglich. (Die Gleichung von Leben und Kino geht jedenfalls nicht auf in Story, Stil, Genre.) Das Kino ist eher jene Art von Leben, das der Wirklichkeit um ein paar Minuten voraus ist, das Leben in dem Augenblick, in dem es nicht schon wieder Vergangenheit ist. Dieses Kino geht weiter ohne Bilder, geht weiter ohne Töne, geht weiter ohne Autor und ohne Vorhang, aber es ist zugleich auch die reinste Form der Erinnerung, der »Spur«. Am einfachsten wäre es wohl zu sagen, einen Godard-Film zu sehen ist so etwas (und nur im Kino möglich), wie jemandem beim Denken zuzuschauen. Das geht natürlich nur, insofern man selber denkt, und zwar möglichst ohne die Angst, »etwas Falsches« zu denken. Deswegen ist also vielleicht auch gar nichts Schlimmes dabei, wenn die meisten Leute über Godard wiederum so schreiben, daß kein Schwein sie versteht. Solange das bedeutet, in Bewegung zu bleiben. Hütet euch nur vor den Godardisten, die glauben, sie »wüßten« was.

2. Das Kino des Jean-Luc Godard ist nicht das Gezeigte, sondern Ausdruck der Arbeit eines Künstlers daran, alles zu eliminieren, was uns hindert, zu sehen und zu hören. (»Es ist die Leinwand, die denkt, und nicht der Schreibende.«) Dazu ist ihm jedes Mittel recht. Für Leute, denen es um einen »Dialog«, Balance, »Fairneß« geht, ist das nichts, und zum »Träumen« geht man am besten woandershin. Godard hat Tricks, Methoden, sogar ein paar Macken, aber es gibt nichts, was er »gemeint« hätte. Was Godard meint, ist immer nur das Bild, der Klang, die Bewegung und – klar: das Zauberwort! – das »Dazwischen«. Er montiert, er forscht, er zerlegt, aber er zeigt nicht. Einen Film nennt er die »Erinnerung an einen Film«, von einem anderen behauptet er, ihn aus dem Müll gezogen zu haben, und wieder ein anderer ist »ein Vorschlag für einen Film«.

3. Das Kino von Jean-Luc Godard ist kein theoretisches Kino, obschon es Theorie konsumiert und produziert. Die einzige theoretische Vorgabe, unter die dieses Kino sich gestellt hat, ist, allen Gesetzen, allen Verboten, allen (auch »technischen«) Regeln zum Trotz zu arbeiten, auf den genauesten Ausdruck des eigenen Wissens und der eigenen Erfahrung hin. Anders als, sagen wir, das Kino von Jean-Marie Straub und Danièle Huillet ist es auch kein Kino, das vor allem *gegen* etwas existiert. Dieses Kino denkt selbständig.

4. Im Kino des Jean-Luc Godard wird der Film mit jeder Einstellung und jedem Schnitt erfunden. Eine cineastische Technik wird nicht »angewandt«, sondern entdeckt. In »Comment □a va« heißt es: »Die Technik ist die gewaltige Aktivität des Wissens.« Das heißt etwa, daß man die Kamera nicht einfach so hier- und eben nicht dorthin stellt und einen Satz nicht auf eine bestimmte Art sagt, ohne zugleich daran zu zweifeln. Weil es auch im Kino einen Unterschied zwischen Technik und Ökonomie gibt, auch wenn der genauso geleugnet wird wie der Unterschied zwischen Traum und Ideologie. Technik, wie man sie sich leisten kann, sagen die Ärsche unserer Filmkultur; Technik, wie man sie entdeckt, sagen die Filme von JLG. Es geht nicht um eine Erfahrung der Welt mit den Mitteln des Kinos (was wir an anderem Ort durchaus respektieren können), es geht um die Erfahrung der Welt: Kino. In einem Film von Godard muß man nicht dauernd an andere Filme denken (nicht einmal an andere Godard-Filme), auch nicht an das, was man vom Kino weiß, sondern nur an das, was man sieht und hört und denkt.

5. Das auf diese Weise »gedachte« Kino des Jean-Luc Godard benötigt am wenigsten jenen Text, den er selber »die Erfindung der Buchhalter Hollywoods« nennt: das Drehbuch. (Wie erst konnten die Buchhalter der europäischen Filmförderung durch das Drehbuch das Kino verhindern!) Godards Filme entkommen der Kontrolle. Und was ist Godard dabei?: »ein Genie«, »unfair, terroristisch und langweilig«, ein »calvinistisches Schweizer Arschloch«, »ein Romantiker«, »ein Scharlatan«, »ein Anarchobourgeois«, der »selbstverliebten Intellektuellenkitsch« macht, »L'art pour l'art« natürlich, und »alles ziemlich wirr«, »Chaos und Charme«, und »irgendwo zwischen Wahn und Nirwana« erzählt er »Onkel Godards Männerphantasien«, und überhaupt gilt »One plus One« als »Godards unzusammenhängendster Film« – ach, ich liebe dieses verbale JLG-Bashing der deutschen Journaille. Weil, stimmen tut es natürlich immer auch.

6. Nicht die Dinge filmen, nicht die Menschen filmen, sondern das, was zwischen ihnen ist, das Verhältnis (die Arbeit, die Politik, die Liebe, der Krieg, die Sprache, das Geld). Wir sehen Menschen zu, die glauben, sie sähen etwas, aber in Wirklichkeit denken sie etwas, oder sie denken, sie sähen etwas, deswegen läßt JLG natürlich weder sie noch uns so romantisch glotzen wie Ingrid Bergman und Humphrey Bogart, auch wenn er von Menschen erzählt, die gerne Bergman und Bogart wären oder so gucken könnten wie sie. Sie sitzen einander gegenüber und sehen sich nicht. Vielleicht geht es uns umgekehrt, wir würden gerne denken, so wie wir immer denken, bevor wir sehen. Aber Godard läßt uns nicht. Der Filmemacher mit dem kalten Herz.

7. Godard setzt nicht zusammen, Godard zerlegt: »Wellen erfinden in der Hoffnung, daß der Film einen Sturm ergibt, ein Film, in dem mit den Mitteln des Kinos Leben pulsiert«. Nouvelles vagues. Ungenaue Neuigkeiten, neue Wellen.

8. Wenn das Kino sich so strikt geweigert hat, »modern« zu werden, daß es sozusagen die Moderne verschlief und sich nun gerade einmal ein wenig »postmodern« geriert, dann hat Godard (nein, nicht im Alleingang, wohl aber so maßgebend wie, sagen wir, Picasso in der Malerei) die Moderne für das Kino versucht. Man kann, nur so zum Spaß, alle Entwicklungen der modernen Kunst auf Godards Film-Weisen übertragen: Collage, Kubismus, abstrakter Expressionismus, Tachismus, Pop-art, Agitprop, alle neuen Entwicklungen der Musik, alle Strömungen der Philosophie. Nicht daß es irgendwo »aufgehen« würde, es ist ja Kino, also immer auch eine Kunst, die sich noch einmal selber gegen die Vorherrschaft der anderen Künste zur Wehr setzen (also gegen deren Modernität modernisieren) muß. Aber wir ahnen, wohin wir im Kino kommen könnten. Wenn wir uns nur trauen wollen dürften!

9. Wenn man mag, kann man hinter den vielen Rätseln und Reflexen immer auch wunderbar dramatische und komische Geschichten erkennen (wie ja das Moderne nicht die Geschichten der Meistererzählungen bloß kaputtkriegen will, sondern sich fragt, was denn hinter ihnen und über sie hinaus ist): Passagiere sitzen in einem Flugzeug, das ein Pilot steuert, der nicht mehr leben will (»Soigne ta droite«); eine Frau will ein Baby, und der Mann will keines, so sucht sie, obwohl sie ihn liebt, einen anderen Vater (»Une femme est une femme«); eine andere Frau bekommt als Jungfrau ein Baby (»Je vous salue, Marie«); Lemmy Caution kämpft gegen einen Computer (»Alphaville«) und kommt nach Deutschland, wo man sich gerade wiedervereinigt (»Allemagne neuf zero«); Pat Garrett und Billy the Kid kämpfen und sterben in den Pariser Vorstädten (»La Bande à part«); Soldaten bringen Postkarten als Beute aus einem Krieg (»Les Carabiniers«), eine junge Arbeiterin kämpft um ihr Recht auf Arbeit und Lohn und versucht vergebens, eine Gewerkschaftsgruppe aufzubauen (»Passion«); ein Detektiv namens Prospero sitzt in der Halle eines Pariser Grandhotels, um den Mord an einem Fürsten aufzuklären, bekommt dabei noch andere Verrücktheiten mit und bleibt doch sitzen (»Détective«). So Zeug eben, das wir uns jederzeit als Taschenbuch mit auf eine Intercity-Reise nehmen würden. Zwischen Balzac und Ethan Coen.

10. Pressekonferenz, Frage: »Sie haben gesagt, das Kino ist eine verlorene Sache. Was wollen Sie tun?« JLG: »Es wiederfinden.«

2

Die »fünf Kino-Leben« des Jean Luc Godard lassen sich leicht beschreiben nach Leben, Werk und Zeit:

1. Die Jahre als Kritiker bei den Cahiers und der ersten Filmversuche (»A bout de souffle«, ein Film, der »Mode macht«. Die Moderne ist damals noch schwarzweiß, so wie wir selbst auch.

2. Die Jahre mit Anna Karina und der Nouvelle Vague (»Pierrot Le Fou«). Godard möbliert die Gegenkultur. Godard-Poster, Godard-Rendezvous, Godard-Gesten. O ja, wir werden freier mit JLG, wie mit den Stones und Barbarella und dem Prinzip Hoffnung.

3. Die Jahre nach 1968, in denen Godard »politische Filme machen« will, die Jahre der Gruppe Dsiga Vertov. Godard geht zu weit, er ist zu radikal, jetzt merken wir, daß er »schwierig« ist. Zu wieviel Militanz zwingen uns Bewegungsbilder? Bleierne Jahre; Godard ist der Held einer Gruppe der inneren Emigration, hier und dort in Europa.

4. Der Neubeginn mit den Video-Arbeiten (»Zeit haben, die Dinge einfach zu sehen«) und die Zusammenarbeit mit Anne-Marie Miéville (das wäre ein eigenes Kapitel, einer meiner Lieblingsabschnitte in der JLG-Erzählung). Novalis und Brecht müssen sich nicht mehr ausschließen. »Numero deux«, der zweite »erste Film«, ist ein Film, in dem jedes einzelne Bild

und jeder einzelne Klang befragt wird, die Sprache – auch die Sprache der Revolution, das Bild ist Herrschaftsinstrument. Fremd im Land, fremd in der Sprache, fremd in den Herrschaftsverhältnissen: das Elend der Freiheit, die Freiheit des Elends. Der Film ist nun »ein vages und kompliziertes System, in dem die ganze Welt ein und aus geht«. Ganze Segmente der audiovisuellen Produktion sind mittlerweile auf falsche Weise »godardisiert«. Godard ist gelassen außer sich: »Gute Arbeit wird im übrigen immer im Exil gemacht.«

5. Die Rückkehr zum großen Bild: »Sauve qui peut (la vie)«, Godards dritter »erster Film«. Es gibt die Natur, das Licht, dann folgen Filme, die auf scheinbar unerwartete Weise »schön« sind. Godard will »sehen, ob es etwas zu sehen gibt«. Film plus Video plus Malerei (»Prénom Carmen«, »Hélas pour moi«). Aber auch das Komische kann wieder zugelassen werden (Godards »Wimbledon«-Szene in »Soigne ta droite«: Tati zu erinnern!). Pendelnd zwischen Frankreich, der eremitischen Situation am Genfer See und der cineastischen Forschungsarbeit; Godard, der sich nun gar körperlich zwischen die Bilder treibt (»Scénario du Film Passion«): Dirigent, Maler, Regisseur, Autor – es ist immer die Provokation der weißen Fläche, auf die »etwas« muß, und zugleich eine Welt, in der »alles« ist. Godard spielt nicht mehr den genialen Bändiger, der »alles« zum »etwas« zwingt, auch nicht das artistische Opferlamm. Er zeigt noch den letzten Widerspruch zwischen der Pose und der Arbeit des Inszenierens, und daß etwas »dazwischen« liegt. Das ist vielleicht nicht das letzte Tabu bürgerlicher Kunstauffassung, aber dritter Platz ist auch nicht schlecht. »Ich glaube, gerade dieses ›Zwischen‹ ist das, was existiert«, und um zu existieren, muß man ins »Zwischen« gelangen wie Godard, der sich buchstäblich in seinen Film hineinschreibt, indem er die Bilder auseinandernimmt. »Für mich ist die Zeit der Aktion vorbei. Ich bin älter geworden. Die Zeit der Reflexion beginnt« (»Le petit Soldat«, 1960). »Der Film ist mißlungen« (»Le gai savoir«, 1969). »Die Leinwand ist eine Mauer. Mauern sind dazu da, daß man sie überspringt« (»Scénario du Film Passion«, 1981).

Man »begreift« Godards Kino, wenn man von der »cineastischen Sprache« absieht (vom Jargon der Cineasten wie von dem, wie man im Kino »erzählt« oder auch »zeigt«), wenn man statt dessen sehr körperlich, sehr musikalisch oder sehr philosophisch sieht. Entgegen einem verbreiteten Vorurteil sieht nämlich kein Schwein mit dem Herzen (was sowieso sehr unpraktisch wäre). Aber die Augen allein sind es natürlich auch nicht. Es ist ungeheuer, wie einfach die Filme von Jean-Luc Godard sind, verglichen mit dem, was wir veranstalten, um nicht zu bemerken, wie heillos kompliziert so etwas wie »Sehen« und »Hören« ist.

3

Es ist schwieriger geworden, ohne die Hilfe der Götter und ohne die Hilfe der Meistererzähler die Würde zu bewahren. Es ist schwieriger geworden, ohne die Hilfe der Märtyrer und ohne Hilfe der großen Clowns an die Notwendigkeit der Freiheit zu glauben. Technisch, ja technisch ist es leichter geworden. Aber. Happy Birthday, Onkel Godard, im nachhinein.

In einer Filmreihe zum 70. Geburtstag Godards zeigt das ZDF am 25. Januar um 0.45 Uhr den Spielfilm □ Détective□ (1985) sowie am 1. Februar um 0.15 Uhr □ Deutschland Neu(n) Null□ (1991) und anschließend um 1.15 Uhr das Selbstporträt □ JLG/JLG □ Godard über Godard□ (1995).

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 11/2000 über den Skinheadfilm »Oi! Warning«

Konkret 02/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Minister Fischer bewältigt seine Vergangenheit als revolutionärer Gebrauchtwagenkäufer:

Als ordentlicher Sponti hatte ich einen ADAC-Schutzbrief abgeschlossen. So ist der deutsche Anarchist.

Wie der deutsche Anarchist ist, lassen wir uns vielleicht doch lieber von einem erzählen, dessen Ehrgeiz es nicht war, der knapp nach dem Führer zweitbeliebteste Politiker dieses sympathischen Volkes zu werden, von Erich Mühsam, den Fischers Freunde bis heute nicht mögen. Erzählen aber läßt man sich von Joschka Fischer gern, wie der Joschka Fischer ist: daß er auch dann lügt, wenn er das Maul nicht aufmacht, sondern bloß einen alten Volkswagen erwirbt.

Der neue Staatsminister für Kultur, der aber eigentlich Minister für die Staatskultur heißen müßte, heißt außerdem Julian Nida-Rümelin, und da ist alles drin, was die neue Bürgergesellschaft von jener alten unterscheidet, in der man vorne Karlheinz und hinten Meier hieß. Wenn er den Mund spitzt, wird der kleine Unterschied eine Melodei:

Für mich hat es etwas Versöhnliches, daß jemand wie Fischer heute Außenminister ist.

Während mir allein der Trost bleibt, daß sich um die Nachfolge der grünen Ministerin Andrea Fischer nicht die Ulrike Meinhof beworben hat.

Als er vor ein paar Jahren das erste Mal auf den Wirtschaftsseiten auftauchte, haben ihn die meisten Leser für einen Druckfehler gehalten. Das tut heute besonders den Kleinaktionären leid, die er, in Erfüllung seiner Pflicht, um Oma ihr klein Häuschen gebracht hat,

der Analyst.

Keiner hatte ihnen gesagt, daß der Analyst vom Analytiker sich unterscheidet wie der Astrologe vom Astronomen.

In Hamburg hat das Verwaltungsgericht in erster Instanz einen Baustopp für das Gelände verfügt, auf dem der Airbus gefertigt werden soll. Weil, wie der Kundige weiß, die erste Instanz dazu da ist, des Bürgers Glauben an die Justiz durch die Entwicklung von ein wenig Unabhängigkeitsgeräusch zu stärken, die zweite, um dem Sachzwang eine Gasse zu bahnen, und die dritte, um in letzter Instanz das Interesse der herrschenden Klasse zu exekutieren, weshalb, beispielsweise, der Arbeiter vor dem Arbeitsgericht oft recht bekommt, vor dem Landesarbeitsgericht selten und vorm Bundesarbeitsgericht nie.

Was also die zweite Instanz, das Oberverwaltungsgericht, zum Bau im Mühlenberger Loch (so heißt die Gegend) sagen würde, konnte der Hamburger Wirtschaftssenator sich an des Bürgermeisters ausgestrecktem Zeigefinger abzählen, durfte es aber nicht, sondern mußte öffentlich bangen:

Mirow glaubt: Gericht hebt Baustopp auf Airbus-Gelände auf.

Es wird, es wird. Und wäre es nur, weil Mirows Glauben zwar nicht Berge versetzen kann, aber seine Partei Verwaltungsrichter.

Damit das immer so weitergeht, wirbt Hamburgs SPD im Wahlkampf mit Plakaten:

Günter Grass liest

Wem das nicht reicht, dem liefert Springers Lokalpresse Details:

Die von Grass zum Teil mit mundartlicher Verfeinerung vorgetragenen Episoden nahm das Publikum begeistert auf. Bürgermeister Ortwin Runde hatte sich in seiner Begrüßung als intensiver Grass-Leser geoutet. »In seinen Werken fühle ich mich ein wenig zu Hause«, bekannte Runde, der wie Grass aus Ostpreußen stammt. »Er ist kein Mann der Modernismen. Das ist mir sehr sympathisch«,

sagte Runde, und jetzt, wo er's sagt, fällt es auch mir auf, wie's in Grassens Literatur riecht: wie bei Rundes unterm Sofa.

Das Tribunal von Den Haag verhandelt gegen die ehemalige Präsidentin der bosnischen Serbenrepublik, Biljana Plavsic, wegen

Völkermordes an Nicht-Serben.

Ethnologen, herhören! Die Spesen für die Reise nach Sulawesi werden eingespart. Wer ein unbekanntes Volk sucht, fährt für hundertfünfzig Mark mit dem Bus nach Pale, zum ermordeten Volksstamm der Nichtserben.

Frau

Friede Springer

Axel Springer-Verlag Berlin

Sehr geehrte Frau Springer,

spät, sehr spät und doch, wie ich hoffe, nicht zu spät möchte ich dem Beispiel unseres geliebten Herrn Außenministers folgen und eine Schuld bekennen, die seit vielen Jahren auf meinem Gewissen lastet.

Wie Sie wissen (oder vielleicht doch nicht wissen, weil Ihr auch von mir heut verehrter, allzu früh von uns gegangener Gatte zu jener Zeit noch mit einer Ihrer Vorgängerinnen verehelicht war), hat im April 1968 anläßlich der Schüsse, die ein treuer Leser Ihrer „Bild"-Zeitung, in Notwehr auf den kommunistischen Agitator Dutschke abgegeben hat, ein fanatisierter roter Mob versucht, in Berlin und Frankfurt die Auslieferung der Zeitungen ihres Verlages zu verhindern. Dabei wurden Transportfahrzeuge aufgehalten, umgekippt und sogar angezündet. Eines der Elemente, das damals in der nächtlichen Kochstraße an Ihres Gatten Eigentum sich vergangen hat, war ich.

Das politkriminelle Milieu, in das ich, Sohn aus gutem Hause, mich damals verirrt hatte, hat dafür gesorgt, daß ich die quälenden Skrupel, die mich noch in der Nacht nach der Tat Überfallen hatten, schnell verdrängt, meinen Wunsch, mich bei vier Familie Springer zu erstschuldigen, lange Zeit unterdrückt und mich statt dessen in beleidigende, mitunter verleumderische Äußerungen über Zeitungen aus Ihrem Hause und deren Mitarbeiter geflüchtet habe.

Es war eine schreckliche Zeit. Immer wenn ich an einem Kiosk vorbeikam und mein Blick auf die dem Guten, dem Schönere und Wahren geweihten Titel Ihres Verlagsprogramms fiel, ergriff mich ein Schauer von Reue und Scham. In ungezählten Nächten erschien mir Axel Springers gütiges Gesicht, als wollte er mich mahnen, nicht mit dieser ungesühnten Schild auf meiner Seele dereinst vor unseren doch irgendwie gemeinsamen Herrn zu treten.

Ja, sehr geehrte Frau Springer, auch ich habe mich gegen das göttliche; Gebot vergangen, das da lautet: Du sollst nicht militant sein wider deinen Nächsten. Auch ich war ein Gewalttäter, der Putz gemacht hat in einer Gruppe. Und doch fand ich nie den Mut, meine Untat zu gestehen, bis unser mutiger Außenminister mir den Weg wies. Als er, der doch versichern konnte, »nichts schlimmes« getan zu haben, sich trotz alledem bei jedermann, jederfrau und jedembullen tausendmal entschuldigte, wußte ich plötzlich, daß ich nicht länger schweigen durfte. Und so entschuldige ich mich endlich bei Ihnen, sehr verehrte gnädige Frau, bei Ihrem verewigten Herrn Gemahl, Ihrem Aufsichtsrat, Ihrem Vorstand, Ihren Redakteuren und Redakteurinnen für alles, was ich Ihnen angetan habe und gerne noch angetan hätte, und bitte Sie, auch im Namen meines inzwischen seiner gerechten Strafe erlegenen damaligen Komplizen Dutschke, um Vergebung.

Ihr Ihnen künftig stets ergebener

Hermann L. Gremliza